

Lippische Landesbibliothek Detmold

**Nr. 18.**

## Sitzung vom 7. Dezember 1918, vormittags 9 Uhr.

Anwesend sind die Mitglieder Vorsitzender Becker, Staercke, Drake, Prof. Dr. Neumann-Hofer, Schmuck, Kolscher, Ziegenbein, Pieper, Flohr, Biesemeier, Musketiere Wagner, Rosenberg, Rohmann, Sergeant Wissemborski, Sobeck.

Prof. Dr. **Neumann-Hofer** schlägt vor, die Gemeindewahlen in Lippe am 2. Februar 1919 und die Schulgemeindewahlen an dem darauffolgenden Sonntage stattfinden zu lassen. Er werde wegen der Gestaltung des Wahlrechts in der nächsten Sitzung noch Vorschläge machen. — Der Volks- und Soldatenrat behält sich vor, in der nächsten Sitzung zu entscheiden.

Schriftführer **Drake** berichtet darauf, daß am Freitagnachmittag zwei Soldaten (Fähnrich Kuhlmann, G. v. Gottberg) die Schilder des Lippischen Volks- und Soldatenrats im Landtagsgebäude abgerissen und vernichtet hätten. Der Soldatenrat übernimmt es, die beteiligten Personen zur Ersatzleistung heranzuziehen.

In eingehender Aussprache werden dann die **Vorgänge des 6. Dezember** besprochen, die sich im Anschluß an den Einzug des InfanterieRegiments 55 abgespielt haben. Es wird beschlossen, das Ergebnis der Aussprache in e **Erklärung** zusammenzufassen, die den Zeitungen übermittelt werden soll. Mit der Abfassung der Erklärung wird der Schriftführer beauftragt. Wenden gegen die vorzulegende Fassung die Mitglieder Prof. Dr. **Neumann-Hofer** und der Schriftführer des Soldatenrats, **Bruns**, nichts ein, so gilt sie als Feststellung des Volks- und Soldatenrats.

Die Erklärung lautet:

„Der Lippische Volks- und Soldatenrat hat sich in seiner heutigen Sitzung mit den bedauerlichen Vorgängen beschäftigt, die sich nach dem Eintreffen des Infanterie-Regiments 55 in Detmold abgespielt haben. Nach längerer Aussprache wurde unter allseitiger Zustimmung folgender Sachverhalt festgestellt:

# ewählte Kapitel deutscher Zeitgeschichte

## träge zum 100. Geburtstag von Heinrich Drake

Abbildung auf der ersten Umschlagseite: Sitzungsprotokoll des Lippischen Volks- und Soldatenrates Detmold Seite 82 mit handschriftlichen Notizen von Heinrich Drake.

Abbildung auf der vierten Umschlagseite: Sitzungsprotokoll des Lippischen Volks- und Soldatenrates Detmold Seite 96 mit handschriftlichen Notizen von Heinrich Drake.

LZ 332 -11
1-Ex.

Nachrichten aus der Lippischen Landesbibliothek Detmold
Heft 11

Herausgeber: Karl-Alexander Hellfaier

# Ausgewählte Kapitel deutscher Zeitgeschichte

Vorträge zum 100. Geburtstag von Heinrich Drake

mit einer Einführung
von
Karl-Alexander Hellfaier

Selbstverlag der Lippischen Landesbibliothek Detmold
Detmold 1982
Druck Topp + Möller

Lippische Landesbibliothek
04947211

LZ 332-11 1.Ex.

Landesbibliothek Detmold

SH 1983 / 22
1. Ex.

Korrektur: Erich Wassermann

## Inhaltsverzeichnis

Karl-Alexander Hellfaier
Heinrich Drake im historisch-politischen Umfeld
seiner Zeit . . . . . S. 9

**Vorträge**

Dermot Bradley
Generaloberst von Seeckt und das Reichsheer —
ein Staat im Staate? . . . . . S. 31

Hermann Schueler
Felix Fechenbach — Sozialer Demokrat
und politischer Journalist . . . . . S. 53

Bodo Scheurig
Entscheidung zwischen Eid und Gewissen —
Henning von Tresckow und der militärische Widerstand . . . . . S. 79

Heinrich Bödeker
Hermann van Senden — Pastor und Zeitgenosse
Heinrich Drakes . . . . . S. 93

Gert von Pistohlkors
Flucht und Vertreibung . . . . . S. 127

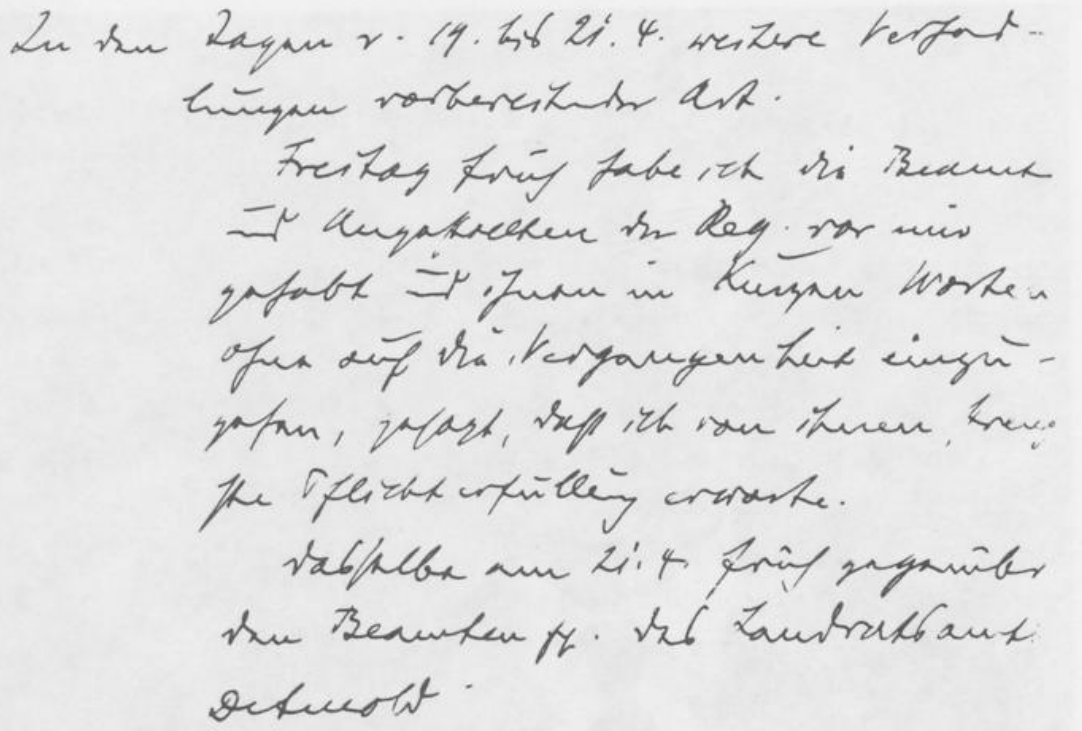
Walter Först
Zwischen Besatzungspolitik und Landesgeschichte —
Zur Geschichte Nordrhein-Westfalens . . . . . S. 153

Die Referenten . . . . . S. 174

9/4 - Montag 9½ Besprechung im Detm. Rathause
mit Dr. Nacke, Hofmann wegen Beteili-
gung an Arbeit im öff. Dienst. Ich
bitte die Herren, auf mich zu verzich-
ten. Ich lehne jede amtl. Tätigkeit
ab.
Zu Hause Wiesenstr. gearbeitet
Kartoff. gepflanzt

9. 4. Montag. 9 1/2 Besprechung im Detm. Rathause
mit Dr. Nacke, Hofmann wegen Beteiligung an Arbeit im öff. Dienst. Ich
bitte die Herren, auf mich zu verzichten. Ich lehne jede amtl. Tätigkeit
ab.
Zu Hause Wiesenstr. gearbeitet
Kartoff. gepflanzt.

Aus: Karl-Alexander Hellfaier: Aufzeichnungen von Heinrich Drake aus den letzten Tagen des Dritten Reiches. Detmold 1981, S. 9.

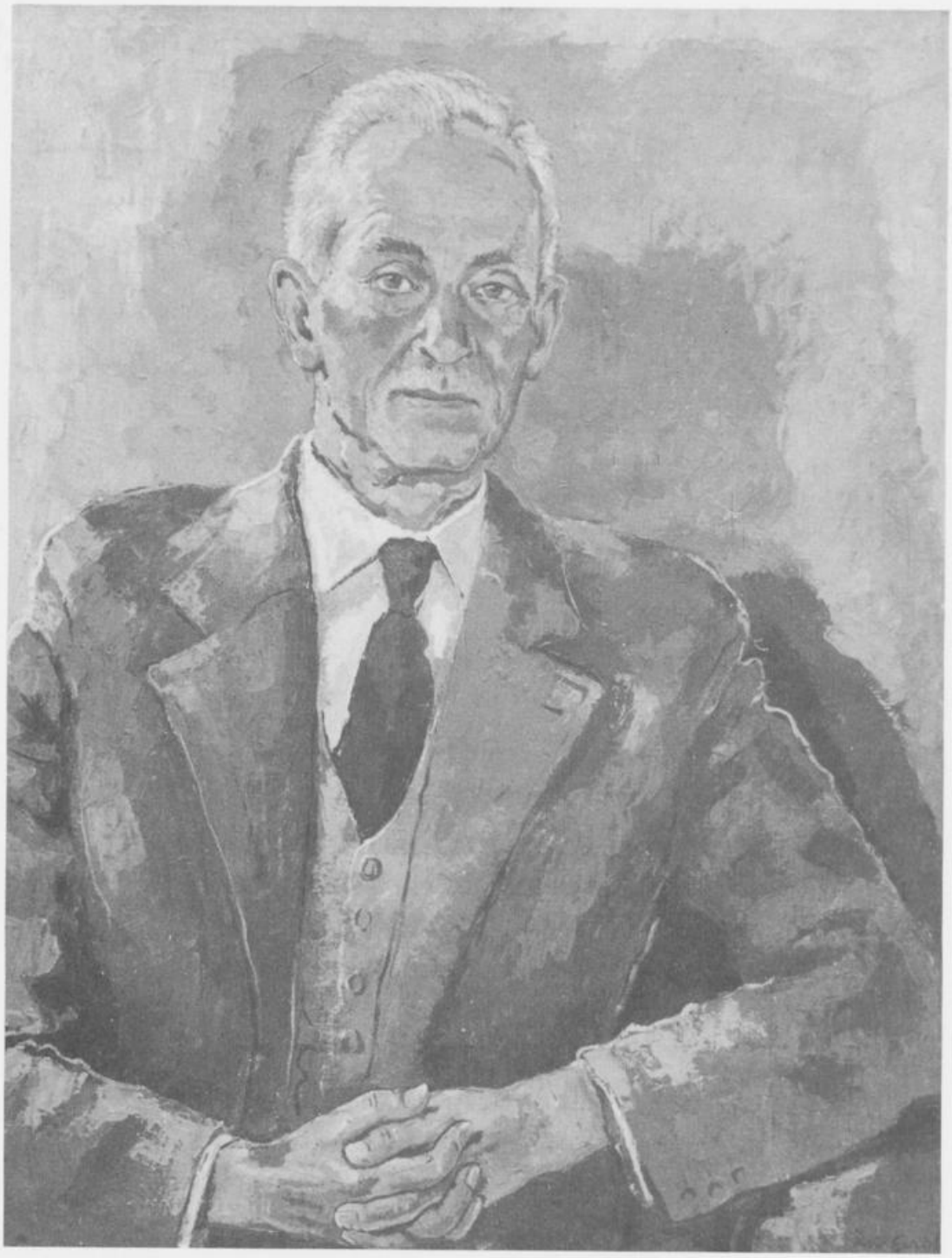


In den Tagen v. 19. bis 21. 4. weitere Verhandlungen vorbereitender Art.

Freitag früh habe ich die Beamten und Angestellten der Reg. vor mir gehabt und in kurzen Worten, ohne auf die Vergangenheit einzugehen, gesagt, daß ich von ihnen strengste Pflichterfüllung erwarte.

Dasselbe am 21. 4. früh gegenüber den Beamten pp. des Landratsamts Detmold.

Aus: Karl-Alexander Hellfaier: Aufzeichnungen von Heinrich Drake aus den lertzten Tagen des Dritten Reiches. Detmold 1981, S. 24.



Heinrich Drake 1881 – 1970.
Nach einem Gemälde von Richard Sprick 1965.

Karl Alexander Hellfaier

# Heinrich Drake im historisch-politischen Umfeld seiner Zeit

Die Vortragsreihe gehört in das Veranstaltungsprogramm, das von der Lippischen Landesbibliothek zum 100. Geburtstag des lippischen Landespräsidenten mit einer Ausstellung „Die Ära Drake – Themen und Aspekte der deutschen Zeitgeschichte" eingeleitet wurde[1]. Im Kaiserreich, am 20. Dezember 1881 in Lemgo geboren, erlebte und durchlebte Drake nicht nur das in die Geschichtsschreibung als „Weimarer Republik" eingegangene Deutsche Reich, sondern drückte dem kleinen Land Lippe, über dessen Geschicke er in schwerer Zeit mit zu befinden hatte, seinen Stempel auf.

Dem dreiköpfigen Landespräsidium, das die am 21. Dezember 1920 in Kraft gesetzte lippische Verfassung vorsah, gehörte Drake als geschäftsführendes Mitglied an ganz gleich, wie auch immer die Landtagswahlen ausfallen mochten und die Regierungskoalition im 21 Mitglieder zählenden Parlament aussah. Das Triumvirat war der Regierung übergeordnet, hatte keine Ministerfunktion und konnte nur geschlossen vom Landtag gestürzt werden; doch an einen solchen Sturz wurde ernsthaft nicht einmal gedacht. Das Landespräsidium war eine Besonderheit der lippischen Nachkriegsverfassung, die man mit den Verfassungen von Oldenburg und Anhalt verglichen hat.

Als am 1. April 1932 die Zusammenlegung des Landespräsidiums und der Regierung zu einer Landesregierung erfolgte, übernahm Heinrich Drake – nach Kittel* die „markanteste politische Persönlichkeit Lippes" der Nachkriegszeit und „ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht" – als Präsident der Landesregierung, kurz „Landespräsident" genannt, den Vorsitz. Dem Parlament verantwortlich, entschied er kollegial mit den vom Landtag ge-

[1] Auswahl- und Ausstellungskataloge der Lippischen Landesbibliothek Detmold. Heft 16. 1981. Hrsg. von K.-A. Hellfaier.

* Erich Kittel: Heimatchronik des Kreises Lippe. 2. Aufl. 1978, S. 290.

wählten beiden anderen nebenamtlichen Mitgliedern der Landesregierung die politischen Angelegenheiten und führte in oberster Instanz mit den Dezernenten die Verwaltungsgeschäfte, eine Position, die, wie Kittel bemerkt, ganz auf Drake „zugeschnitten" war.

Die 12 Jahre des Tausendjährigen Reiches haben wohl Drakes Amtsführung unterbrechen, nicht aber seine bescheidene, sparsame und tüchtige Verwaltung, die einen Historiker noch nicht gefunden hat, aus der Geschichte tilgen können. Von Beruf Journalist und Stenograph des lippischen Landtages in fürstlicher Zeit, seit etwa 1910 Mitglied der sozialdemokratischen Partei, aus der er am 23. Juni 1933 seinen Austritt erkärte, stieg Drake nach dem Weltkrieg vom Schriftführer des Volks- und Soldatenrates zum Präsidenten der obersten lippischen Landesbehörde auf. Erst der spektakuläre Landtagswahlerfolg der NSDAP vom 15. Januar 1933 setzte seiner Tätigkeit ein Ende. Auch wenn die NSDAP, die bis dahin im Landtag nicht vertreten war, die absolute Mehrheit nicht erreichte, so avancierte sie doch mit neun Abgeordneten zur stärksten Partei. Der Landtag wurde am 15. Mai „gleichgeschaltet" und 1934 aufgelöst. Die Landesregierung fungierte seitdem unter einem Reichsstatthalter für Lippe und Schaumburg-Lippe, der zugleich als Oberpräsident und Gauleiter für Westfalen-Nord amtierte und 1936 selbst Regierungschef wurde.

Im Jahre 1938 erging ein Schiedsspruch des Reichsgerichts über eine zusätzliche finanzielle Abfindung des fürstlichen Hauses, dem in einem bereits am 31. Oktober 1919 zwischen dem Freistaat Lippe und dem vormals regierenden Fürsten Leopold IV. geschlossenen Dominalvertrag Schloß Detmold, Jagdschloß Lopshorn und die Oberförsterei Berlebeck überlassen worden waren, ein Vergleich, an dessen Zustandekommen Drake maßgeblich beteiligt war.

Am 17. April 1945, zwölf Jahre nach der später als Beginn der „Machtergreifung" gefeierten lippischen Landtagswahl, drei Wochen vor dem Waffenstillstand, der den Zweiten Weltkrieg ohne Friedensschluß beendete, wurde Drake von der zunächst in

Detmold residierenden britischen Militärbehörde wieder als Landespräsident eingesetzt; Oberst Shepherd gab dem damals 63jährigen am 13. April unmißverständlich zu verstehen, daß er ihm die Übernahme dieses Amtes auch befehlen könne, woran er aber vorerst noch nicht denken wolle. Und wenn Drake in diesem Gespräch dem britischen Oberst auch erklärte[2], er sei deutsch und wolle und werde auch deutsch bleiben und müsse in der furchtbaren Lage zu seinem Volk und Land im Leben und im Tod stehen, so fehlten doch dem Akt, mit dem Drake wieder in das Amt des Landespräsidenten berufen wurde, alle demokratischen Weihen, wie sie uns heute geläufig sind oder es doch wenigstens sein sollten.

Wohl sind Räte Instrumente der direkten Demokratie, mit denen Unterdrückte und Unterprivilegierte ihre Anliegen selbst zu regeln suchen, doch die Arbeiter und Soldatenräte, die sich in Lippe in den ersten Novembertagen des Jahres 1918 als Volks- und Soldatenräte konstituierten, verdanken revolutionärer Eigengesetzlichkeit Provenienz und Existenz; auch ihnen fehlte daher das demokratische Placet, an dem heute die Legalität einer Demokratie gemessen wird. Gleich der erste vom 10. November 1918 datierte Aufruf des lippischen Volks- und Soldatenrates, der Drake zum Verfasser hat, gibt bereits in seinen beiden ersten Sätzen unmißverständlich zu verstehen, wer von nun an das Sagen hat: „Die vollziehende Macht in Lippe ruht bei dem Volks- und Soldatenrat zu Detmold. Die Landesregierung folgt seinen Weisungen".

Der Volks- und Soldatenrat kontrollierte die Verwaltung, befaßte sich mit der Demobilisierung, Lebensmittelversorgung und öffentlichen Ordnung und hat bis zum 8. Februar 1919 amtiert; er ist in seinem von ihm selber gesetzten Recht nie beschränkt, behindert oder angezweifelt worden und war bis zum Zusammentritt des neuen Landtages Fürst, Staatsministerium und Volksvertretung zugleich. Es waren, wie Drake 50 Jahre später in

[2] K.-A. Hellfaier: Aufzeichnungen von Heinrich Drake aus den letzten Tagen des Dritten Reiches. Detmold 1981, S. 13–15. (Kleine Faksimiles aus der Lippischen Landesbibliothek Detmold. H. 5)

einem Rückblick formulierte, „Rechte aus eigener Hand" nach der Devise: „ In einem Augenblick, wo man nicht einschlafen darf, ist der feste Handgriff nach einer Klinke mehr wert als die Legalität". Die sich überall bildenden Arbeiter- und Soldatenräte stießen kaum auf Widerstand.

In seiner Eigenschaft als Schriftführer des Detmolder Volks- und Soldatenrates führte Drake die Protokolle und den gesamten Schriftverkehr. Die Niederschriften über die 47 Sitzungen liegen in einem 236 Druckseiten umfassenden Band vor, eine Rarität, denn nur die Protokolle von wenigen örtlichen Volks- bzw. Arbeiter- und Soldatenräten haben einen Drucker gefunden. Es ist das Verdienst von Heinrich Drake, daß sie für Detmold gedruckt vorliegen.

Aus dieser historisch-politischen Vergangenheit kam Heinrich Drake, der 15 Jahre später unter Zeugen seine Regierungsgeschäfte an die nationalsozialistischen Machthaber übergab, worüber Niederschriften Aufschluß geben. Mit Drake, der in der Fürstin Pauline, der aus Anhalt-Bernburg stammenden Prinzessin, Leitbild und Vorbild sah, schied der einzige Politiker des Deutschen Reiches, der in ununterbrochener Folge von 1919 bis 1933 an der Spitze eines Landes gestanden hat.

Drakes Amtsführung hat das Prädikat „überparteilich" erhalten nicht nur im Landtag, wo sich Drake-Anhänger auch in den Reihen der anderen Parteien fanden, sondern auch in der lippischen Bevölkerung, die diesen nüchtern und praktisch denkenden Politiker par excellence in seinem Streben nach Gerechtigkeit achten und schätzen gelernt hatte. Die Wahlergebnisse über die personelle Zusammensetzung des Landespräsidiums stellen der von den Nationalsozialisten als „Drake-System" diffamierten lippischen Demokratie ein Zeugnis aus, das ohne Beispiel dastehen dürfte: Am 12. Februar 1919 entfielen auf Drake 19 von 20 Stimmen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die SPD 11 Sitze im Landtag. Am 19. Februar 1921 erhielt Drake 13 von 20 Stimmen, als die SPD über 8 Sitze im Landtag verfügte und in der letzten Wahl vor der sogenannten „Machtergreifung", am 20. Februar 1925, er-

hielt Drake 18 von 20 Stimmen, obwohl seine Sozialdemokraten nur über 8 Sitze im Landtag verfügten.

Der nach einem noch vom Vorkriegslandtag angenommenen neuen Wahlgesetz gewählte Landtag von 1919 hatte eine sozialdemokratische Mehrheit. Doch die SPD, die aus allen Wahlen als größte Partei im Lande hervorging, hatte eine Landtagsmehrheit kaum nötig. Die Demokratie funktionierte in Lippe; vielleicht, weil die Verfassung keine Parteien kannte. Zwischen Demokratie und Parteienkratie liegen eben Welten. Drake besaß das Vertrauen der meisten Landsleute, weil er während seiner Regierungszeit eine „saubere Weste" behalten hatte, bestätigte 1938 Dr. Arno Schröder, der Gaupressewart der NSDAP, in seiner Schrift „Hitler geht auf die Dörfer", dem seit fünf Jahren im „Ruhestand" lebenden Landespräsidenten. Noch unverdächtiger kann ein Zeuge nicht sein.

Mit seinen „Aufzeichnungen aus den letzten Tagen des Dritten Reiches"[3] enden Drakes „passive" Jahre, die ihm eine dreitägige „Schutzhaft" in der Detmolder Strafvollzugsanstalt Mitte Mai 1933, ein Verhör vor dem Kreisleiter Anfang Januar 1939 und durch die Geheime Staatspolizei Ende August 1944 eine abermalige „Schutzhaft" einbrachten; letztere dürfte mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 im Zusammenhang gestanden haben. Am 1. Oktober kehrte Drake mit Rucksack und Spaten von einem Schipp- und Schanzkommando, mit dem er am 2. September nach Holland abmarschiert war, nach Detmold wieder zurück, um das Ende zu erleben. Die „Aufzeichnungen" geben einen Einblick in das Geschehen seines persönlichen Umfeldes.

Drakes „Aufzeichnungen" brechen einige Tage nach seiner Ernennung zum Landespräsidenten ab, was verständlich ist; denn alles, was Drake jetzt zu sagen hat, trägt amtlichen Charakter und findet in den Akten seinen Niederschlag. Für eine doppelte „Buchführung" fehlten nun Zeit und Muße.

Fast zwei Jahre bekleidete Drake das Amt des Landespräsidenten zeitweise für Lippe und Schaumburg-Lippe, zwei Länder, die

---

[3] Vgl. Anmerkung 2.

durch die Nachkriegsereignisse zur britischen Zone geschlagen worden waren. Die Anschlußfrage flammte erneut auf mit dem Ergebnis, daß 1946 Schaumburg-Lippe dem neuen Land Niedersachsen eingegliedert wurde. Durch Gesetz vom 5. November 1948 erfolgte die Vereinigung des Landes Lippe mit dem neuen Land Nordrhein-Westfalen, mit der Lippes 800jährige eigenständige Geschichte und politische Selbständigkeit enden.

In dem mit Gesetz vom gleichen Tage begründeten Landesverband Lippe, einer Körperschaft des Öffentlichen Rechts, dem die Verwaltung des nicht mit dem Land Nordrhein-Westfalen vereinigten Vermögens des früheren Landes Lippe obliegt, ist bis zum heutigen Tage ein Rest lippischer Eigenstaatlichkeit deutlich sichtbar erhalten geblieben. Drake war es gelungen, in den sogenannten „Punktationen", die vom 4./5. Dezember 1946 datieren, dem Land Nordrhein-Westfalen günstige Bedingungen abzuhandeln, was Schaumburg-Lippe, Braunschweig und Oldenburg von sich nicht sagen können, die nach Niedersachsen eingemeindet wurden.

Im Landesverband Lippe führte Drake bis zum 31. Mai 1966 den Vorsitz, unterbrochen von der Legislaturperiode 1953–1956, in der er nur Mitglied der Versammlung war. Mit fast 85 Jahren schied er aus dem politischen Leben und starb am 12. Juni 1970 fast 90 Jahre alt. Mit ihm ging eine Ära zu Ende, die Ära Drake.

## I

Die Vorträge beleuchten in Partien den regionalen und überregionalen historisch-politischen Hintergrund dieser Ära, der mit der Ära Seeckt beginnt und mit der Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen endet. Gewiß, die Ära Drake hat die Ära Seeckt[4] um Jahre überdauert, doch begonnen hat sie wie die Ära Drake im Jahre 1919. Es ist dies das Jahr, in dem Seeckt als Leiter der militärischen Vertretung der deutschen Friedensdelegation in

[4] Die Anfänge der Ära Seeckt. Militär und Innenpolitik 1920–1922. Bearb. von Heinz Hürten. Düsseldorf 1979.

Versailles fungierte und nach dem Ausscheiden Hindenburgs Chef des Generalstabes der Armee wurde. Im selben Jahr avancierte er zum Chef des neuerrichteten Truppenamtes und nach dem Kapp-Putsch, aus dem er die Reichswehr klugerweise herausgehalten hatte, am 5. Juni 1920 zum Chef der Heeresleitung, ein Amt, das er als die Aufgabe seines Lebens bezeichnete. Die Reduzierung des Heeres durch das Diktat von Versailles auf 100000 Mann suchte Seeckt durch Zusammengehen mit Sowjet-Rußland auszugleichen, das ihm die Erprobung der in Deutschland verbotenen Panzerkampfwagen und Flugzeuge gestattete. In Ost-Berlin und in Moskau hält man die Zeit noch nicht für gekommen, das Tabu der Beziehungen zwischen Reichswehr und Roter Armee zu brechen. Wie Friedrich der Große in Ost-Berlin wieder Unter den Linden reitet, kann vielleicht eines Tages auch Seeckt in Moskau ein Reiterstandbild erhalten. Dialektik macht alles möglich.

Monarchisch und der parlamentarischen Staatsform fremd, trug sich Seeckt doch ernsthaft mit dem Gedanken, bei Ablauf der Amtszeit Eberts selbst für das Amt des Reichspräsidenten zu kandidieren, das demokratischste Amt, das die deutsche Demokratie jemals zu vergeben hatte, – ein Themenkomplex, der noch einer besonderen Erörterung bedarf.

„Generaloberst von Seeckt und das Reichsheer – ein Staat im Staate?“ als überregionales Vortragsthema gedacht, hat auch regionale Bezüge, wie man sie sich willkommener nicht wünschen kann. Hans von Seeckt besuchte nämlich in den Jahren 1875–79 das Gymnasium Leopoldinum in Detmold, das er wohl nicht als Primus omnium aus der Tertia verließ, als der Vater versetzt wurde. Religionslehre „gut“, Betragen „befriedigend“ und Turnen „noch nicht genügend“ (was heute einer 4– entspricht! d. Verf.) waren die herausragenden Zensuren im Sommer-Zeugnis 1879. Sein Vater, Oberstleutnant und Kommandeur des III. Bataillons des Infanterie-Regiments Graf Bülow von Dennewitz (6. Westf.) Nr. 55, meldete anläßlich der feierlichen Einweihung des Hermannsdenkmals am 16. August 1875 das Bataillon dem Deut-

schen Kaiser, das zur Paradeaufstellung auf dem Schloßplatz angetreten war.

Unter den vielen Zuhörern, die sich den Vortrag von Dr. Dermot Bradley anhörten, befand sich Herr Waldemar Hollmann aus Brake, der als junger Soldat der Reichswehr auch Fahrer des Generals von Seeckt gewesen ist. Er wurde mit großem Beifall begrüßt.

Für den Hinweis auf Waldemar Hollmann hat der Verfasser Herrn Erich Webel, Lemgo, zu danken, der den 81jährigen Herrn auch zum Vortrag begleitet hatte; Herr Hollmann ist am 6. Juli 1982 verstorben.

## II

Das Dritte Reich hat nicht nur mit Grausamkeit, Verbrechen und Mord geendet, es hat damit auch begonnen. Mit zu den ersten Opfern gehört der Redakteur beim sozialdemokratischen Volksblatt in Detmold Felix Fechenbach, der am 7. April 1933 von einem Detmolder SA-Mordkommando bei Scherfede, 55 km von Detmold, „auf der Flucht erschossen" wurde, wie einige Tage später in der Presse zu lesen war. Kein Detmolder und auch kein Lipper von Geburt, war Fechenbach aber doch durch seine journalistische Tätigkeit mit dieser Landschaft sehr verbunden, aus der auch seine Mörder kamen. Das Eiserne Kreuz, mit dem er aus dem Weltkrieg 1917 verwundet und nicht mehr frontdienstfähig zurückkehrte, bedeutete für Fechenbach keinen Schutz, da er Pazifist und Jude und neben Heinrich Drake der gefragteste Redner für sozialdemokratische Parteiveranstaltungen und Wahlversammlungen war.

An die Stelle, an der Fechenbach erschossen wurde, erinnert ein Stein, den der inzwischen verstorbene Bundestagsabgeordnete August Berlin 1973 setzen ließ. Soldaten der Panzerbrigade 21 aus Augustdorf halfen ihm dabei. Von Helfern aus seiner Partei wußte August Berlin nichts zu berichten.

Der Vortrag „Felix Fechenbach – Sozialer Demokrat und politischer Journalist" hat auch überregionale Bezüge. Handelt es sich doch um den einstigen persönlichen Sekretär des bayrischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, nach dessen gewaltsamen Tod Fechenbach der Fälschungen im „Solde des Feindbundes" beschuldigt, zu einer mehrjährigen Strafe verurteilt worden war.

## III

In Lippe ist Widerstand gegen das Dritte Reich nicht sichtbar geworden. Doch mutige Menschen hat es auch hier gegeben. Zu ihnen zählt Felix Fechenbach, dem man vielleicht mehr Waghalsigkeit als Mut attestieren sollte; aber er riskierte und das erforderte Mut, den die Masse nicht hatte. Mut zeigte Hermann van Senden, von dem im nächsten Vortrag die Rede ist; Mut bewies Frau Anna Heumann, geb. Flake, die dem jüdischen Kaufmann Julius Buchholz bei seinem Abtransport ins Konzentrationslager Lebensmittel zuzustecken versuchte und dafür im Gefängnis in Bielefeld einer ungewissen Zukunft entgegensah. Mut besaß Diether Heumann, der seine Mutter auf Anhieb aus dem Gefängnis frei bekam. Mut zeigte Wilhelm Gräfer, der Bürgermeister der Alten Hansestadt Lemgo, der allen Partei- und Widerstandsparolen hoher und höchster Offiziere zuwider, Lemgo vor der Zerstörung bewahren wollte und dafür von einem Mordkommando, das sich die Bezeichnung „Kriegsgericht" zulegte, umgebracht wurde.

Niemand behauptet, daß der hier vielfältig gezeigte Mut Widerstand gewesen wäre; er verdient auch nicht das Epitheton Opposition, aber er verdient es, genannt zu werden.

Das Thema Widerstand gegen das Dritte Reich ist etwas entschieden anderes, ist sehr komplex und läßt sich nur schwer abgrenzen.

Abgesehen von den Spannungen der verschiedenen Widerstandsgruppen untereinander, war es unter den Bedingungen des totalen Staates unmöglich, die Herrschaft Hitlers durch eine

Volkserhebung zu stürzen. Die Forschung ist sich einig in der Tatsache, daß sich ein Umsturz nur mit Hilfe von Personen erreichen ließ, die staatliche Schlüsselstellungen bekleideten. Die aktive Spitze aber konnte nur in einer Wehrmacht gefunden werden. So sehr sich auch die älteren und höheren Dienstgrade des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen ihrer Ehrauffassung und dem Nationalsozialismus bewußt waren, jede Rebellion gegen das Staatsoberhaupt widersprach der Tradition des deutschen Offiziers. Das jüngere Offizierkorps aber wäre mit geringen Ausnahmen für den Gedanken eines Staatsstreiches nicht zu gewinnen gewesen, eine Annahme, die eines Beweises noch bedarf.

Zusammen mit Claus Graf Schenk von Stauffenberg arbeitete Henning von Tresckow generalstabsmäßig den Umsturzplan der Verschwörer des 20. Juli aus, der auf den „Walküre"-Plänen des Generals Friedrich Olbricht basierte und das Ersatzheer mobilisieren sollte.

Der Verfasser, zu diesem Zeitpunkt beim Ersatzheer (Panzer-Ersatz- und Ausbildungs-Abteilung 15 Sagan/Schles.), führte gemäß „Walküre" den Befehl aus, der am 15. Juli telefonisch durchgegeben wurde, ohne von der Aktion zu wissen, die dadurch ausgelöst werden sollte.

An diesem Tage – so der Stand der Forschung – befand sich Stauffenberg mit dem Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fritz Fromm, bei Hitler auf dem Obersalzberg, wo das Attentat stattfinden sollte, dann aber doch nicht stattgefunden hat, da Hitler gleich nach Beginn der Besprechung das Konferenzzimmer verlassen hatte. Stauffenberg meldete das Mißlingen des Vorhabens nach Berlin, der „Walküre"-Alarm wurde zurückgerufen und als „Walküre Übung" neu ausgegeben, obwohl es ein solches Stichwort in der „Geheimsache Walküre" gar nicht gegeben hat.

Die bereits feldmarschmäßig ausgerüstete Truppe gab die scharfe Munition ab, erhielt Übungsmunition und marschierte ins Übungsgelände auf den „Dachsberg". So spielte sich die am 15.

Juli ausgelöste Aktion in der Panzer-Kaserne „Großer Kurfürst" in Sagan auf dem „Dachsberg" ab. Bei dem am 20. Juli ausgegebenen Walküre-Alarm aber blieb es. Fünf feldmarschmäßig ausgerüstete Panzerkampfwagen wurden auf dem Güterbahnhof in Sagan, wie es später hieß, in Richtung Berlin verladen. Vom Schicksal dieser Soldaten hat der Verfasser nie wieder etwas gehört. Als er um Mitternacht den „Volksempfänger" einschaltete, war auf allen erreichbaren Sendern nur von den „ Verrätergeneralen" die Rede, die einer gerechten Strafe nicht entgehen würden. Der Verfasser glaubte, es handele sich um auf deutsche Wellen eingebrochene „Feindsender" und stellte das Gerät ab. Einige Tage später wurde ein junger Offiziersanwärter aus der Kompanie, der auch der Verfasser als Ausbilder angehörte, versetzt; wohin, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden. Es hieß, sein Vater habe zum Kreis der Attentäter gehört.

Die Forschung kann bis zur Stunde noch nicht sagen, ob der Aufstand mißlingen mußte; denn die Aktion in Paris vom Befehlshaber Frankreich, General Karl Heinrich von Stülpnagel, ausgelöst, rollte planmäßig ab. In Berlin brachten nicht alle Verschworenen die klare Entschlußkraft auf, die sich allein in Stauffenberg manifestierte, wird gesagt. Mit diesem Ergebnis wird man sich wohl zufrieden geben müssen.

Doch ganz gleich, zu welchem Ergebnis auch immer die Forschung noch kommen wird, nicht Fußballsiege und Mercedes-Wagen haben die Ehre Deutschlands wiederhergestellt, sondern das Handeln und Sterben der Männer des 20. Juli (Hans Rothfels). Zu ihnen gehört Henning von Tresckow.

## IV

Der Vortrag „Hermann van Senden – Pastor und Zeitgenosse Heinrich Drakes" gehört in entscheidenden Partien in das große Kapitel, das in der einschlägigen Literatur als „Kirchenkampf"

umschrieben wird und ein Ereignis besonderer Art in der deutschen Kirchengeschichte darstellt[5].

Wohl stand am Anfang das Bemühen beider christlichen Kirchen, mit dem nationalsozialistischen Staat einen Modus vivendi zu finden, der sich aber sehr bald als Illusion herausstellen sollte; handelte es sich doch um Lebensbereiche, die eigenen Gesetzen folgten und sich nicht gleichschalten ließen. Aber die Kampfansage des Nationalsozialismus gegen Marxismus und Bolschewismus entsprach ganz den Empfindungen beider Kirchen; und auch in ihrer Kampfansage gegen die Juden konnten die Nationalsozialisten auf die Zustimmung beider Kirchen rechnen, hatte doch Martin Luther in seiner Schrift „Wider die Jüden" aufgefordert, die Synagogen in Brand zu stecken, und der fromme lutherische Liederdichter Ernst Moritz Arndt das „reine Blut" verherrlicht und die Juden verächtlich gemacht. Schließlich war auch im Missale Romanum, dem Text der katholischen Meßliturgie, im Karfreitagsgebet für das Volk der Christusmörder die Rede von den „perfidis Judaeis", Worte, deren Wegfall erst Papst Johannes XXIII. 1959 verfügte.

In Anbetracht einer solchen Tradition lag eine Versuchung für die Christen beider Kirchen, Kreuz und Hakenkreuz zu verbinden, und das Jahr der „nationalen Erhebung" schien daher auch ein Jahr der Kirchen zu sein. In Wirklichkeit war der „Tag von Potsdam" mit seinem kirchlichen Zeremoniell und die Regierungserklärung Hitlers vom 23. März 1933 mit dem Versprechen, die christlichen Kirchen zu schützen, ein Akt reiner Zweckmäßigkeit und Propaganda, was jeder wissen konnte, der

---

[5] In enger Anlehnung an Karl Dietrich Erdmann: Die Kirche im nationalsozialistischen Deutschland. – In: Die Zeit der Weltkriege. Stuttgart 1976, S. 434–446 (Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte. Bd. 4. Hrsg. v. Albert Grundmann) mit zahlreichen Literaturangaben. – Vgl. auch: Günther van Norden: Der deutsche Protestantismus im Jahr der Machtergreifung. Gütersloh 1979, – Kirche im Krieg. Der deutsche Protestantismus am Ende des Zweiten Weltkrieges. Hrsg. von Günter Brakelmann. München 1979, – Karl Binder: Irrtum und Widerstand. Die deutschen Katholiken in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. München 1968 u. Raimund Baumgärtner: Weltanschauungskampf im Dritten Reich. Die Auseinandersetzung der Kirchen mit Alfred Rosenberg. Mainz 1977. – Weitere Literatur in: „Die Ära Drake – Themen und Aspekte der deutschen Zeitgeschichte." Detmold 1981. (Auswahl- und Ausstellungskataloge der Lippischen Landesbibliothek. Heft 16). Hrsg. von K.-A. Hellfaier.

es ernsthaft wissen wollte. Wohl hatte die katholische Kirche in den vorhergehenden Jahren in verschiedenen bischöflichen Einzelerklärungen scharf gegen den Nationalsozialismus Stellung genommen, doch mit dem nationalsozialistischen Staat nach dem Tag von Potsdam, wenn auch mit Vorbehalt, Frieden geschlossen und die Gläubigen zur Treue gegenüber der „rechtmäßigen Obrigkeit" aufgefordert.

Trotz des am 20. Juli 1933 unterzeichneten Konkordats erwies sich der Gegensatz zwischen der katholischen Kirche und dem Staat als unüberbrückbar, da letzterer von vornherein nicht gewillt war, sich an die getroffenen Vereinbarungen zu halten.

Zum offenen Konflikt kam es, als Graf von Galen, Bischof von Münster, die christenfeindlichen Anschauungen Alfred Rosenbergs angriff und seinen Diözesanen verbot, Rosenbergs Versammlungen zu besuchen und auch die Fuldaer Bischofskonferenz warnende Hirtenbriefe verkünden ließ. Die Zeit der Koexistenz zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Staat beendete Papst Pius XI. mit seiner Enzyklika „Mit brennender Sorge", in der er den Nationalsozialismus und seinen Staat expressis verbis der „Falschmünzerei" bezichtigte und in scharfen Formulierungen die germanisch-völkischen Irrlehren Rosenbergs und der nationalsozialistischen Ideologie verwarf. Das am 21. März 1937 von den Kanzeln verlesene päpstliche Rundschreiben wurde auch wegen seines starken Echos im Ausland als eine offene politische Kampfansage gewertet und seine weitere Verbreitung daher staatlich untersagt. Verhaftungen von Priestern und Ordensleuten nahmen von nun an verschärft ihren Fortgang.

Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges endete der Kirchenkampf in dieser Form, weil Hitler davon eine Beeinträchtigung der Wehrbereitschaft befürchtete. Das Ziel, die Vernichtung beider Konfessionen, aber blieb.

Der Protestantismus ging in die Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Staat nicht mit der gleichen organisatorischen und dogmatischen Geschlossenheit hinein wie die katholi-

Landesbibliothek

sche Kirche. Er war daher anfälliger gegenüber der nationalsozialistischen Einheitsparole, doch zu einem Übereinkommen kam es nicht, im Gegenteil.

Der Kirchenkampf im Protestantismus war weitgehend eine innerkirchliche Auseinandersetzung verschiedener Richtungen, in die Staat und Partei eingriffen; denn die zahlenmäßig bedeutende Gruppe der „Deutschen Christen", die sich als der innerkirchliche Teil der nationalsozialistischen Bewegung betrachtete, bemühte sich eifrig, den Glauben an Christus mit den „Gesetzen von Blut und Boden" und dem Führermythos zu vereinen. Aber gerade diese hitlerhörige Gruppe provozierte im besten Sinn des Wortes eine „Bekennende Kirche", die die Forderung nach der Reinerhaltung des evangelischen Bekenntnisses nicht nur erhob, sondern auch durchsetzte. Sie verweigerte dem von Hitler geförderten „Reichsbischof" den Gehorsam, berief ihrerseits den „Bruderrat der Evangelischen Kirche in Deutschland" und leistete kompromißlosen Widerstand, als die von den Deutschen Christen beherrschte Kirchenleitung die Durchführung des „Arierparagraphen" verlangte, was mit der Ausstoßung von Pfarrern jüdischer Abstammung aus ihrem Amt identisch war, und vom Pfarrer einen Eid auf die Person Hitlers forderte**. Die Gründung eines „Pfarrernotbundes" war die Folge, dem sich bis Ende 1933 rund 6000 Geistliche, etwa ein Drittel der evangelischen Pfarrerschaft, anschlossen. Sein Initiator, der Dahlemer Pfarrer Martin Niemöller, wurde am 11. November 1933 seines Amtes enthoben, was den ehemaligen U- Boot-Kommandanten nicht hinderte, Maßnahmen der Hitlerregierung zuzustimmen, die er im nationalen Interesse für richtig hielt. In einem Telegramm an Hitler im November 1933 billigte er den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und nach Kriegsausbruch fragte er aus der Haft bei Hitler an, ob es für ihn eine Verwendung bei der Marine gäbe.

---

** Karl Barth, damals Ordinarius in Bonn, dem der Nationalsozialismus als einem schweizerischen Reformierten und Demokraten verhaßt war, leistete dennoch nach anfägnlichen Bedenken den Beamteneid auf die Person Hitlers, nachdem die Bekennende Kirche ein klares Wort über Gewicht und Grenze der Eidesbindung gesagt hatte. Vgl. Anm. 5. Karl Dietrich Erdmann, S. 439.

1967 wurde Martin Niemöller von Moskau mit dem Leninorden in Gold ausgezeichnet; nicht nur die Ereignisse, auch Charaktere sind komplex.

Den endgültigen Trennungsstrich zwischen dem auf seine reformatorische Grundlage sich zurückbesinnenden Protestantismus und dem Reichskirchenregiment zog die vom 29. bis 31. Mai 1934 in Barmen tagende Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche; auf der vom 19. und 20. Oktober wurde die schriftwidrige Einführung des weltlichen Führerprinzips in die Kirche und die darauf begründete Forderung eines bedingungslosen Gehorsams verworfen, gegen die unrechtmäßige Kirchenleitung des Reichsbischofs und der Staatsorgane das kirchliche Notrecht proklamiert und als oberstes Organ der Bekennenden Kirche ein Bruderrat berufen, der ein „vorläufiges Kirchenregiment der Deutschen Evangelischen Kirche" einsetzte.

Die Gleichschaltung des Gesamtprotestantismus war mißlungen. Hier wie in der römisch-katholischen Kirche wurde die unabdingbare Eigenständigkeit gegen die totalitären Ansprüche des Nationalsozialismus behauptet. Die Kirchenfrage war ungelöst, als der Krieg begann und Hitler gegenüber den Kirchen eine Politik des Burgfriedens anordnete, ohne dabei von dem Ziel abzugehen, nach dem Kriege Deutschland radikal zu entchristlichen.

Soweit die Amtskirche und ihre Sprecher im Jahre 1933 die „Machtübernahme" begrüßten, wird man diesen politischen Irrtum der Kirchen als Teil jener allgemeinen konservativen Fehleinschätzung der NSDAP durch die Führungsschichten des deutschen Volkes ansehen können.

Die Kirchen haben die nationalsozialistische Ideologie verurteilt, aus denen sich die Massentötungsaktionen ergeben sollten, und auch nicht zum sogenannten Euthanasie-Programm geschwiegen. Katholische und evangelische Organe haben jüdischen Auswanderern materielle und organisatorische Hilfe geleistet. Der Vatikan und der päpstliche Nuntius in Berlin haben Bedrängten in der Zeit der schwersten Verfolgung geholfen. Aber beide Kirchen und der Vatikan haben ihre Stimmen nicht zu öffentlicher Anklage erhoben, als im November 1938 in Deutschland die

Synagogen in Brand gesteckt und die Juden entrechtet und enteignet wurden. Es gab aber einzelne Priester und Geistliche, die nicht versagten. Dompropst Bernhard Lichtenberg von St. Hedwig in Berlin betete im Gottesdienst für die verfolgten Juden und rief seiner Gemeinde zu: „Draußen brennt der Tempel – das ist auch ein Gotteshaus!" Zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, starb der Propst bei einer anschließenden Überführung in ein Konzentrationslager. Hierher gehört Pastor Hermann van Senden, der in einer mutigen Predigt den Frevel an der Detmolder Synagoge angeprangert hat, an die heute nur noch eine Gedenktafel erinnert.

Gegen den Mord an Juden haben im Kriege Kirchenführer beider Konfessionen – darunter auch der Papst – hier und da ihre Stimmen erhoben, der Kölner Erzbischof Joseph Frings in mehreren Verlautbarungen und der Württembergische evangelische Landesbischof Theophil Wurm, der wiederholt als Sprecher der Kirche gegenüber dem Staat hervorgetreten ist.

Die kirchlichen Proteste wurden, anders als in der Euthanasiefrage, von den Machthabern nicht zur Kenntnis genommen. Die Frage, warum eine Reaktion ausgebleiben ist, konnte bisher noch nicht beantwortet werden. Doch das Urteil über diese Frage und gewiß noch manch andere hängt nicht zuletzt davon ab, an welchen Maßstäben die Kirchen selber gemessen werden wollen.

Unter den Freikirchen und Sekten ragen die Zeugen Jehovas wegen ihrer kompromißlosen Frontstellung gegen den nationalsozialistischen Staat heraus. Sie verweigerten den Hitlergruß, leisteten keinen Eid und lehnten den Wehrdienst ab, nicht auszudenken der weitere Verlauf der deutschen Geschichte, wenn auch die beiden großen christlichen Kirchen nach diesen Prinzipien gehandelt hätten. Viele Anhänger dieser kleinen Religionsgemeinschaften kamen um oder wurden hingerichtet. Das ist das historisch-politische und kirchengeschichtliche Umfeld, in das Hermann van Senden gestellt war.

# V

Flucht und Vertreibung waren noch nicht abgeschlossen, als Heinrich Drake als Regierungspräsident zum Ostdeutschen Treffen am ersten Pfingstfeiertag 1951 anläßlich der 30jährigen Wiederkehr des Abstimmungssieges in Oberschlesien in einem Geleitwort seine persönlichen Gedanken zum Ausdruck brachte, die uns in einem kleinen Schriftchen überliefert sind:

„Den Heimatvertriebenen des Regierungsbezirks Detmold gilt mein Gruß und meine Hoffnung. Ich weiß, was sie erlebt haben, weiß um ihre familiären, persönlichen und seelischen Nöte, und ich bedaure herzlich, daß vieles, was zum Ausgleich und zur Linderung geschah, noch unzulänglich ist.

Das Heimatgefühl ist unsterblich, und es ist eindeutig bestimmt durch die Eindrücke, die uns die Heimatlandschaft, ihre Glokken und Laute, Vater und Mutter vermittelt haben. Pfingsten ist das Fest der Hoffnung. Möchten in dieser Zeit der Hoffnung unsere Kräfte wachsen, und möchte der Wille stark werden, ein echtes Heimatgefühl zu vermitteln, auch da, wo es zur Zeit noch nicht wieder ursprünglich empfunden werden kann".

Die vom Regierungspräsidenten Detmold 1977 herausgegebene Dokumentation „30 Jahre danach – 1945 bis 1975 Flüchtlings- und Vertriebenenarbeit im Rgierungsbezirk Detmold" macht Fragen und Probleme deutlich, vor denen die einheimische Bevölkerung, Flüchtlinge und Vertriebene standen. Hinter den vielen nüchternen Zahlen, die die kleine Schrift enthält, verbirgt sich eine Vielzahl von Schicksalen, verbergen sich Not und Elend, Krankheit und Tod auch nach geglückter Flucht oder überstandener Vertreibung.

In den Monaten nach dem Zusammenbruch vermischten sich auf den Landstraßen Flüchtlingsscharen mit den Millionen Evakuierter, die wegen des Bombenkrieges die Städte verlassen hatten. Viele Familien waren durch Gefangenschaft, Internierung, Flucht und Verschleppung auseinandergerissen worden. Nach einer immer noch vorläufigen Statistik wurden rund 15 Millionen

Menschen aus ihren angestammten Wohngebieten verjagt. Der Großteil ist in der Bundesrepublik Deutschland, ein kleinerer Teil in Mitteldeutschland ansässig geworden. 3,2 Millionen starben auf der Flucht, wurden erschlagen oder erfroren im strengen Winter 1944/45. Es bleibt eine bedrückende Feststellung, daß Menschen gegen Menschen einen so grauenhaften Vernichtungswillen zeigen konnten, wie dies im Kriege Deutsche gegen Polen, nach dem Kriege Polen gegen Deutsche getan haben. Vermutlich wäre manches Verbrechen nach 1945 nicht geschehen, wenn die kultivierte Bevölkerung in den vorausgegangenen Jahren nicht weitgehend umgebracht worden wäre.

Helmut Stieff, einer der Männer des 20. Juli (1944) schrieb angesichts der von Deutschen in Warschau verübten Verbrechen am 21. November 1939 an seine Frau: „Diese Ausrottung ganzer Geschlechter mit Frauen und Kindern ist nur von einem Untermenschentum möglich, das den Namen Deutsch nicht mehr verdient. Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein". Die Furchtbarkeit der Verbrechen bleibt aber auch dann, wenn man sie gegenseitig aufrechnet. Man sollte es nicht. Doch sollte man Kenntnis von allen Verbrechen haben, auch von denen bei Katyn; Wissen hat noch nie geschadet.

## VI

Nordrhein-Westfalen, eine Schöpfung der britischen Besatzungsmacht, ist ein „Produkt situationsbedingter wirtschaftlicher und politischer Überlegungen" (Karl Dietrich Erdmann), ein Land ohne Tradition, mag man sich um eine solche noch so sehr bemühen.

Nordrhein-Westfalen verbindet das Industriegebiet an Rhein und Ruhr, das stärkste deutsche Industriepotential, und die chemischen Braunkohlen- und Kabelindustrien im Raum Köln mit dem landwirtschaftlichen Areal des Münsterlandes und den Waldbeständen des Sauerlandes in einer Verwaltungseinheit. Mit dieser Maßnahme wollte die britische Regierung den französi-

schen Bestrebungen entgegenwirken, den montanindustriellen Kern der deutschen Wirtschaft politisch zu internationalisieren, woran auch die Sowjetunion interessiert war.

Ein politisch-wirtschaftlicher Großraum in Westdeutschland hatte bereits nach dem Ersten Weltkrieg Konrad Adenauer vorgeschwebt, der sich daran in seinen Memoiren erinnert.

In das am 18. Juli 1946 konstituierte Land Nordrhein-Westfalen wurde am 21. Januar 1947 Lippe eingegliedert, nachdem Heinrich Drake in den sogenannten „Punktationen" die Grundlage hierfür geschaffen hatte. Am 21. Januar 1947 trat der lippische Landtag in einem feierlichen Akt zu seiner letzten Sitzung zusammen. Das Land Lippe, das als einziges altwestfälisches Gebiet bis zu diesem Tag die politische Selbständigkeit behauptet hatte, existiert seitdem nicht mehr. Aus dem preußischen Regierungsbezirk Minden und dem Land Lippe wurde am selben Tag ein neuer Regierungsbezirk mit Regierungssitz in Detmold gebildet und der bisherige Landespräsident Heinrich Drake zum Regierungspräsidenten berufen.

In den von Drake ausgehandelten „Punktationen" erhielt das im Land Nordrhein-Westfalen aufgegangene Land Lippe das Recht, für die Verwaltung des in Lippe verbliebenen Vermögens einen Zweckverband zu errichten, der im Landesverband Lippe mit Gesetz vom 5. November 1948 juristisch fixiert, aber erst nach Genehmigung durch die britische Militärregierung am 12. Oktober 1949 Wirklichkeit wurde.

Aufgabe des Landesverbandes Lippe ist es, „die kulturellen Belange und die Wohlfahrt der Bewohner im Bezirk des früheren Landes Lippe im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zu fördern". Die Verwaltung der Domänen, Forsten und ehemaligen Staatsbäder erfolgt mit dem Ziel, durch kulturelle und soziale Leistungen die Traditionen des ehemaligen Landes Lippe fortzusetzen[6]. Das Bundesverfassungsgericht stellte in einem Urteil vom 28. Juli 1955 fest, daß die Punktationen, die auch den Vorstellungen der Militärregierung entsprachen, keinen Staatsvertrag darstel-

[6] Lutz Hambusch: Die Rechtsstellung des Landesverbandes Lippe. Münster 1971.

len, da insbesondere die Zustimmung beider Landtage fehlte; es verwies die beim Anschluß des Landes Lippe an Nordrhein-Westfalen getroffenen Absprachen in den Bereich der politischen Erklärungen, die auch dann ihre große Bedeutung haben, wenn man ihnen den Charakter eines bindenden Staatsvertrages abspricht: „Eine Regierung wird es nicht wagen können, feierliche Versprechungen zu brechen, die sie bei der Aufnahme eines anderen Landes abgegeben hat". Das Bundesverfassungsgericht stellt darüber hinaus fest, daß der Anschluß auch ohne Volksabstimmung gültig sei. Von der bis zum 5. Februar 1956 bestehenden Möglichkeit eines Volksbegehrens machte Lippe keinen Gebrauch und bestätigte damit seine Eingliederung.

Die Geschichte des ehemaligen Landes Lippe ist in die Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen eingegangen, das noch wenig eigene Geschichte hat. Doch die Einheit der Landesgeschichte ist gar nicht an einen bestimmten, für alle Zeit fest umgrenzten Raum gebunden, der in seinem Umfang ständigen Veränderungen unterworfen ist. Ebensowenig, wie es für die Landesgeschichte eine festumrissene räumliche Grenze gibt, sind für sie zeitliche Grenzen vorhanden. Landesgeschichte definiert Erich Keyser[7] als ein System von verschiedenen großen, sich überschneidenden Kreisen und Ellipsen, deren Mittelpunkte zusammenfallen, aber auch voneinander getrennt sein können.

Der Raum der Geschichte und der Raum der Natur gehören besonderen Ordnungen an: Die geographische Landschaft ist von Anfang an da, die historische nicht, die erst in dem Augenblick entsteht, wo sich ein Landesteil durch die Einwirkung historischer Momente dauernd von seiner Nachbarschaft zu scheiden beginnt.

In der Landeskunde, deren Aufgabe es ist, die Abhängigkeit der geschichtlichen Entwicklung eines Landes von der Beschaffenheit der Erdoberfläche zu untersuchen, wird vielfach festgestellt, daß die landesgeschichtlichen Bevölkerungsgruppen weit stärker den natürlichen Landschaften sich anzupassen pflegen, als es bei

---

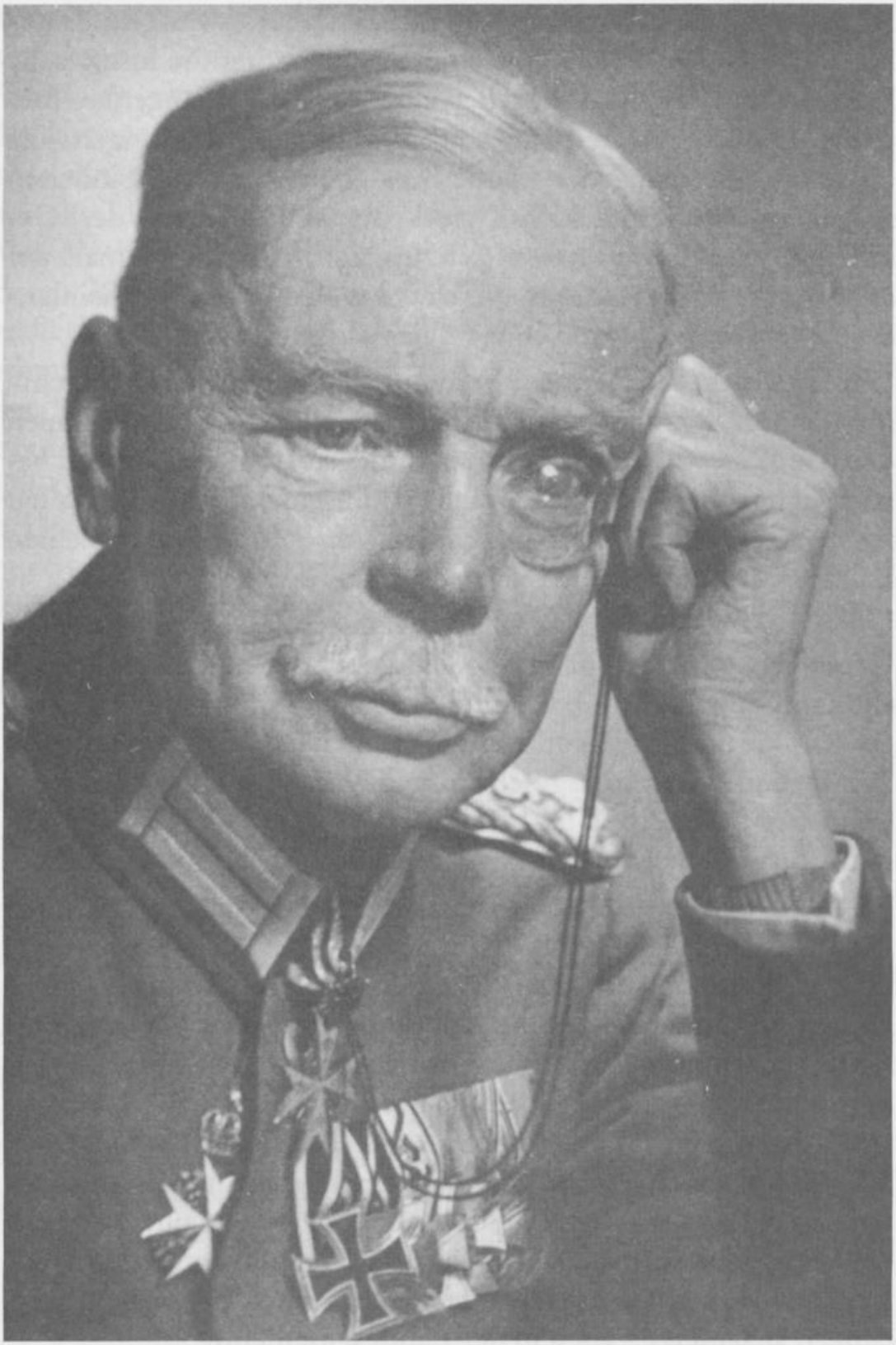
[7] Die Geschichtswissenschaft. Aufbau und Aufgaben. München 1931 in Ziff. 5a „Landesgeschichte" S. 83–108. Hier S. 103.

Staaten geschieht. Landesgeschichte ist daher etwas grundsätzlich anderes als Territorialgeschichte, die immer die historische Existenz bestimmter politischer Gebilde der Vergangenheit betrifft; denn Territorien sind landesherrliche Schöpfungen, die mit dem Untergang der Landesherrschaft in andere Einheiten aufgehen. Landesgeschichte ist keineswegs Summe der Geschichte jener Territorien gleichzusetzen, die sich ehemals auf dem Boden Württembergs, Thüringens oder auch des Rheinlandes befunden haben, um einige Beispiele zu nennen.

Die Geschichte einer Stadt verdient in einer Landesgeschichte nur dann Erwähnung, wenn in ihr besondere Entwicklungslinien der Landesgeschichte sichtbar sind oder sie diese maßgebend bestimmt haben. Wird diese Beschränkung nicht beachtet, so hat man wohl die Summe der Geschichte von Städten und einzelnen Landesteilen, aber keine Landesgeschichte.

Doch lassen sich gesicherte Ergebnisse nur aus einer breiten Grundlage von regional und lokal gebundenen Einzeluntersuchungen gewinnen. Orts- und Flurnamenforschung, Dialektgeographie und Volkskunde tragen dazu bei. Gleiches gilt für die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, die Entwicklung standortgebundener Gewerbe und Industrien, die Geschichte der Behördenorganisation, die Verwaltungs- und Verfassungsgeschichte und die Kirchengeschichte. Hier wird die Universalität des Landeshistorikers gefordert.

Politische Geschichte allein ist ein Teilaspekt, aber noch lange keine Landesgeschichte; und daß der Vergleich in der landesgeschichtlichen Forschung eine wichtige Rolle spielt, bedarf keiner besonderen Begründung; denn so problematisch auch Vergleiche sein mögen, sie sind unentbehrlich zur Gewinnung brauchbarer Vorstellungen; sie leisten um so bessere Dienste, je gewissenhafter man die beiderseitigen Grundlagen untersucht, auf denen sich die Vergleiche aufbauen. Vergleiche sind ein wichtiges Korrektiv, und jede nicht vergleichende Geschichtsschreibung bleibt Irrungen ausgesetzt – auch in der Landesgeschichte.



Generaloberst Hans von Seeckt. 1866 – 1936.
Von 1875 – 1879 Schüler am Detmolder Leopoldinum.

Dermot Bradley

# Generaloberst von Seeckt und das Reichsheer – ein Staat im Staate?

Die Gesellschaft – und in einem besonderen Maße die Bundeswehr – ist die Leidtragende vorausgegangener Versäumnisse in der Schule, dies um so mehr, wenn eine Gesellschaft weitgehend auf den Geschichtsunterricht verzichtet. Vielen Menschen erscheint die Geschichte Deutschlands als eine einzige Folge von Irrtum, Schuld, Aggressivität und moralischer Verweigerung. Die Vergangenheit, ihre Traditionen, Zeugnisse und Maßstäbe werden vielfach aus keinem anderen Grund verworfen, als weil sie Vergangenheit waren. Brigadegeneral Heinz Karst nahm hierzu Stellung („Soldatische Tradition in geschichtsferner Gesellschaft?"): „Ein Volk, das mit verlegenem Schweigen an seiner Geschichte vorbeizugehen bemüht ist, wird kaum zu tragfähigen Überlieferungen kommen, zumal seine politischen Repräsentanten die Geschichte zu wenig in Anspruch nehmen und sie der Jugend zu selten deuten."

Die Ära Heinrich Drakes – speziell die Weimarer Republik, das Reichsheer und die Reichsmarine – leidet sehr unter dieser Geschichtslosigkeit. Denn mit der Hilfe von Schlagwörtern wird sie mißdeutet und mißverstanden. Das klassische Beispiel eines Schlagworts in der Weimarer Republik ist „Staat im Staate". „Drei Dinge gibt es", so Generaloberst Hans von Seeckt, „gegen die der menschliche Geist vergebens ankämpft: die Dummheit, die Bürokratie und das Schlagwort." Alle, die das Schlagwort nicht entbehren können, sind nicht in der Lage, ihre eigenen Gedanken zu denken. Wissen, auch das aus dem Studium der Geschichte gewonnene, sei nur dann von lebendigem, praktischem Wert, meinte Seeckt, wenn es verarbeitet, wenn aus der Fülle der Einzelheiten das Bleibende, das Wichtige gewonnen und dem eigenen geistigen Schatz einverleibt werde.

Wegen der geographischen Zentrallage in Europa hat das militärische Leben eine größere Rolle in Deutschland als in anderen

Ländern gespielt. Das preußische Offizierkorps entstand und wurde von drei Faktoren beeinflußt: vom christlichen Missionsgedanken, vom Pietismus und vom Ehrbegriff.

Christliche Traditionen stammen aus der Zeit des Ritterordens. Der Soldatenkönig, Friedrich Wilhelm I., Vater Friedrichs des Großen, war vom Pietismus von August Hermann Franke stark geprägt, denn er hob die Stellung des Königs und den Staat besonders hervor. Die Vervollkommnung der einzelnen Persönlichkeit, die in der Verwirklichung des Ehrbegriffes bestand, sollte zu einem höheren Typus von Mensch führen. Kaiser Wilhelm I. betonte dies in seiner Ehrengerichtsordnung von 1874.

Die Entwicklung des Berufsheeres brachte mit sich ein neues Element, das des Verhältnisses zwischen Heer und Fürst, der in seiner Person das Land verkörperte. Seeckt schrieb in seinen „Gedanken eines Soldaten": „Das Heer verkörpert, aus allen Stämmen und Ständen zusammengesetzt, sinnfällig die nationale Einheit des Staates und wird zu einer der stärksten Klammern des Staatsgebäudes. Er sichert nach außen den Bestand des Staates durch Bereitsein zur Abwehr eines Angriffs auf ihn und ist damit der Ausdruck des Staatswillens zur Selbstbehauptung."

Der Staat in Preußen war nicht ein leerer abstrakter Begriff, sondern ein durchblutetes, lebendiges Gebilde, das auf dem Begriff der Pflicht gebaut war. „Was verlange ich vom Heer?", fragte Seeckt, „Staatsgesinnung. Was verlange ich vom Staat? Liebe zum Heer." Kants Philosophie verkörperte diesen preußischen Gedanken der Pflicht. Der am Staats- und Pflichtbegriff geschulte Geist durchdrang den ganzen deutschen Kreis des Denkens und Schaffens. Der sachliche, oft kalte Ordnungssinn, der erst von Preußen ausging, gab dem deutschen Geist die Organisationsfähigkeit. Dieser Preußengeist war in erster Linie ein militärischer Geist.

Johannes Friedrich Leopold von Seeckt wurde am 22. April 1866 als drittes Kind des Kgl. Preußischen Hauptmanns Richard August von Seeckt (4. 11. 1833 – 15. 3. 1909) im damals im preußischen Besatzungsgebiet liegenden Schleswig geboren. Die Mut-

ter, Auguste von Seeckt (28. 7. 1834 – 19. 1. 1919), war eine Kusine des Vaters. Vom 15. 10. 1874 bis zum 12. 3. 1881 war der Vater Seeckt Kommandeur des Infanterie-Regiments Graf Bülow von Dennewitz (6. Westf.) Nr. 55 in Detmold. In dieser Zeit besuchte der junge Seeckt das Leopoldini-Gymnasium. Zur feierlichen Einweihung des Hermannsdenkmals meldete der Regimentskommandeur sein auf dem Schloßplatz angetretenes Regiment Kaiser Wilhelm I. Zuletzt als General der Infanterie war der Vater Seeckt Kommandierender General des V. Armeekorps in Posen (1891 – 1897).

Hans von Seeckt legte seine Reifeprüfung im Protestantischen Gymnasium in Straßburg i. Elsaß am 17. 7. 1885 ab, bei der es im Urteil hieß: „... von Seeckt ist in der deutschen Literatur ungewöhnlich belesen und hat für die Werke derselben ein feines, tiefdringendes Verständnis." Hierzu schrieb er später: „Die Verbindung zwischen Soldatentum und humanistischer Bildung ist keine zufällige. Gerade der Soldat bedarf der Schulung des Geistes und des Blickes in die Weite, wenn er nicht im Handwerksmäßigen verflachen will. Er bedarf der Aufrichtung an klassischen Vorbildern..." Als klassisch bezeichnete er: „Das Gleichmaß der Dinge, das Ausgeglichensein, die Symmetrie... zwischen Wollen und Können..., zwischen Mittel und Zweck."

Am 4. 8. 1885 trat Seeckt als Avantageur (Offizieranwärter) in die 5. Kompanie des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1 ein. Hier wurde er am 15. 1. 1887 zum Secondelieutenant und am 27. 1. 1894 zum Premierleutnant ernannt. Er heiratete Dorothea Jacobson, adoptiert Fabian (3. 12. 1872 – 27. 1. 1948) am 3. 6. 1893. Diese Ehe blieb kinderlos.

Nach Besuch der Kriegsakademie wurde Seeckt zunächst ohne Patent (später mit 27. 1. 1900 X6x festgelegt) zum Hauptmann befördert. In den Jahren bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges besuchte Seeckt Paris, Ägypten, Algerien, Indien und Afghanistan, Besuche, die für seine Weltaufgeschlossenheit zeugen. Vom 20. 2. 1912 bis zum 4. 4. 1913 war Seeckt Bataillonskommandeur im 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109 in Karlsruhe und dann anschließend Chef des Generalstabes des

III. Armeekorps unter General der Infanterie von Lochow in Berlin. Mit diesem Korps rückte er 1914 ins Feld. Der Durchbruch der französischen Front bei Soissons im Januar 1915 lenkte die Aufmerksamkeit Falkenhayns (Chef des Generalstabes des Feldheeres) auf Seeckt, der am 27. 1. 1915 zum Oberst befördert und am 9. 3. 1915 zum Chef des Generalstabes der 11. Armee (v. Mackensen) ernannt wurde. Dem AOK 11 gelang der Durchbruch der russischen Front in Galizien bei Gorlice-Tarnow in den ersten Maitagen 1915. Innerhalb von zwei Monaten waren Galizien und Polen erobert, und die russische Südfront brach zusammen. Mackensen wurde zum Generalfeldmarschall befördert. Außer der Reihe wurde Seeckt am 26. 6. 1915 zum Generalmajor ernannt. Für seine große Leistung als Chef des Generalstabes bei Mackensen erhielt er den Orden „Pour le mérite".

Mackensen schrieb später über Seeckt: „Militärisch hochbegabt und vielseitig gebildet, von durchdringender Verstandesschärfe, klar, knapp und bestimmt im Urteil, beherrschte Seeckt alle Zweige des Generalstabsdienstes und der Armeeführung mit vollendeter Sicherheit. Bei aller Gründlichkeit und Genauigkeit im Erfassen, wahrte er sich stets beherrschenden Überblick über das große Ganze. Unbestreitbar lag etwas Geniales in seiner Natur, das ihn zu hohen und höchsten Führerstellungen befähigte."

Der Herbst 1915 brachte die überraschend schnelle Eroberung Serbiens durch die nunmehrige Heeresgruppe Mackensen. Falkenhayn aber dachte bereits an Verdun im Westen und konnte sich nicht entschließen, Seeckts dringenden Vorstellungen zu folgen und den Angriff auf Saloniki ausdehnen. Am 27. 11. 1915 wurde Seeckt das Eichenlaub zum Pour le mérite verliehen. Vom 1. 7. 1916 ab stand Seeckt dem Chef des Generalstabes des Feldheeres zu besonderer Verwendung zur Verfügung und kam als „Ober-Generalstabschef" zur k. u. k. 7. Armee, später als Chef des Generalstabes zur neugebildeten Heeresgruppe Erzherzog Karl, die nach Karls Thronbesteigung im November 1916 in Heeresgruppe Erzherzog Joseph umbenannt wurde. Erzherzog Joseph schrieb über Seeckt: „Schade, daß Seeckt ein Deutscher ist, denn sonst würde ich sagen, daß er der einzige Mensch sei,

den ich, jede Verantwortung auf mich nehmend, als einzige vollkommen geeignete Person, Conrad (den österreichischen Chef des Generalstabes) zu ersetzen, empfehlen könnte... Ein hervorragenderer General ist mir noch nicht untergekommen als er, mit dem es eine Freude ist, zusammenzuarbeiten." Ein bemerkenswertes Urteil! Seeckt war einer der wenigen Deutschen, die es verstanden, mit den Österreichern gut zusammenzuarbeiten.

Am 2. Dezember 1917 wurde Seeckt unter Beförderung zu einem türkischen Generalleutnant als Chef des Generalstabes des ottomanischen Feldheeres nach der Türkei kommandiert und der dortigen Militärmission zugeteilt. Nach dem türkischen Waffenstillstand vom 30. 10. 1918 mußte Seeckt nach Deutschland zurückfahren. Auf dieser Rückfahrt erhielt er die Nachricht von der Abdankung des Kaisers. Erst nach Ausbruch der Revolution traf Seeckt am 13. 11. in Berlin ein.

Am 10. November sprach Friedrich Ebert telefonisch mit Generalleutnant Groener, dem Ersten Generalquartiermeister. Der Chef des Generalstabes, Generalfeldmarschall von Hindenburg, schrieb in einem Telegramm: „Es kann bekanntgegeben werden, daß die OHL mit dem Reichskanzler Ebert, dem bisherigen Führer der gemäßigten sozialdemokratischen Partei, zusammengehen will, um die Ausbreitung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland zu verhindern." Die SPD hatte weder Vorbereitungen für eine Heeresorganisation getroffen noch eine Gruppe von Experten hierfür bereitgehalten. Nur zusammen mit der alten Armee glaubte Ebert, Deutschland vor der Gefahr des Bolschewismus retten zu können.

Mit der Niederlage brach die alte Struktur Deutschlands ohne sofortigen Ersatz zusammen. Die Tat der Gründung einer Republik, einer äußerlichen, reinen verfassungsmäßigen Änderung hatte zunächst kaum Wirkung.

Ebert ernannte Gustav Noske am 27. 12. 1918 zum Volksbeauftragten für Heeres- und Marineangelegenheiten. Noske entschloß sich, sich auf die alten Offiziere zu verlassen, die treu zur Regierung standen, um ein Gegengewicht zu den Kommunisten und Spartakisten beizubehalten.

Generalmajor von Seeckt trat am 12. 1. 1919 wieder in den aktiven Dienst und übernahm die Verbindungsstelle Königsberg. Er wurde auch Chef des Generalstabes des Oberkommandos Grenzschutz Nord. Sobald die Kämpfe in Berlin zu Ende waren, fanden die Wahlen zur Nationalversammlung statt. Die provisorische Regierung Eberts übertrug ihre Befugnisse der Nationalversammlung, die nunmehr in Weimar zusammentrat. Ebert wurde Reichspräsident und beauftragte Scheidemann als Ministerpräsident mit der Bildung einer Koalitionsregierung, in der Noske das Amt des Reichswehrministers übernahm.

Kurt Eisner in München erkannte die Nationalversammlung nicht an und wurde am 21. Februar von einem jungen Offizier erschossen. Unter dem Einfluß der Ungarischen Sowjetrepublik wurde in Bayern ebenfalls eine Sowjetrepublik ausgerufen. Noskes Truppen kämpften vom 1. bis zum 3. 5. in München und eroberten schließlich die Stadt. Mit gleichen Mitteln wurden Aufstände in Mitteldeutschland, im Ruhrgebiet, im Baltikum und in den Nordseehäfen beseitigt.
Seeckt wurde am 28. 4. 1919 zum Militärberater der deutschen Delegation in Versailles ernannt. Er geriet damit in schwere und nachwirkende Kontroversen mit dem Außenminister und späteren Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau, dem Seeckt Schädigung der Militärbelange vorwarf. Am 6. Mai schrieb Seeckt: „Ich habe gestern an Groener privatim und vertraulich geschrieben, ich beabsichtigte nach Abschluß dieser Friedensaufgabe meinen Abschied zu nehmen." Am 14. Mai war Seeckt wieder in Berlin zu Besprechungen im Kriegsministerium und im Generalstab.
Groener hielt ein Heer von 350.000 Mann für nötig, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, und meinte, Deutschlands Politik sei nicht mehr tonangebend. Am 26. März hatte er bereits an den preußischen Kriegsminister, Oberst Walther Reinhardt, geschrieben: „Wie groß das Zukunftsheer Deutschlands sein kann, bestimmt zunächst der Feind, wie gut es sein wird, bestimmen wir. Nicht alle Offiziere können bleiben, daher die besten Männer vor die Front! Gerade die Neuorganisation, die Verkleine-

rung des Heeres gibt Gelegenheit, das Offizierkorps von den ihm aus dem Kriege und aus der Revolutionszeit anhaftenden Schlakken zu reinigen, wenn ein feste und zielbewußte Hand den Bau leitet."

Die Alliierten überreichten den deutschen Delegierten den endgültigen Friedensvertrag am 17. 6. 1919. Ebert zog das Kabinett zu Rate. Es gab Meinungsverschiedenheiten, und Scheidemann trat zurück und wurde durch Gustav Bauer ersetzt. Hindenburg ließ Groener dem Reichspräsidenten mitteilen: „Die Wiederaufnahme von Feindseligkeiten hat keine Aussichten." Hindenburg riet, den Frieden so zu akzeptieren. Er trat am 24. 6. zurück. Ein Abschiedsgesuch von Seeckt vom darauffolgenden Tage wurde nicht angenommen. Er wurde am 3. 7. 1919 mit der Wahrnehmung der Geschäfte des aufzulösenden Generalstabes des Heeres beauftragt und wurde am 5. 7. Vorsitzender der Vorkommission für die Organisation des Friedensheeres. Dazu kam am 19. 7. die Ernennung zum Vorsitzenden des Ausschusses für die Organisation des Reichswehrministeriums. Ein bestimmter Gegensatz zwischen Seeckt und Reinhardt war zu erkennen.

Am 7. 7. 1919 schrieb Seeckt an Hindenburg: „Wenn es mir gelingt, nicht die Form, sondern den Geist zu erhalten, dann werde ich in meiner Tätigkeit nicht nur die des Totengräbers des Generalstabes sehen dürfen." In einem Erlaß vom selben Tag an die Generalstabsoffiziere stellte Seeckt fest:

„In dem Augenblick, in dem ich an die Spitze des Generalstabes trete, empfinde ich die Notwendigkeit, daß zwischen uns Generalstabsoffizieren volle Klarheit der Auffassungen und Einigkeit im Denken und Wollen herrscht... Unsere Pflicht liegt klar vor uns. Wir müssen mitarbeiten am Zusammenhalt und Wiederaufbau des Reiches, an der Begründung und Entwickelung des neuen Heeres. Wir müssen die Augen weit aufmachen gegenüber den uns auferlegten, nicht mehr abwendbaren Notwendigkeiten der neuen Zeit und festen Wollens auf neuem Grund an den Aufbau einer neuen Zukunft gehen. Diese Erkenntnis und diesen Willen setze ich bei jedem Generalstabsoffizier voraus, und das Verbleiben jedes einzelnen im Generalstab gilt mir als seine Zustim-

mung... Die Stunde verlangt von jedem Deutschen und in ihr verlange ich von jedem Generalstabsoffizier, daß er seine persönlichen Gefühle zurückstellt hinter die Notwendigkeit, unsere Pflicht zu tun.

Keiner von uns zweifelt daran, daß Deutschland nur eine Zukunft haben kann, wenn es uns gelingt, in unserer neuen, wenn auch noch so kleinen, Armee einen Hort der Ordnung, eine nie versiegende Quelle nationalen Denkens, nationaler Kraft zu schaffen... Wenn wir arbeiten wollen, so müssen wir heraus aus dem Lärm des Tages. Daß der Offizier Verständnis gewonnen hat für die Fragen der Öffentlichkeit, daß er teilnimmt am politischen Leben des Volkes, ist ein Fortschritt unserer Zeit. – Daß so viele sich verpflichtet fühlen, ihre Ansichten der breiten Masse mitzuteilen, in den Kampf des Tages mit lauter Stimme einzugreifen, ist eine schlechte Sitte und widerspricht den besten Überlieferungen des Generalstabes."

Der Friedensvertrag wurde in Versailles am 28. 6. 1919 unterzeichnet. Die Hauptbedingungen im militärischen Bereich waren: die Verminderung der Heeresstärke auf 7 Infanterie- und 3 Kavalleriedivisionen mit einer Gesamtstärke von 100.000 Soldaten und Beamten sowie 300 Sanitätsoffiziere und 200 Veterinäre; die Verminderung der Reichsmarine auf 15.000 Mann; die Auflösung des Generalstabes; die Abschaffung der Wehrpflicht; eine ununterbrochene Dienstzeit von 25 Jahren für Offiziere und 12 Jahren für Unteroffiziere und Mannschaften; Verbot militärischer Flugzeuge sowie aller Mobilmachungsmaßnahmen; Räumung einer 50-km-Zone östlich des Rheines; Einsetzung einer Kontrollkommission der Alliierten.

Der Versailler Vertrag galt als Reichsgesetz. Mit der Verabschiedung der Reichsverfassung und ihrem Inkrafttreten am 11. 8. 1919 waren die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, unter denen sich der Umbau des Heeres und der Marine zu vollziehen hatte. Zwangsweise mußte die neue Reichswehr (Heer und Marine) bemüht sein, die kleinlichen Bestimmungen des Vertrages zu umgehen. Jedes Bemühen brachte mit sich, daß die

öffentliche Moral des Staates geschwächt wurde, auch wenn die Bemühungen im Sinne des Staates waren.

Im neuen Reichsheer wurden Generalmajor Walther Reinhardt Chef der Heeresleitung und Generalmajor Hans von Seeckt Chef des Allgemeinen Truppenamtes. Die Frage der Dolchstoßlegende und die Entlassung so vieler Offiziere und Soldaten, um das Heer auf die vorgeschriebene Stärke zu reduzieren, erregten die Gemüter. Der Oberbefehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos 1, General Frhr. von Lüttwitz, weigerte sich, die verschiedenen Freikorps aufzulösen. In Verbindung mit Generallandschaftsdirektor Dr. Wolfgang Kapp fand ein Putsch statt, der als „Kapp-Putsch" in die Geschichte eingegangen ist.

Über diesen Putsch sind viele Legenden insbesondere über angebliche Aussagen von General von Seeckt entstanden, wobei die gängigsten sind: „Truppe schießt nicht auf Truppe" und „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr". Es ist ein Verdienst des bedeutenden Seeckt-Biographen, des ersten Amtschefs des MGFA in Freiburg, daß mit solcher Geschichtsklitterung aufgeräumt worden ist. Oberst Dr. Meier-Welcker schreibt über eine Beratung der militärischen Führer in Berlin, die Noske am 13. 3. um 1 Uhr nachts einberief. Der erste Biograph Seeckts, General der Artillerie von Rabenau, habe, so Meier-Welcker (S. 258), „von der Nachtsitzung eine romanhafte Darstellung gegeben, die durch nichts belegt ist". Der spätere Chef der HL, Generaloberst Frhr. von Hammerstein-Equord, der bei der Sitzung anwesend war, stellte fest, daß die Seeckt in den Mund gelegten Sätze gar nicht gesprochen wurden. Von einer „Weigerung" Seeckts, auf die in Berlin einmarschierende Brigade Ehrhardt schießen zu lassen, kann nicht die Rede sein. Dies ist nur eine Verkennung der Dienststellung Seeckts, der keine Kommandogewalt hatte. Der damalige Chef der HL, Generalmajor Reinhardt, der nicht in Verdacht stand, Seeckt gegenüber besonders wohlgesonnen zu sein, schrieb in einem Bericht: Das Ergebnis der Beratung beim Reichswehrminister sei später „vielfach mißdeutet worden". Es habe sich keineswegs „bei den abratenden Offizieren um die

Weigerung zu kämpfen gehandelt, sondern eben nur um den Rat, um den sie gefragt worden waren".

Die sozialdemokratischen Minister ließen zum Generalstreik aufrufen, der sich erst am dritten Tag, einem Montag, ernstlich auswirkte. Daß dem Streik das Hauptverdienst für das Scheitern Kapps zukommen solle, ist auch eine Legende, die noch heutzutage von den Gewerkschaften gepflegt wird. Mit der Ausnahme des Vizekanzlers Schiffer, der in Berlin blieb, wich die Regierung auf zunächst Dresden und dann Stuttgart aus. Den Putschisten Geld auszuzahlen, hatten Ebert und Reichskanzler Bauer verboten. Ehrhardt weigerte sich, es aus der Reichsbank zu holen, mit der Erklärung, er sei Offizier. Die Beamten gehorchten dem selbsternannten Reichskanzler Kapp nicht. Durch den Zusammenbruch des Putsches wurde Seeckt zur militärischen Schlüsselfigur. Reichswehrminister Gustav Noske wurde von seiner eigenen Partei gezwungen, zurückzutreten. Mit ihm verschwand fast das einzige Element, das die Reichswehr in einer gewissen Verbindung zur Sozialdemokratie gehalten hatte.

Auf Anordnung der alten Regierung und des Reichswehrministers Noske erhielt Generalmajor von Seeckt den Oberbefehl über die Reichswehr Gruppe 1. Noske bot dem Reichspräsidenten seinen Rücktritt am 18. 3. an und kehrte nicht mehr ins Amt zurück. Er wurde anschließend Oberpräsident in Hannover. Seeckt wurde mit der Stellvertretung des Ministers betraut. Erst am 28. 3. übernahm der Demokrat Dr. Otto Geßler das Reichswehrministerium. Fast acht Jahre blieb er im Amt, eine bemerkenswerte Stabilität, wenn man die häufig wechselnden Reichsregierungen betrachtet. Nach dem Rücktritt Reinhardts als Chef der HL wurde Seeckt zunächst ab dem 2. 4. 1920 kommissarisch mit der Wahrnehmung der Geschäfte betraut und am 5. 6. 1920 endgültig in dieser Funktion ernannt.

In der Zeit unmittelbar nach dem Kapp-Putsch forderte Seeckt als Stellvertretender Reichswehrminister am 19. 3.: „Wir Soldaten haben uns fern von der Politik zu halten, und so ist es erklärlich, daß Führer und Mannschaften ohne Prüfung dem militäri-

schen Befehl gefolgt sind. Sobald es gelungen war, den Generallandschaftsdirektor Kapp und den General v. Lüttwitz aus ihren Stellungen zu entfernen, und die Truppe darüber aufgeklärt war, daß sie einer falschen Führung und irrigen Voraussetzungen zum Opfer gefallen war, ist sie in richtiger Disziplin wieder unter den Befehl der verfassungsmäßigen Gewalt zurückgekehrt.

In diesem Augenblick konnte ich den Befehl über die Truppen übernehmen, und ich weiß, daß sie mich nicht Lügen strafen wird, wenn ich versprochen habe, sie zum Schutz der verfassungsmäßigen Gewalt einzusetzen."

Die Erklärung Seeckts vom 26. 3. 1920 erläuterte die entstandene Lage:

„Es ist ganz klar, daß vorläufig im Volke eine furchtbare Mißstimmung und ein großes *Mißtrauen* gegen alles herrscht, was Offizier ist. Wir müssen nun die Suppe ausessen, die diese Leute uns eingebrockt haben. Ich habe die Sache kommen sehen. Ich habe *gewarnt* nach allen Richtungen hin... Als der Putsch Tatsache wurde, habe ich sofort meinen Abschied gegeben. Ich habe erklärt, daß ich mich dem General v. Lüttwitz unter keiner Bedingung und in keiner Form unterstelle... Wie ist nun die ganze *Stimmung,* die den blödsinnigen Putsch möglich machte, in das *Offizierkorps* gekommen? Ein verlorener Krieg, nach langen Kriegsjahren überall ziemlich verbrauchte Nerven. Die schwere Enttäuschung, die tiefgreifende Veränderung in den Verhältnissen des Offizierstandes, die schlechte Behandlung der Offiziere bei Beginn der Revolution, sehr viele übertriebene Angriffe... Und wie sieht die *Zukunft* für uns aus? Wir dürfen nicht vergessen, daß uns durch den Friedensvertrag *ein Söldnerheer,* oder wenn man will, ein *Prätorianerheer,* aufgenötigt worden ist. Ein solches Söldnerheer bildet *immer eine Gefahr im Staate.* Es würde auch ebenso eine Gefahr sein, wenn es ein *rotes* Söldnerheer wäre. *Ein Heer ist nur dann ungefährlich, wenn es einen integrierenden Teil der Volksgemeinschaft darstellt*... Solange wir aber das Heer in seiner jetzigen Gestalt haben, muß wenigstens dafür gesorgt werden, daß es *aus allen Schichten der Bevölkerung* zusammengesetzt wird. Wir können kein einseitiges Heer gebrau-

chen – die *Arbeiter* und *Bürger* müssen mit dabeisein... Man soll die Offiziere und die Truppen nicht politisieren, aber man muß sie *politisch aufklären,* muß ihnen zeigen, wo die Interessen und Ziele des Vaterlandes liegen. Man muß ihnen klarmachen, daß für Deutschland nur *eine ruhige, demokratische Entwickelung* möglich ist... *Nur eine ruhige fortschreitende demokratische Entwickelung Deutschlands kann uns eine achtunggebietende Stellung in der Welt wiedergeben.*" Wegen dieser Ansprache wurde Seeckt teils scharf angegriffen. Es waren sogar Bestrebungen im Gange, ihn aus dem Verein des Alten Alexander-Regiments auszuschließen, die allerdings abgelehnt wurden.

Ein Befehl Seeckts vom 26. 2. 1921 lautete:

„... Nur die Regierung ist berechtigt, im Namen des deutschen Volkes, das sie berufen hat, zu handeln. Das Heer muß ihre treueste Stütze sein. Für uns Soldaten ist heute wie stets der Gehorsam die höchste und unbedingte Pflicht; die rücksichtslose Bekämpfung jeder Umsturzbewegung, woher sie auch kommen mag, eine Selbstverständlichkeit."

General der Artillerie Friedrich Wilhelm Hauck schrieb zur Stellung der Reichswehr im Staate: „Die rasch wechselnden Regierungen hatten keine klaren wehrpolitischen Vorstellungen, so daß die Reichswehrführung auch dieses Vakuum füllen mußte. Das gab ihr starken Einfluß auf alle politischen Fragen, die ihr wichtig schienen. Man darf ferner einen Punkt nicht übersehen, der bei der Beurteilung Seeckts und der Reichswehr gemeinhin vergessen wird: die Reichswehr war nach der Verfassung ein Präsidialheer, kein Parlamentsheer wie heute die Bundeswehr. Sie war in das demokratische Verfassungssystem, jedoch nicht voll in das parlamentarische einbezogen. Staatsrechtlich und faktisch unterschied sich ihre Position sehr wesentlich von der der Bundeswehr. Man kann also die Gestalten der damaligen Zeit nicht einfach nach heutigen Maßstäben beurteilen und verurteilen."

Eine bedenkliche Schwäche der Weimarer Republik war die unklare, zwiespältige und ablehnende Haltung zum Wehrgedanken bei denjenigen Parteien, die sich in besonderem Maße für die re-

publikanische Staatsform einsetzten. Daß die SPD auf eine eigene Wehrkonzeption verzichtete, erfüllte führende Kräfte der Partei, wie z. B. den preußischen Ministerpräsident Braun, mit Sorge. Braun sah ein, daß mit einer zunehmenden Hetze gegen die Reichswehr zugleich die Grundlagen von Staat und Demokratie abgebaut würden.

Seeckt veranlaßte nunmehr im Heer eine bewußte Abkehr von Vorstellungen des Stellungskrieges. Er erzog zu „beweglichen Operationen moderner Art, zur Beweglichkeit vor allem des Denkens" (Hauck). Die geistige Auseinandersetzung mit den Waffen, die im Versailler Vertrag verboten wurden, war von den Siegermächten nicht zu unterbinden. Wichtige Vorschriften wurden herausgegeben, wie die „F.u.G." vom 1. 9. 1921: „Führung und Gefecht der verbundenen Waffen", die A.V.I. und die A.V.A.

Seeckt trat für eine engere, aber begrenzte Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ein. In diesem Gedanken traf er sich mit dem Reichskanzler Dr. Wirth. Im April 1922 hatten Wirth und Außenminister Rathenau einen geheimen Vertrag in Rapallo unterschrieben. Seeckt schrieb über diesen Vertrag mit der Sowjetunion an General Hasse am 17. 5. 1922: „Mir scheint eine nachträgliche Angst vor dem Rapallo-Vertrage in Berlin einzusetzen. Ich sehe ihn nicht in seinem materiellen Inhalt, sondern in seiner moralischen Wirkung. Er ist die erste, aber eine sehr wesentliche Stärkung des deutschen Ansehens in der Welt. Das liegt daran, daß man mehr hinter ihm vermutet, als tatsächlich begründet ist." Dieser Vertrag führte zur Errichtung von Ausbildungszentren in der UdSSR für deutsche Flieger und die zukünftige Panzertruppe.

Als Stellungnahme zu einem Merkblatt des Grafen Brockdorff-Rantzau schrieb Seeckt über Deutschlands Außenpolitik: „Mit Polen kommen wir zu dem Kern des Ostproblems. Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und wird verschwinden durch eigene innere Schwäche und durch Rußland – mit unserer Hilfe. Polen ist für Rußland noch unerträglicher als für uns; kein

Rußland findet sich mit Polen ab. Polen kann niemals Deutschland irgendwelchen Vorteil bieten, nicht wirtschaftlich, denn es ist entwicklungsunfähig, nicht politisch, denn es ist Vasall Frankreichs... Polens Deutschfeindlichkeit ist keiner Steigerung fähig... Wir wollen zweierlei: erstens eine Stärkung Rußlands auf wirtschaftlichem und auf politischem Gebiet und damit indirekt die eigene Stärkung, indem wir einen zukünftigen möglichen Bundesgenossen stärken; wir wollen zunächst ferner zuerst vorsichtig und versuchend die unmittelbare eigene Stärkung, indem wir eine uns im Bedarfsfall dienstbare Rüstungsindustrie in Rußland heranzubilden helfen..."

Häufig werden Zitate Seeckts aus dem Zusammenhang gelöst, wie wir beim Kapp-Putsch gesehen haben. „Die Reichswehr steht hinter mir" ist noch so ein Schlagwort. Dies hatte Seeckt 1922 gesagt. Wheeler-Bennett verlegt die Wörter in das Jahr 1923. Mit dieser Aussage hat Seeckt dem Reichspräsidenten gegenüber zum Ausdruck gebracht, die Reichswehr sei zuverlässig. Es bedurfte keines Zusatzes von Seeckt, daß er hinter dem Reichspräsident stehe. Einmal auf eine Frage eines anderen, ob die Reichswehr eigentlich zuverlässig sei, antwortete Seeckt: „Ob sie zuverlässig ist, weiß ich nicht", womit er sich von dem parteipolitischen Ausgangspunkt des Fragestellers distanzierte – „aber sie gehorcht." Es war Rabenau, der das Wort „mir" hinzufügte, ohne quellenmäßige Grundlage dafür gehabt zu haben.

Den Anstoß zur Inflation in den frühen 1920er Jahren hatte ein Überhang an Kaufkraft infolge der Vermehrung von Krediten und Zahlungsmitteln durch die Reichsbank gegeben. Am 11. 1. 1923 benötigte man 10.000 Mark, um einen Dollar zu kaufen. Dies war der Tag des französischen und belgischen Einmarsches ins Ruhrgebiet. Die Ausrufung des passiven Widerstandes tat ein übriges, um der deutschen Währung den Garaus zu geben. Im August 1923 war der Dollarkurs der Mark bereits auf 4,6 Millionen Papiermark geklettert. Der passive Widerstand wurde durch Proklamation des Reichspräsidenten Ebert am 26. 9. 1923 aufgehoben. In ganz Deutschland herrschte aber Unruhe, in München, in Sachsen, in Thüringen. Mit der Aufhebung des pas-

siven Widerstandes im Ruhrgebiet übertrug Ebert dem Reichswehrminister Geßler die vollziehende Gewalt im Reich. Am darauffolgenden Tag brachte Hitlers „Völkischer Beobachter" in München persönliche Angriffe auf Reichskanzler Stresemann und auf Seeckt selber. Seeckt befahl die Schließung der Zeitung. Der Kommandeur der 7. Division, Generalleutnant von Lossow, weigerte sich, diesem Befehl Folge zu leisten. Seeckt enthob ihn seines Amtes. Daraufhin nahm die bayerische Regierung den bayerischen Teil der Reichswehr „in Pflicht" und bestätigte Lossow in seinem Amt. Hitler führte seinen Putsch am 8./9. 11. 1923 in München durch. In dieser Nacht übertrug Ebert dem Chef der HL, General von Seeckt, die vollziehende Gewalt im Reich. Vom Anfang November 1923 wird der Entwurf eines Briefes Seeckts an den bayerischen Generalstaatskommissar v. Kahr zitiert, obwohl er gar nicht abgesandt wurde. In diesem Entwurf heißt es: „Die Weimarer Verfassung ist für mich kein Nolimetangere; ich habe sie nicht gemacht, und sie widerspricht in den grundlegenden Prinzipien meinem politischen Denken." Diese Stelle zitiert Rabenau. Er ließ aber den bedeutenderen Teil des tatsächlich abgesandten Briefes weg: „Festhalten an den verfassungsmäßigen Formen und Wegen", deren Aufgabe seiner Überzeugung nach große Gefahren berge, „und die deshalb nur im Falle äußerster Not aufgegeben werden sollen." Der Reichswehrminister Geßler berichtet (M.-W. S. 396), Ebert habe ihm wiederholt gesagt: „Wenn der Tag kommt, an dem die Frage auftaucht: Deutschland oder die Verfassung, dann werden wir Deutschland nicht wegen der Verfassung zugrunde gehen lassen."

In diesem Krisenmonat November 1923 schrieb Seeckt in einem Erlaß an alle Kommandeure: „Eine Reichswehr, die in sich einig und in Gehorsam bleibt, ist unüberwindlich und der stärkste Faktor im Staate. Eine Reichswehr, in die der Spaltpilz der Politik gedrungen ist, wird in der Stunde der Gefahr zerbrechen..."

Seeckt diente der Regierung in vorbildlicher Weise. Er gab die an ihn übertragene vollziehende Gewalt unaufgefordert in die Hand

Eberts zurück. Der Reichspräsident konnte damit den militärischen Ausnahmezustand am 28. 2. 1924 aufheben.

Es entstand unter Seeckt, wie Oberst Kaulbach es schrieb, „im Unterschied zu Scharnhorst, bewußt und doch unwissentlich, etwas Zwiespältiges: ein militärisches Instrument von einmaliger Perfektion, das dem Staat in der Gegenwart diente, das dabei aber geistig in eine Art Brückenrolle hineinwuchs". General der Artillerie Ludwig Beck schrieb 1936: „In rastloser, stiller Arbeit erwuchs unter Seeckt ein Muster- und Führerheer. Es wurde der stärkste Rückhalt für Volk und Staat in den wirren und irren Nachkriegsjahren."

Mit dem Problem der Ausbildung im langdienenden Heer galt es, neue Wege zu finden, um alles Brauchbare zu übernehmen, grundsätzlich aber die Ausbildung so zu gestalten, daß sie den veränderten Verhältnissen Rechnung trug. Bei den langdienenden Soldaten konnte jährlich nur der zwölfte Teil der Mannschaft ausgetauscht werden, der weitaus größere blieb in der Einheit. Daher war es unmöglich, ein Lehrprogramm festzulegen, das für ein oder zwei Jahre geplant war, weil es sich dauernd wiederholte. Seeckt entschloß sich zur Einführung der sogenannten Klassenausbildung. Am Ende eines Jahres erfolgte eine Versetzung in eine andere Ausbildungsklasse. Durch diese neue Organisation blieb es dem älteren Soldaten erspart, sich immer wieder mit den Anfängen befassen zu müssen.

Seeckt wies darauf hin (GdA Beck), daß jede Ausbildung der Truppe vergeblich sei, wenn nicht gleichzeitig mit ihr der innere Wert der Truppe gehoben würde. Es gelte die moralische Festigung des einzelnen Mannes ebenso zu fördern, wie seine allgemeine Erziehung. Erst aus der Zusammenstellung sittlich gefestigter wie gut und gleichmäßig ausgebildeter Soldaten entstehe eine brauchbare Truppe. Die Wertschätzung der Technik durfte nicht dazu führen, zu vergessen, daß der Mann es sei, der bleibt, der den Kampf entscheidet. Der Einzelkämpfer müsse in moralischer, geistiger und militärischer Hinsicht auf eine hohe Stufe gebracht werden.

Mitte Januar 1924 kursierten Gerüchte von einem gegen Seeckt geplanten Attentat. Ein Prozeß gegen Mitglieder der Verschwörung fand vom 26. 5. bis zum 5. 6. 1924 statt. Daß Seeckt seine Befugnisse nicht zur Errichtung einer nationalen Diktatur ausnutzte, hatte bei einigen Menschen grenzenlose Enttäuschung hervorgerufen.
Reichspräsident Ebert starb am 28. 2. 1925. Bis zur Wahl des Nachfolgers amtierte Dr. Walter Simons als Reichspräsident. Am 12. 5. 1925 trat Generalfeldmarschall von Hindenburg sein Amt als neuer Reichspräsident an. Die Folge für Seeckt war eine unvermeidliche Verminderung seiner Autorität. Bisher war er der erste Soldat des Reiches gewesen. Jetzt übernahm Hindenburg als Generalfeldmarschall diese Rolle. Ebert als Zivilist, obwohl verfassungsmäßig Oberbefehlshaber der Reichswehr, war niemals im Stande gewesen, dies zu tun.
Stresemanns Außenpolitik forderte einen Sicherheitsvertrag mit Frankreich. Während einer Konferenz in Locarno im Oktober 1925 sagte Seeckt, daß „Versöhnung nur einen Sieg für Deutschlands Feinde bedeutete", und ein Vertrag werde den ganzen Wiederaufbau der Reichswehr gefährden.
Bevor die Alliierten die Rheinland-Zone räumten, verlangten sie, daß Seeckts Befehlsgewalt über das Heer abgeschafft werden sollte. Stresemann akzeptierte diese Forderung. Hindenburg aber beförderte Seeckt mit Wirkung vom 1. 1. 1926 zum Generaloberst. Damit war ganz klar, daß Seeckt der ranghöchste aktive Offizier der Reichswehr blieb.
Das Verhältnis Seeckts zu seinem Minister Geßler war insgesamt kühl, und das zu Stresemann war gespannt. Geßler wurde in eine Kontroverse über Zweikämpfe verwickelt. Zu dieser Zeit berichtete eine sozialistische Zeitung, der Sohn des Kronprinzen habe in Reichswehruniform, ohne den Eid auf die republikanische Verfassung geleistet zu haben, an einer Übung mit der Erlaubnis Seeckts teilgenommen. Seeckt hatte Geßler nicht informiert. Eine Welle der Empörung stieg empor. Geßler riet Hindenburg nunmehr, Seeckt zu entlassen. Eine Ablehnung müsse den Rücktritt des Ministers und des Kabinetts zur Folge haben.

Seeckt war der Meinung, Hindenburg würde ihn nicht entlassen. Er meldete sich bei dem Reichspräsidenten am 7. 10. 1926. Einen Tag später gab Hindenburg bekannt, daß er gezwungen sei, Seeckts Abschiedsgesuch zu genehmigen. Über Hindenburg meinte Seeckt: „Er hat zweifellos verfassungsmäßig gehandelt, wie er das weiter tun wird. Ich kann nur hoffen, daß dabei nicht einmal Wertvolleres verloren geht als der General von Seeckt!" General von Rabenau nahm hierzu Stellung: „Das Werk des Aufbaus der Reichswehr war bislang die geschichtliche Mission von Seeckt. Ob ihm noch mehr hätte bestimmt sein können, hat das Schicksal nicht enthüllt. Der Heeresaufbau war nicht ein Werk für seine Person, sondern für Deutschland. Er baute es auf den Grundpfeilern der alten preußischen Armee, nämlich der Tradition und der selbstlosen Hingabe auf. Hätte er von sich aus den Kampf um seine Person aufgenommen und als Instrument hierfür das Heer eingesetzt, so hätte er selber die Grundpfeiler seines Aufbaues untergraben. Seeckt konnte kein Frondeur aus persönlichen Gründen sein... Seeckt war sich dessen wohl bewußt, daß der Feldmarschall seine schützende Hand über die Reichswehr hielt und halten würde. In dem schweigenden Gehen des Generalobersten lag eine geschichtlich gesehen, altpreußische Größe."

Generaloberst Wilhelm Heye wurde Seeckts Nachfolger als Chef der Heeresleitung. Der Reichswehrminister Geßler trat 1928 zurück und wurde durch Generalleutnant Wilhelm Groener ersetzt. Damit hatten drei Offiziere der alten OHL wichtige Stellen inne: Hindenburg als Reichspräsident, Groener als Reichswehrminister und Heye als Chef der HL.

Nach seinem Abschied trat Generaloberst von Seeckt besonders als Schriftsteller hervor. Er schrieb mehrere Bücher, darunter „Gedanken eines Soldaten", „Die Reichswehr", „Moltke als Vorbild" und „Die Zukunft des Reiches". Er wurde Mitglied des Reichstages für die DVP (Stresemanns alte Partei) von 1930 bis 1932, trat aber in diesem nicht besonders hervor. Er war 1933 bei dem feierlichen Staatsakt in der Garnisonkirche zu Potsdam anwesend. Zwei längere Besuche in China folgten, bei denen er als

militärischer Berater Tschiang Kai-scheks tätig war. Er kam 1935 endgültig nach Deutschland zurück. Während seiner letzten Stunden in China erfuhr er von der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland.

Generaloberst von Seeckt feierte seinen 70. Geburtstag am 22. April 1936. Als besondere Ehrung ernannte ihn Hitler zum Chef des Infanterieregiments 67, welches die Tradition seines alten Alexander-Regiments weiterführte. Am 6.12.1936 machte Seeckt seine letzte Eintragung in sein Tagebuch. Infolge eines Herzschlages starb er am 27. Dezember. Beim Staatsbegräbnis auf dem Berliner Invalidenfriedhof zerschlug der Großneffe des Verstorbenen, Kurt von Wallenberg Pachaly, nach alter Sitte das Wappen des ausgestorbenen Geschlechts von Seeckt und warf die Bruchteile in das offene Grab.

Es ist ein Genuß, den klaren, einprägsamen Stil des Generalobersts in seinen Schriften zu lesen. Vieles ist sehr aktuell geblieben, wie z. B. seine Behandlung des Worts „Pazifismus": „Von der selbstverständlichen Friedensliebe des erfahrenen und verantwortungsbewußten Mannes bis zur knechtischen Unterwürfigkeit unter den Friedenswillen um jeden Preis reicht der Begriff des Pazifismus und ist somit ein des klaren Sinnes entbehrendes Schlagwort."

In „Die Zukunft des Reiches" schrieb er 1929: „In Zeiten politischer Neuorientierung besteht immer die Neigung zu einem Terrorismus auf geistigem Gebiet, und oft herrscht unter einer Flagge der Freiheit die größte Seelenknechtschaft." „Staatsweisheit ist es", meinte er, „zu prüfen, ob nicht das Wohl des Staates mit dem Wohl der Partei, nicht das Wesen mit der Form verwechselt wird."

Seeckt forderte, „daß das Heer kein Staat im Staat, aber ein Abbild des Staates ist. Entscheidend ist, daß das Heer das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem Staat hat." Das berühmteste aller Schlagworte, „Staat im Staate", stammt offensichtlich aus Freikorpskreisen. Der Freikorpsoffizier Helmut Franke veröffentlichte 1924 in Magdeburg ein Buch mit dem Titel „Staat im Staa-

te". Darin forderte er, „Die Wehrmacht möchte, einsam und stark, Staat im Staate werden." Unter Seeckt trieb das Heer keine von der jeweiligen Regierung unabhängige Politik. Innenpolitisch war das Heer das Machtinstrument des Staates.

Generaloberst Karl Hollidt, ranghöchster lebender Offizier der alten Wehrmacht, meinte zu Seeckt: „Es war Seeckts einmaliges Verdienst, daß er in der Reichswehr eine Truppe schuf, die von einem hohen militärischen Ethos, von unbedingter Pflichttreue und von hehrer Vaterlandsliebe erfüllt war. Sein Bestreben war, die Truppe dem politischen Tagesstreit und -gezänk zu entziehen, damit sie ungehindert sich ihren schweren Aufgaben widmen konnte. Ich betrachte es als ein übles Schlagwort, wenn man von der damaligen Reichswehr als einem ‚Staat im Staate' spricht. Die Reichswehr unter Seeckt diente loyal und zuverlässig dem Deutschen Reich und seiner gewählten Regierung. Seeckt ist einer der bedeutendsten Soldaten, die das deutsche Heer sein eigen nennen durfte. In seiner Bedeutung darf man ihn Scharnhorst zur Seite stellen."

Seeckt selber meinte einmal: „Zuhören, schweigen und zustimmen zu können, sind seltene Gaben, weit seltener als die Rednergabe selbst, die am schlimmsten wirkt, wenn ihr die Fähigkeit aufzuhören versagt ist."

Ich schließe mit den Worten, die Generaloberst Hans von Seeckt über Alexander den Großen in seiner Schrift „Antikes Feldherrntum" schrieb, die aber für Seeckt selber auch zutreffen: „Eins war sicher ihm eigen, was zum großen Führer gehört, der Einfluß auf seine Soldaten und auf alle, die in seinen Bann kamen."





Felix Fechenbach. 1894 – 1933.

Hermann Schueler

# Felix Fechenbach – Sozialer Demokrat und politischer Journalist

Wer weiß schon noch, daß Felix Fechenbach, dessen Lebenslauf und dessen menschliches und politisches Wirken als sozialer Demokrat und politischer Journalist im folgenden reflektiert werden soll, von Detmold, dem gesellschaftlichen Bezugsort und politischen Kampfplatz seiner letzten Lebensjahre, ein reizvolles feuilletonistisches Genrebildchen gemalt hat? In seinen Worten:

„Wer nicht selbst aus dem Lippischen oder aus dem Westfälischen stammt, weiß meist von dem Freistaat Lippe und seiner Hauptstadt Detmold nicht recht viel mehr, als daß dort ein Scherzlied zu Hause ist, das ihm irgendwo einmal um die Ohren geklungen sein mag, oder das er selbst einmal gesungen hat." – Er zitiert die bekannten Zeilen. –

„Eine wunderschöne Stadt ist Detmold geblieben, ja, es verdient diese Bezeichnung heute noch mehr als früher. Mit seinen 18.000 Einwohnern ist es der Regierungssitz eines der kleinsten deutschen Freistaaten. – Von dem einstigen Hofbetrieb des letzten Fürsten künden zahlreiche ‚Hoflieferanten'-Schilder an allen Ecken und Enden der Stadt, aber mit der fürstlichen Herrlichkeit ist's aus.

Die Stadt Detmold ist erfüllt von der Romantik der Kleinstadt. Man lebt hier nicht so schnell wie in den Großstädten. Da schlendert man noch durch alte Gassen mit bunten Fassaden und altertümlichen Inschriften. Hier ist eine Gasse, die aussieht, als wäre sie in einen Farbtopf getaucht, so bunt sind ihre Häuser. Mitten in der Stadt ein herrlicher alter Schloßgarten, hinter dessen Bäumen sich eines der schönsten Renaissanceschlösser verbirgt.

Zu den Schmuckstücken Detmolds gehört die Allee, die zum Büchenberg und zum Teutoburger Wald führt. Es wird wohl nur wenige Städte geben, aus denen man, wie in Detmold, mit einem Katzensprung im Wald ist. Von der Stadtmitte kaum zehn Minuten breitet sich der alte Buchenwald auf dem Büchenberg, der

Detmolds Jugend zugleich ‚Tugendpfad' und ‚Seufzerallee' abgibt. Geht man etwa zehn Minuten in den Wald hinein, dann trifft man auf das ‚Krumme Haus', heute eine beliebte Gartenwirtschaft. Auf dem breiten Gelände dort mitten im Wald stand zu Beginn des 18. Jahrhunderts eine prunkvolle Anlage, die der alten lippischen Residenz ein kleines Versailles anhängen sollte. Während eines Nachtfestes mit Feuerwerk brannte die ganze Anlage ab, das Feuerwerk war größer geworden, als es der Feuerwerker vorgesehen hatte."

Soweit ein Auszug aus einer nuancenreich ziselierten Miniatur. Ist sie es nicht wert, aufgenommen zu werden unter jene Beschreibungen Detmolds, deren Verfasser sich durch ihr Forscher-, Künstler- oder Literatenleben legitimiert haben? Fechenbach war ja in erster Linie – „nur" – ein dem Tag verhafteter und verpflichteter Journalist. Doch ein Teil der Farbe, die er in das beschriebene Bild legte, war, wie sich herausstellen sollte, die seines Herzblutes.

Aber wie kontrastiert doch diese verhaltene Lobpreisung, beinahe eine zärtliche Liebeserklärung, zu dem politischen Streiter mit seinen kantigen, manchmal schneidenden Kommentaren, zu dem Kämpfer, dem sogar einer seiner politischen Freunde, der letzte Vorsitzende des sozialdemokratischen Ortsvereins Detmold vor dem Parteiverbot 1933, vorhielt, er habe eine „angriffswütige Feder". – Wie wenig wissen wir schon von einem Menschen, wie sehr läßt man es ihm gegenüber an Gerechtigkeit mangeln, wenn man pars pro toto nimmt.

Gerade fünf Jahre vorher hatte Fechenbach sein Zuchthausbuch „Im Haus der Freudlosen" veröffentlicht, in dem er ein Justizsystem anklagte, das ihm eine damals unglaublich erscheinende Sühne auferlegt hatte – für ein Verbrechen, das er gar nicht begangen. Der Rezensent, der aller Wahrscheinlichkeit nach Carl von Ossietzky war, beurteilte es so:

„Was den Freunden Fechenbachs nicht unerwartet kommt, wird desto mehr die Gegner überraschen: dieser ‚Novemberverbrecher' ist kein pathetisch rollender Klassenkämpfer, sondern ein

Sozialist aus Humanität, ein milder und vielleicht etwas knabenhafter Mensch. So wird aus den Erinnerungen an seine Kerkerzeit keine Streitschrift, sondern ein Bündel leicht lyrisch getönter Skizzen. Kein Verbissener, ein Wehmütiger lebte 28 Monate in dieser kleinen eingegitterten Welt des Elends, in der für jeden Schmerzensruf Arrest drohte."

Oskar Maria Graf, den man wohl als Fechenbach nicht ganz fernstehend ansehen kann, beschrieb sein Erscheinungsbild im Eisner-Kreis. Als Apostel habe er dort neben dem Meister gesessen, mager, ausgehungert, mit arglosen Augen, „und sein Lächeln machte ihn ganz und gar knabenhaft". (Siehe soeben.) Und wie überrascht war Graf, als Fechenbach auf der Münchener Theresienwiese die Revolution ausrief. Da wunderte sich der sonst immer so treffende Charakterschilderer, daß ausgerechnet „jener rührend unbeholfene einfache Felix Fechenbach... uns alle mitgerissen hat". Es klingt nicht viel anders bei Walter Preuß, bei dem er auf der Hochzeitsreise mit seiner Frau Irma in Palästina Station machte, und der sich 43 Jahre später an den „einfachen, liebenswerten" Felix Fechenbach erinnert. Und was hat schließlich nicht Heinrich Mann als Motto in Fechenbachs posthum erschienenen Sammlung seiner in der Detmolder Schutzhaft abgefaßten Briefe und Erzählungen, Fabeln und Kindergeschichten geschrieben? Theodor Storm – „Aus diesen Blättern weht der Duft des Veilchens."

Es ist nicht nötig, den Widerspruch, der sich hier darzustellen scheint, aufzulösen: es ist in Wirklichkeit ja gar keiner da. Doch gibt es ein paar lang nachwirkende Mißverständnisse über Fechenbach, die endlich korrigiert werden müssen. Sollte sich jedoch nach dem bisher Gesagten Argwohn eingestellt haben, einem falsch formulierten Thema aufgesessen zu sein, daß vielleicht „Fechenbach, der Poet und Träumer" ein für die Ausführungen angemessenerer Titel gewesen wäre, so ist dazu das folgende anzumerken. Träume und Poesie – und Fechenbach nennt sich in einem 1918 verfaßten Lebenslauf an die bayerische Schulbehörde selbst einen Träumer – sind Ausdrucksmöglichkeiten der Empfindsamkeit. Wie sehr diese aber ein ganz entscheiden-

der Zug seines Wesens war, überhaupt seine Persönlichkeit erst zu einer Ganzheit machte, dafür läßt sich noch ein lebender Kronzeuge benennen. Der Detmolder Bernhard Pump, von dem das vorhin erwähnte Zitat von der „angriffswütigen Feder" stammt, hat Fechenbach, wie es unter guten politischen Freunden sein soll, seine Meinung geradewegs ins Gesicht gesagt und dafür umgekehrt eine Antwort „wegstecken" müssen, die alles andere als poetisch, sondern sehr politische Prosa war. Das war so arg ausgefallen, daß Pump meinte, mit dem Mann kannst du nicht mehr reden. Erst nach und nach sei ihm aufgegangen, daß hinter den Argumenten Fechenbachs, wie er sich später ausdrückte, „ein so empfindsames Herz stand".

Fechenbachs politisches Denken und Handeln wuchs also – wie soll man das anders verstehen – aus einem idealistischen Grund. Ja, mehr noch. Wir sind ja so etwa im Jahre 1929/1930, als Fechenbach schon eine Reihe ernüchternder, nein, seelenzerreißender Erfahrungen hinter sich hat: Noch jetzt hält er seine Ideale aufrecht – wie sie aussehen, darauf wird noch zurückzukommen sein –, er *ist* ein Idealist. Das ist nun schlimm. Ein Idealist in der Politik, kein Pragmatiker, der die Kunst des Möglichen beherrscht, der seine Zugeständnisse machte, um dafür etwas anderes zu erreichen. Vielmehr einer, der sich sogar wegen seiner Ideale Feinde machte, der sich nicht arrangierte, der den Satz nicht gelten ließ: Haut nicht so auf die Nazis, damit sie nicht noch wilder werden. Der auf sie haute.

Es war also Sensibilität, die Fechenbach zum antifaschistischen Politiker, zum politischen Journalisten, zum demokratischen Sozialisten und in einer Phase seines Lebens zum Revolutionär werden ließ. Übrigens kannten ihn seine Feinde nur zu gut in allen diesen Facetten seines einheitlichen Seins und bestätigten ihm ihre Feindschaft durch die Dekorationen ihres Wortschatzes. Weil er ein republikanischer Vollblutpolitiker war, titulierten sie ihn „Bonze". Als Revolutionär war er „Novemberverbrecher". Als sozialdemokratischer Redakteur war er einer, der „vergiftete Pfeile in die Herzen der lippischen Arbeiter schießt". Ach, Pazi-

fist war er auch noch. Das mußte nicht übersetzt werden, das galt ihnen ja ohnehin als Schimpfwort. Und dann war er Jude.

Seine Sensibilität und sein Idealismus sind mit großer Sicherheit ursächlich in seinem Jude-sein begründet. Das mag auf den ersten Blick gerade den frappieren, der Fechenbachs Lebenslauf recht gut kennt. Denn er sah nichts außergewöhnliches darin, ein Jude zu sein. Er hatte mit einigen Juden ausgesprochen schlechte Erfahrungen gemacht. Zum Beispiel mit seiner ersten Frau und mit dem Verleger der „Süddeutschen Monatshefte" Paul Nikolaus Cossmann, die im Komplott mit einer Reihe Nichtjuden im München der frühen 20er Jahre so auf seine Beseitigung erpicht waren, daß sie ihn tatsächlich durch die übelsten Machenschaften für einige Jahre ins Zuchthaus brachten. Ein Jude wiederum war seine wichtigste politische Bezugsperson und sein großes Vorbild über den Tod hinaus: Kurt Eisner, der ethische Sozialist, der als erster republikanischer Ministerpräsident Bayerns von einem rechtsradikalen Fanatiker vor seinen Augen hingemeuchelt wurde. Und das Unglück seiner ersten Ehe schien ihm wohl durch das Glück seiner zweiten mit der Jüdin Irma Epstein mehr als aufgewogen. Felix Fechenbach, der Abkömmling einer jüdischen Familie aus dem württembergisch-fränkischen Raum, hatte Juden zu Freunden wie zu Gegnern, so wie er Nichtjuden zu Freunden und zu Gegnern hatte. Das erschien ihm auch völlig normal; denn auch wenn er die Leidensgeschichte seines Volkes kannte, auch wenn er selbst und schon in jungen Jahren antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt war, er hatte den meisten Menschen seiner Umgebung, um nicht zu sagen seiner Zeit, etwas voraus: Er war emanzipiert. Das hatte er seinen Eltern voraus, die manchmal nicht recht begriffen, mit welcher Selbstverständlichkeit er Dinge sagte und machte, die man doch um Himmels willen kaum denken durfte, um die frisch gewonnenen Menschen- und Bürgerrechte nicht aufs Spiel zu setzen. Das hatte er seinen Gegnern voraus, die ihn vielleicht gerade wegen dieser ins Auge springenden inneren Freiheit haßten, am meisten seine nationalsozialistischen Feinde.

Felix Fechenbach war – sei es einmal so formuliert – das vollende-

te Produkt der Judenemanzipation in einem spezifischen Siedlungs- und Kulturbereich. Daß er sich ähnlich wie Heinrich Heine und natürlich auch wieder ganz anders und auf noch viel grausamere Weise über die Voraussetzungen und die Verläßlichkeit dieses durch die Aufklärung eingeleiteten Vorganges täuschte, war die Tragödie seines Lebens. Doch seiner Persönlichkeit wird ein Vergleich mit Ferdinand Lassalle vielleicht besser gerecht. Dieser Gründervater der deutschen Arbeiterbewegung mag ja nun einige Etagen höher angesiedelt sein in Format und Wirkungsgeschichte, aber daß die gleiche überlegene Haltung zu ihrem Herkunftsproblem den gleichen sozialen Impuls auslöste, sowohl bei dem Sohn des quasi proletarisierten Handwerkers aus der Würzburger Backstube, wie bei dem Bildungsbürger aus der jüdischen Breslauer Seidenhändlerfamilie, scheint evident zu sein. Bei beiden setzt sich die innere Bewegtheit, das Bewußtsein der Freiheit in den Drang um, auch den anderen zu innerer und äußerer Freiheit zu verhelfen, auch den anderen Emanzipation zu ermöglichen.

Der Satz Lassalles, daß der Sinn der Demokratie – die für ihn noch ein Ziel war – nicht der Schutz der schon bestehenden Rechte und Freiheiten sei, sondern die Schaffung ganz neuer und bisher unerreichter Möglichkeiten, „eine Summe von Bildung, Macht und Freiheit zu erlangen, die ihnen" – den Individuen – „sämtlich als einzelnen schlechthin unersteiglich wäre", dieser Satz, mit dem er seine Staatsidee umreißt, er leitet ganz sicherlich auch Fechenbach, der ein dreiviertel Jahrhundert später die schrittweise Durchsetzung der Demokratie als Staatsidee und Lebensform in Deutschland nicht nur miterlebt, sondern mitvollzieht.

* * *

Der soziale Demokrat und der politische Journalist, sie treten in ihren rudimentären Formen nicht nur sehr früh, sondern auch miteinander verbunden in der Person des jungen Gewerkschaftsangestellten Fechenbach in Erscheinung. Wir finden die Spuren in seinen überlieferten Tätigkeitsnachweisen für das Münchener

Arbeitersekretariat und in verschiedenen Zeitungen, für die er auf Anraten seines älteren Bruders schrieb, der wohl für eine kleine Weile eine gewisse prägende Instanz für ihn gewesen ist. Das Auffällige dieser als Vorbereitung einer möglichen Funktionärskarriere erscheinenden Zeit ist, daß in ihr so wenig an die Entwicklung eines Funktionärs erinnert. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Funktionär, diese wichtige Rolle in unserem Parteien- und Verbändestaat, ist hier nicht mit dem in gewissen Kreisen üblichen Unterton der Geringschätzung zu verstehen, die im Funktionär überwiegend den – etwas engstirnigen – Sachwalter von der anderen Seite und namentlich der aus den Strukturen der alten Arbeiterbewegung gewachsenen Organisationen sieht. Aber Fechenbach erschöpfte sein Engagement eben nicht in der Sachwaltung und ebenso legitimen wie zwingend gebotenen Interessenvertretung, sondern es trug schon in diesem frühen Stadium unübersehbar den Stempel des Emanzipatorischen, des Emanzipatorischen auch in einem ganz bestimmten, gerade zur gegenwärtigen Zeit unsere gesellschaftlichen Auseinandersetzungen prägenden Sinn. Ein großer Teil seiner 1913 und 1914 erschienenen Zeitungsartikel wirken unter der Berücksichtigung des zeitlichen Abstandes wie Begleitkommentare zu den ebenso elementaren wie hochaktuellen Fragen der gleichen Rechte für die Frau am Arbeitsplatz. Es ist ebenfalls bezeichnend, daß zu seinem Umgang in der Münchener Jugendsektion der SPD eine ganze Reihe um ihre politischen Rechte kämpfender junger Frauen gehörte, wie er später Gesprächspartner und Kampfgefährte noch heute zur Avantgarde der Frauenbewegung gezählter Persönlichkeiten wurde, angefangen von Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg, die den Kampf für die Frauenrechte mit dem um den Frieden verbanden, bis hin zu dem brillanten Kopf der deutschen Linken in der Weimarer Zeit Toni Sender. Und es war sicherlich der peinlichste Irrtum seines Lebens, daß Martha Czernichowski, die angehende Ärztin – akademisches Studium von Frauen war ja noch die Ausnahme –, sich in seiner ersten Ehe nicht als emanzipierte Frau, sondern mit akademischem Dünkel erfüllte Kleinbürgerin erwies. Fechenbachs Demokratie- und

Sozialismusverständnis ebenso wie seine Vorstellungen von Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung waren jedenfalls in diesem Lebensabschnitt so allgemein wie unabdingbar. Und man kann auch davon ausgehen, daß er seinen Bebel („Die Frau und der Sozialismus") gelesen hatte und voll mit dem Satz übereinstimmte: „Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter."

Die andere Komponente seines politischen Grundverständnisses braucht hier nur gestreift zu werden, weil sie mit seinem auf die heutige Zeit überkommenen Bild fest verwachsen ist: Seine Gegnerschaft zum Krieg. – Die Bewahrung pazifistischer Traditionen ist ja für ein breiteres Verständnis in Deutschland ebenso unterentwickelt geblieben wie die der demokratischen. Bei letzteren hat ja erst Gustav Heinemann den Anstoß zu intensiverer Beschäftigung gegeben. Für den Pazifismus ist das wohl erst noch zu leisten. Während der Entwicklungsjahre Fechenbachs reichte das pazifistische Spektrum von Bertha von Suttner bis – das war damals nicht so lächerlich, wie es heute klingen mag – Karl May. Der ausschlaggebende Sozialisationsfaktor auf diesem Feld wird für den jungen Fechenbach fraglos im Selbstverständnis der internationalen Arbeiterbewegung als friedensbewahrender Kraft zu suchen sein. Für seine eindeutige Haltung in dieser Frage sprechen zahllose Belegstellen bis zu der überlieferten Bekundung seines Vetters Hermann, der nach einem Besuch in Würzburg kurz nach Kriegsanfang notierte, wie wenig er begreife, daß Felix darauf hinarbeite, unbedingt ins Gefängnis zu kommen.

Felix kam – zunächst – nicht ins Gefängnis, sondern an die Front. Auch er handelte eben wie alle jene Sozialdemokraten, die – nach der Formulierung eines zeitgenössischen Autorengespanns – „von Gesinnung Pazifisten, sich während des Krieges der Landesverteidigung nicht glaubten entziehen zu dürfen." Da ihm aber der Kriegsverlauf alles nur bestätigte, wessen er sich vorher schon allzu gewiß war, zögerte er nicht, nachdem nach Verwundung an der Front keine Verwendung mehr für ihn war, sich für seine alten Ziele und Vorstellungen noch entschiedener einzusetzen, selbst unter den veränderten Verhältnissen des Krieges –

oder besser des „Burgfriedens" – unter denen stetig größere Gefährdung brachte, was im Frieden erlaubte politische Betätigung war. Je mehr Fechenbach nicht nur die kriminelle Energie der deutschen Kriegspartei, sondern auch ihre politische Ignoranz und Inkompetenz bestätigt fand, je mehr sich deshalb auch die Schicksalswaage zuungunsten des Deutschen Reiches neigte, desto mehr festigte sich ihm der Wille, erstens das unselige Blutvergießen abzukürzen, und zweitens, die unwürdigen Verantwortlichen abzulösen und statt dessen das Volk in seine Herrschaftsrechte einsetzen zu helfen. Mit einem Wort, er wurde ein Revolutionär.

Es ist hier nicht der Platz, in eine Auseinandersetzung darüber einzutreten, ob der Umbruch, der dem Versagen des herrschenden Systems folgte, wirklich den Namen Revolution verdient. In der Forschung wird die Entwicklung, die in den Entscheidungen des 9. November 1918 kulminierte, in ihrer Abfolge und Erscheinung heute überwiegend als das spontane Ausfüllen eines Vakuums verstanden. Doch gibt es Ausnahmen von dieser Grunddefinition der deutschen November-Revolution. Zu ihnen gehören die Ereignisse in München, darüber herrscht Einigkeit. Und unter denen, die den Zusammenbruch der alten Gewalten klar vor Augen, nicht nur zu reagieren, sondern den Prozeß zu beschleunigen gewillt waren, zählte Fechenbach in die erste Linie. Es gibt Hinweise genug – und mehr noch sind leider verlorengegangen –, die belegen, daß ganz im Gegensatz zu dem Bild eines Naivlings, das Oskar Maria Graf uns hinterlassen hat, Fechenbach eine der zentralen Gestalten des Münchener Revolutionsgeschehens war.

Gleichzeitig war er auch etwas sehr Modernes: Er war Widerstandskämpfer. Nach damaligem Sprachgebrauch Illegaler, was ja auch die gängige Bezeichnung für die in den Geschichtsbüchern noch bis heute vernachlässigten Widerstandskämpfer der ersten Stunde im Hitler-Reich war. Die Gleichsetzung des Kampfes gegen das tyrannische System unter Hitler mit dem gegen die Kriegsdiktatur unter Ludendorff mag uns vielleicht noch so lange schwer gefallen sein, als wir gewöhnt waren, den Ersten Weltkrieg in den Kategorien des schicksalhaften Völkerringens,

des Ausbruchs aus der verderblichen Einkreisung, der Auseinandersetzung mit einer neidischen Wirtschafts- und Handelskonkurrenz zu betrachten. Je mehr dem allem durch die Forschung der Boden entzogen wird, wobei an zentraler Stelle Fritz Fischers grundlegende Revision am Bilde der Kriegszielpolitik der kaiserlichen Regierung steht, desto mehr werden auch die Ziele der Illegalen zugänglich und im zeitgeschichtlichen Vergleich vertraut. Auch sie opponierten gegen ein Herrschaftssystem, das dem Volke in bisher nicht dagewesenem Maße Hunger, Not und entsetzliche Verluste an Menschenleben zumutete, ganz zu schweigen von dem, was es jenseits der deutschen Grenzen und im internationalen politischen System anrichtete.

Daß heute kaum noch jemand die Illegalen des Ersten Weltkrieges für erwähnenswert hält, sich überhaupt ihrer Rolle noch bewußt ist, hat im wesentlichen seine Ursache darin, daß über die Unausweichlichkeit der militärischen Niederlage Deutschlands kaum noch Zweifel bestehen. Dieses Akzeptieren der geschichtlichen Realitäten deckt auch die Dolchstoßlegende zu, mit der ja vor allem die Illegalen diskreditiert werden sollten. Sie war die Retourkutsche der so glimpflich davongekommenen Machthaber von gestern, die nun an die Tore der Republik klopften, um dort die alten Plätze wieder einzunehmen. Die Phrase der Propagandaredner von der „Heimat, die die Front verriet" sagt doch zugleich genug aus über die Signifikanz der vergessenen Bewegung. Ebenso muß es zu denken geben, daß ein noch zu Kriegszeiten urteilendes Kriegsgericht Fechenbach für seine Teilnahme am Januarstreik von 1918 ausschließlich vaterländische Beweggründe unterstellte und ihm in der Begründung des Freispruchs ausdrücklich attestierte, daß ihm sehr wohl die Überzeugung abzunehmen sei, daß diese Aktion „ein ehrliches Friedensangebot erzwingen und so Deutschland und das deutsche Volk vor einer Niederlage und einem drückenden Frieden bewahren" wollte. Haben diese bayerischen Militärrichter nicht vielen Formulierungen vorgegriffen, die wir ähnlich über den 20. Juli 1944 hörten? Es ist kaum zu erwarten, daß die aus einer einzelnen biographischen Untersuchung gewonnenen Ergebnisse Forschungsin-

teressen und -strategien in Richtung auf diesen untergegangenen Aspekt lenken könnten, um so mehr als die Quellenlage nahezu mutlos machen würde. Wenn es aber gelungen sein sollte, mit den gegebenen Hinweisen auf die Illegalen, ein wenig an einem erstarrten Geschichtsbild, und das heißt an einem an Inhalten wie am Ethos erstarrten Geschichtsbild Zweifel anzumelden, so haben sie ihren Zweck erfüllt.

Um wieder auf die Gestalt Fechenbachs zurückzukommen: Oben war von aufzuklärenden Irrtümern die Rede, das kann gleich an seiner Gestalt beginnen. Was geistert da nicht die Mär vom „kleinen Fechenbach" durch Literatur und Zeitungsbände. Das reimt sich dann so passend zum „Judenbengel" und ähnlichen Schmähungen. Daß Fechenbach in Wahrheit von großer stattlicher Statur war, bezogen auf seine Generation, können nicht nur jene bezeugen, die ihn noch gekannt haben, es kann nun auch erhärtet werden durch ein wiederentdecktes Foto, das ihn an der Spitze des Trauerzugs für Kurt Eisner zeigt. Aber was besagt diese Äußerlichkeit über seinen politischen Stellenwert und seine menschliche Qualität. Natürlich nichts, und sie soll darum auch nicht überbetont werden. Der Hinweis darauf erfolgt mehr wegen der Motive seiner Gegner, die sich mit dieser Desinformation verbinden.

Ganz ähnlich zu bewerten sind verschiedene Beschreibungen aus der Memoirenliteratur, für die hier stellvertretend die Erinnerungen des Kathedersozialisten Lujo Brentano – eines sonst verdienstlichen Mannes – aus dem Jahre 1931 stehen sollen. Aus reiner Animosität bezeichnete er das Eisnersche Vorzimmer, „in dem sein Sekretär Fechenbach herrschte", als einen Ort, auf den die „Beschreibung der Hölle" durch die Heilige Therese paßte: „Ein Ort, in dem Unordnung herrscht und es stinkt." Es kann schon sein, daß es Herrn Brentano stank, die im Bayerischen Hauptstaatsarchiv aufbewahrten Akten des Ministerpräsidentenbüros weisen aber aus, daß es durch Fechenbach, der im Arbeitersekretariat eine gute Schule in puncto Organisation durchgemacht hatte, sicher und effektiv geführt wurde. Schlimmer ist schon, daß noch in einem Memoirenwerk aus dem Jahre 1977,

herausgegeben in der Schriftenreihe des militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Fechenbachs Lebensdaten in einer Fußnote auf die Bestrafung wegen Landesverrats reduziert wurden.

Doch wenn von den Irrtümern über das Leben Fechenbachs die Rede ist, so geht es in erster Linie ja nicht um diese bösartigen kleinlichen Verdrehungen und Entstellungen, es geht noch nicht einmal um die verbalen Rankünen, manche davon protokollarisch erfaßt und hochkarätigen politischen Würden- und Funktionsträgern nachweisbar, die dann zusammen mit juristischen Extremisten seine Existenz untergruben – von der nationalsozialistischen Hetze ganz zu schweigen. Es geht natürlich um die Irrtümer, mit denen Fechenbachs Bild in der Geschichte behaftet ist, vor allem um den Grundirrtum über seine zeitgeschichtliche Rolle: Fechenbach, das Opfer. Erst das Opfer eines Justizskandals, eines ungerechten, eines terroristischen Urteils – elf Jahre Zuchthaus –, schließlich Mordopfer nationalsozialistischer Rachegelüste. Das alles ist richtig und wahr, doch eben nur die halbe Wahrheit. Er war ja kein Duldender, sein Schicksal passiv Ertragender. Ganz im Gegenteil war er ein Agierender, ein politischer Aktivist voll, wie schon gesagt, emanzipatorischem Schwung.

Soweit seine Entwicklung bisher verfolgt wurde, lassen sich drei Perioden seiner politischen Aktivitäten unterscheiden. Als die erste das von der Öffentlichkeit kaum beachtete Erproben auf den Übungsfeldern der Politik, sodann bewußtes Managing der Revolution im Mantel der Unscheinbarkeit, und drittens eine tragende und sichtbare Rolle in der Revolution und in der Steuerung der mit ihrem Scheitern und Verlöschen verbundenen Krisen. Fechenbach ist ganz deutlich ein Mann der zweiten Linie, aber die Schalthebel der Macht liegen ihm schon in Griffnähe. Unter dem Einfluß und im Banne Eisner stehend, treibt ihn sein nicht unterentwickeltes Selbstbewußtsein zu Bemerkungen wie die gegenüber dem schon erwähnten Brentano: Dieser könne durchaus mit Eisner reden, aber wieviel Köpfe man dem von Brentano vertretenen Rat der geistigen Arbeiter zubillige, das entscheide er, Fechenbach. Im München der Jahreswende 1918/19 war kaum jemand, der Fechenbachs Einfluß unterschätzte.

Von seiner ersten Frau ist protokollarisch überliefert, daß Fechenbach es gewesen sei, der den schwankenden Eisner zur Abhaltung der Landtagswahlen überredete. Ganz ähnliches gilt für die Zeit des sogenannten Interregnums zwischen Eisners Ermordung und der Räterepublik, in dem Fechenbachs Part von nicht geringerer Bedeutung war, als der so manchen anderen, dessen Name uns heute viel geläufiger ist.

In der Münchener Räterepublik selbst hat Fechenbach keine aktive Rolle übernommen. Ihm kam es nicht in den Sinn, dem Münchener „Wahnsinn", wie er es nannte, unter den Bedingungen des Frühjahrs 1919 eine Chance zu geben. Vielmehr erkannte er glasklar, daß von hier aus die Konterrevolution ihre Rechtfertigung nehmen würde. So kam es ja auch. Dennoch war sein Verhältnis zur Räterepublik und vielen ihrer Führer nicht frei von Mitgefühl; eine gewisse Ambivalenz wird sichtbar. Fechenbach konnte sich recht gut in ihre Motivationen hineinversetzen. Aber seine schon vorhin erwähnte idealistische Grundhaltung führte bei ihm nie zum Verlust des Realitätsbewußtseins in der politischen Aktion. „Eine klare logische Erkenntnis der Tatsachen" habe der „politisch außerordentlich veranlagte" Fechenbach sogar noch Eisner vorausgehabt, begutachtete später der als einziger Sachverständiger im Fechenbach-Prozeß zugelassene Historiker Dr. Thimme. In Parenthese: Vor Eisner nicht voraus hatte Fechenbach das Schicksal, immer wieder als Räterepublikaner apostrophiert zu werden. Im Falle des zur Zeit der Räterepublik bereits toten Eisner ist das ja nun geradezu lächerlich, aber auch Fechenbach kann als Musterfall mangelnder Sorgfalt mancher historischer Exegeten gelten.

Es muß eingeräumt werden, daß die Fechenbach bescheinigte Fähigkeit, Tatsachen klar logisch zu erkennen, ihn an einem Punkt im Stich gelassen hat. Hier geraten wir auf das Gebiet politischer Ethik und historischer Moral, und der Vorgang hat etwas mit der Bewahrung des geistigen Erbes von Kurt Eisner zu tun. Eisner lag außerordentlich viel daran, die künstliche Nebelwand, die in Deutschland vor die Ursachen des Krieges und damit ihre Diskussion gezogen worden war, zu vertreiben. Er versprach

sich davon eine andere, eine positive Einstellung der Alliierten zu den neuen Leuten, die dann bessere Friedensbedingungen für das deutsche Volk nach sich ziehen würde – und auf seiten der Deutschen einen nicht zu umgehenden Läuterungsprozeß, ohne den man nicht die Aufgaben des Friedens würde angehen können. In diesem Sinne veröffentlichte er einige Dokumente zum Kriegsausbruch. Den Erfolg, den er anstrebte, erreicht er freilich auf keiner Seite. Fechenbach stimmte aber in dieser Frage so vollständig mit Eisner überein, daß er nach dessen Tod auf dem eingeschlagenen Weg weiterschritt. Er veröffentlichte das sogenannte Ritter-Telegramm, in dem der bayerische Gesandte beim Heiligen Stuhl seinem Ministerpräsidenten in München die angebliche Einschätzung des österreichisch-serbischen Konflikts durch den Papst mitteilte sowie das annexionistische Kriegszielmemorandum Erzbergers vom September 1914. (Eine Position, die Erzberger freilich längst verlassen hatte.)

Auch Fechenbach erreichte sein Ziel nicht. Im Gegenteil: Eine Gruppe von Männern, Hermann Sinsheimer nennt sie „Überpatrioten... nun schon zu gute Deutsche, die (die) Tatsache der Niederlage durch einen übertriebenen Nationalismus wettmachen zu müssen" glauben, bemächtigten sich der Eisnerschen wie der Fechenbachschen Veröffentlichungen, um sie als Auslöser der „Kriegsschuldlüge", als die „erste Selbstbezichtigung eines Volkes" anzuprangern. Versailles sei ohne Eisner und Fechenbach nicht denkbar. Die Haltlosigkeit dieser Unterstellung, deren intensivster Verbreiter der anfangs erwähnte Verleger Cossmann war, in seinem Gefolge eine Schar von Historikern, Militärs und Diplomaten, deren Namen die Annalen zum Teil noch heute verzeichnen, ist schon von den Publizisten Dreyfus und Meyer in der Weimarer Zeit festgestellt worden.

Mit Hilfe zweier großangelegter und breitgewalzter Prozesse wurde dieses Gift der „Schuldlüge" in den Blutkreislauf der Weimarer Republik eingegeben. Morddrohungen und antisemitische Hetze gingen damit Hand in Hand. Der erste Prozeß, ein von Fechenbach angestrengtes Privatverfahren wegen Beleidigung, stellte zwar die Lügenhaftigkeit der gegen ihn erhobenen

Behauptung – er habe gefälscht – fest, wurde aber durch das Aufgebot eines „Sachverständigen"-Heeres zu einem „Pronunziamento der Alldeutschen" (Fechenbach). Der zweite Prozeß, der eigentliche Fechenbach-Prozeß vom Oktober 1922, zeitigte ein reines Terrorurteil. Einen Vorgänger Roland Freislers nannte Robert M. W. Kempner den Vorsitzenden des – nach der Reichsverfassung ungesetzlichen – Volksgerichts. Fechenbach war wegen des Ritter-Telegramms und wegen Veröffentlichungen über das illegale Treiben bayerischer „Selbstschutz"-Organisationen des Landesverrats angeklagt und zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Dieses Urteil hallte wie ein Donnerschlag durch die Republik. Die Presse, die sich in ihrem Grundrecht bedroht sah, lief dagegen Sturm – soweit sie nicht die Partei der „Überpatrioten" nahm –, und die namhaftesten Rechtsgelehrten aller politischen Schattierungen wiesen die Unhaltbarkeit des Urteils nach. Mit mehrtägigen Parlamentsdebatten in München und Berlin, unter convulsivischen Zuckungen im angespannten Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich und erst nach Durchsetzung einer „Lex Fechenbach" (Appellfähigkeit der Urteile von Volksgerichten) kam Fechenbach mit zwei Mitangeklagten in den Weihnachtstagen des Jahres 1924 zur exakt gleichen Stunde wie der für seinen Putsch vom November 1923 verurteilte Adolf Hitler frei. Fechenbach war ungebeugt an Geist und Moral, ließ aber die Schlacken eines zweifellos vorhandenen Ehrgeizes zurück. Für das allgemeine Rechtsempfinden Weimars war der Kampf um das Fechenbach-Urteil ja durchaus ein Hoffnungsschimmer. Wie aber die deutsche Geschichte ihren weiteren Verlauf genommen hätte, wenn es erst gar nicht zu den beiden Prozessen gekommen wäre, das ist eine von diesen hypothetischen Fragen, die man sich besser nicht stellt. Welche Lehren Kempner aus dem Fechenbach-Prozeß zog, den er ja als junger Jurist miterlebte, hat er in seiner Ansprache aus Anlaß der Einweihung des Gedenksteins für Fechenbach im Kleinenberger Wald deutlich gemacht. Ihn habe dieser Vorgang nach dem Zweiten Weltkrieg veranlaßt, sagte Kempner, „in den Vereinigten Staaten darauf hinzuweisen, daß die deutschen Naziarchive des Auswärtigen Amtes gleich

mit Beschlag belegt werden; denn wenn das nicht geschieht, wird plötzlich gesagt werden, wer Schweinereien der Nazis aus den Jahren des Auswärtigen Amtes des Herrn Ribbentrop veröffentlicht hier in Deutschland, ist ein Landesverräter".

* * *

Nach einem längeren Zwischenspiel in Berlin, das, wie es scheint, ihm die völlige menschliche und berufliche Regeneration ermöglichte, er ging hier auch seine neue Ehe ein, trat Fechenbach im Oktober 1929 seine Stelle als Redakteur des „Volksblatts" in Detmold an.

Sicherlich ist ihm jede Ahnung fern gewesen, daß er nun den Platz betrat, an dem sich sein Leben erfüllen würde. Viel eher mag er die Empfindung eines gewissen Heimatgefühls gespürt haben. Der Sohn des Frankenlandes, gehärtet in den politischen Feuern der Großstadt, sprach nie anders als mit Worten der Zuneigung und Wärme von seiner neuen lippischen Heimat, wie aus den vielen im Nachlaß erhaltenen Briefen an seine Frau während der Trennungsmonate bis zur Übersiedlung der Familie hervorgeht. Es hat seine volle Berechtigung, einen Begriff wie Heimatgefühl in die Beschreibung eines Politiker- und Journalistenlebens von der Bedeutung und dem Herkommen Fechenbachs hineinzunehmen. Tatsächlich hat ja dieser umhergestoßene Arbeiterfunktionär mehr wahres Empfinden für Heimat unter Beweis gestellt, als viele andere, die – diesen Begriff immer auf der Zunge führend – damit ihre kommerziellen und politischen Geschäfte betrieben oder gar den Verlust der Heimat für Millionen Menschen auf dem Gewissen haben. Es ist wohl auch nicht ganz bedeutungslos, daß Fechenbach sich als Pseudonym den Namen Franke wählte, wobei man annehmen darf, daß Franke für die für wahr gehaltene ethnische Abhängigkeit stehen soll, wie es auch nicht bedeutungslos ist, daß Fechenbach die schweren Stunden seiner fünfmonatigen Schutzhaft im Detmolder Gefängnis unter anderem mit der Abfassung eines Romans zu meistern suchte, der unter dem Titel „Der Puppenspieler" die Welt seiner fränkischen Kinder- und Jugendtage beschwor. Es mag zum Teil an

dieser Verwurzelung liegen – sein kräftiges sonores Organ hatte ja auch eine gewisse süddeutsche Klangfärbung nicht abgelegt –, daß ihm Verständnis und Freundschaft von seiten vieler entgegengebracht wurden, die ihre lippische Heimat ähnlich wahrhaftig und unprätentiös liebten.

Doch von den Gefühlen nun wieder abgesehen: Seine politische und journalistische Aufgabe meisterte Fechenbach mit der von ihm erwarteten Professionalität. Es war ja bisher sein Handicap gewesen, daß man ihn für „eine zu große Kanone" hielt; deshalb hatte er auch, bis seine Bewerbung vor den Augen der Preßkommission des SPD-Bezirks „Östliches Westfalen und Lippische Freistaaten" Gnade fand, immer Absagen erhalten. Jetzt zeigte er, was an journalistischen Talenten, vor allem auf dem Gebiet der Redaktionsarbeit in ihm steckte, und es ist sicher kein Unrecht gegenüber den Konkurrenten, wenn man feststellt, daß Fechenbach die Rangordnung im damals noch titelreicheren lippischen Pressewäldchen umkehrte, was Aktualität, Frische und Lesbarkeit anging. Das soll heißen, daß er dem „Volksblatt" darin eine Stellung ganz vorn verschaffte. Es machte ihm auch keine Schwierigkeiten, mit einigen lippischen Besonderheiten, wie den jahreszeitlichen Schwankungen im Abonnement, verursacht durch die auswärts arbeitenden Saisonarbeiter, die lippischen Ziegler, zurechtzukommen.

Das zehnjährige Bestehen des „Volksblatts" am 1. Februar 1930, das mit einer starken Beilage begangen wurde, gab Fechenbach die Möglichkeit, auszudrücken, wie er seine Aufgabe verstand. Sein Artikel „Arbeiterschaft und Presse" gibt uns heute die Chance, einen Blick in das Selbstverständnis eines Journalisten der Weimarer Epoche zu tun. Es ist die Zeit, in der die sozialdemokratische Presse in ihrem Zenit steht. Um die Jahreswende 1930 existieren etwa 200 SPD-Zeitungen, wenn auch ein Teil davon Kopfblätter waren. Sie kamen in die Hände von mindestens 1,2 Millionen Abonnenten, was etwa zwei Prozent der damaligen Reichsbevölkerung entspricht. Rechnet man die Abonnentenzahl auf die Leserzahl um, so erreicht man eine Zahl, die etwa jener der sozialdemokratischen Wähler gleichkommt. Es ist dies

ein Zustand, der nur scheinbar ideal ist, denn vorher und auch nach 1945 wieder überstieg die Zahl der sozialdemokratischen Wähler jene von Lesern sozialdemokratischer Zeitungen bei weitem. Es drückt sich in diesem Phänomen auch ein Wandel im Zeitungsverständnis allgemein aus. Parteizeitungen und parteinahe Zeitungen waren verbreiteter, der Generalanzeigertypus hatte sich noch nicht durchgesetzt. Man wußte, welche Zeitung deutschnational, zentrumsnah, volksparteilich war.

Fechenbach spricht von ihnen pauschal als der bürgerlichen Presse, die sich auf Geschäftsinteressen gründe, der er die sozialdemokratische Presse gegenüberstellt, die dem Aufstieg der Arbeiterschaft dienen will. So ist auch dem sozialdemokratischen Redakteur „die Redaktionsarbeit nicht Handwerk, das er nach dem Willen eines Geldgebers ausübt. Er kann nur Redakteur an einer sozialdemokratischen Zeitung sein, kann nur für das selbstgewählte Ideal schreiben, arbeitet nicht im Auftrag irgendeiner Geldmacht, sondern in Erfüllung seines eigenen Wollens." Fechenbach ist also von seinem Idealismus kein Jota abgerückt. Die Zeitung, die er leitet, übt „die bedeutsame Rolle eines Mittlers zwischen Massenwillen und Parteiführung aus". Allerdings hält Fechenbach wenig von dem, wie sich Parteifunktionäre Zeitungen wünschen. „Dem Funktionär stehen immer zu wenig Parteinachrichten in seinem Blatt." Es müsse aber auf die Lesebedürfnisse der „ungezählten Massen von politisch weniger leidenschaftlich Interessierten" Rücksicht genommen werden. Auf der Grundlage dieses Verständnisses gelang es ihm, sein Blatt, ohne seine Ideale je zu verraten, zu einem publizistischen Faktor in Lippe und Ostwestfalen zu machen, an dem keiner vorbeikonnte. Ist es eine Überspitzung, ist es vermessen zu fragen, ob nicht einmal die Geschichte daran vorbeikam?

Den Wendepunkt politischer Prozesse zu bestimmen, ist in vielen Fällen eine Ermessensfrage. Sicherlich ist er nicht immer an äußerlich sichtbare Kriterien gebunden. Es sind keineswegs die Entscheidungen der Großen allein, die unsere Geschicke lenken. Das ist, seit Bertolt Brecht die „Fragen eines lesenden Arbeiters" aufschrieb, eine Binsenweisheit. Auch das Spannungsverhältnis

Zentrale – Provinz kann anders als nach dem Modell einer versimpelten Systemtheorie begriffen werden: Output hier, Input da. Um jetzt zur Nutzanwendung im publizistisch-politischen Bereich zu kommen: Es müssen nicht immer die Giganten der Pressemacht sein, ob sie nach Hugenbergs oder Springers Pfeife tanzen, die etwas bewirken, oder die Opinionleaders, die intellektuellen oder parteipolitischen Vordenker, nennt man sie Vossische oder Frankfurter Zeitung, Weltbühne oder Spiegel, Vorwärts, Völkischer Beobachter oder wie auch immer. Auch die Volksblätter und die Nazi-Kuriere können plötzlich in den Fokus rücken.

Soll damit der Versuch gemacht werden, einen Schlüsselvorgang der jüngeren deutschen Geschichte durch ein lippisches Nadelöhr zu ziehen? Keinesfalls. Doch wer den Gedanken einer multifaktoriellen Erklärung aller Lebensvorgänge, so auch der politischen, ernst meint, der kann sich in der Aufarbeitung nicht immer nur mit Faktor a und vielleicht noch Faktor b beschäftigen, sondern der muß auch endlich einmal an die Faktoren c und d herangehen, vor allem, wenn deren einer in der kritischen Phase so unübersehbar vor uns liegt.

Der Stellenwert Fechenbachs in der lippischen und ostwestfälischen Sozialdemokratie muß binnen kurzer Zeit erheblich gestiegen sein. Ob Mißverständnisse, wie das anfangs geschilderte, länger vorhielten, kann bezweifelt werden. Die neue Machart des „Volksblatts“ kam gut an, auch die verstärkt kämpferische Note wurde als richtig angesehen. Carl Schreck, gleichzeitig Vorsitzender und Sekretär der in Bielefeld residierenden Bezirksorganisation, versprach Fechenbach ausdrücklich der guten Entwicklung wegen einen Volontär. Dem guten journalistischen Einstand entsprach auch der allgemein politische. Fechenbach belebte die Jugendarbeit, stand hier vor allem auch hinter seiner Frau, die als staatlich geprüfte Fürsorgerin der noch jungen Kinderfreundebewegung entscheidende Hilfen gab. Ausschlaggebend für seine Bedeutung war aber neben seiner Zeitungsarbeit die überragende Rolle, die er als Redner spielte. Obwohl sonst ohne politische Funktionen, wurde Fechenbach in der sich ver-

schärfenden politischen Auseinandersetzung neben dem Landespräsidenten Heinrich Drake der gefragteste Redner auf sozialdemokratischen Parteiveranstaltungen und Wahlversammlungen. Er besaß zweifellos ein gewisses Charisma, daß sich vor allem auf die jungen lippischen Sozialdemokraten übertrug, die, zumeist auch im Reichsbanner organisiert, für ihn durchs Feuer gingen. Sie gaben auch acht, daß ihm, nach diversen Morddrohungen, auf seinen nächtlichen Fahrradtouren als Redner nichts zustieß, indem sie einen Begleitschutz organisierten. Aber auch bei den gestandenen Sozialdemokraten hatte er Freunde genug, zu denen man zweifellos Emil Feldmann, August Linne und Fritz Winter rechnen kann. Ein herzliches Verhältnis verband ihn mit Wilhelm Mellies, der damals jüngster Präsident eines deutschen Landesparlaments war. Es scheint eigentlich nur eine persönliche Beziehung zu einem Parteifreund gegeben zu haben, die etwas merkwürdig war. Es war die zu Heinrich Drake. Von heute noch lebenden Zeugen der damaligen Zeit, die beide Männer gut kannten, wird diese ambivalente Beziehung vor allem auf Temperamentsunterschiede zurückgeführt. Drakes auf Ausgleich bedachtem und staatsmännischem Pragmatismus betonendem Wesen lag die temperamentvolle Art Fechenbachs, der auch immer seine ganze Persönlichkeit in eine Sache einbrachte, nicht so sehr. Außer Zweifel steht, daß Fechenbach Drake hoch respektierte, was kleine Neckereien im „Volksblatt" nicht ausschloß. Wie auch immer das Verhältnis dieser beiden Männer zueinander war für die zu Ende gehenden Jahre der Weimarer Republik in Lippe, von ihren ärgsten Feinden, von den Nationalsozialisten, wurden sie über einen Kamm geschoren, den des „Drake-Fechenbach-Systems".

Zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Lippe sind in den letzten Jahren verdienstvolle Arbeiten herausgekommen. Wie der Einfluß der Nazis in Lippe beinahe explosionsartig zunahm, wird in Karl Rauchschwalbes „Geschichte der lippischen Sozialdemokratie" plastisch dargestellt. Ihm ist auch zuzustimmen, wenn er befindet, daß trotz all dem Schrecken, den Hitlers Sturmtruppen auch in Lippe verbreiteten, die Auseinan-

dersetzungen über gewisse Zeiten hin nicht die Schärfe des Kampfes im übrigen Reich erreichten, der Terror sich sozusagen en miniature äußerte, was dann manche zu Fehleinschätzungen über die wahre Natur des Nationalsozialismus verleitete. Ein Seismograph, der sich nie täuschen ließ, der immer genau anzeigte, welche Erschütterungen der Vormarsch der braunen Bataillone auslöste, das war jedenfalls Felix Fechenbach. Er brachte dafür auch ein Vorwissen mit, wie kaum ein anderer. Er wußte aus seinen Münchener Jahren, welchem Sumpf diese Bewegung entstiegen war, und in seine Berliner Zeit fiel ja die Verlagerung der faschistischen Zentrale für die Eroberungspläne im „Kampf um Deutschland" von der „heimlichen Hauptstadt" München in die Reichshauptstadt Berlin.

Wahr ist, daß sich die offizielle Sozialdemokratie kein zureichendes Bild vom Charakter des Abgrundes gemacht hat, in das der Nationalsozialismus zuerst dieses Land und dann die Welt führen würde. Noch in den ersten Monaten seiner Herrschaft verglich man die Unterdrückungen mit dem Sozialistengesetz und hielt sein baldiges Scheitern angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten für erwiesen. Nur wenige hatten von Anfang an keine Illusionen, wie etwa Julius Leber, Haubach, Schumacher oder die oppositionelle Miles-Gruppe „Neu Beginnen". Fraglos muß Fechenbach zu den Illusionslosen gerechnet werden. Seine Leitartikel bieten zwar keine Ansätze, ihm kontroverse Ansichten gegenüber der Parteilinie nachzuweisen. Dafür war er viel zu loyal, wobei diese Loyalität die Folge des Traumas war, das ihm die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung im und nach dem ersten Weltkrieg zugefügt hatte. Aber eine Fabel, die er im „Volksblatt" 14 Tage nach der sogenannten Machtübernahme abdruckte, kann uns als Indiz für seine innersten Überzeugungen gelten. Fechenbach verdeutlichte sich ja häufig in Fabeln. Diese hier in einem Satz zusammengefaßt: Die Raubtiere, die das brave Volk der Haustiere in Notzeiten mit dem Gedanken einer – tierischen – Volksgemeinschaft ködern, wollen sich ja nur selbst helfen: am Ende fressen sie die Haustiere auf.

Allein jedoch mit der Schärfe seiner Sprache, mit der er den

Kampf von Anfang an geführt hatte, ob als Journalist, ob als Redner, allerdings auch mit der Genauigkeit seiner Information, vor allem in der so viel belachten Kolumne des „Nazi-Jüskens", hatte er sich zum bestgehaßten Mann seiner nationalsozialistischen Feinde profiliert. In der beachtlichen Arbeit von Jutta Ciolek-Kümper über den Wahlkampf zu den lippischen Landtagswahlen vom 15. Januar 1933 läßt sich ausgezeichnet nachlesen, wie die Perfidie des NS-Propagandaapparates Fechenbach in ihre Haßkampagne einbaute. So bleibt der soziale Demokrat und politische Journalist Fechenbach, der den Anfang der deutschen Republik mit gestaltete, auch mit ihrem Ende verknüpft. Denn wenn auch die Zwecklegenden von der ausschlaggebenden Rolle ihres Sieges in der Lippe-Wahl, die die Nazis selbst in die Welt setzten, inzwischen entkräftet worden sind, ihren Zweck hatten sie durch das Trommelfeuer ihrer Propaganda, wenn auch als ein Faktor unter vielen, erfüllt.

Gar nicht propagandistisch gemeint waren aber die zahlreichen Drohungen, die sich wie ein roter Faden durch die Hetztiraden gegen Fechenbach zogen. Sie waren nicht platonischer Art. So wie es zu Recht heißt: Wer Hitlers „Mein Kampf" gelesen hat, dem hätte völlig klar sein müssen, was dieser Volksverführer im Schilde führt, so kann man abwandelnd feststellen: Wer den „Lippischen Kurier" gelesen hatte, wußte, welches Schicksal Fechenbach bevorstand. Er selbst war da illusionslos. Wenn er auch in den Briefen aus der Schutzhaft seinen Angehörigen die Hoffnung auf ein gutes Ende nicht rauben wollte, gegenüber seinen politischen Mitgefangenen machte er kein Hehl daraus, welches Los er als das ihm bevorstehende empfand. „Wenn Ihr hören solltet, ich sei auf der Flucht erschossen worden, dann ist das eine Lüge." Diese seherische Voraussage seines Endes wird in dieser oder ähnlicher Form mehrfach bezeugt. Warum aber Fechenbach, als es noch Zeit war und er von seinen Freunden auch dazu gedrängt wurde, nicht das Land verließ, um dem gewissen Schicksal zu entgehen, hat er in so gültiger Form, wie sie sonst kaum ein Zeugnis jener Zeit bietet, in einem Brief an seine Frau niedergelegt. „Es ist mir lieb, daß Du Verständnis dafür hast, daß

ich seinerzeit im März nicht davongelaufen bin, wie so viele andere in Berlin und anderswo. Man mag das dumm nennen. Ich konnte jedenfalls nicht anders handeln. Es wäre ein Treuebruch gegen die lippischen Arbeiter gewesen. Ich will lieber die Schutzhaft ertragen, als daß man mich feige und treulos nennen könnte."

Diese Sätze sollten nicht zitiert werden, um damit die nach dem Kriege lange geführte Auseinandersetzung über die Berechtigung von jeweils Emigration und innerem Widerstand wieder aufzunehmen. Sie seien vielmehr deshalb in Erinnerung gebracht, um in einer Zeit, die so rar an Vorbildern ist, dieses beinahe vergessene Schicksal eines vorbildhaften Menschen auch in seiner letzten Äußerung zu revidieren, die zu einem Mißverständnis geführt hat. Natürlich weiß inzwischen alle Welt, daß Felix Fechenbach nicht „auf der Flucht erschossen" worden ist. Aber er hat der Exekution auch nicht als ein die Entwicklung in Ohnmacht Abwartender entgegengesehen. Felix Fechenbach ist vielmehr im Angriff gegen die Menschenverächter gefallen. Seine bloße Existenz als Sinnbild der emanzipierten Seele des Volkes ist von ihnen völlig zu Recht als eine Herausforderung, als ein Angriff auf ihren Nihilismus verstanden worden. Darum mußte er sterben, und ob nun die Wut der lippischen Nazis der auslösende Faktor war oder, wie man nicht zu Unrecht vermutet, Drahtzieher aus München am Werke waren, ist deshalb eine nebensächliche Frage.

* * *

## Dokumentarischer Anhang

Aus den Worten Irma Fechenbachs nach der Enthüllung des Gedenksteines für Felix Fechenbach im Kleinenberger Wald am 25. 8. 1973.

„Zum Schluß liegt mir etwas ganz besonders am Herzen, und das ist, daß es sich hier nicht nur um meinen Mann handelt. Für mich ist es ein Symbol für alle die vielen Genossen und Menschen, die

der Nationalsozialismus ermordet hat. Hier ist nicht nur einer, sondern alle. Und es waren ja so viele, die kämpften für soziale Gerechtigkeit, für Freiheit und Frieden. Ich denke an alle diejenigen, und ich möchte gerne, daß wir alle das Gefühl von hier mitnehmen, daß dieser Kampf und daß dieser Tod nicht umsonst war, sondern daß die Jugend unseren Kampf weiterführe. Wir haben verloren, aber wir hoffen, daß die Jugend einen Erfolg haben wird. Und so will ich schließen mit den Worten unseres alten Kampfliedes: Hell aus dem Dunklen, Vergangnen leuchtet die Zukunft hervor."




Der am 25. August 1973 im Kleinenberger Wald bei Scherfede (Westfalen) enthüllte Gedenkstein erinnert an Felix Fechenbach, der an dieser Stelle am 7. August 1933 von Nazimördern hinterrücks erschossen wurde.



Henning von Tresckow 1901 – 1944.
Als Generalmajor und Chef des Stabes der 2. Armee (Juni 1944).

Bodo Scheurig

# Entscheidung zwischen Eid und Gewissen – Henning von Tresckow und der militärische Widerstand

Henning von Tresckow, am 10. Januar 1901 geboren, entstammte einer brandenburgisch-preußischen Soldatenfamilie. In Wartenberg, einem schlichten neumärkischen Landsitz, ist er aufgewachsen. Sowenig er später Brandenburg-Preußen mit der Welt verwechselte, ja, so bewußt er sich schließlich als Europäer bekannte: die leidenschaftlich geliebte Umwelt seiner Jugend, von der er geformt wurde, gewann und behielt die größte Macht über ihn.

Gerade 17 Jahre alt, wird er, wenige Monate nach dem Not-Abitur, im Juni 1918 zum wohl jüngsten Leutnant des Ersten Garde-Regiments zu Fuß ernannt. Als Zugführer einer Maschinengewehrkompanie kämpft er in den Abwehrschlachten an Maas, Oisne und Aisne, in den Argonnen und an der Champagne-Front. Der junge Offizier zeichnet sich aus; doch kalkulierender Verstand bewahrt ihn und seine Soldaten vor hirnloser Tapferkeit.

Die Reichswehr, die ihn nach dem Kriege übernahm, beengte seinen Drang nach Bildung und Selbständigkeit. Er verließ die Truppe und studierte in Berlin und Kiel bürgerliches und römisches Recht; nebenher hörte er Vorlesungen über Politik, Welthandel und Finanzwirtschaft. Sein Denken schulte sich. Als Bankkaufmann und Börsenmakler kann er beachtliche Erfolge erzielen. 1924 reiste er mit Kurt Hesse, einem Militärschriftsteller, über England und Frankreich nach Südamerika.

Wieder in Deutschland, entschloß er sich, zum zweiten Mal Soldat zu werden. Die kaufmännische Tätigkeit befriedigte nicht mehr. Er strebte nach Aufgaben, die nicht an den persönlichen Nutzen gebunden waren. Hindenburgs Fürsprache mußte helfen. Im Januar 1926 heiratete Tresckow Erika von Falkenhayn, Tochter des früheren preußischen Kriegsministers und Chefs der

zweiten Obersten Heeresleitung im Weltkrieg. Kurz darauf trug er wieder die feldgraue Uniform eines Leutnants im 9. (Preußischen) Infanterie-Regiment.

Obwohl das Offizierkorps des Regiments vorzüglich war, fiel Henning von Tresckow in dessen Reihen auf. Interessen und Verstandeskraft hoben ihn weit über den Durchschnitt empor. In der Nationalökonomie vervollkommnete er sich. Seine historisch-politische Lektüre blieb stetig und imponierend umfangreich. Hesse, der Reisegefährte nach Südamerika, schreibt:

„Ich erlebte, wie er einmal in einer größeren Gesellschaft den Schlieffen-Plan in seiner Entstehung, ersten Konzeption und schließlichen Abwandlung, für die sein Schöpfer nicht mehr verantwortlich war, darstellte. Dabei kritisierte er scharf den Mangel an Zusammenarbeit zwischen dem Reichskanzler und Chef des Generalstabes, gab aber weniger diesen beiden Persönlichkeiten als dem Kaiser die Schuld, der es im Frieden wie im Krieg an der Koordinierung der politischen und militärischen Stellen habe fehlen lassen. Bei solchen und ähnlichen von ihm gern angestellten Betrachtungen über die operative Kriegführung konnte man fast den Eindruck einer autodidaktischen Vorbereitung auf die vor ihm liegenden Jahre der Ausbildung zum Generalstabsoffizier gewinnen. So pflichttreu und eifrig er seinen Dienst in der Truppe wahrnahm, so sehr strebte er doch von Anfang an der Verwendung im größeren Verantwortungsbereich zu."

Wenn auch hoch gewachsen, schlank und ein Mann glänzenden Aussehens, entsprach er kaum dem herkömmlichen Bild des Offiziers. Sein schmaler Kopf, den nur spärliches Haar bedeckte, weiche Gesichtszüge und nachdenklich blickende Augen erinnerten eher an einen Gelehrten. Allein sein strichförmiger Mund und eine Kinnwölbung verrieten Härte, Zähigkeit und Willenskraft, doch die Bestimmtheit seines Wesens war nicht vorgezeichnet, sie blieb – wie die Ruhe und Kaltblütigkeit in entscheidenden Augenblicken – das Ergebnis einer Selbstdisziplin, zu der er sich bewußt erzogen hatte. Manche nannten ihn zunächst „ ein wenig überheblich, altklug und ironisch", aber diese Schwächen

bekämpfte er oder waren, insbesondere bei Antipathien, als Abwehr gemeint. Bereits Kameraden gegenüber dämpfte er mit Humor „die eigene, sehr bewußte Überlegenheit". Im vertrauten Kreis bezauberten sein Frohsinn und seine Herzlichkeit.

Er war ein Mann der Neugier und vielen ein hervorragender Freund. Seine Beredsamkeit machte ihn nicht selbstgefällig. Er konnte von sich absehen, zuhören und ging auf andere ein. Er wollte lernen und helfen; Meinungen und Sorgen bewegten ihn. Noch nach Wochen war er imstande, ein abgebrochenes Gespräch fortzusetzen. Dann antwortete er auf Fragen, über die er inzwischen nachgedacht hatte. Es war ihm bewußt, daß niemand über sein Können hinaus verpflichtet werden konnte. Auch schien er zunächst entschlossen, nichts allzu schwer zu nehmen. Aber er wollte sich treu bleiben und so leben, daß er stolz sein durfte; er gedachte unter Anspannung aller Kräfte zu leisten, was der Augenblick verlangte, und trachtete aus seinem „Inneren heraus zur Klarheit und zum Glauben zu gelangen, ohne sich durch fortwährendes, überreiztes und doch zweckloses Suchen außerhalb seiner selbst aufzureiben".

Tresckow wollte, daß die Blutopfer des Volkes im Ersten Weltkrieg politisch „kompensiert" würden; sie verlangten, in seinen Augen, demokratische und mehr noch soziale Reformen. Ein Bericht über ihn verdeutlicht:

„Seine Ideale wurden eine parlamentarische Monarchie englischen Musters und eine ausgewogene Gesellschaftsstruktur. Obgleich nicht sozialistisch gesinnt, wünschte er den überfällig gewordenen Ausgleich zwischen den Klassen. Führung wollte er an Bildung und Können gebunden wissen, nicht an Abstammung und Besitz. Reaktionärer Konservatismus – dies seine Überzeugung auch in adligen Kameradenkreisen – mißverstand Traditionen und vor allem Preußen."

Wie viele Offiziere der Reichswehr enttäuschte, ja, erbitterte Tresckow der Parteienwirrwarr und die Führungsschwäche der Weimarer Republik. Die hochgesteigerte nationale Erregung der beginnenden dreißiger Jahre ergriff auch ihn. 1929 hielt er im

Potsdamer Kasino einen Vortrag, in dem er Gottfried Feders Thesen zur „Brechung der Zinsknechtschaft" zustimmte. Ein Jahr später suchte er – wieder nach sicheren Zeugnissen – das Offizierkorps seines Regiments „nationalsozialistisch zu beeinflussen". Er traute dem Nationalsozialismus die Kraft zu, Versailles zu überwinden, die Armee mit dem Staat zu versöhnen und jene „Volksgemeinschaft" zu schaffen, in der morsch gewordene Klassenschranken fielen. So begrüßte er Hitlers Machtantritt als Ausweg aus einem unerträglichen Dilemma – hoffend, daß die „nationale Erhebung" Wege des „Rechts und der Ehre" einschlagen werde.

Der „Tag von Potsdam", auch Hitlers Lobreden auf die Reichswehr stützten solche Hoffnungen, doch mit den Morden der Röhm-Affäre, dem einsetzenden Kirchenkampf und den Nürnberger Gesetzen waren Tresckows Illusionen zerstoben. Recht und Unrecht hatten, in seiner Optik, die Plätze gewechselt. Er war nicht nur betroffen, sondern bäumte sich auf. Schon auf der Kriegsakademie, die er 1936 als Hauptmann und Bester des ganzen Lehrganges verließ, trat er als der zwar beherrschte, aber entschiedene Wortführer der Anti-Partei hervor.

In der Operationsabteilung des Generalstabes hatte er den Aufmarsch gegen die Tschechoslowakei zu bearbeiten. Die unbestechlich-nüchterne Generalstabsarbeit unter Beck offenbarte ihm, daß eine verantwortungsbewußte deutsche Staatsführung, ganz nach seinen eigenen Neigungen, Frieden halten mußte. Um so mehr empörte ihn Hitlers Außenpolitik, bei der Deutschlands „Führer" nicht einmal vor einem Krieg mit den Westmächten zurückzuschrecken schien. Tresckow wollte kein Großdeutschland. Weder Österreich noch die Sudetengebiete empfand er als „Akquisition". Allenfalls erblickte er in einer maßvollen Revision der deutschen Ostgrenze eine gewisse Notwendigkeit. Im September 1938 stand er auf seiten derer, die Hitler zu stürzen trachteten.

Die Münchner Konferenz beschwichtigte ihn nicht. Er sprach fortan von „Wildwestpolitik" des Regimes und gestand im Frühjahr 1939: „Das alles kann nicht gutgehen. Hitler macht Krieg."

Bereits vor der Münchner Konferenz hatte er, Freunden gegenüber, den Diktator einen „tanzenden Derwisch" genannt, den man totschießen müsse. Jetzt, unmittelbar vor Ausbruch des Krieges, äußerte er zu seinem Vetter Fabian von Schlabrendorff, fortan engster Verbündeter im Widerstand:

„Ich habe, im Rahmen der Mobilmachungspläne, eine Stellung als Divisions-Ia anzutreten. Damit sehe ich Kampf mit Polen und einen Weltkrieg voraus, der, auch gegen Hitlers Absichten, zum Untergang Deutschlands führt. England lenkt nicht mehr ein; England darf auch nicht mehr einlenken. Krieg aber bedeutet Wahnsinn und muß vermieden werden. Der Schlüssel liegt bei Hitler. Er bleibt das Unheil. Ihn haben wir – und zwar durch Tod – zu Fall zu bringen."

Die einsetzende Siegesserie bis zum Triumph über Frankreich vermochte ihn nicht umzustimmen. Wenngleich als Major und Oberstleutnant nur Randfigur, unterstützte er nach Kräften jene, die den Angriff im Westen zu verhindern suchten. Doch die Herresführung handelte nicht. Hitler bezwang seine Widersacher und schien recht zu behalten. So spürbar die Erfolge der Panzerwaffe und Luftwaffe auch Tresckow beeindruckten, so wenig übersah er die Sackgasse, in die Hitler politisch geraten war. Im Oktober 1940, während eines Ganges über die herbstlich leuchtenden Champs-Élysées, meinte er zu Luise von Benda, Sekretärin im OKH und Jodls späterer Frau:

„Wenn Churchill Amerika dazu bringt, in den Krieg einzutreten, werden wir langsam und sicher durch die Materialüberlegenheit erdrückt. Dann wird von uns höchstens das Kurfürstentum Brandenburg übrigbleiben, und ich werde die Leibwache kommandieren."

1941 Ia des Generalfeldmarschalls Fedor von Bock, ging er daran, die Führungsabteilung der Heeresgruppe Mitte zum Kern einer tatgewillten Verschwörung zu machen. Brauchitsch, Halder, Rundstedt und Manstein, kurz: die führenden Generale hatten ihn enttäuscht. Auch wo er gezwungen blieb, sie weiterhin auf die Seite des Widerstandes zu ziehen, wollte er sie künftig vor

vollendete Tatsachen stellen. Es war ihm so sicher wie das Amen in der Kirche, daß der Feldzug gegen die Sowjetunion mißlingen müsse. Die Schwäche und Zersplitterung der Wehrmacht ließen keinen Zweifel. Er betrachtete es als höchste Pflicht, den drohenden Zusammenbruch des Reiches abzuwenden. Entschlossen sammelte er, in geschickter Personalpolitik, gleichgesinnte Offiziere seines Stabes.

Die ungewöhnlichen Siege der Heeresgruppe Mitte in den Kesselschlachten von Bialystok, Minsk, Smolensk und Wjasma – Siege mit Hunderttausenden russischer Gefangener – waren weithin sein Werk. Was Tresckow und dessen Führungsabteilung vorbereiteten, brauchten die Oberbefehlshaber der Heeresgruppe – zunächst Bock, später Kluge – oft nur mit ihrem Namenszug zu versehen. Stets hat Tresckow, darin innerlich unangefochten, seine vorgeschriebenen Pflichten erfüllt. Militärische und politische Vernunft geboten, die Armee zu erhalten. Nur wenn sie intakt blieb, war sie als Trumpf auszuspielen. Landesverrat schied für Tresckow aus.

Vorbehaltlos machte er dagegen Front nach innen. Hitlers Kommissar-Befehle sabotierte er. Solange er – ließ er alle Kommandeure wissen – Ia der Herresgruppe Mitte sei, würde kein Kommissar erschossen. „Ein Russe, der sich ergibt, gibt sich gefangen, damit er sein Leben behält. Das weiß jeder Soldat." Ein Judenmassaker bei Borissow, von dem er zu spät erfuhr, konnte er nicht verhindern. Aber er beschwor, innerlich aufs tiefste erregt, seinen Oberbefehlshaber Bock, mit Waffengewalt gegen die SS-Einheiten einzugreifen; Bock wagte wenigstens matte Proteste; weitere Greuel im Hinterland der Heeresgruppe Mitte unterblieben.

Die Wende vor Moskau – von ihm frühzeitig vorausgesagt – bewies Tresckow, daß Stalin sein Volk in der Hand hatte, Amerikas Eintritt in den Krieg, daß der Kampf unwiderruflich verloren war. Im Dezember 1941 erklärte er einem seiner Offiziere:

„Ich wünschte, ich könnte dem deutschen Volk einen Film vorführen: Deutschland bei Kriegsende. Dann würde das Volk vol-

ler Schrecken erkennen, auf was wir lossteuern. Dann würde das Volk ganz sicher meiner Ansicht sein, daß der Oberste Kriegsherr eher heute als morgen verschwinden müßte. Da wir aber diesen Film nicht vorführen können, wird das deutsche Volk, wann immer wir Hitler beseitigen, totensicher eine Dolchstoßlegende erschaffen. Und wenn wir noch so milde Friedensbedingungen aushandelten – immer würde es heißen: Wenn Ihr den geliebten Führer nicht in dem entscheidenden Augenblick kurz vor dem Endsieg umgebracht hättet, wäre es niemals zu solchen Bedingungen gekommen."

Doch der „Dolchstoß" – wieder eine Legende – erschreckte ihn nicht. 1942, während des Vormarsches mehrerer Armeen des Südflügels auf Stalingrad und den Kaukasus, begann er mit den Vorbereitungen eines Attentats. Er benutzte zusammengerollte Karten, durch die er hindurchschoß, und meinte, daß die Schalldämpfung ausreiche, um einen in der Nähe stehenden Menschen unauffällig zu töten. Er erwog einen Pistolen-Anschlag mehrerer Offiziere, aber im Ergebnis und nach eingehender Erwägung aller Faktoren hielt er Sprengstoff für sicherer.

Sein Ic, Oberst, zuletzt Generalmajor Rudolf Freiherr von Gersdorff, besorgte ihm das Passende: britischen Plastiksprengstoff mit geräuschlos laufenden Zündern. Tresckow und Schlabrendorff erprobten, auf den Dnjepr-Wiesen oder in abgelegenen Bunkern, das erbeutete Material in Serien. Die Wirkung, insbesondere in geschlossenen Räumen, übertraf kühnste Erwartungen. Pünktlich verwüstete jede Detonation mittelgroße Zimmer. Tresckow indes wollte doppelte Sicherheit. Um jeden Fehlschlag zu vermeiden, entschloß er sich, zwei Sprengkörper zu koppeln.

Ein Sprengstoff-Anschlag verstieß gegen ritterliches Denken und konnte nicht nur Hitler töten. Der Attentäter richtete nicht offen, Auge in Auge, sondern anonym und heimtückisch. Tresckow spürte die Last dieser Problematik, aber er sah keine Alternative. Das Attentat mußte mit den sichersten Mitteln geschehen. Vorwürfe der Art, daß er selbst Konsequenzen scheue, hätte er verachtet. Wer die Hand wider Hitler erhob, haftete mit dem

eigenen Leben und dem seiner Familie. Die Tat verantwortete der Täter, und der Täter mußte wissen, daß es galt, ungezählte Menschen und eine Nation zu retten.

„Wir dürfen nicht fackeln, nicht straucheln. Das Vorhaben der Befreiung Deutschlands und der Welt von dem größten Verbrecher der Weltgeschichte ist den Tod einiger weniger Unschuldiger wert."

Auch Tresckow hatte, bevor er seine Zweifel überwand, mit sich zu ringen. Eidbruch widersprach seiner Erziehung und seinem Wesen. Rebellion trennte von Kameraden wie gewohnten Zusammenhalten und verurteilte zu einem Außenseitertum, das gerade Soldaten schwer ertrugen. Noch im Jahre 1943, während eines Ganges am Dnjepr, äußerte er zu Gersdorff:

„Ist es nicht eine Ungeheuerlichkeit, daß sich hier zwei hohe Offiziere im Generalstab darüber unterhalten, wie sie ihren Obersten Befehlshaber auf dem besten Wege aus der Welt schaffen können?"

Doch der Eid verlangte wechselseitige Treue. Rief solch ein Eid zudem Gott an, banden sogar besondere Pflichten. Für Tresckow waren selbstverständlich gewährte Loyalitäten mißbraucht und verhöhnt. In seinen Augen hatte Hitler den Eid „tausendfach gebrochen". Er fühlte, daß der mit Einsicht Begabte und zur Verantwortung Berufene nach höchstem Maß gemessen wurde. Ihn quälten die Blutopfer *aller* Armeen dieses sinnlosen Krieges. Er wußte, daß Hitler, in „missionarischem" Wahn befangen, durch Zureden nicht zu leiten war und dem Reich keine Chance gab. Wie einen tollwütigen Hund, meinte er, müsse man ihn zur Strecke bringen.

Tresckows Kampf um Kluge, den er unablässig auf die Seite der Verschwörung zu ziehen suchte und bei dem allein seine Beredsamkeit verfing, hatte nur zeitweise Erfolg. Dafür traf, noch 1942, im Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte mit gefälschten Ausweisen ein anderer Verbündeter ein: Carl Goerdeler. Goerdeler faszinierte. „Im Nu", berichtet Schlabrendorff, „war der Bund beider Männer geschlossen." Tresckow hegte keinen poli-

tischen Ehrgeiz. Was ihn bewegte, waren Umsturz, Rechtsstaatlichkeit und Frieden. Wohl beharrte er, im Gegensatz zu Goerdeler, auf dem Tod Hitlers. Nur äußerste Gewaltsamkeit, argumentierte er, könne den nötigen „eidfreien Zustand" schaffen. Doch sonst vertraute er fortan unverbrüchlich dem ehemaligen Oberbürgermeister Leipzigs, für ihn ein Mann ungewöhnlicher Fähigkeiten und der künftige Kanzler Deutschlands.

Goerdelers Kontakt mit Tresckow band die innerdeutsche Fronde an jene Gruppe, die als einzige innerhalb der Wehrmacht zu handeln gewillt war. Die „Initialzündung" schien gewährleistet. Ein Code zwischen den Zentren wurde verabredet. Olbricht, in Berlin Chef des Allgemeinen Heeresamtes, bereitete den Staatsstreich vor. Canaris, Oster und die Abwehr vermittelten eine abschließende Besprechung. Im März 1943 holten Tresckow, Schlabrendorff und Gersdorff zu zwei Anschlägen auf Hitler aus.

Die Versuche, dramatisch im Ablauf, scheiterten. Die als Kognakflaschenpaket getarnte Bombe, die Schlabrendorff einem Begleiter Hitlers übergeben konnte und die den Diktator nach dessen Besuch bei der Heeresgruppe auf dem Rückflug töten sollte, detonierte nicht. Gersdorff hatte, während des Heldengedenktages in Berlin, keine Chance, dem durch die Zeughaus-Ausstellung hastenden Hitler so lange nahe zu bleiben, bis die in seiner Manteltasche geschärfte Bombe zündete. Abnorme Zufälle hatten gegen die Verschwörer entschieden.

Tresckow litt unter den mißlungenen Anschlagsversuchen. Er spürte: die noch aussichtsreichsten politischen Chancen waren vertan. Von nun an arbeitete die Zeit, und zwar mehr denn je, gegen die Fronde. Gleichwohl wuchs nur seine Entschlossenheit. Zug um Zug verbreiterte er die Basis der Verschwörung. Erneut halfen ihm, bei den Angesprochenen, Ausstrahlung und Überzeugungskraft. Mehrfach fuhr er, Urlaube oder dienstliche Anlässe nutzend, nach Berlin, doch die Opposition drohte zu zerfallen. Beck, ihr Oberhaupt, erkrankte; Osters Abwehr geriet mit einer Devisen-Affäre ins Schußfeld der Gestapo; die Generalität zögerte oder versagte sich; erst im August 1943, nach der

Ablösung als Ia der Heeresgruppe Mitte, konnte Tresckow der ratlosen oder resignierenden Fronde neuen Auftrieb geben.

In mehrwöchiger Arbeit schuf er die Grundlagen des Staatsstreiches. Zum Hebel wurde „Walküre" – ein Plan, der den Wehrkreiskommandos bei „inneren Unruhen" befahl, ihre Kräfte in Kampfgruppen und Alarmeinheiten zusammenzufassen und einzusetzen: ideale Möglichkeiten, die es erlaubten, das Ersatzheer als zunächst ahnungslose Exekutive der Verschwörung marschieren zu lassen. Tresckow sondierte die Stärke des Heeres in und um Berlin, er legte Alarmzeiten und Marschwege, kurz: einen Mobilmachungskalender fest und entwarf Aufrufe, Anweisungen und Befehle. Ordnung, Zügigkeit, aber auch Konsequenz und Rücksichtslosigkeit waren ihm oberstes Gebot. Für die SS sah er Ultimaten vor. Unterstellte sie sich nicht dem Heer, sollte sie angegriffen und vernichtet werden.

Die unheilvoll gewordene Lage unterstützte ihn. Witzleben, zum Oberbefehlshaber des Heeres ausersehen, unterzeichnete die Hauptbefehle; Kluge bekannte sich endlich zu entschiedenem Handeln; Fellgiebel, Chef des Nachrichtenwesens, versprach Hilfe; Stauffenberg, Olbrichts neuer Chef des Stabes, wollte für einen Attentäter bürgen und den Staatsstreichplan vervollkommnen; zahlreiche weitere Offiziere wurden eingeweiht und gewonnen.

Die meisten Aufrufe und Befehle schrieben Tresckows Frau und Margarethe von Oven mit der Schreibmaschine nieder. Beide trugen Handschuhe, um Fingerabdrücke zu vermeiden. Tresckow zeigte größte Vorsicht. Wände hatten für ihn Ohren, nie benutzte er Post oder Telefon, doch zugleich blieb ihm bewußt, was er insbesondere seinen Helferinnen zumutete. Gegenüber Margarethe von Oven, der eigens aus Lissabon zurückgeholten Jugendfreundin seiner Frau, bekannte er:

„Sei Dir ganz im klaren darüber, daß Du nicht nur Dein Leben riskierst. Scheitert das Unternehmen, das wir planen, wird kein Schmutz zu schmutzig sein, um Dich, uns alle zu verunglimpfen und anzuprangern. Aber wir können nicht anders, wenn wir uns

je noch selbst achten wollen. Es muß geschehen. Hilf Stauffenberg, wo Du kannst! Niemand übertrifft seinen Einsatz und seine Hingabe. Er ist einer der Besten, den wir haben."

Noch im Oktober 1943 mußte Tresckow – inzwischen Oberst, am 1. Juni 1944 Generalmajor – an die Ostfront zurück. Seine Stationen: zunächst Kommandeur eines Grenadier-Regiments, später Chef des Stabes der 2. Armee, die im Verband der Heeresgruppe Mitte kämpfte.

Das Abseits dieser Kommandos trennte von den wichtigsten Zentren des Geschehens, die Erfolglosigkeit weiterer Attentatsversuche, zu denen mehrere Offiziere bereit waren, quälte ihn. Er wollte sich unter Vorwänden über Schmundt und Heusinger in Hitlers Nähe versetzen lassen, um selbst eine Anschlagschance zu gewinnen, aber Schmundt und Heusinger lehnten ab; Heusinger, schien es, durchschaute sogar sein Ansinnen. Hitlers Schutz blieb vollkommen, unheimlich und dauerhaft.

Tresckow wurde ungeduldig, zeitweise schroff und herrisch. Offen schmähte er im engsten Kreis die oberste militärische Führung, für die er grenzenlose Verachtung zu fühlen begann. Er erwartete kaum noch, daß eine Verständigung mit den Westmächten möglich sei, in seiner Sicht stets die wünschenswerteste Lösung, und erwog einen Ausgleich mit der Sowjetunion, um die Rote Armee in letzter Stunde von Mitteleuropa fernzuhalten. Die Invasion im Westen, die nach seiner Überzeugung jede politische Aussicht des Staatsstreiches zunichte machen mußte, überholte auch diese Erwägungen, aber auf Stauffenbergs Frage, ob es noch Sinn habe, die Umsturzpläne zu verwirklichen, teilte er mit:

„Das Attentat muß erfolgen, coûte que coûte. Sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem in Berlin gehandelt werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig."

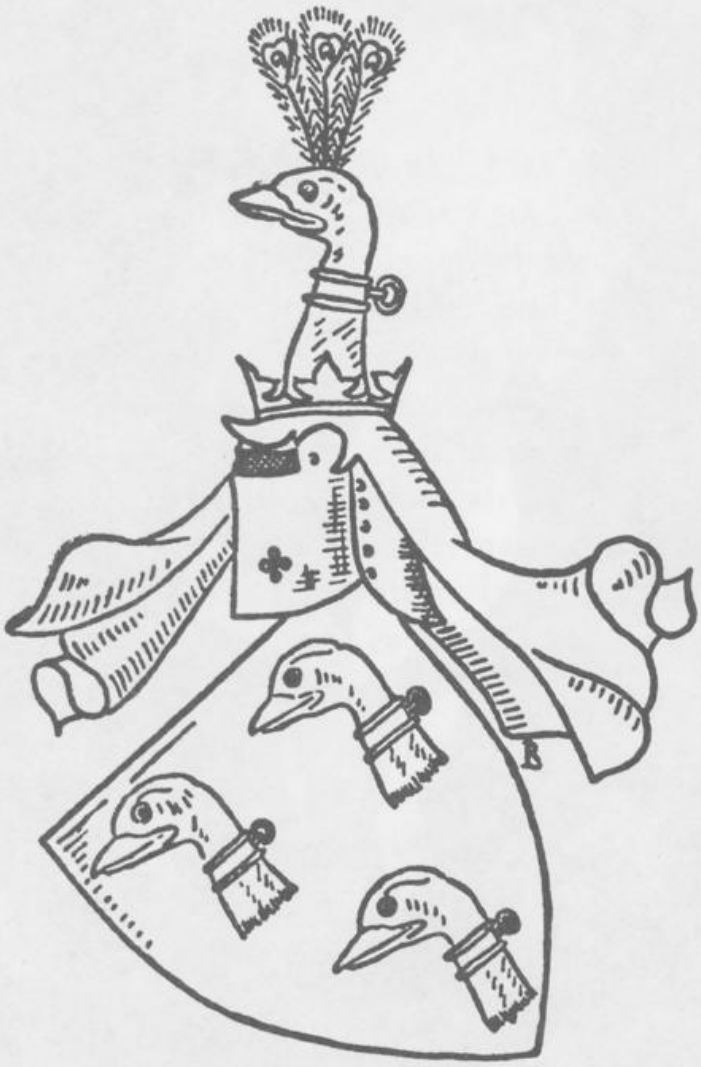
Stauffenberg empfand diese Worte als Ansporn und Bestätigung.

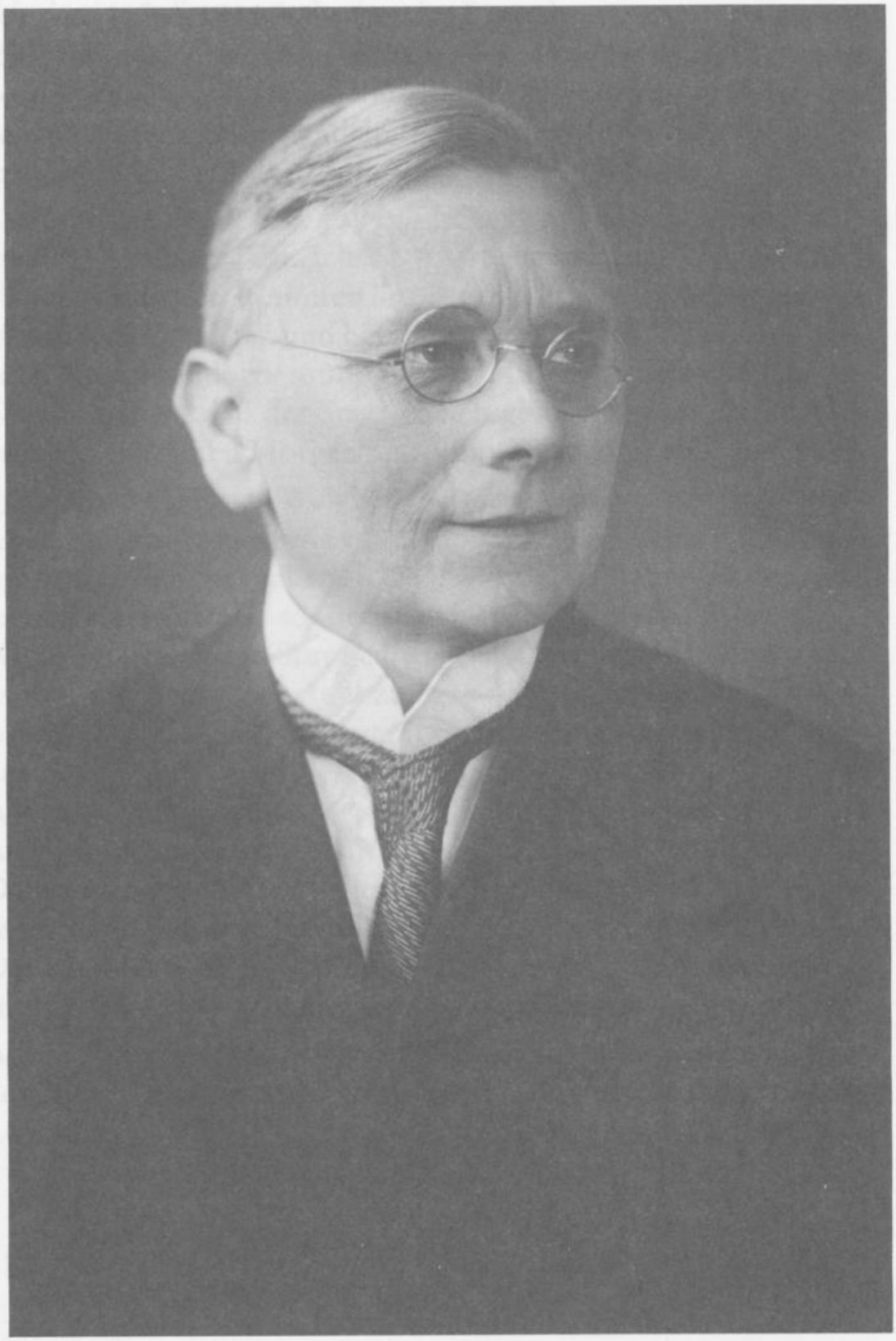
Seit dem 1. Juli 1944 Stabschef des Ersatzheeres, war er nun entschlossen, das Attentat selbst zu wagen. Tresckow mahnte zu äußerster Eile. Der Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte, aus dem er – eigenständig handelnd – die 2. Armee rettete, verkündete die endgültige Katastrophe.

Am Nachmittag des 20. Juli erfuhr er vom Fehlschlag des Stauffenberg-Attentats. Zunächst weigerte er sich, der Nachricht zu glauben. Indizien stimmten ihn zuversichtlich. Er wollte sichere Meldungen abwarten und hatte den Nerv, sich schlafen zu legen, doch Schlabrendorff mußte, nach Hitlers Ansprache, in der Nacht melden, daß der Staatsstreich gescheitert sei. Beim Aufbruch am nächsten Morgen sagte ihm Tresckow, völlig gelassen:

„Jetzt wird die ganze Welt über uns herfallen und uns beschimpfen. Aber ich bin nach wie vor der felsenfesten Überzeugung, daß wir recht gehandelt haben. Ich halte Hitler nicht nur für den Erzfeind Deutschlands, sondern auch für den Erzfeind der Welt. Wenn ich in wenigen Stunden vor den Richterstuhl Gottes treten werde, um Rechenschaft abzulegen über mein Tun und Unterlassen, so glaube ich, mit gutem Gewissen das vertreten zu können, was ich im Kampf gegen Hitler getan habe. Wenn einst Gott Abraham verheißen hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, daß Gott auch Deutschland um unsertwillen nicht vernichten wird. Wer in unseren Kreis getreten ist, hat damit das Nessushemd angezogen. Der sittliche Wert eines Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugung sein Leben hinzugeben."

Am 21. Juli 1944, nach letzten Befehlen an die bedrängten Korps der 2. Armee, nahm sich Henning von Tresckow an der Front das Leben.





Hermann van Senden. 1880 – 1955.
Die Aufnahme stammt aus dem Jahre 1933.

Heinrich Bödeker

# Hermann van Senden – Pastor und Zeitgenosse Heinrich Drakes

Der Dienst Gottes erträgt keinen Servilismus
Adolf Schlatter

Hermann van Senden und Heinrich Drake, was haben sie anders gemeinsam, als daß sie eben Zeitgenossen sind? Hermann van Senden war anderthalb Jahre älter als Heinrich Drake. Beide haben die prägenden Eindrücke ihrer Kindheit und Jugend noch im vorigen Jahrhundert erhalten, der eine im Umkreis des Lehrerseminars im ostfriesischen Aurich, der andere in einem Handwerkerhaus der alten Hansestadt Lemgo. Während Heinrich Drake offenbar von Jugend an entschlossen war, an der Gestaltung des politischen Lebens mitzuwirken, war Hermann van Senden von Natur sehr zurückhaltend und schüchtern. Es fiel ihm schwer, in der Öffentlichkeit aufzutreten, wie es sein Beruf dann ja erforderte.

Doch so verschieden ihre Naturen auch waren – in einem glichen sie einander: alles sklavische Denken und Verhalten war ihnen fremd und verhaßt. In seinem Werk „Die philosophische Arbeit seit Descartes" schreibt van Sendens großer Lehrer Adolf Schlatter: „Der Dienst Gottes erträgt keinen Servilismus"[1]. Weil Hermann van Senden sich mit seiner ganzen Arbeit in den Dienst Gottes gestellt wußte, war ihm jede Sklavengesinnung und alles feige Kuschen fremd. Das hat Heinrich Drake an ihm geschätzt. Als ich meinen väterlichen Freund und Vorgänger im Gemeindedienst an seinem 70. Geburtstag besuchte, zeigte er mir einen handgeschriebenen Glückwunsch von Heinrich Drake, in dem dieser ihm Dank und Anerkennung für sein Verhalten während der Hitlerdiktatur aussprach. Am Ende dieses Briefes hieß es etwa so: „Ich kann nur mit den angenehmsten Gefühlen an Sie den-

[1] Ad. Schlatter: Die philosophische Arbeit seit Descartes. Ihr ethischer und religiöser Ertrag. 4. Aufl. Calw 1959, S. 91.

ken." Ich sehe noch heute das dankbar-fröhliche Gesicht des Jubilars vor mir, als er diesen Glückwunsch las. Sie werden mir zustimmen, wenn ich den Satz Adolf Schlatters etwas abgewandelt auf Drake anwende: „Der Dienst eines echten Politikers erträgt keinen Servilismus." Nicht weil diese beiden Männer Helden gewesen wären – das wollten sie beide gewiß nicht sein –, sondern weil sie eine wichtige Aufgabe zu erfüllen hatten, beugten sie sich nicht in unwürdiger Weise vor Unrecht, Lüge und Gewalt, auch nicht in einer Zeit, als das allgemein üblich war.

Deshalb gehören diese beiden Zeitgenossen zusammen, und so gehört denn dieser Pastor durchaus in die Gedenkveranstaltungen für den Politiker Heinrich Drake. Was dieser für unsere Heimat geleistet und bedeutet hat, wird in diesen Tagen und Wochen auf mancherlei Weise gewürdigt. Versuchen wir heute abend, Hermann van Senden als Menschen kennenzulernen und seinen Beitrag zum öffentlichen und vor allem zum kirchlichen Leben in Lippe zu erfassen!

*Werden und Wachsen*

Hermann van Senden wurde am 20. Juni 1880 als fünftes von insgesamt neun Kindern des Seminardirektors und Schulrats Heinrich van Senden in Aurich geboren. Das ostfriesische Geschlecht der van Sendens geht zurück auf den Abt Antonius van Senden, der in der Reformationszeit das Kloster Ihlo bei Aurich leitete, dieses Kloster auflöste und 1548 evangelischer Pfarrer in Larrelt bei Emden wurde. Seine Nachkommen waren Pfarrer, Bürgermeister und Kaufleute in Ostfriesland und Holland. Der Großvater unseres Hermann van Senden, der den gleichen Vornamen trug, mußte gegen seinen Willen Kaufmann werden und erbte ein großes Vermögen, mit dem er aber nicht recht umzugehen wußte. Nach dem Verlust des Vermögens ging er nach Groningen in Holland und wurde Angestellter bei einem Verwandten. Er hatte drei Söhne. Im Revolutionsjahr 1848, als der mittlere Sohn, Heinrich, zehn Jahre alt war, kehrte die Familie nach Emden zurück. Dort besuchte Heinrich van Senden das Gymnasium und

bezog anschließend die Universität Göttingen, um Theologie, Mathematik und Naturwissenschaften zu studieren. Nach Abschluß seiner Studien wurde er zunächst Lehrer am Seminar in Aurich. Als der Turnunterricht in den höheren Schulen eingeführt wurde, absolvierte er in Berlin eine Ausbildung als Turnlehrer und bereitete sich gleichzeitig auf das Staatsexamen für das höhere Lehramt vor. Dieses legte er dann 1870 in Göttingen ab. Anschließend wurde er in Aurich vor die Wahl gestellt, entweder Studienrat am Gymnasium oder Direktor des Lehrerseminars zu werden. Er entschied sich für das Seminar, weil er den Beruf des Volksschullehrers für ungemein wichtig hielt und von dem Willen durchdrungen war, diesen Berufsstand nach Kräften zu fördern. Seine Frau war eine ostfriesische Pfarrerstochter, Dorothea, geb. Voget.

Heinrich van Senden war eine kraftvolle Persönlichkeit, verfügte über eine umfassende Bildung und ein reiches Wissen, war ungewöhnlich arbeitsam und selbstlos, ein hervorragender Lehrer und Freund der Armen. Bei Lehrern und Schülern war er gleichermaßen verehrt und geliebt wegen seiner Klugheit, seiner besonnenen, freundlichen und hilfsbereiten Art. Als er 1894 im Alter von knapp 56 Jahren an der Zuckerkrankheit starb, trauerten um ihn nicht nur seine hart getroffenen Angehörigen, sondern alle Ostfriesen. Davon gibt ein alsbald danach veröffentlichtes Lebensbild Zeugnis[2].

Heinrich van Senden war ein innerlich freier, unabhängiger und jedem Modetrend überlegener Charakter. Dafür nur ein kleines Beispiel. In dem erwähnten „Lebensbild" heißt es auf Seite 33 u. a.: „Es war ein immerhin etwas ungewöhnliches Bild in den Straßen Aurichs, wenn auf diesen Familientouren der Herr Direktor selbst den Kinderwagen durch die Stadt schob oder auf der Heimkehr seine schlafenden Kinder über den Wall nach Hause trug. Es war ihm gleichgültig, ob das diesem oder jenem auffiel; vielmehr pflegte er zu sagen: ‚Wenn andere mit ihren Windspie-

[2] W. Hering: Lebensbild des Seminardirektors Schulrats Heinrich van Senden. Herausgegeben vom Ostfriesischen Lehrerverein. Leer o. J.

len oder Pferden ausgehen, so habe ich als Vater das unbestrittene Recht, mich meiner Kinder anzunehmen. Das ist gerade eine betrübende Erscheinung, daß vielfach ein rechtes Band zwischen Kindern und Eltern sich gar nicht knüpfen kann, weil die letzteren die ihnen lästige Erziehung der Kinder dem Dienstpersonal zuweisen..."

Unter der Obhut dieses hervorragenden Vaters und seiner geistreichen und humorvollen Mutter wuchs Hermann van Senden heran. Für ihn besonders dürfte es eine Katastrophe gewesen sein, als er im Alter von noch nicht ganz vierzehn Jahren diesen Vater verlor. Die Zahl der Kinder hatte sich schon vor des Vaters Tode um zwei vermindert: ein Sohn und eine Tochter starben binnen einer Woche im Alter von vier bzw. sechs Jahren an Diphtherie. Fünf Jahre nach dem Vater starb der zweitjüngste Sohn nach einem Unfall beim Turnen mit dreizehn Jahren. Nach dem Tode ihres Mannes zog die Mutter in ein eigenes Haus in Aurich und erzog ihre Kinder ganz im Sinne des Verstorbenen.

So entwickelte sich Hermann zu einem tüchtigen und in jeder Hinsicht zuverlässigen Gymnasiasten. Nach dem Abitur im Jahre 1899 studierte er in Tübingen und Halle Theologie. Dabei hatten zwei bedeutende Lehrer maßgeblichen Einfluß auf seine geistige Entwicklung: in Tübingen der Neutestamentler Adolf Schlatter und in Halle der Systematiker Martin Kähler. Letzterer hatte mit van Senden viel gemeinsam. Auch er entstammte einem Pfarrhause, wurde ähnlich intensiv wie van Senden erzogen und früh mit der schönen Literatur vertraut gemacht. Auch bei Kähler regte sich früh die Neigung, sich dichterisch zu äußern. In seiner Jugend schwankte er eine Zeitlang, ob er freier Schriftsteller oder Theologe werden sollte. Für die damalige innerlich verarmte Kirche war es ein großes Glück, daß er bei der Theologie blieb. Von Martin Kähler ist ein kurzes Gebet überliefert, das wörtlich so von Hermann van Senden stammen könnte: „Laß mir die Leiden, nimm mir die Angst, gib mir Geduld!" Für van Senden bedeuteten Kähler und Schlatter viel in seiner Entwicklung zu einem echten Theologen. Er hat beiden bis zu seinem Tode ein dankbares Andenken bewahrt.

*Hauslehrer in Schlesien und Pastor in der Heimat*

Nachdem er im Mai 1903 in Aurich seine erste theologische Prüfung bestanden hatte, teilte Hermann van Senden das Los der meisten damaligen Kandidaten des Predigtamtes: er wurde Hauslehrer bei dem schlesischen Grafen Reichenbach in Goschütz. Die Unterweisung und Erziehung der Grafenkinder war ihm eine Freude. Bei seiner soliden Bildung, seinem freundlichen Wesen und seiner ausgeprägten Liebe zu Kindern war das nicht verwunderlich. Noch lange Jahre später stand er mit diesen seinen Zöglingen in Briefwechsel. Aber es dürfte für ihn doch eine Befreiung gewesen sein, als er 1905 in seine Heimat zurückkehren und dort die zweite theologische Prüfung machen konnte, die ihm nun das Recht auf Ordination und Verwendung als Pastor einbrachte.

Seine erste und einzige ostfriesische Pfarrstelle fand Herman van Senden in Loppersum, einem Dorf in der Nähe von Emden. Seine Gemeindeglieder waren Fischer und Hafenarbeiter von Emden und angestammte ostfriesische Bauern. Dem jungen Pastor waren Land und Leute vertraut, er kannte Sitten und Gebräuche und auch die plattdeutsche Sprache, was in jener Landschaft von besonderer Bedeutung war und ist. Den Haushalt führte ihm seine zweitälteste Schwester, Anna van Senden, von den Gemeindegliedern in einer Mischung von Respekt und Liebe „Fräulein Pastor" genannt. Über die ersten Amtsjahre in Loppersum gibt es so gut wie keine schriftlichen Zeugnisse. Verwandte und Freunde wissen jedoch zu berichten, daß der junge Pastor anfangs mit Angst und Scheu zu kämpfen hatte, wenn der Sonntag herankam. Er hatte eine so hohe Meinung von seinem Auftrag, daß er sich jede Predigt schwer machte. Später hat er einmal in einem Gedicht mit der bezeichnenden Überschrift „Die Bürde" ausgesprochen, was ihm zeitlebens der Predigtauftrag an Last und Freude gewesen ist:

Wenn die Orgel leis verhallt,
Steh ich auf dem Predigtstuhle.
Im Gestühle jung und alt
Harrt des Himmelreiches Schule.

Greise, die des ew'gen Lichts
Morgenröte möchten fangen,
Männer, die des Bösewichts
Harten Fesseln sich entrangen.

Manch ein Mägdlein, das erglüht
Für ein liebend sich Verzehren,
Mütter, die, der Arbeit müd',
Eine stille Rast begehren.

Allen soll der Lebensbronnen
Ihrer Seele Dürsten stillen,
Und ich darf, gefaßt, besonnen,
Allen ihren Becher füllen.

Fühl ich Wonnen, daß mir heut
Ward ein Abglanz seiner Würde?
Heiland, du legst Seligkeit
Gnädig auf des Dieners Bürde.

Nach jeder Predigt war Hermann van Senden körperlich und seelisch völlig erschöpft. Er war äußerst zart besaitet und verfügte nicht über große natürliche Kräfte. Wer ihn näher gekannt hat, der weiß, daß er nicht zu den selbstsicheren und dreisten Naturen gehörte. Bei seiner keuschen Zurückhaltung in allen persönlichen Dingen sprach er nur selten über sich selbst. Aber gelegentlich konnte es dann doch wohl geschehen. In einer solchen Stunde, die mir unvergeßlich ist, sagte er einmal: „Gott allein weiß, wie schwer ich mir meine Berufsarbeit habe abringen müssen." Aber dieses Abringen geschah durchaus nicht krampfhaft und in der gequälten Mühsal des Willensmenschen, sondern in der Heiterkeit des Gotteskindes. Wie war in seinen kurzen, klaren Predigten der Hauch der Freiheit unmittelbar zu spüren! Wie einfach und leicht verständlich konnte er die Wahrheit des Evangeliums sagen. Das war ein Ausdruck eben dieser lauteren Liebe, dieser schlichten Treue, mit der er seinem Herrn anhing. Sein Blick war klar und fest auf Christus gerichtet. Dieses Licht erhellte seine Seele und vertrieb immer wieder die drohenden Fin-

sternisse, die er gut gekannt hat. Bei seinem Lehrer Adolf Schlatter hatte er *sehen* gelernt. Dieser große Bibeltheologe hat das Ziel seiner Lehrtätigkeit einmal in den originellen Satz gefaßt, er wolle nichts weiter als in den Studenten den Sehakt wecken. War Hermann van Senden schon von Haus aus geistig wach und allem Schönen aufgeschlossen, so lernte er bei Schlatter nun, die Wahrheit Gottes in Christus zu sehen und sich daran zu freuen. Von seinem anderen großen Lehrer Martin Kähler übernahm er das Gebet: „Hilf aus den Gedanken ins Leben hinein, ganz ohne Wanken Dein eigen zu sein!"

*Eheschließung*

Ein junger Theologe konnte nicht besser als er gerüstet sein für das schwere und schöne Predigtamt. Aber seine natürliche Schwachheit und die Neigung zur Melancholie machten ihm in den ersten Amtsjahren doch schwer zu schaffen. Das wurde anders, als er bei einem Kuraufenthalt in dem Hospiz Reintal in Garmisch-Partenkirchen die Leiterin dieses Hauses, Maria Petzholtz, kennen und lieben lernte. Sie war die Tochter eines Superintendenten in Potsdam und dort im Kreise von fünf Geschwistern aufgewachsen. Nach ihrer Schulzeit hatte sie die Christlich-soziale Frauenschule in Berlin besucht, um anschließend jenes von Adolf Stoecker gegründete Erholungsheim zu leiten. Hermann van Senden war einer ihrer ersten Gäste und erkannte in dieser bedeutenden jungen Frau seine zukünftige Lebensgefährtin. Seine Werbung, die erst nach seiner Rückkehr in die Heimat erfolgte, wurde positiv aufgenommen und beantwortet. So konnte er am 18. Februar 1914 seine Frau in Haus und Gemeinde einführen. Maria van Senden lebte sich schnell und mit bemerkenswerter Energie und Selbstlosigkeit in das Landleben und in die Pflichten einer ostfriesischen Pfarrfrau ein.
Sie hatte einen wachen Geist und war von großer Liebesfähigkeit. Deshalb verstand sie ihren Mann wie niemand sonst und wußte ihn in allen Lagen richtig zu behandeln und in Arbeit und Leben zu stärken und zu unterstützen. An der Seite dieser ungewöhnlichen Lebensgefährtin konnte der hochempfindliche junge Pastor

die schweren Kriegsjahre mit den vielen besonderen Pflichten (Überbringen der Todesnachrichten und Hilfe für die Hinterbliebenen) durchhalten. Dann folgten die nicht minder schweren Nachkriegsjahre mit der Inflation und ähnlichen Nöten. In dieser Zeit nahm unter den in Loppersum wohnenden Hafenarbeitern der Alkoholismus, der im Kriege spürbar zurückgegangen war, wieder zu. Dessen Folgen machten dem sensiblen Hermann van Senden persönlich schwer zu schaffen. Er begann mehr und mehr unter den wüsten Zuständen zu leiden. Da war es seine tapfere Frau, die rechtzeitig erkannte, daß ihr Mann jetzt ein anderes Arbeitsfeld brauchte. Sie ermutigte ihn, sich nach Lippe zu melden. Am Totensonntag 1923, dem 16. November, wurde van Senden als zweiter Pfarrer der Landgemeinde in Detmold eingeführt.

*Pastor in Detmold*

Sowohl für die Gemeinde wie auch für das Pfarrerehepaar begann jetzt eine neue und fruchtbare Zeit. Bleiben wir zunächst bei Frau Maria van Senden! Eine Pfarrfrau hat neben ihrem Haushalt viele Pflichten, von denen nach außen hin wenig sichtbar wird. Aber die besten Frauen sind bekanntlich die, von denen man nicht spricht. Für einen Pfarrer ist es von entscheidender Bedeutung, daß er Rückhalt und Hilfe findet an einer Ehefrau, die nicht den Ehrgeiz hat, im Rampenlicht der Öffentlichkeit zu stehen. Eine Pfarrfrau muß vieles mittragen, mitbedenken und mitverantworten. Sie muß vor allem schweigen können. Das alles tat Maria van Senden in schlichter Selbstverständlichkeit und Selbstlosigkeit. Gerade ihr Mann brauchte in den Anfechtungen seines Lebens und dann später in den für seine Kräfte ungeheuer schweren Kämpfen der Nazizeit diesen Beistand des allernächsten Menschen, und er fand solche zuverlässige Hilfe in jedem Augenblick. Unter ihrer tatkräftigen Leitung blühte die Frauenhilfe in Detmold mächtig auf. In der Notzeit vor und nach 1930 wurde von der Frauenhilfe ein umfangreicher Hilfsdienst organisiert. Frau Pastor van Senden forschte eifrig nach kranken Müttern oder nach Wöchnerinnen, die keine ordentliche Versorgung hat-

ten, und animierte ihre Frauenhilfsmitglieder dazu, reihum für diese notleidenden Mütter zu kochen.

Hermann van Senden wurde während seiner Detmolder Zeit mehr und mehr zu dem gesuchtesten Prediger. Seine besondere Art der Schriftauslegung wirkte auf alle ernsthaft suchenden Menschen überzeugend und wohltuend. Bei ihm gab es keine Phrase und kein überflüssiges Wort. Man spürte, daß er ganz hinter dem stand, was er auf der Kanzel und im seelsorgerlichen Gespräch sagte. Neben seiner Predigttätigkeit hat er sich in seinem ganzen Berufsleben vor allem der Unterweisung der Jugend gewidmet. Hier wurde das väterliche Erbe in ihm lebendig. Er kümmerte sich stets eifrig um den kirchlichen Unterricht, also um die Unterweisung der Konfirmanden und Katechumenen und um den Kindergottesdienst. Für beide Einrichtungen hat er seinen Amtsbrüdern immer wieder wichtige und gute Hilfsmittel an die Hand gegeben. Bereits 1928 erschien im Neukirchener Verlag sein Buch „Der Heidelberger Katechismus im Unterricht. Ein Jahrgang Stundenbilder". Dieses bedeutsame kleine Buch trägt eine für ihn bezeichnende Widmung: „Im Andenken an meinen Vater, den Seminardirektor in Aurich Heinrich van Senden, meiner Mutter Dorothea van Senden, geb. Voget, gewidmet". Dem ist dann noch folgendes Zitat beigefügt: „Ein Lehrer soll sein: Herr des Stoffs, Diener der Kinder!" Das war eine Devise seines Vaters.

Als 1938 der damalige Landessuperintendent Prof. Dr. Wilhelm Neuser eine neue, durch besondere Gründlichkeit ausgezeichnete Gesamtausgabe des Heidelberger Katechismus veröffentlichte, beauftragte er zugleich Pastor van Senden, neue Stundenbilder für den kirchlichen Unterricht auszuarbeiten, die dann hektographiert an die Gemeinden verschickt wurden und leider nie in Buchform erschienen sind. Als im „Dritten Reich" der Religionsunterricht in den Schulen zugrunde gegangen war, mußte die Kirche die christliche Unterweisung der Jugend allein in die Hand nehmen. Was in jenen Jahren die neuen Stundenbilder von Hermann van Senden für Pfarrer und Vikare als unmittelbare Hilfe bedeutet haben, ist kaum zu ermessen.

Landesbibliothek

Der Kindergottesdienst begann sich erst in den zwanziger Jahren in den lippischen Gemeinden allmählich zu entwickeln. Hier wirkte Hermann van Senden geradezu bahnbrechend. Er leitete den lippischen Kindergottesdienstverband und bildete auf Konferenzen und Tagungen viele Helferinnen und Helfer aus. Für den gesamtdeutschen Kindergottesdienstverband und dessen Zeitschrift arbeitete er zahlreiche Vorbereitungen aus. Noch auf seinem Sterbebett hat er die letzten beiden Vorbereitungen diktiert. So sehr war er dieser Arbeit an der Jugend bis ins Alter verbunden geblieben.

*Der lippische Schulkampf*

Im Laufe der Jahre war Hermann van Senden unbestritten zu einer Zentralfigur im kirchlichen Leben nicht nur in Detmold, sondern in ganz Lippe geworden. So kam es dazu, daß er bei allen wichtigen Ereignissen in der Lippischen Landeskirche mitzuwirken hatte. Er hat solche Aufträge nie gesucht. Aber man mochte auf ihn und seine Einsichten, seinen klugen Rat und seine besonnene, aber stets entschiedene Hilfe nicht verzichten. Leider war das auch der Fall, als gegen Ende der zwanziger Jahre ein bedauerlicher Kampf zwischen Kirche und Schule bzw. zwischen Pastoren und Lehrern entbrannte, der tiefe Wurzeln in früheren unguten Verhältnissen hatte, zum Teil aber auch neu angefacht wurde durch Scharfmacher auf beiden Seiten.

Das lippische Schulwesen war zu Beginn des vorigen Jahrhunderts dank der Tätigkeit der Fürstin Pauline und ihres Generalsuperintendenten Ferdinand Weerth zu einer gewissen Blüte gekommen. Diese verkümmerte jedoch in den Jahren vor 1848. Durch die Revolution erkämpften sich die weithin verarmten und gesellschaftlich unterprivilegierten Volksschullehrer gewisse Freiheiten. Diese mühsam erkämpften Rechte wurden jedoch in der auf 1848 folgenden Zeit der Reaktion energisch zunichte gemacht. Besonders die Lehrer bekamen die reaktionären Tendenzen unter dem jungen Fürsten Leopold III. und seinem alten Minister Hannibald Fischer empfindlich zu spüren.

Zu jener Zeit lag die Aufsicht über die Schulen noch in den Hän-

den des Konsistoriums. Mehrere Versuche, eine rein staatliche Oberschulbehörde zu schaffen (der erste dieser Versuche wurde 1848 unternommen), scheiterten am Widerstand der Kirchenleitung und auch der Pastoren. Im Jahre 1908 kam es wegen einer entsprechenden Vorlage im Landtag zu heftigen Kämpfen, wobei die meisten Pastoren entschieden gegen die Lehrer auftraten. Am 11. März 1914 wurde dann endlich ein neues Volksschulgesetz für Lippe erlassen. Nun wurde eine staatliche Oberschulbehörde geschaffen, die die Aufsicht über die Schulen wahrzunehmen hatte. Es wurden zwei Kreisschulräte eingesetzt für die Kreise Detmold und Lemgo. Aber auch nach diesem neuen Gesetz blieb der Ortspastor geborenes Mitglied im Schulvorstand und hatte das Recht, den Religionsunterricht in der Schule zu kontrollieren. Damit war die frühere geistliche Schulaufsicht, die den Ortspastor als Ortsschulinspektor zum unmittelbaren Vorgesetzten des Lehrers gemacht hatte, zwar eingeschränkt; aber der Pastor hatte doch noch erheblichen Einfluß auf die Schule. Das machte an manchen Orten bei den Lehrern böses Blut.

So ist es verständlich, daß gerade die Lehrer 1918 die neuen Verhältnisse lebhaft begrüßten. Die Reichsverfassung von 1919 regelte in den Artikeln 142 bis 149 das Schulwesen. Artikel 149 bestimmte: „Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach der Schulen... Seine Erteilung wird im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt. Der Religionsunterricht wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufsichtsrechtes des Staates erteilt..."

Damit war eigentlich sichergestellt, daß – jedenfalls in Lippe – keine wesentlichen Änderungen zu befürchten waren. Nun war es aber ein ausgesprochenes Unglück, daß die leitenden Männer in wohl allen deutschen evangelischen Landeskirchen Anhänger der damaligen Rechtsparteien waren. Dies gilt im besonderen von dem damaligen Generalsuperintendenten D. Wessel in Detmold. Die Rechtsparteien hatten 1919 in unverzeihlicher politischer Blindheit gegen die Weimarer Verfassung gestimmt, weil sie auch nach dem verlorenen Kriege eine monarchische Regierung wiederhaben wollten, während die Linksradikalen gegen

die Verfassung gestimmt hatten, um aus Deutschland eine Räterepublik zu machen. Leider sind sich dann ja bis 1933 die Rechten und die Linken einig geblieben in dem Willen, die erste Republik in Deutschland zu zerstören.

Diese reaktionäre Einstellung aller Kirchenleitungen hatte für die Schule böse Folgen. Es wurde durch Rundschreiben an die Gemeinden und durch Verlautbarungen des Evangelischen Kirchenbundes der Eindruck erweckt, als sei die demokratische Reichsregierung entschlossen, das Christentum in Deutschland zu liquidieren. In Lippe dachte daran sicher niemand. Aber der geistliche Leiter der Landeskirche richtete bereits am 18. Februar 1920, also genau ein halbes Jahr nach Verabschiedung der Weimarer Verfassung, eine Rundverfügung an die lippischen Presbyterien, um den Kirchenältesten und Pastoren die künftige Marschroute anzugeben. D. Wessel äußert darin die Befürchtung, daß jetzt eine „Simultanschule" als Regelschule eingeführt werden könne. Darin sah er eine Gefahr für die religiös-sittliche Erziehung der Kinder. Deshalb regt er an, die Erziehungsberechtigten zu veranlassen, daß sie die „evangelische Volksschule" fordern sollten. In Art. 146,2 der Reichsverfassung war vorgesehen: „Innerhalb der Gemeinden sind... auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb... nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundsätzen eines Reichsgesetzes."

Gleich in seinem ersten Rundschreiben in dieser Sache regt der Generalsuperintendent die Bildung von Verbänden evangelischer Erziehungsberechtigter an und empfiehlt, in Gemeindeversammlungen die Menschen aufzuklären. Es genügte ihm durchaus nicht, daß die Verfassung in so einwandfreier Weise den Religionsunterricht garantierte. „Auf diese Weise würde der Religionsunterricht zu einem Anhängsel an den sonstigen Schulbetrieb gemacht werden, aber nicht die Sonne sein können, die mit ihrem Licht das gesamte Schulleben durchstrahlt. Schulgebet

außerhalb des Religionsunterrichts und religiöse Schulfeiern würden unmöglich gemacht werden können, der evangelische Choral und das evangelische geistliche Volkslied würden im Gesangunterricht, die Darstellung der Reformation im Geschichtsunterricht, evangelische Kultur und Weltanschauung im Deutschunterricht in bedenklicher Weise gefährdet und unter Umständen geradezu unmöglich sein, wenn nicht der Grundcharakter der evangelischen Schule gewahrt bleibt. Der Umstand, daß die Schule *Erziehungs*anstalt ist und daß eine Erziehung nur gedeihen kann, wenn sie einheitlich in religiös-sittlichem Geiste geleitet wird, würde nicht mehr zu seinem vollen Rechte kommen..." Damit waren die Weichen für den Rest des Jahrzehnts gestellt. Diese Gedanken werden Jahr für Jahr und zeitweise Woche für Woche bis zum Überdruß von kirchlicher Seite wiederholt. Für die Bildung von Verbänden der evangelischen Erziehungsberechtigten sorgte dann kräftig der in Wuppertal beheimatete „Verband evangelischer Schulgemeinden", der ab 1927 in Lippe eine wirksame Agitation entfaltete, die von 1929 an außerordentlich erfolgreich war und für viel Unruhe und Streit in der Bevölkerung sorgte.

Hätte man nach 1918 die Schule in Ruhe und Frieden ihre wichtige Arbeit tun lassen, hätten Kirchenleitung und Pastoren sich um den wichtigen Stand der Lehrer seelsorgerlich gekümmert, so wäre viel Unheil vermieden worden. Da man aber von allem Anfang an von Mißtrauen, Angst und Machtwillen erfüllt war, mußte es dazu kommen, daß die Lehrerschaft von Jahr zu Jahr mehr von der Kirche weggetrieben wurde. Das kam dann jenen zugute, die entweder von alten Ressentiments gegen die Pastoren erfüllt waren oder aber aus ihrer sozialistischen Einstellung heraus antikirchlich waren. In jenen Jahren waren weite Kreise der SPD ja noch freidenkerisch eingestellt, was seine historischen Gründe hatte. Dieser Geist war natürlich auch in manchem Lehrer lebendig und bekam nun neue Nahrung und Bestätigung. Hinzu kam, daß die junge Lehrerschaft im Seminar etwa seit 1910 einen so dürftigen Religionsunterricht genossen hatte, daß man sich nach dem Urteil eines sehr besonnenen lippischen Pfarrers

nur darüber wundern kann, daß die gesamte junge Lehrerschaft nicht aus der Kirche ausgetreten ist. Die Pastoren wären gut beraten gewesen, wenn sie sich mit besonderer Liebe und Sorgfalt gerade dieser Gruppe von Gemeindegliedern angenommen hätten. Warum wurde nicht allein die Tatsache, daß auch nach 1918 in fast allen lippischen Kirchen ein Lehrer die Orgel spielte, daß in der Regel überall jeder Schultag mit Gebet und Choral begonnen wurde, daß bei kirchlichen Feiern die Schulkinder unter Führung ihres Lehrers eifrig mitmachten (wobei die Lehrer Lieder und Gedichte vorher eingeübt hatten), warum wurde diese wertvolle Mitarbeit der Lehrer nicht besser gewürdigt und systematisch ausgebaut? Statt dessen wurde von kirchlicher Seite ein sehr überflüssiger und sinnloser Streit um das Firmenschild entfesselt, das man vor die Schule hängen wollte. Welch seltsame Erwartung etwa des Generalsuperintendenten, daß durch die bloße Schulform der Religionsunterricht „die Sonne" werden könnte, die alles mit Licht und Wärme durchdringen sollte. Das hängt bekanntlich einzig und allein davon ab, wer diesen Unterricht erteilt und was er dann bewirkt. Im alten Lehrerseminar stand der Religionsunterricht in Stundenplan und Zeugnis obenan. Er war aber keine Sonne, sondern ein erkältendes Eisbad. Man stritt sich also um das Firmenschild, um das Etikett. Nachdem die Kirche in Lippe die „evangelische Bekenntnisschule" forderte, und zwar mit steigender Lautstärke, kämpften die Lehrer nun für die „Gemeinschaftsschule". Das war durchaus nicht im Sinne von Antikirchlichkeit gemeint, sondern als Notwehr gegen eine neue geistige Bevormundung und Freiheitsbeschränkung.

Von 1929 ab hatte man nun also auch Hermann van Senden für diesen unseligen Schulkampf gewonnen. Darin vertrat er lupenrein die Argumentation des Generalsuperintendenten, die dieser nach seinem ersten Rundschreiben von 1920 immer neu wiederholt hatte. Im März 1929 begann van Senden in allen „bürgerlichen" Zeitungen des Landes Woche für Woche siebzehnmal „Gedanken zum lippischen Schulkampf" zu veröffentlichen. Darauf antwortete der Lippische Lehrerverein in sieben Entgegnungen mit „Gedanken zum lippischen Schulfrieden". Van Sen-

den wiederum antwortete noch einmal in einer abschließenden Replik. In dieser beklagt er die beleidigenden Äußerungen, mit denen der Lehrerverein ihn bedacht habe, und betont, daß man in seinen Beiträgen nach solchen Ausfällen vergeblich suchen werde. Damit hat er recht: alle Aufsätze van Sendens sind in ihrem Ton ausgesprochen nobel. Er versäumt auch nicht, um die Lehrer und ihr Vertrauen zu werben. Aber er wußte sicher nicht im einzelnen, was diese Lehrer aus ihrer Seminar- und frühen Dienstzeit hinter sich hatten. Jedenfalls gelang es ihm nicht, ihr Ohr zu finden. Das wurde noch besonders dadurch erschwert, daß die reaktionärsten Kräfte im Lande am lautesten für die „evangelische Bekenntnisschule" eintraten.

Als dann noch im März 1929 für den am 1. April jenes Jahres in den Ruhestand tretenden Oberschulrat Dr. Schmidt der Lemgoer Studiendirektor Dr. Walter vom Landespräsidium als Nachfolger berufen wurde, war in Lippe vollends der Teufel los. Denn Dr. Walter war als religiöser Sozialist Dissident. Schon Jahre bevor er nach Lippe kam, war er aus der Kirche ausgetreten. Aber er war durchaus nicht unchristlich eingestellt. Im Gegenteil! Seine Freunde waren die beiden Theologieprofessoren Paul Tillich in Frankfurt und Wünsch in Marburg. Ein Studienrat seines Gymnasiums, Prof. Dr. Weißbrodt, attestierte ihm öffentlich, daß er einen durchaus positiven Einfluß auf seine Schüler habe, daß die Morgenandachten seit seiner Tätigkeit an der Schule weit besser und mit mehr Freude besucht würden als früher. Aber was half das alles! Er war als Sozialist und als Dissident untragbar. An allen Ecken und Enden regte sich der Widerstand, und die „Evangelische Schulgemeinde" hatte in ihrem „Gau Lippe" riesigen Zulauf. Nicht nur diese Gruppe protestierte in ungezählten örtlichen und übergemeindlichen Veranstaltungen gegen Dr. Walter und hetzte gegen die Lehrer. Das gleiche taten der „Bund der Landwirte", eine Vereinigung deutschnationaler Bauern, in vielen Versammlungen, der Lippische Jugendring, das Detmolder Oberlyzeum in einem einstimmigen Beschluß seiner Elternversammlung. Es fruchtete nichts, daß Dr. Walter, sicher einer der besten Pädagogen, die Lippe je gesehen hat, wiederholt versi-

cherte, er denke nicht daran, die lippischen Schulen zu entchristlichen. Die persönliche Hetze wurde schließlich so unerträglich, daß er kurz nach seiner Amtsübernahme wieder zurücktrat und zur Freude seiner Schüler und der Lehrer wieder die Leitung des Lemgoer Gymnasiums übernahm.

Man kann natürlich fragen, ob es geschickt war, in einer Zeit, als der Schulkampf schon begonnen hatte, einen Dissidenten in das höchste Schulamt zu berufen. Aber es ist keine Frage, daß die Art, wie dieser Schulkampf nun auf seinem Höhepunkt geführt wurde, für die Kirche eine peinliche Entgleisung war. Die unmittelbare Wirkung war, daß nun Arbeiter und junge Lehrer scharenweise aus der Kirche austraten und sich in der „Lippischen Volkskirche" sammelten, die ausgerechnet einen im Examen gescheiterten Pfarramtskandidaten namens Heinrich Schwartze zu ihrem „Pfarrer" erkor. Diese Gruppe nannte sich „Religiöse Sozialisten". Sie war in einem ärgerlichen Irrtum befangen, wenn sie meinte, man könne eine Kirche als Verein aufziehen. Nach 1933 verschwand die „Lippische Volkskirche" sang- und klanglos, ihr „Pfarrer" Schwartze ging nach Mecklenburg, wo er sich der nationalsozialistischen Gruppe der „Deutschen Christen" anschloß, um 1945 alsbald in Berlin wieder aufzutauchen als ein stramm kommunistischer Pfarrer.

Kurz, die lippischen Verhältnisse waren um 1930 einigermaßen verworren. Wir müssen es bedauern, daß Hermann van Senden damals überhaupt in diese Kämpfe verwickelt wurde. Er kämpfte ganz sicher in der lautersten Gesinnung und der besten Absicht. Für vieles, was in den Köpfen und Herzen derer glühte, die damals mit ihm oder gegen ihn kämpften, hatte er überhaupt kein Organ. Er ahnte oft gar nicht, was bei diesen Kämpfen alles mit im Spiele war. Den blinden Machtwillen der reaktionären Republikfeinde begriff er ebensowenig wie den Fanatismus radikaler Linker. Weil er ein innerlich ganz überzeugter Christ war, hielt er sich für verpflichtet, die nach allgemeiner Überzeugung damals bedrohte Sache der christlichen Kirche um der Menschen willen zu verteidigen, ganz abgesehen von der Bindung, die er auch und gerade in diesem Kampf Gott gegenüber empfand. Er

war frei von Haß und Fanatismus. Das beweisen nicht nur alle seine Aufsätze, sondern vor allem auch der Versuch, endlich mit seinen Gegnern zu einer Verständigung zu kommen.

Dieser Versuch wurde am 4. Februar 1931 bei einer Versammlung in Lage gemacht. Dabei sprach außer drei Lehrern als einziger Pastor Hermann van Senden. Er versuchte, seinen Gegnern das Wesen der Kirche zu verdeutlichen, und zwar in einem sehr persönlich gehaltenen Vortrag über „Die Kirche, der ich diene". Dieses theologisch gründliche Referat sollte die Lehrer davon überzeugen, daß die Kirche nicht aus Machtgier, sondern um ihres göttlichen Auftrages willen verpflichtet sei, für ein einheitliches Schulwesen auf christlicher Basis einzutreten. Dabei schwebte ihm als Muster das umfangreiche Schulwesen der freien reformierten Kirche in Holland vor, das er einige Monate zuvor bei einer Reise kennengelernt hatte. Gegen Ende seines Vortrages führte er aus: „Die Kirche muß in ihren eigenen Angelegenheiten vom Staat frei sein. Beide müssen sich über einen Modus vivendi verständigen. Die Kirche leistet dem Staat unersetzliche Dienste. Darum ist es kein Unrecht, wenn ihr der Staat in äußerlichen Dingen Dienste leistet. Eine Kirche, die alle umfaßt, die ihr nicht ausdrücklich und formell den Rücken kehren, wird auf Dienste des Staates mehr angewiesen sein als eine Freikirche, zu der gehört, wer es will. Ich rechne damit und fürchte es nicht, daß der Tag kommt, wo unsere Kirche Freikirche wird. So sehe ich die Kirche, der ich diene, so glaube ich sie." Die letzten Sätze zeigen, daß van Senden sich in Holland über Gebühr von der Reformierten Freikirche hatte imponieren lassen. Er war nicht kritisch genug, um einmal auch die großen Mängel dieser Freikirche zu sehen und vor allem, um zu bedenken, daß die holländischen Verhältnisse sich nicht auf Deutschland übertragen lassen. Diese Zusammenkunft verlief praktisch ergebnislos.

Auf anderer Ebene kam es dann kurz darauf doch zu einer gewissen Annäherung von Lehrern und Pastoren. Dabei spielten die beiderseitigen Berufsorganisationen die entscheidende Rolle: auf seiten der Pastoren der Lippische Pfarrerverein, auf der anderen Seite zwar nicht der Lippische Lehrerverein als die Gesamtver-

tretung der Lehrerschaft, sondern die „Vereinigung evangelischer Religionslehrer". Nach einigen Ausschußsitzungen einigten sich die Vertreter beider Seiten am 13. Juli 1931 auf eine Vereinbarung. Der gemeinsame Ausschuß nahm deren Text einstimmig an. Anfang November wurde dann in einer Zusammenkunft beider Verbände in Lage darüber abgestimmt, wobei die Mehrheit sich dafür entschied.

Man einigte sich auf der Basis des Artikel 149 der Reichsverfassung und beschloß die Bildung von freien Arbeitsgemeinschaften von Lehrern und Pastoren, um die gemeinsame Arbeit an der Jugend zu fördern. Das erklärte Ziel war, zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit von Kirche und Schule zu kommen. Vorsitzender des Lippischen Pfarrervereins war damals Pastor Hänisch aus Lemgo, die Vereinigung evangelischer Religionslehrer wurde von dem Berlebecker Schulleiter Blümchen angeführt. Letzterer schrieb für seine Organisation ein Geleitwort, das mit der „Vereinbarung" zusammen der Presse übergeben und veröffentlicht wurde. Das Geleitwort für den Pfarrerverein schrieb Hermann van Senden, der offenbar maßgeblichen Anteil am Zustandekommen dieser Vereinbarung hatte.

Inzwischen waren sowohl bei der Oberschulbehörde wie bei der Landeskirche neue Männer an die Spitze getreten: neuer Oberschulrat war der aus Frankfurt kommende Dr. Dr. Kühn geworden, und Generalsuperintendent D. Wessel war am 1. Juli 1930 in den Ruhestand getreten. Seine Stelle blieb bis 1936 interimistisch besetzt, 1931 durch Superintendent Corvey-Hohenhausen, später durch Pastor Ewerbeck aus Lemgo. Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten änderten sich auch in Lippe die Verhältnisse total. Am 18. März 1933 meldeten die lippischen Zeitungen unter der Überschrift „Der eiserne Besen kehrt in Lippe" u. a. „Acht dissidentische Lehrer beurlaubt". Darunter befanden sich natürlich auch Dr. Walter aus Lemgo und Hans Sprenger aus Jerxen, der im Schulkampf eine führende Rolle gespielt hatte. Das Beiwort „dissidentisch" war besonders aufschlußreich. Bekanntlich heuchelte die Nazipropaganda anfangs dem Volke eine ausgesprochen christliche Einstellung vor. Daß

die Begründung für die unrechtmäßige Entlassung dieser Lehrer ausgerechnet mit ihrem Kirchenaustritt in Zusammenhang gebracht wurde, hat noch späte Nachwirkungen gehabt: 1971 schreibt einer der damals Betroffenen, Berufsschuldirektor Hermann Lambracht, in seiner Arbeit „Nachträgliche Bemerkungen zum lippischen Schulkampf" (S. 4/5): „Es ist unzweifelhaft, daß es sich bei dieser Maßnahme um einen nationalsozialistischen Willkür- und Gewaltakt handelte (dem weitere folgen sollten), aber ebenso klar ist, daß sie ein Ausfluß des vorhergehenden Schulkampfes und in erster Linie des Auftretens der Vertreter der Bekenntnisschule war."

In den ersten Monaten der Hitlerdiktatur wurde weiterer Kahlschlag im Schulwesen betrieben. Die pädagogischen Mitglieder der Schulverwaltung und Schulaufsicht, einige Leiter von höheren Schulen, darunter so vorzügliche Direktoren wie Dr. Walter in Lemgo und Dr. Klingler in Detmold, sowie zahlreiche Lehrer aller Schularten wurden abgesetzt. Diese offenbaren Unrechtsakte hätten jedermann die Augen öffnen müssen. Aber die Verblendung war groß und die verlogene Propaganda unvorstellbar wirksam. So konnte es geschehen, daß der am 16. Mai 1933 ernannte Reichsstatthalter für Lippe und Schaumburg-Lippe mit einem Brief vom 17. Mai 1933 durch die „Evangelische Schulgemeinde" begrüßt wurde, in dem es u. a. heißt: „Die Gauleitung Lippe... als Vertreterin der lippischen evangelischen Elternschaft nahm mit großem Interesse Kenntnis von der Änderung in der Leitung des lippischen Schulwesens. Es wurde freudig begrüßt, daß durch die Maßnahmen der nationalen Regierung Lippes unsere Schule gesäubert werden soll von den freidenkerischen marxistischen Elementen." Ich habe nicht ohne Entsetzen zur Kenntnis nehmen müssen, daß dieses traurige Dokument auch die Unterschrift von Hermann van Senden trägt. Es ist ein lehrreiches Beispiel dafür, wie verworren in den ersten Wochen und Monaten nach der sog. „Machtergreifung" die Verhältnisse allenthalben waren. Trotz des Ermächtigungsgesetzes vom März 1933 waren Millionen gutgläubiger Staatsbürger noch überzeugt vom guten Willen Hitlers und seiner Gefolgsleute. Vollends

Hermann van Senden war viel zu arglos und auch zu anständig, um sich eine so hinterlistige Verlogenheit, wie sie zum Wesen und zur Politik Hitlers gehörte, auch nur vorstellen zu können. Er nahm anfangs sowohl die christlichen Schalmeientöne wie auch die Beteuerung einer nationalen Erneuerung für bare Münze und befand sich damit ja in durchaus guter Gesellschaft all derer, für die Christlich und National die tragenden Säulen ihres bisherigen Lebens gewesen waren. Sie ahnten nicht, wie schändlich ihr Vertrauen mißbraucht werden sollte.

*Der Kirchenkampf*

Nach der unvorstellbaren Not, die vor 1933 viele Deutsche zur Verzweiflung getrieben hatte, war es durchaus verständlich, daß man anfangs auf Hitler große Hoffnungen setzte. Nur der politisch geschulten Arbeiterschaft war sofort klar, daß jetzt über Deutschland ein großes Unglück hereingebrochen war. Bekanntlich war die SPD die einzige Partei, die im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte, nachdem die KPD bereits verboten war. Selbst diese Aufhebung allen Rechtes, durch die die diktatorische Willkürherrschaft nun etabliert war, durchschauten viele bürgerliche Kreise noch nicht. Das Versprechen „Arbeit und Brot" wirkte tröstlich und einladend. Daß von Anfang an Gegner des neuen Systems verfolgt, verhaftet und mißhandelt wurden, daß Kommunisten und Juden sofort entrechtet waren, nahmen viele überhaupt nicht wahr. Schließlich hatten die guten Bürger und selbst die Christen mit diesen Leuten ja auch nichts zu tun. So einfach war das damals.

Erst allmählich breitete sich im ganzen Volke ein neues, lähmendes Lebensgefühl aus. Die anfängliche Hoffnung wurde abgelöst durch das permanente Gefühl der Angst und des gegenseitigen Mißtrauens. Nur kurze Zeit erwarteten die Gutgläubigen für die Kirche einen neuen Auftrieb. Man sprach von „neuen volksmissionarischen Möglichkeiten" und ließ sich nur allzu gern dadurch täuschen, daß die SA am Anfang geschlossen in die Kirche geführt wurde, daß Gebet und Choralgesang in der Schule lauthals gefordert wurden und daß Hitler in seine Reden ständig die

„Vorsehung" beschwor und den Segen des „Allmächtigen" für sich und seine Politik in Anspruch nahm. In der Kirche wurde die Partei durch die Gruppe der „Deutschen Christen" vertreten, wobei sich zu Beginn ebenfalls viele Gutgläubige unsagbar hinters Licht führen und mißbrauchen ließen.
Dann erschien im Sommer 1933 die kleine Schrift „Theologische Existenz heute" von dem weltberühmten Bonner Theologieprofessor Karl Barth. Diese erleuchtenden Ausführungen wirkten damals auf uns junge Studenten wie eine Befreiung und auf zahlreiche Pfarrer und andere Bürger wie ein Brillenputzer. Nach der Lektüre dieser kleinen Broschüre war nun auch Hermann van Senden alles klar. Jetzt konnte ihn nichts mehr irremachen in dem Entschluß, der Verführung durch Lüge und Betrug zu widerstehen. Er hatte gute Freunde in seinen Detmolder Amtsbrüdern Schreck und Jürges, in seinem Vetter Otto Voget in Heiligenkirchen, und er gewann schnell neue Freunde hinzu: In seinem Hause sammelte sich ein Kreis von Frauen und Männern um die Bibel. Dieser Bibelstundenkreis wurde dann zu einer Kernzelle des kirchlichen Widerstandes gegen den Hitlerwahn.

Hier fand sich nun auch ein Mann ein, der zwar immer theologisch ungemein interessiert gewesen war, sich aber vom offiziellen kirchlichen Leben vor 1933 ferngehalten hatte, weil er geistig zu anspruchsvoll und innerlich zu frei war, um in jener Kirche ohne weiteres mittun zu können, Dr. Friedrich Klingler. Er stammte aus Baden, hatte in Straßburg die Schule besucht und nach dem Abitur dort auch studiert, war dann eine Zeitlang Assistent bei Prof. Theobald Ziegler und Freund des jungen Straßburger Privatdozenten Albert Schweitzer. Nachdem dieser Theologe und jetzige Mediziner als Urwalddoktor nach Lambarene gegangen war, kam Dr. Klingler mit seiner jungen Frau, einer Pfarrerstochter aus Sesenheim, zunächst nach Minden und wurde 1917 Studienrat am Leopoldinum. Im Herbst 1931 übernahm er die Leitung der damaligen Aufbauschule, des heutigen Grabbegymnasiums. 1933 wurde er zum Studienrat degradiert und unterrichtete zunächst in Lemgo, dann in Blomberg und wieder am Leopoldinum. Er war ein ähnlich feinsinniger und

hochgebildeter Mann wie van Senden, politisch liberal und pazifistisch eingestellt, in seinem Unterricht von einem unübertrefflichen Einfühlungsvermögen und pädagogischen Geschick. Für ihn und seine Frau war die Heraufkunft des Hitlerismus geradezu eine körperliche Tortur.

Durch Hermann van Senden wurde Dr. Klingler so nahe an die Kirche herangeführt, daß dieser nicht nur seine Bibelstunden, sondern dann auch regelmäßig die Gottesdienste besuchte, sich in den Kirchenvorstand wählen ließ und in der Gemeinde nach Kräften mitarbeitete. Nach dem Kriege wurde er dann in die Landessynode und in den Landeskirchenrat gewählt und hatte großen Einfluß auf die Neugestaltung auch des Verhältnisses zwischen Kirche und Schule. Davon wird später noch zu reden sein. Die sich nun entwickelnde Freundschaft zwischen van Senden und Klingler wurde für beide deshalb so ungemein fruchtbar, weil einerseits van Senden Dr. Klingler zu einem überzeugten und engagierten Kirchenchristen machte und andererseits Friedrich Klingler Hermann van Senden die Augen öffnete für die Verkehrtheit seines Weges in dem früheren Schulkampf. Er machte ihm die Haltung der Lehrer in jenem Kampf verständlich und sorgte dafür, daß dann alsbald nach dem Kriege eine enge Zusammenarbeit zwischen Hermann van Senden und seinen früheren Gegnern zustande kam.

In dem Bibelstundenkreis von van Senden gab es außer einigen beachtlichen Männern auch eine Anzahl von Frauen, die sich durch Entschlossenheit und Mut auszeichneten. Zweier sei hier ausdrücklich gedacht: Frau Agnes Koch und Frau Frieda Lobeck, beide aus Detmold. Beide gehörten nicht nur zu den treusten Mitgliedern des Bibelkreises, sie unterstützten alle Arbeit von Pastor van Senden auch praktisch. Karl Schreck beschreibt das in seiner Geschichte des lippischen Kirchenkampfes folgendermaßen: „Pastor van Senden hatte als Vorsitzender des Bruderrates auch arbeitsmäßig die Hauptlast des Kirchenkampfes in Lippe zu tragen. Er hätte neben seinem großen Pfarramt die mit dem Vorsitz im Bruderrat verbundenen schriftlichen Arbeiten nicht erledigen können, wenn ihm nicht Frau Agnes Koch, geb.

Thorbecke, Jahre hindurch in unermüdlicher Treue bei diesen schriftlichen Arbeiten geholfen hätte. So hat sie an ihrem Teil zur Durchführung des Kampfes der Bekennenden Kirche in Lippe beigetragen" (S. 38). Über Frau Lobeck schreibt Karl Schreck: „Besonders eifrig in ihrem Eintreten für Niemöller war Frau Frieda Lobeck, geb. Langenheim. Sie ist nicht nur mit einer Deputation in Berlin gewesen, sondern sie fuhr im Lande umher, um auch in anderen Gemeinden Menschen zu gewinnen, die in Berlin Niemöllers Freilassung erbaten" (S. 35). Leider kam Frau Lobeck am 24. März 1945 bei einem Bombenangriff auf Detmold ums Leben.

Damit haben wir nun weit vorgegriffen. Gleich 1933 bildete sich in Lippe der „Coetus reformierter Prediger", dem von Anfang an auch van Senden und seine gleichgesinnten Freunde angehörten. Mit diesen zusammen nahm er im Januar 1934 an der ersten freien reformierten Synode in Barmen teil. Dort waren insgesamt zehn lippische Gemeinden vertreten. Diese Synode wurde beherrscht von Karl Barth, aus dessen Feder eine 17 Punkte umfassende Erklärung stammte, die dann verabschiedet wurde. Darin ging es um die Kirche, ihre Botschaft, ihre Bedeutung für die Welt und um ihre Gestalt. In dieser ersten Barmer Erklärung vom 4. Januar 1934 – nicht zu verwechseln mit der weit berühmteren Barmer Erklärung vom 31. Mai 1934 – werden die zeitbedingten Irrtümer der „Deutschen Christen" zurückgewiesen, und es wird klar und eindeutig bezeugt, daß die Grundlage der Kirche nur die Heilige Schrift und die Bekenntnisse der Väter sind. Zugleich wird jede Einmischung des Staates in kirchliche Angelegenheiten in die Schranken gewiesen. Der letzte Satz lautet: „Damit ist abgelehnt die Ansicht, als sei der Staat die höchste oder gar einzige (‚totale') Form sichtbar-zeitlich gestalteter geschichtlicher Wirklichkeit, der sich darum auch die Kirche mit ihrer Botschaft und Gestalt ‚gleichzuschalten', unter- oder gar einzuordnen habe." Das war eine klare Sprache in einer Zeit allgemeiner Verwirrung.

Es ist unmöglich, im Rahmen dieses Vortrages alle Einzelheiten des lippischen Kirchenkampfes zu schildern. Wer sich dafür interessiert, sei mit Nachdruck hingewiesen auf die bereits erwähn-

te Arbeit von Pastor Karl Schreck, „Aus dem Kampf der Bekennenden Kirche in Lippe 1933–1945". Leider existiert diese gründliche und wertvolle Arbeit bisher nur in hektographierter Form. Sie können sie aber in den Bibliotheken ausleihen. Hier sollen nur einige Ereignisse erwähnt werden, bei denen Hermann van Senden maßgeblich beteiligt war.

Auch in Lippe wurde – wie fast überall in Deutschland – im Sommer 1933 ein Staatskommissar für die Kirche eingesetzt in Gestalt des neuen Landesschulrates Wollenhaupt. Dieser trat aber bereits nach vierzehn Tagen zurück, als die berühmt-berüchtigten Kirchenwahlen vom 23. Juli 1933 angelaufen waren. Diese Wahlen zu den Kirchenvorständen standen allenthalben unter stärkstem Druck der Partei und fielen entsprechend aus. Es wurden viele „Deutsche Christen" gewählt. Nachdem sich diese sog. „Glaubensbewegung Deutsche Christen" im November 1933 bei einer Kundgebung im Berliner Sportpalast grenzenlos blamiert und ihre innere Hohlheit und die Bibelfremdheit ihrer Lehre offenbart hatte, sagten sich die lippischen Mitglieder von dieser Bewegung los und bemühten sich, einigermaßen bibel- und bekenntnistreu zu handeln. Dadurch konnte aber ein oft äußerst problematisches Lavieren nicht vermieden werden. Gegen diese wankelmütige Haltung hat zunächst der Coetus reformierter Prediger und dann später der unter Führung von van Senden stehende Bruderrat der Bekennenden Kirche angekämpft, um auch in Lippe für eine klare kirchenpolitische Linie zu sorgen.
Zu diesem Zweck wurden Bekenntnisgottesdienste veranstaltet. Darin wurden in der Regel die Beschlüsse der Bekenntnissynoden der Gesamt-Bekennenden Kirche bekanntgegeben und den Gemeinden erläutert. Bei den beiden ersten großen Bekenntnissynoden von Barmen Ende Mai 1934 und von Berlin- Dahlem im Oktober 1934 war noch nicht Hermann van Senden, sondern Wilhelm Böke der Vertreter der lippischen Coetusmitglieder. Ende November 1934 tagte dann im Detmolder Diakonissenhaus die Hauptversammlung des Reformierten Bundes. Bei dieser Gelegenheit fand der bedeutungsvollste Bekenntnisgottesdienst in der Marktkirche in Detmold statt. Dabei predigte Karl

Barth über das Wort Jeremia 17,5 bis 10: „Verflucht ist der Mann, der sich auf Menschen verläßt – Gesegnet aber ist der Mann, der sich auf den Herrn verläßt und dessen Zuversicht der Herr ist". Diese Predigt machte nicht nur auf die zahlreichen Gemeindeglieder tiefen Eindruck, sondern auch auf die diensthabenden Vertreter der Kriminalpolizei. Einer von ihnen erklärte bei einem der unvermeidlichen Verhöre, die er vornehmen mußte: „Wenn nur alle Pastoren so predigen wollten, wie der Professor Barth!"

Es gab dann in Lippe mancherlei Durcheinander: Zunächst hatte die lippische Kirchenleitung im Sommer 1933 beschlossen, sich mit der reformierten Kirche der Provinz Hannover zusammenzuschließen, um dadurch die ursprünglich geplante „Reformierte Säule" im Gebäude der neuen „Deutschen Evangelischen Kirche" zu bilden. Das war aber ganz und gar nicht im Sinne des neuen Reichsstatthalters, der offenbar Sorge hatte, die Lipper könnten dann nicht mehr total in sein Hoheitsgebiet eingegliedert sein. Sie sollten aber auch in religiöser Hinsicht nicht aus der Reihe tanzen. Deshalb sollten sie nicht an Ostfriesland, sondern an Westfalen angeschlossen werden. Die erwähnte Einsetzung des Staatskommissars im Sommer 1933 hängt unmittelbar damit zusammen, daß der Reichsstatthalter seine machtpolitischen Ziele gefährdet sah. Deshalb wurde dann im Sommer 1934 ein Vertrag mit der westfälischen Kirchenleitung in Münster geschlossen, die inzwischen unter deutsch-christlichen Einfluß (Bischof Adler) geraten war. Dagegen protestierten nun die Anhänger der Bekennenden Kirche in Lippe heftig, und sie setzten sich schließlich auch durch: Der Vertrag wurde später annulliert, und die Lippische Landeskirche behielt ihre Selbständigkeit, die um ein Haar im Sommer 1936 durch die Partei doch noch zerstört worden wäre. Damals versuchte der Kreisleiter Wedderwille in Berlin die Einsetzung eines braunen Kirchenausschusses zu erreichen, kam aber nicht damit durch.

Um den Anschluß an die unierte und inzwischen deutsch-christlich geführte offizielle Kirche von Westfalen zu verhindern, wurde auf den 24. Februar 1935 eine lippische Bekenntnissynode

nach Heidenoldendorf einberufen. Sie war von 49 Synodalen aus 26 Gemeinden beschickt. Pastor Schreck hatte den Vorsitz. Hermann van Senden berichtete über die Synode von Dahlem und begründete als Vorsitzender des vorläufigen Bruderrates eingehend drei Anträge an die Lippische Landessynode. Diese wurden einstimmig angenommen. Sie sollten vom Bruderrat an die Landessynode weitergeleitet werden. Bei der endgültigen Konstituierung dieses Bruderrates wurde van Senden zum Vorsitzenden gewählt, Pastor Schreck, Heidenoldendorf, Pastor Schmidt, Lieme, und Bauer Schlepper aus Billerbeck wurden seine Stellvertreter. Bei der am 1. März 1935 erfolgten Übergabe der drei Anträge wurde betont, daß man dabei die Absicht habe, „den Frieden unter uns wiederherzustellen und unsere Landeskirche in die Lage zu versetzen, auf dem Boden der reformatorischen Bekenntnisse für Kirche und Staat wertvolle Mitarbeit am Bau der Deutschen Evangelischen Kirche und innerhalb derselben am Zusammenschluß der reformierten Kirchen und Gemeinden zu leisten". In den Anträgen wurde die Landessynode aufgefordert, sie möge beschließen:

1. „Die Lippische Landessynode erkennt in der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche die rechtmäßige Leitung derselben. Sie ordnet die Lippische Landeskirche mit allen Pflichten und Rechten der Bekenntnissynode der DEK zu."
2. „Die Lippische Landessynode hebt das ‚Kirchengesetz über den Anschluß der Lippischen Landeskirche an die Evangelische Kirche der Altpreußischen Union vom 23. Juli 1934' auf..."
3. „Die Landessynode beauftragt den Landeskirchenrat, gemeinsam mit dem Bruderrat der Bekennenden Kirche in Lippe die Neuordnung der Lippischen Landeskirche im Sinne des Detmolder Beschlusses der Mitgliederversammlung des Reformierten Bundes durchzuführen..."

Diese Anträge wurden theologisch und juristisch eingehend begründet. Die drei letzten Sätze der Begründung verdienen, festgehalten zu werden: „So erhoffen wir die Wiederherstellung der

inneren Einigkeit in unserer Landeskirche. Es ist unser Wunsch, den Kampf um das Neuwerden der Kirche als einige Lippische Landeskirche führen zu können. Wir bitten die Landessynode, auch ihrerseits auf dieses Ziel hinzustreben und darum unsere Anträge anzunehmen."
Daraufhin faßte die Landessynode am 13. März 1935 einen dreifachen Beschluß:

a) „Der Anschlußvertrag mit Westfalen wird als rechtsunwirksam aufgelöst. Die Lippische Landeskirche behält ihre volle Selbständigkeit."
b) „Sie hält... treu zum Bekenntnis der Väter und ordnet sich infolge dieser Einstellung der Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche zu."
c) „Der Landeskirchenrat möge drei Personen, die von dem Bruderrat zu benennen sind, zur endgültigen Bereinigung etwa noch offener Fragen hinzuziehen. Sie erwartet, daß diese Benennung innerhalb einer Woche geschieht und daß der Bruderrat nach Annahme seines Vorschlages sich auflöst."

Unter diesen drei Vertretern des Bruderrates war natürlich auch Hermann van Senden.

Im Gesetzblatt der Lippischen Landeskirche wurde dieser Beschluß jedoch erst ein gutes Jahr später, am 22. April 1936, veröffentlicht. Deshalb sah der Bruderrat keine Möglichkeit, sich nun gleich aufzulösen. Daran wurde er auch später dadurch gehindert, daß die kommenden Ereignisse zeigten, daß die Zuordnung der Landessynode zur Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche doch nicht durchgehalten wurde. Als immer neue Verhöre von Pastoren und dann bald auch ungesetzliche Verhaftungen erfolgten, sah sich der Bruderrat verpflichtet, für die so Bedrängten einzutreten. Gerade auf diesem Gebiet zeigte die offizielle Landeskirche wenig Mut. Hermann van Senden wurde mehrfach wegen seiner Predigten verhört und am 11. November 1937 verhaftet. Am 8. Dezember 1937 wurde er wieder frei. Diese Gefängniszeit war für einen so empfindsamen Mann naturgemäß besonders hart. Aber er überstand sie trotz aller

Angst und Sorge mit innerer Heiterkeit. Das zeigt ein kleines Gedicht, das er in der Zelle geschrieben hat, „Der Leiermann“:

Leiermann zieht auf und ab,
Leiert auf der Straße.
Kommst du, Alter, auch zu uns,
In die Kerkergasse?

Unser Auge sieht dich nicht,
Hinterm Stahl gefangen,
Und kein Kupfer fällt hinab
Durch die Gitterstangen.

Dennoch läßt die Orgel du
Bis zu Ende singen.
Unsre Ohren mit Begier
horchen auf ihr Klingen.

Noch ein Andrer lauscht mit Dank
Auf die Orgellieder,
Weil sie rühren lind und traut
Seine ärmsten Brüder.

Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis ging der Kampf in unverminderter Heftigkeit weiter. Es folgten weitere Verhöre und Haussuchungen. Seine Schreibmaschine wurde ihm weggenommen und später nicht zurückgegeben. Im Sommer 1938 sollten endlich auch die lippischen Pastoren einen Treueid auf Hitler schwören. Dieses Ansinnen hatten sie schon einmal im Jahre 1935 unter Berufung auf den Heidelberger Katechismus (Frage 99 und 100) abgelehnt. Am 24. August 1938 richteten die Pastoren van Senden, Hossius, Wessel, Schmidt und Schreck eine Eingabe an den Lippischen Landeskirchenrat, die diese (erneute) Weigerung begründete. Darin wurde u. a. unter Berufung auf das Ordinationsgelübde der Totalitätsanspruch des Staates zurückgewiesen. Der Landeskirchenrat unterließ daraufhin die Vereidigung der reformierten Pastoren. Nur die lutherischen Pfarrer des

Landes wurden von ihrem damaligen Superintendenten – freilich unter dem Vorbehalt der Wahrung des Ordinationsgelübdes – vereidigt. Pastor Eilers in Lemgo machte dabei nicht mit.

In besondere Schwierigkeiten kamen die bekenntnistreuen lippischen Pastoren unter Führung van Sendens noch einmal durch die berühmte Gebetsgottesdienstordnung der Vorläufigen Leitung der BK vom 27. September 1938. Als alle Welt den Ausbruch eines neuen Weltkrieges befürchten mußte, regte die Vorläufige Leitung der BK Gebetsgottesdienste an, um dieses Unheil abwenden zu helfen. Da der Krieg in letzter Minute noch einmal vermieden werden konnte, wurde der Gebetsgottesdienst in dieser Form nicht gehalten; aber in Presse und Öffentlichkeit wurden die Vertreter der Bekennenden Kirche jetzt heftig als Volks- und Staatsverräter angegriffen. Dagegen verwahrte man sich in einer Kanzelabkündigung, die auch in Lippe an vielen Stellen verlesen wurde. Das führte zu zahlreichen Verhören, die dann aber dank der Verwendung der Rechtsanwälte Tölle, Petri, Dr. Corbach und Schnitger zu einem glimpflichen Ende führten.

Danach kamen andere verhängnisvolle Ereignisse, z. B. das Niederbrennen der jüdischen Synagogen am 9. November 1938. Nachdem das auch in Detmold geschehen war, hielt Pastor van Senden am Sonntag darauf in der Christuskirche eine ungewöhnlich mutige Predigt, in der er diesen Frevel deutlich beim Namen nannte. Leider existiert diese Predigt nicht mehr im Wortlaut. Aber es gibt noch Leute, die sie s. Z. gehört haben, und einer dieser Hörer, der heute im Ruhestand in Württemberg lebende Pfarrer Hirsch, hat noch vor wenigen Jahren in einem Artikel im Gemeindeblatt für Württemberg bezeugt, daß er als Detmolder Vikar damals nicht nur als Augenzeuge dieses Verbrechen erlebt, sondern auch die erstaunliche Predigt von Pastor van Senden in der Christuskirche gehört habe.

Während des Krieges erfolgten dann weitere Verhaftungen, die nun immer bedrohlicher wurden. So saßen z. B. der Detmolder lutherische Pfarrer Engelbert ein halbes Jahr und der Heiligenkirchener Pastor Otto Voget fast ein ganzes Jahr im Gefängnis. Da es sich in beiden Fällen um Äußerungen im Zusammenhang

mit dem Kriegsgeschehen handelte – harmlose Äußerungen, die wahnsinnig aufgebauscht worden waren –, hätten beide leicht ums Leben kommen können, wie es in vielen ähnlichen Fällen geschehen ist.

Hermann van Senden war inzwischen zum Superintendenten der Klasse Detmold gewählt worden und erlebte Anfang April 1945 noch den Beschuß der Christuskirche in unmittelbarer Nähe seiner Wohnung. Er hat diese Erlebnisse in einem noch erhaltenen Tagebuch festgehalten und schildert darin manche bewegenden Einzelheiten aus jenen wilden Zeiten der letzten Kriegsmonate.

*Der neue Anfang nach dem Kriege*

Als der Krieg zu Ende gegangen war, wurde Hermann van Senden 65 Jahre alt. Da aber viele Pastoren der Landeskirche und fast der gesamte theologische Nachwuchs gefallen waren, blieb er noch über zwei Jahre im Amt. In dieser kurzen Zeit war es ihm vergönnt, an dem Neuanfang im kirchlichen und schulischen Leben kräftig mitzuwirken. Die Bedeutung seiner Freundschaft mit Dr. Friedrich Klingler ist schon geschildert worden. Sie wurde jetzt erneut wichtig. Doch es muß hier noch einiger anderer Männer gedacht werden, zunächst des Pastors Friedrich Schnittger. Er war m. W. der erste Schüler von Dr. Klingler, den dieser trotz der eigenen reservierten Haltung gegenüber der offiziellen Kirche zum Theologiestudium bewegen konnte. Das wirkte dann auf Dr. Klingler so zurück, daß dieser seinen damals noch unverheirateten ehemaligen Schüler in seinem südthüringischen Pfarrhaus in langen Ferienwochen besuchte, wobei intensive theologische und philosophische Gespräche geführt wurden. Nach dem Krieg kam Friedrich Schnittger von Thüringen nach Detmold und wurde der erste Schulreferent der Lippischen Landeskirche. Es war ein besonderer Glücksfall, daß der von den Nazis aus Berlin vertriebene Dr. Oskar Hammelsbeck ebenfalls nach Lippe verschlagen und in Falkenhagen als Pfarrer eingesetzt war. Und dann muß erwähnt werden, daß Hans Sprenger, früher der schärfste Gegner van Sendens, durch direkte Vermittlung von Dr. Klingler nun zu einem engen Freunde und Mitarbeiter von

van Senden und Pastor Schnittger wurde. Mit diesen seinen Freunden entwarf nun Hermann van Senden sofort nach dem Kriege ein neues Konzept für den Religionsunterricht und für das Verhältnis von Kirche und Schule, von Pfarrschaft und Lehrerschaft.

Das war von großer Bedeutung, als die neuen Schulgesetze erlassen wurden. Nach der Verwüstung, die der Nationalsozialismus auch auf dem Schulsektor angerichtet hatte, war es verständlich, daß nun nicht nur die katholische Kirche, sondern auch weite evangelische Kreise nach Bekenntnisschulen verlangten. Während die Landeskirchen von Rheinland und Westfalen parallel zu der katholischen Kirche ihre evangelischen Bekenntnisschulen forderten und bekamen, lehnte die kleine Lippische Landeskirche diese Schulform ausdrücklich ab und forderte die christliche Gemeinschaftsschule. Das kostete einige Kämpfe, wurde aber doch durchgesetzt, und als dann Lippe in Nordrhein-Westfalen aufging, wurde diese Besonderheit in den berühmten „Punktationen" für das ehemalige Land Lippe ausdrücklich festgeschrieben.

Für Lehrer und Pastoren wurden jetzt Arbeitsgemeinschaften auf Gemeinde- und Landesebene eingerichtet, wobei den Lehrern durch die Pastoren das theologische Rüstzeug für den Religionsunterricht an die Hand gegeben werden sollte, während man das Didaktische den Lehrern überließ, die ja davon mehr verstehen als die Pastoren. Die Lippische Landeskirche schuf das Amt eines Schulreferenten, der für diese Arbeit eingesetzt wurde und zugleich für die Verhandlungen mit Schulämtern und Regierungsstellen in Sachen Religionsunterricht zuständig war. Wie bereits erwähnt, war der erste Inhaber dieses Amtes Friedrich Schnittger. Ihm stand eine Schulkammer zur Seite, deren erster Vorsitzender Hermann van Senden war. Diese Wendung zu einem neuen Zusammenleben und -arbeiten mit den Lehrern ist für Pastoren und Lehrer, für Kirche und Schule von großem Wert gewesen und ist es wohl bis heute. Nichts kann besser die Lauterkeit und tiefe Christlichkeit von Hermann van Senden zeigen als diese Entwicklung. Wenn er einen Fehler erkannt hatte, scheute

er sich nicht, diesen auch zuzugeben, und zwar nicht nur verbal, sondern mit allen praktischen Konsequenzen.

*Im Ruhestand*

Im Dezember 1945 war van Sendens Pfarrhaus in der Bismarckstraße von der englischen Besatzungsmacht beschlagnahmt worden. Er mußte in die alte Generalsuperintendentur in der Bruchstraße umziehen, nachdem das dort untergebrachte Katasteramt eine andere Bleibe gefunden hatte. Als er dann am 1. Dezember 1947 wieder in sein Pfarrhaus hätte zurückkehren können, verzichtete er darauf und trat mit siebenundsechzigeinhalb Jahren in den Ruhestand. So war er genau vierundzwanzig Jahre lang – von Totensonntag 1923 bis Totensonntag 1947 – Detmolder Pastor gewesen. Er hatte sich in dem so günstig in einem großen Garten mitten in der Stadt gelegenen Haus gut eingelebt und fühlte sich darin überaus wohl, zumal alle Mitbewohner Menschen seines Geistes waren. Deshalb mochte er das Haus jetzt nicht mehr verlassen. Dort ist er dann auch am 18. Februar 1955 gestorben. Seine Frau hat ihn noch um einundzwanzig Jahre überlebt.

Die Muße des Ruhestandes nutzte er fleißig, um einer alten Neigung zu frönen, der Dichtkunst. Es ist eine besondere Gabe, wenn ein Mensch schöne Dinge zu sehen vermag. Es ist noch einmal ein besonderes Geschenk, das ans Wunderbare grenzt, wenn es einem Menschen gegeben ist, schöne Dinge, etwa eine Sommerwolke oder einen blühenden Baum, ein spielendes Kind oder ein Tier auf der Weide oder im Walde, aber auch Erfahrungen von Glück, Schmerz oder Leid künstlerisch zu beschreiben, wenn er in gültigen Worten sagen kann, was er sah und erlebte. Diese schöne Gabe war Hermann van Senden in hohem Maße zuteil geworden. Als wir eines Abends bei einem Spaziergang einen Weg entlangwanderten, der von einem durch alte Weiden begrenzten Bach begleitet war und viele Windungen aufwies, sagte er, diesen Weg liebe er deshalb so, weil er nicht eine Straße für rasende Autos sei, sondern eher wie ein Fluß, der sich durch das Land schlängele. Bei anderer Gelegenheit konnte er vor einem besonders schön gewachsenen alten Baum bewundernd stehen

bleiben und sich zu einem Gedicht inspirieren lassen. Er hatte Augen, zu sehen und ein Herz, das sich tief freuen konnte. Wer öfter mit ihm zusammen war, wird nicht vergessen können, wie herzhaft er lachen konnte.

Lassen Sie mich schließen mit einigen seiner Verse, die mehr über ihn sagen, als es noch so lange Ausführungen könnten:

Wie kann ich mich an allem freun,
Was lebt und webt auf Erden?
Wie kann ich bitterlich bereun
Und wieder fröhlich werden?

Wie konnt' ich werden, was ich bin,
Auch auf gewundenen Wegen,
Und ernten ewigen Gewinn
Auch unter harten Schlägen?

Wie kann ich unter Irrtums Last
Der Wahrheit Wort verkünden
Und in der Welt, in der man haßt,
Mit Brüdern mich verbünden?

Wie kann ich, da mein Haar ward grau,
Mehr als im blonden hoffen?
Weil ich des Menschen Sohn vertrau
Und weiß den Himmel offen.



Auf der Flucht in Schlesien.
Aus: Geflohen und vertrieben. Augenzeugen berichten. Hrsg. von Rudolf Mühlfenzl. Königstein/Ts. 1981, S. 139.

Gert von Pistohlkors

# Flucht und Vertreibung

„Sofern das Gewissen der Menschheit jemals wieder empfindlich werden sollte, werden diese Vertreibungen als die unsterbliche Schande aller derer im Gedächtnis bleiben, die sie veranlaßt oder sich damit abgefunden haben... Die Deutschen wurden vertrieben, aber nicht einfach mit einem Mangel an übertriebener Rücksichtnahme, sondern mit dem denkbar höchsten Maß von Brutalität“[1]... Sofern das Gewissen der Menschheit jemals wieder empfindlich werden sollte... es hat den Anschein, daß diese Vorbedingung, die der britische Publizist und Verleger Victor Gollancz 1947 meinte, bis auf den heutigen Tag nicht eingetreten ist. Den Brutalitäten in Mitteleuropa sind in rascher Folge andere, vielleicht noch furchtbarere gefolgt: Hiroschima und Nagasaki mögen als Beispiele genügen. Bis auf den heutigen Tag haben wir uns in einer Weise an brutale Nachrichten aus aller Welt gewöhnt, daß unsere Empfindlichkeit jenseits persönlicher Schicksalsschläge nachgelassen zu haben scheint. Daß die nationalsozialistischen Verbrechen in ihrer ganzen Furchtbarkeit etwa zum gleichen Zeitpunkt bekannt wurden, als die Deutschen selbst durch eine schreckliche Leidenszeit gehen mußten, hat im übrigen sicher dazu beigetragen, daß wir Flucht und Vertreibung als einen der einschneidendsten Vorgänge in der deutschen Geschichte weitgehend aus unserem Geschichtsbild verdrängt haben. Damit ist jedoch noch nicht alles gesagt.

Der Sozialpsychologe Alexander Mitscherlich hat in einem Aufsehen erregenden Buch die deutsche „Unfähigkeit zu trauern“ auf einen „psychologischen Immobilismus der deutschen Nachkriegsgesellschaft“ zurückgeführt.[2] Diese Unfähigkeit hat nach Mitscherlich etwas zu tun mit dem Widerstand innerhalb unserer

---

[1] Victor Gollancz, Unser bedrohtes Erbe. Zürich 1947, S. 156 f. (englischer Originaltitel: Our Threatened Values). Zitiert auch bei Alfred de Zayas, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen, München 1980 (dtv-Zeitgeschichte 1599), S. 123.

[2] Alexander und Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern. 13. Aufl., München 1980, S. 368 (Nachwort 1977), aber auch S. 13 ff.

Gesellschaft, sich mit unserer jüngsten Vergangenheit überhaupt auseinanderzusetzen, sie als bedeutungsvoll für unsere gegenwärtigen und zukünftigen politischen Zustände und menschlichen Verhaltensweisen anzuerkennen und entsprechend zu analysieren. „Erst das Ertragen der Realität, wie sie ist, schafft[...] die Voraussetzung ihrer Änderung zum besser Erträglichen; Verleugnung konserviert unfreiwillig den Status quo" – den Status quo der Forderungen vor allem. „Funktionäre eines realitätsverleugnenden Nationalismus" beharren nach Mitscherlich auf Ansprüchen, „die eben gerade durch die entsetzliche Erniedrigung der Ostvölker und das unabsehbare Leiden, das wir ihnen zufügten, verwirkt waren. Die innere Konsequenz, der dann folgende Gebietsverlust und Repressalien gegen Millionen Deutscher war ein Stück historischer Mechanik und entsprechend auch brutal". Das Pochen unserer Vertriebenenverbände auf „Heimat", das Pochen auf dem Recht der Selbstbestimmung auch für Deutsche wirkte wie ein „Kunststück grotesker Verstellung". Die Forderungen, die manche Politiker und wir selbst bewußt oder unbewußt aufrechterhalten, seien Ausdruck einer kurzsichtigen, unbewußt arbeitenden Selbstverteidigung. Mitscherlich geht sehr weit in seinen Folgerungen: Es sei nicht nur der Verlust der deutschen Ostprovinzen, der so schwer annehmbar ist. Im Unterbewußten nicht weniger wirksam sei die Tatsache, daß wir als „Herrenmenschen" vor den slavischen „Untermenschen", und dazu noch unter bolschewistischer Führung, bedingungslos kapitulieren mußten. Politiker mit christlichem Selbstverständnis könnten so schwer auf die Ostgebiete verzichten, so meint Mitscherlich, weil sie unsere Unmenschlichkeit, die zu den härtesten Kriegsfolgen führte, nicht mit ihrer jetzigen bürgerlich-christlichen Identität zur Deckung bringen könnten. Die Lernfähigkeit gerade auch von Politikern setze da aus, wo neurotische Selbstschutzmechanismen ins Spiel kämen.[3)]

Als Angehöriger der mittleren Generation, Flüchtling und westdeutscher Neubürger nach 1945 möchte ich in einem Kernpunkt

---

[3)] Ebd., S. 360 f. Zitate ebd.

deutlicher Victor Gollancz als Alexander Mitscherlich zustimmen, so sehr die Feststellungen des letzteren einen auch betroffen machen. Ich bin der Auffassung, daß der geistig-seelische Immobilismus gegenüber Brutalität und Gewalt sehr viel internationaler ist, als Mitscherlich das in seiner Fixierung auf die Schwächen unseres deutschen Geschichts- und Realitätsbewußtseins angenommen hat. So sehr die Verdrängung unbequemer Einsichten in bezug auf das Elend, das wir zwischen 1944 und 1948 erlebt haben, und auf seine Voraussetzungen, typisch deutsch sein mag: ich kann unter keinen Umständen anerkennen, daß die 2.111.000 toten deutschen Zivilpersonen, die wir als Ergebnis von Flucht und Vertreibung 1945/48 aus den deutschen Ostprovinzen Ostpreußen, Pommern, Ost-Brandenburg, Schlesien, aus Polen,[4] der Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn und Jugoslawien zu beklagen haben, allein als „innere Konsequenz" des Nazi-Terrors, im Sinne einer „historischen Mechanik", was immer das sei, verstanden werden können. Ich verstehe Mitscherlich sehr gut: wir Deutschen neigen allzusehr dazu, uns selbst zu entlasten: der ganze Kampf gegen die sogenannte „Kriegsschuldlüge" nach dem Ersten Weltkrieg hat die Kriegsbereitschaft 1939 in Teilen der deutschen Bevölkerung mit vorbereiten helfen, auf irrationaler Basis. Wir sollten durch die Beschäftigung mit Problemen von Flucht und Vertreibung nicht dazu beitragen wollen, eine neue deutsch-nationale Legende vom spezifischen Unrecht, das uns zugefügt worden sei, zu stiften. Auf der anderen Seite ist aber nicht zu übersehen, daß Victor Gollancz in einem umfassenderen Sinne Wirklichkeit erfaßt, wenn er im Lichte der demokratischen Zielsetzungen der westlichen Kriegsalliierten feststellt, daß die Behandlung der deutschen Zivilbevölkerung den Maßstäben, die man selbst als Basis für den eigenen Kriegseintritt definiert hatte, nicht standhielt.

---

[4] Zu „Polen" rechnen hier die 1939 faktisch dem Deutschen Reich zugeschlagenen Gebiete „Westpreußen", „Warthegau" und das davon scharf geschiedene „Generalgouvernement". In den beiden erstgenannten Gauen lebten Volksdeutsche aus Estland, Lettland, Litauen, Wolynien, Galizien, dem Narew-Gebiet, Bessarabien und dem Schwarzmeergebiet. Man sprach 1939–41 von „Heimführung" der Umsiedler über „die deutsch-russische Interessengrenze" ..., vgl. H. Bosse, Der Führer ruft, Berlin 1941, S. 5.

Wenn nun also „Trauerarbeit" im Sinne einer Bemühung um Aufklärung über das Geschehene geleistet werden soll, so muß einleitend festgestellt werden, daß die Flucht und Vertreibung unauflöslich mit dem gesamten Komplex Zweiter Weltkrieg zusammenhängen. Zwar hat es unfreiwillige Wanderungen kleinerer und riesenhafter Menschengruppen immer gegeben. Frühere Jahrhunderte unserer neueren Geschichte sind erfüllt von Zwangswanderungen im Zeichen des konfessionellen oder auch des nationalen Prinzips. Schon im 19. Jahrhundert wurde nachdrücklich Wert darauf gelegt, daß die eine Nation eben auch eine homogene Menschengruppe beherbergen möge. Seitdem mit der Französischen Revolution der nationale Gedanke zum beherrschenden Ordnungsprinzip von West nach Ost wurde, sprechen wir von Französisierung, Magyarisierung, Germanisierung und Russifizierung. Mit Recht wird in der historischen Literatur darauf hingewiesen, daß Hitlers „ein Volk, ein Reich, ein Führer" seine Vorläufer hatte.[5] Gerade im ostmitteleuropäischen Raum, wo Völker verschiedenster Art in einer unauflöslichen Mischlage lebten, ist es bereits im 19. Jahrhundert wiederholt zu entschiedenem Druck im Namen der Mehrheitsvölker, ja zu Ausweisungen und Verdrängungen gekommen, man denke nur etwa an die preußische Polenpolitik im ausgehenden 19. Jahrhundert oder aber auch an die polnische Politik gegenüber den Deutschen nach der Wiedererrichtung eines selbständigen Polen 1918/19. Trotz aller Bemühungen um das Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten wird man zunächst festhalten müssen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Besiegten des Ersten Weltkrieges nicht galt. Die neu entstandenen Einzelstaaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Jugoslawien stützten sich auf staatstragende Nationalitäten, die zu den Minderheiten meist in ein spannungsreiches Verhältnis traten. Dennoch wird niemand trotz mancher Exzesse und zahlreicher Nötigungen behaupten wollen, daß die Zwangswanderungen

[5] Einen guten Überblick über „Flucht und Vertreibung in der Zeit des Zweiten Weltkrieges" mit brauchbaren typologischen Unterscheidungen gibt Hans Lemberg im Dokumentationsband: „Geflohen und vertrieben", hrsg. v. R. Mühlfenzl, Königstein/Ts. 1981, S. 126 – 139.

der Zwischenkriegszeit die gleiche Qualität haben wie die des Zweiten Weltkriegs, auch wenn der Gedanke der Umsiedlung ganzer Bevölkerungsgruppen nunmehr in die Tat umgesetzt wurde. Nach dem griechisch-türkischen Krieg und dem Frieden von Lausanne vom Jahre 1923 siedelten 1,2 Millionen Angehörige der griechischen Minderheit aus der Türkei nach Griechenland um. Mehr als 330.000 Türken verließen Griechenland.[6] Diese Maßnahme, die sich über mehrere Jahre erstreckte, war für die Betroffenen sicher schmerzlich, ebenso wie die Aussiedlung der Südtiroler nach der Vereinbarung zwischen Hitler und Mussolini im Jahre 1939. Zwar sind all die Begründungen, die man für die sogenannten Optionen lesen kann, nicht frei von administrativem Zwang: es wird von „Flurbereinigung", „Entmischung" u. ä. gesprochen. Aber die zwischenstaatliche Vereinbarung garantierte doch eine Durchführung, in der die größten Härten vermieden werden konnten.

Mit dem Zweiten Weltkrieg ändern sich allerdings die Grundlagen für die „Optionen" großer Bevölkerungsgruppen. Die Umsiedlungen der Deutsch-Balten und anderer kleinerer deutscher Bevölkerungsgruppen aus Ost-Mitteleuropa und Rußland zwischen dem Oktober 1939 und dem Sommer 1944 haben zwar mit den bereits beschriebenen Bevölkerungs-„Transfers" die geschäftsmäßige Grundlage gemein; sie wurden unter einigermaßen erträglichen Bedingungen durchgeführt. Dennoch gehören sie aber allein schon deshalb ganz in den Zweiten Weltkrieg hinein, weil ihre Voraussetzungen auf Vereinbarungen beruhen, die auf Kosten Dritter beschlossen wurden.[7] Der Hitler-Stalin-Pakt

---

6) Vgl. Gunnar Hering, Griechenland vom Lausanner Frieden bis zum Ende der Obersten-Diktatur 1923 – 1974. In: Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 7, hrsg. v. Th. Schieder, Stuttgart 1979, S. 1314.

7) Hans Lemberg (vgl. Anm. 5) vergleicht die „Option" der Südtiroler nach dem „Anschluß" Österreichs im Jahre 1939 und die sog. „Umsiedlung" der Deutschbalten 1939/40 direkt mit dem griechisch-türkischen „Transfer" von 1923 ff. Das Muster von Lausanne sei auch hier angewandt worden im Dienste der Interessensphären-Abgrenzung zwischen den vertragschließenden Staaten (Deutschland-Italien bzw. Deutschland-Sowjetunion). Im letzteren Fall wird jedoch übersehen, daß den Umsiedlungsaktionen, denen übrigens auch bilaterale Verträge zwischen Deutschland und Estland bzw. Lettland zugrunde lagen, letztlich auf Kosten der Staatlichkeit von Eesti und Latvija gingen, ebenso wie die Abgrenzung der Interessensphären unmittelbar gegen Polen gerichtet war. Diese Verträge hatten also keineswegs „eine durchaus ähnliche Funktion" (Lemberg, S. 127), wie die oben genannten Aktionen in Griechenland und der Türkei oder auch in Südtirol.

vom 23. August 1939 hatte zwar Umsiedlungsverträge zur Folge, die den Abtransport der betroffenen Minderheiten regelten. Es kann jedoch nicht übersehen werden, daß diese Umsiedlung eine Zwangswanderung war, daß ihr eine „diktierte Option" zugrunde lag.[8]

Hatten die bisher beschriebenen Bevölkerungsbewegungen trotz ihres Zwangscharakters für die Betroffenen noch insofern eine Perspektive, als sie mit einer planmäßigen Ansiedlung an einem neuen Ort unter neuen Bedingungen verbunden waren, so beginnt mit der Besetzung Polens durch deutsche, 2 1/2 Wochen später auch durch sowjetische Truppen das düstere Kapitel der Austreibungen neuer Qualität. Auch in den von der Sowjetunion besetzten Gebieten von Estland bis Polen sind viele Menschen durch Zwangsumsiedlungen um ihr Hab und Gut, ihre Heimat und ihre Familien und Nachbarn gebracht worden. Ein unvorstellbar größeres Ausmaß allerdings nahmen die Entvölkerungsmaßnahmen der nationalsozialistischen Behörden und Verbände an, die von zahlreichen Sonderbehörden in Polen, vor allen Dingen im späteren Warthegau, durchgeführt wurden. Der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, wurde am 7. Oktober 1939 zum „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums" ernannt. Zahlreiche verschiedene Sonderbehörden schafften durch Nacht- und Nebel-Aktionen den sog. Lebensraum im Osten für deutsche Siedler. Sie wurden in das sog. „Generalgouvernement" abgeschoben und hatten Platz zu schaffen für die neu anzusiedelnden Deutschen aus Ost und West. Mit dieser gewaltigen Austreibung von Polen und Juden aus ihren Häusern beginnt der große Leidensweg der Völker Ost-Mitteleuropas und Rußlands

---

[8] „Diktierte Option" ist der Titel der umfassenden Dokumentation der Umsiedlung der Deutschbalten aus Estland und Lettland von 1939 – 1941 (Nachumsiedlung), die Dietrich A. Loeber zusammengestellt und eingeleitet hat (Neumünster 1972). Zur Kontroverse, die vor allem die Einleitung Loebers unter Deutschbalten ausgelöst hat, weil er angeblich die Motive der Umsiedler zu wenig berücksichtigte, vgl. den Artikel von Arved Freiherr von Taube „Stalins oder Hitlers Untertanen? Der Exodus der Deutschbalten – Plebiszit gegen Moskau" in der „Zeit" Nr. 53/1 vom 28. 12. 1973. M. E. hat Loeber mit dem gestochenen Paradoxon einer diktierten Option die widersprüchliche Basis der Entscheidung von ca. 84.000 Umsiedlern aus Estland und Lettland richtig getroffen.

unter der Herrschaft des nationalsozialistischen Imperialismus.[9] In beeindruckenden Dokumentationen und Untersuchungen ist dargestellt worden, daß mit dem „Generalplan Ost" im Namen der Schaffung eines deutschen Siedlungskerns in Osteuropa Bevölkerungsumsetzungen unvorstellbaren Ausmaßes geradezu zum Prinzip werden sollten.[10] In der Zeitschrift „Polish Western Affairs" wird nachgewiesen, daß die Planungsbeauftragten des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) im Februar und April 1942 daran dachten, von den etwa 45 Millionen nicht-deutschen Bewohnern Ostmitteleuropas und Osteuropas zwischen Ingermanland und der südlichen Ukraine etwa 31 Millionen nach Westsibirien „umzusiedeln". Die Differenz von 14 Millionen wurde entweder dazu ausersehen, „eingedeutscht" oder zu Arbeitsdienstleistungen herangezogen zu werden, oder war, wie die etwa 5 – 6 Millionen Juden, für ein Vernichtungsprogramm vorgesehen, wobei ausdrücklich auch an eine Vernichtung durch übermäßige Arbeitsanforderungen gedacht wurde. Der Protokollant der Besprechung vom 4. Februar 1942 bevorzugt für letzteres den Ausdruck „Verschrottung".[11] Die freiwerdenden Riesenräume sollten in einem 30jährigen Besiedelungsprogramm – Himmler dachte sogar nur an 20 Jahre – mit deutschen oder „deutsch-verwandten" Bevölkerungskernen aufgefüllt werden. Dabei ging Himmler in einem Schreiben vom 12. Juni 1942 davon aus, daß in einem Zwanzigjahresplan nach dem Kriege die „totale

---

[9] Vgl. M. Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939 – 1945, Stuttgart 1961. Einführend zum Beginn des Zweiten Weltkrieges; L. Gruchmann, Der Zweite Weltkrieg, München 1967 (neuere Auflagen). = (Weltgeschichte des 20. Jh., Bd. 10), bes. S. 34 ff. A. Hillgruber, Forschungsstand und Literatur zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. In: Sommer 1939. Die Großmächte und der europäische Krieg, hrsg. v. W. Benz und H. Graml, Stuttgart 1979, S. 337 – 364.

[10] H. Heiber, Hrsg., Dokumentation: Der Generalplan Ost. In: VZG 6, 1958, S. 281 – 325. Cseslaw Madajczyk, Hrsg., Generalplan Ost. In: Polish Western Affairs 3, 1962, S. 391 – 442. (intus S. 401 ff. der eigentliche „Generalplan" vom Juni 1942, vorgelegt von SS-Oberführer Prof. Dr. Konrad Meyer-Hetling, Berlin-Dahlem. Untertitel: „Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaues"). Zur nationalsozialistischen Politik in den besetzten sowjetischen Gebieten immer noch grundlegend: A. Dallin, German Rule in Russia, 1941 – 1945, London 1957.

[11] Vgl. „Bericht über die Sitzung am 4. 2. 1942 bei Dr. Kleist über Fragen der Eindeutschung, insbesondere in den baltischen Ländern", verfaßt von Dr. Erhard Wetzel, Mitarbeiter in der Hauptabteilung I von Rosenbergs Ostministerium. Abgedruckt bei Heiber (Anm. 10), S. 293 ff., Zitat S. 295.

Eindeutschung" von Estland und Lettland sowie des gesamten Generalgouvernements gelingen werde.[12] Gedacht wurde an eine jährliche Quote von 45 – 50.000 deutschen Neusiedlerfamilien, später sollten jährliche Zuwächse von 20 – 30.000 Familien hinzukommen. Wenn nach Stalingrad auf Befehl Hitlers die Präzisierung derartiger Planspiele auch unterblieb, so ist doch klar, daß die Umsetzung riesiger Bevölkerungsgruppen Hauptgegenstand der Nachkriegsplanung im Osten war. In Prozentzahlen ausgedrückt: 80 – 85 % der überlebenden Polen, 65 % der Westukrainer, 75 % der Weißruthenen sollten als Angehörige rassisch minderwertiger Bevölkerungsgruppen nach Sibirien „umgesetzt" werden.[13]

Man sollte allerdings die Fähigkeit zu geordneten Maßnahmen nicht überschätzen. Planmäßig war zunächst und vor allem die Vernichtung der Juden und der polnischen Intelligenz. Im übrigen waren chaotische Deportationen, Vertreibungen, die mit Kriegserfordernissen, Arbeitseinsätzen, Siedlungsplänen und Eindeutschungsverfahren begründet wurden, an der Tagesordnung, die alle Zeichen der nationalsozialistischen polykratischen Herrschaftspraxis trugen. Als Beispiel für die Umsiedlungen nationalsozialistischer Kolonisatoren sei auf die „Schwarzmeerdeutschen" verwiesen, die noch 1944 „heimgeholt" und im Warthegau angesiedelt wurden. Ein Jahr später ereilte sie dann das Schicksal der Zwangsansiedlung hinter dem Ural unter sowjetischem Vorzeichen.[14]

Es ist diese jedes vorstellbare Maß überschreitende Bereitschaft zur Umsetzung und Vernichtung von Menschenleben, die den historischen Hintergrund für die Vorgänge abgeben, die wir unter den Stichworten „Flucht" und „Vertreibung" zusammenfassen.

Mit Recht ist allerdings auch darauf hingewiesen worden, daß die

---

12) Vgl. Brief Himmlers an SS-Oberführer Greifelt (Chef des Stabshauptamtes der SS beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums [RKF], H. Himmler) vom 12. Juni 1942. Ebd., S. 325.

13) Vgl. Einleitung von Madajczyk (Anm. 10), S. 392.

14) Vgl. Lemberg (Anm. 5), S. 128 f. Gründliche Studie zur nationalsozialistischen Kompetenzenvielfalt und -konkurrenz: P. Hüttenberger, Nationalsozialistische Polykratie. In: Geschichte und Gesellschaft 2, 1976, S. 417 – 442.

Flucht vor der herannahenden Kriegsfront eine elementare Form menschlichen Verhaltens darstellt, die so alt ist wie die Menschheit selbst.[15] Auch im Zweiten Weltkrieg gab es von Anfang an massenhafte Fluchtbewegungen: die Polen flohen vor den Deutschen und vor den Sowjets, die Franzosen flohen massenhaft vor den Deutschen usw. Die Flucht der Deutschen 1944/45 weist allerdings einige Besonderheiten auf. Zum einen fällt auf, daß es Fluchtbewegungen aus dem Gebiet der Westfront so gut wie überhaupt nicht gegeben hat. Zum anderen ist die Fluchtbewegung aus den deutschen Ostprovinzen und den Gebieten Ost-Mitteleuropas wohl die ungeheuerste Bevölkerungsbewegung der Geschichte. Nach modernen Berechnungen haben sich ab Ende 1944 etwa 15 Millionen Menschen auf den Weg gemacht, fast alle von ihnen Deutsche, die allerdings keineswegs alle alteingesessene Bewohner der Territorien waren, die sie verließen. Die Zahl war vielmehr deshalb so unvorstellbar hoch, weil zahlreiche Bombenflüchtlinge aus den deutschen Westprovinzen vorübergehend in Ostdeutschland eine neue Bleibe gefunden hatten und sich nunmehr unter den Bedingungen einer Massenflucht wieder auf den Weg in ihre angestammte Heimat machen mußten. Zahlreiche Rüstungsindustrien waren im übrigen nach Osten ausgelagert worden und hatten Menschen nachgezogen. Die Tatsache freilich, daß sich gleichzeitig Millionen von Menschen auf eine ungewisse Flucht begaben, ist einzig und allein darauf zurückzuführen, daß die Furcht vor der Roten Armee voll durchschlug. Die nationalsozialistischen Behörden haben alles versucht, um massenhafte Fluchtbewegungen aufzuhalten. Vorbereitungen durften in vielen Regionen des Ostens nicht getroffen werden. Treckbefehle oder sonstige Fluchtanweisungen sind meist äußerst spät gegeben worden, wenn überhaupt. Von einer planmäßigen Organisation der Flucht kann in keiner Weise gesprochen werden; die nationalsozialistischen Organisationen versagten vielmehr fast vollständig. Das Interesse der leitenden Behörden

[15] Lemberg, S. 129.

lag darin, die Straßen für das Militär freizuhalten.[16] Wäre die Marine nicht angewiesen worden, Flüchtlinge aufzunehmen, die sich an die Ostseehäfen durchgeschlagen hatten, wäre eine absolute Katastrophe eingetreten. Es ist eine durch vielfältige Zeugenaussagen bewiesene Tatsache, daß von den nationalsozialistischen Behörden eine Evakuierung der Bevölkerung als reiner Defätismus angesehen worden wäre. Als es für planmäßige Unternehmungen schon zu spät war, setzten die wilden Fluchtbewegungen ein: Trecks über verstopfte Straßen, Fußmärsche von Frauen und Kindern, Zugtransporte in Viehwagen, Absetzbewegungen jedweder Art über Eis und Meer. Die grauenhaften Erfahrungen der Flüchtenden sind festgehalten in einer umfangreichen Dokumentation, die nach 1956 von Theodor Schieder als dem leitenden Historiker betreut worden ist. Ausgehend von Einzelschicksalen werden die Fluchterlebnisse der Betroffenen minuziös nachgezeichnet. Über 5.000 Berichte, die alle auf ihre Authentizität überprüft wurden, sind in 8 Sammelbänden und drei Ergänzungsbänden zwischen 1953 und 1961 publiziert worden. Eine Vielzahl von Berichten liegt noch ungedruckt im Bundesarchiv in Koblenz. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob es nicht Vorgänge und Ereignisse in der Geschichte gibt, die die Möglichkeiten einer Beschreibung und Darstellung übersteigen.

Einen neuartigen wichtigen Versuch, die Vorgänge um Flucht und Vertreibung neu zu durchdenken, hat der amerikanische Völkerrechtler und Göttinger Dr. der Geschichtswissenschaft, Alfred Maurice de Zayas, gemacht. In seiner Göttinger Dissertation „Nemesis at Potsdam" aus dem Jahre 1977, die 1978 unter dem Titel „Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen" erschienen ist, hat er unter Benutzung zahlreicher gedruckter und ungedruckter Dokumente die Vorgänge um „Flucht und Vertreibung" neu einzuordnen versucht.[17]

16) Für den gesamten Zusammenhang ist die „Ostdokumentation" grundlegend. Vgl. Theodor Schieder, Hrsg., Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (8 Bde. u. 3 Ergänzungsbde.). Hier vor allem Bd. I/1: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, o.O.,o.J. (Bonn 1953), S. 40 ff. u. passim.

17) Ich folge der dtv-Ausgabe von 1980, vgl. Anm. 1.

Ihm kam es zunächst darauf an, die amerikanische Öffentlichkeit mit einem Tatbestand bekannt zu machen, der in den USA weitgehend unbekannt geblieben ist, obwohl die amerikanische Regierung, wie noch zu zeigen sein wird, keine unwesentliche Rolle beim Zustandekommen wichtiger Beschlüsse des Jahres 1945 gespielt hat, die als Voraussetzung für den Verlauf der Austreibungen gewertet werden müssen. Als Amerikaner kommt de Zayas zu dem Urteil, daß die Führung der USA 1945 auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam versagt und die Prinzipien der Atlantik-Charta von 1941 verraten habe. Ziel des Buches ist es nicht allein, vergangene Fehler schonungslos aufzudecken: de Zayas ist sich vielmehr darüber im klaren, daß der in Potsdam angerichtete „Schaden", so drückt er es selber aus, nicht wieder gutgemacht werden könne; er meint allerdings, daß durch Aufklärung über Fehler der Vergangenheit Einsichten erarbeitet werden müssen, die es leichter machen könnten, heute über den Geist von Helsinki zu wachen.[18)]

Wichtig sind die Zahlen der Vertriebenen, die de Zayas für die Jahre 1945 – 50 zusammengestellt hat: Flüchtlinge und Vertriebene aus den deutschen Ostprovinzen beziffert er auf 6.944.000. Die Zahl der Vertriebenen aus der Tschechoslowakei beläuft sich nach neuesten Berechnungen auf 2.921.000. Aus den übrigen Ländern – Polen, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien – auf 1.865.000. Insgesamt sind also 11.730.000 Deutsche auf die Flucht gegangen. In der Heimat verblieben sind über 1950 hinaus in den Ostgebieten des Deutschen Reiches 1.101.000 Deutsche, in der ČSSR 250.000, in den übrigen Ländern 1.294.000 (vor allem in Rumänien). Die bisher aufgezählten 14.447.000 Deutschen haben Flucht und Vertreibung überlebt. Nach amtlichen Schätzungen sind im genannten Zeitraum im Zuge von Flucht und Vertreibung 2.111.000 Deutsche umgekommen, davon 1.225.000 in den Ostgebieten des Deutschen Reiches (also durch Einwirkung der Roten Armee und von Polen), 267.000 in der

18) Noch in allerneuester Zeit sind Jalta 1945 und Helsinki 1975 eng aufeinander bezogen worden, vgl. Fritjof Meyers Beitrag: Jalta 1945. Wie Polen verkauft wurde. In: Der Spiegel 36, H. 2, 1982, S. 76 ff.

ČSSR und 619.000 in den übrigen Ländern, also in Polen, Ungarn, Rumänien und nicht zuletzt in Jugoslawien.[19]
Bei dem Versuch zu erklären, wie es möglich war, daß die Westmächte eine solche Entwicklung nicht nur zulassen, sondern ihr sogar beistimmen konnten, komme ich zusammenfassend zu folgenden Ergebnissen:[20] Schon bei der Konferenz von Teheran im November/Dezember 1943 hat Stalin klar zu erkennen gegeben, daß er unter gar keinen Umständen bereit war, den Polen die Territorien zurückzugeben, die von der Sowjetunion zwischen September und Dezember 1939 auf der Grundlage des Hitler-Stalin-Paktes annektiert worden waren. Die politischen Führer Amerikas und Großbritanniens fühlten sich daher verpflichtet, Polen einen gerechten Ausgleich für die entstandenen Verluste zu verschaffen, war doch Polen immerhin der Anlaß dafür gewesen, daß Großbritannien und Frankreich in den Krieg eingetreten waren. Zunächst wurde an Ostpreußen, Danzig und Teile Oberschlesiens gedacht. Im März 1943 waren Roosevelt und Eden sich darin einig, daß die Deutschen aus den genannten Gebieten um des Friedens willen auf die gleiche Weise entfernt werden sollten wie die etwa 1,2 Millionen Griechen aus der Türkei nach dem Vertrag von Lausanne im Jahre 1923. Übersehen wurde allerdings, daß die Umsiedlungsaktionen von Griechen aus der Türkei und von Türken aus Griechenland etwa 6 Jahre in Anspruch nahmen. Im übrigen war damals die Zahl der Betroffenen doch deutlich geringer. Nicht zu übersehen ist außerdem die Tatsache, daß es sich im deutschen Falle nicht mehr um einen Minderheiten-Transfer handeln konnte. Mit der Bereitschaftserklärung von Teheran war vielmehr festgeschrieben, daß altes deutsches Siedlungsgebiet total von Deutschen zu entblößen sei. Mitten im Kriege hat die Vertreibung von Reichsdeutschen, die nur durch willkürliche neue Grenzziehungen in eine „Minderheitensitua-

[19] de Zayas, S. 23 f. Vgl. auch: Die deutschen Vertreibungsverluste. Bevölkerungsbilanzen für die deutschen Vertreibungsgebiete 1939/50, hrsg. v. Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart 1958 (540 S.).

[20] Vgl. auch de Zayas, S. 60 ff. Dokumente: Foreign Relations of the United States (FRUS). The Conferences at Ciro and Teheran 1943, Washington 1961, bes. S. 510, 512, 594, 597. Winston Churchill, The Second World War, Bd. 5, bes. S. 231 f. und 252 ff.

tion" gebracht wurden, eben niemanden alarmiert oder nach anderen Lösungen suchen lassen.

Alfred de Zayas stellt die Frage, wie unter den Gegebenheiten des Krieges eine solche Umsiedlung überhaupt vonstatten gehen sollte, ohne daß eine unendliche menschliche Katastrophe daraus entstehen mußte. Seiner Auffassung nach hätten die Amerikaner und Briten einer Ausweisung von ca. 9 Millionen Deutschen aus den Gebieten des zukünftigen Westteils Polens niemals zugestimmt, wenn sie das Chaos, das sich unter ihren Augen entfaltete, vorausgesehen hätten. „Sie hatten sich selbst mit dem tröstlichen Gedanken an eine international überwachte Umsiedlung beruhigt, die glatt wie eine geschäftliche Transaktion vonstatten gehen werde."[21] Später, als die Tragödie hereinbrach, sei jede Einwirkung zu spät gewesen.

In der Kritik hat de Zayas für diese Interpretation der Rahmenbedingungen von Flucht und Vertreibung Feuer bekommen.[22] Tatsächlich scheint auch mir der Moralist, der aus berechtigter Empörung über das Geschehene urteilt, den Historiker ein wenig beeinträchtigt zu haben.

Daß die Sowjetunion ohne Rücksicht auf die Folgen für die betroffenen Deutschen in Ostmitteleuropa gehandelt hat, steht nach bisherigen Erkenntnissen – die sowjetischen Archive sind uns ja nicht zugänglich – wohl außer Zweifel. Für ein hartes Durchgreifen im deutschen Osten, in Polen und der Tschechoslowakei sprachen allerdings nicht nur Rachegedanken, wie immer wieder gerade auch in westdeutschen Publikationen zum Thema betont wird, wo den radikal antideutschen Haßartikeln Ilja Ehrenburgs eine besondere Beweiskraft eingeräumt wird. Wie auch de Zayas herausarbeitet, kam es der sowjetischen Führung vielmehr vor allem darauf an, durch eine ungehemmte Unterstützung nationaler Forderungen der Polen und der Tschechen nach neuen Grenzen bzw. nach einer Aufhebung des Mün-

---

21) de Zayas, S. 35.

22) Besonders von J. W. Brügel, in: Neue Politische Literatur XXV, 1980, S. 259–262; aber auch L. Kettenacker, in: Historische Zeitschrift 227, 1978, S. 222–224 hält de Zayas' Buch in mancher Hinsicht für einseitig.

chener Abkommens ihre eigenen territorialen Forderungen auf ehemalige polnische Gebiete vergessen zu machen. Die sowjetische Propaganda zielte darauf ab, jeden als Deutschenfreund zu desavouieren, der ihre Maximalforderungen hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie und hinsichtlich der Vertreibung der Deutschen aus den sudetendeutschen Gebieten nicht voll unterstützte. Während die polnischen Exilpolitiker in London mit dem Herannahen der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands von Churchill in massiver Weise gezwungen wurden, auf die ostpolnischen Territorien – etwa das rein polnische Lemberger Gebiet – zu verzichten, gelang es dem sowjetabhängigen Lubliner Komitee, mit dem ungehemmten Eintreten für die Oder-Neiße-Linie Punkte zu sammeln. Die Westmächte wurden in die Defensive gedrängt, weil jede Argumentation für eine Milderung der Austreibungen von der sowjetischen Propaganda als falsche Weichheit und als prodeutsche Konspiration ausgelegt wurde.[23] Im übrigen spricht vieles dafür, daß die Westmächte sich in einer Zwickmühle befanden: einerseits hatten sie der Argumentation Stalins, daß die Sowjet-Union in besonderer Weise unter dem Kriege gelitten habe, nicht viel entgegenzusetzen; andererseits waren sie der Auffassung, daß der Krieg in Fernost gegen Japan nur mit Hilfe der Sowjet-Union rasch beendet werden konnte; zum dritten sahen sie zu ihrem Schrecken, daß jede Bemühung um einen vorläufigen Stop der ungeregelten Austreibungen etwa aus der ČSSR die von ihnen gestützten bürgerlichen Politiker nach innen schwächte. Aus den amerikanischen Aktenpublikationen geht hervor, daß der amerikanische Botschafter in Prag, Steinhardt, seine Regierung bedrängte, den Aussiedlungswünschen des Prager Regimes unter Beneš keinen Widerstand entgegenzusetzen. Steinhardt befürchtete, daß eine „Weichheit" gegenüber den Deutschen und westliches Zögern in der Frage der sogenannten Aussiedlungen das politische Gleichgewicht in der Prager Regierung zwischen Kommunisten und Nicht-Kommunisten zugunsten der ersteren unter Gottwald stören könnte.[24]

[23] Vgl. de Zayas, S. 66 – 69 und 70 ff. Eine gute Darstellung der Zusammenhänge biete H. G. Lehmann, Der Oder-Neiße-Konflikt, München 1979, bes. S. 21 ff.

[24] Vgl. Brügels Rezension S. 261. Leider nennt Brügel kein Datum.

Verfolgen wir in diesem Zusammenhang die einzelnen Schritte, die zur Vorbereitung von Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten und Ostmitteleuropa Ende Januar 1945 eingeleitet wurden: Die Außenminister der USA und Großbritanniens besprachen sich 3 Tage vor Beginn der Konferenz mit Stalin in Jalta auf einem Kriegsschiff vor der Insel Malta. Dort äußerte der britische Außenminister Eden am 1. Februar seine Besorgnisse über die neuesten Forderungen des polnischen, von Stalin gesteuerten Lubliner Komitees, die, wenn man sie erfüllte, zur Umsiedlung von mehr Deutschen führen müßten, als man in den Westzonen aufzunehmen bereit sei. Eden und Stettinius, der amerikanische Außenminister, haben offen Zahlen ausgetauscht, die die Legende widerlegen, daß die Angloamerikaner nicht gewußt hätten, welchen Umfang das Flüchtlingselend erreichen würde, wenn man den Forderungen nachgäbe. Als Churchill und Roosevelt nach Jalta fuhren, waren sie durchaus darüber informiert, daß auch nur eine Ausdehnung Polens bis zur Oder-Neiße-Linie zusätzlich noch einmal mindestens 3 1/2 Millionen Deutsche aus ihren Wohnsitzen verdrängen würde.[25)]
Stalin wählte jedoch in Jalta eine Taktik, die bei seinen westlichen Besuchern den Eindruck erwecken sollte, daß die meisten Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie ohnehin schon geflohen seien. Während der 4. Sitzung in Jalta am 7. Februar 1945 strebte Stalin unumwunden die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, wie wir sie heute kennen, an. Als Churchill antwortete, daß eine Aussiedlung von vielen Millionen Deutschen in großen Teilen der britischen Bevölkerung Entsetzen hervorrufen würde, hat Stalin kühl geantwortet, daß die meisten Deutschen ohnehin schon alle Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie verlassen hätten. Wenn dieses Gespräch tatsächlich in allen Einzelheiten so verlaufen ist, war diese Feststellung eine Lüge: insgesamt, so ist errechnet worden, befanden sich noch 5 Millionen Deutsche im Februar 1945 östlich von Oder und Görlitzer Neiße.[26)]

[25)] Vgl. FRUS. The Conferences at Malta and Yalta 1945. Washington 1955. Protokoll der Besprechung zwischen Eden und Stettinius vom 1. 2. 1945. S. 508 f.
[26)] Ebd., S. 907 f. Vgl. auch de Zayas, S. 102 f.

Bekanntlich brachte die Jaltaer Konferenz keine Übereinkunft in Fragen der zukünftigen polnischen Westgrenze und damit auch keine Regelung hinsichtlich der Austreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa und Ostdeutschland. In den 5 Monaten zwischen Jalta und Potsdam fielen jedoch die schwerwiegenden militärischen Entscheidungen. Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 7. Mai in Reims und am 8. Mai in Berlin wurde Deutschland entsprechend dem Londoner Protokoll vom 12. September 1944 in vier Besatzungszonen eingeteilt. In der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 übernahmen die Alliierten die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, wie es hieß „innerhalb der Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden". Im Sommer 1945 befand sich jedoch ein großer Teil der Flüchtlinge noch auf dem Boden der sowjetischen Besatzungszone, so daß die Westmächte in ihren Zonen noch nicht mit dem ganzen Ausmaß des Flüchtlingselends konfrontiert wurden. Gerade auch die Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei wählten häufig den Weg in den Süden der sowjetischen Besatzungszone.

Nach dem Protokoll der Potsdamer Konferenz wies Roosevelt in der 5. Sitzung vom 21. Juli 1945 darauf hin, daß die Gebiete östlich von Oder und Neiße deutschen Charakter trügen und über 9 Millionen Deutsche dort ansässig seien. Wiederum stellte Stalin demgegenüber fest, daß viele getötet, alle übrigen vertrieben worden seien. Nicht ein einziger Deutscher, so behauptete Stalin, befinde sich auf dem Territorium, das Polen nunmehr übergeben worden sei.[27] Zwar ließ sich diese Feststellung nicht halten, da die Emissäre der polnischen Regierung von 1 1/2 Millionen verbliebener Deutscher sprachen; gleichzeitig wurde aber behauptet, daß diese Deutschen das Land freiwillig verlassen würden, sobald die Ernte eingebracht sei. Es erübrigt sich zu sagen, daß auch diese Zahl nicht stimmte, da tatsächlich noch über 4 Millionen Deutsche in den Gebieten östlich von Oder und Neiße existierten. De Zayas meint, daß die Russen und Polen dieses

---

[27] FRUS. Conference of Berlin (Potsdam), Bd. 2, S. 209 ff. Für den Zusammenhang de Zayas, S. 105 ff. Die Literatur zu Potsdam ist Legion. Verwiesen sei auf das gute Literaturverzeichnis bei de Zayas.

schließlich gewußt haben müssen, aber „weder Churchill noch nach ihm Attlee und Truman waren von dieser Tatsache unterrichtet, die sie unbedingt wissen mußten, um eine bindende Entscheidung über das Schicksal von Millionen Menschen zu treffen".[28] Der „eiserne Vorhang" habe ihnen die genauen Informationen unmöglich gemacht. Die westlichen Spitzenpolitiker hätten aber einer Ausweisung von weiteren 4 Millionen Deutschen unter keinen Umständen zugestimmt. Diese Ausweisungen nach der Potsdamer Konferenz seien deshalb nach dem geltenden Völkerrecht „illegal" gewesen, da kein Land das Recht habe, Menschen in ein anderes Land (oder eben in eine Besatzungszone) auszuweisen, falls man dort nicht willens oder darauf vorbereitet sei, Neuankömmlinge aufzunehmen.

Obwohl, wie bekannt, Churchill noch in der 6. Sitzung am 22. Juli 1945 massiven Widerstand gegen umfangreiche Bevölkerungsverschiebungen zu leisten wünschte, kam es trotz aller gewichtigen Einwände zur Zustimmung aller Verhandlungspartner von Potsdam, wie sie in Artikel XIII des Potsdamer Protokolls im ersten Abschnitt formuliert ist: nachdem schon im Artikel IX festgestellt wurde, daß die „Häupter" der drei Regierungen der USA, Großbritanniens und der Sowjet-Union darin übereinstimmten, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens „die früher deutschen Gebiete" [meine Sperrung] unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen sollten, liest sich der Artikel XIII des Potsdamer Protokolls wie eine Bestätigung der eben zitierten Feststellung. Darin wird nunmehr bereits davon gesprochen, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der ČSSR und Ungarn zurückgeblieben sind, „in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll". Ist im Paragraph IX von den „früher deutschen Gebieten" die Rede, so werden im Artikel XIII die zurückgebliebenen Deutschen auch aus den deutschen Ostgebieten bereits als Deutsche aus Polen bezeichnet. Unter diesen Voraussetzungen steht der allgemeine Vorbehalt, daß endgültige Regelungen erst im Friedensvertrag vorgenommen

[28] Ebd., S. 105.

werden sollten, auf geschwächten Grundlagen. Die wichtigste Entscheidung in bezug auf die deutschen Ostgebiete ist wohl in der Feststellung des Artikel IX zu suchen, daß sie nach dem Willen der drei Spitzenvertreter der Siegermächte „nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland" betrachtet werden sollten.[29]

Als Völkerrechtler legt de Zayas sehr starken Wert auf die Feststellung, daß die Alliierten im Potsdamer Protokoll einen Vorbehalt formuliert hätten, der sich auf einen zukünftigen Friedensvertrag bezieht. Dagegen hat J. W. Brügel in einer kritischen Rezension des Buches von de Zayas andere Schwerpunkte gesetzt. Seiner Ansicht nach haben die Westmächte in Potsdam gegenüber der Einbeziehung der deutschen Ostgebiete in den polnischen Staat ähnliche Vorbehalte gemacht wie gegenüber der Inkorporation der baltischen Staaten in die Sowjet-Union im Jahre 1940/44. Auch letztere haben sie bis heute nicht anerkannt, was sie aber nicht daran hindert, die polnische resp. sowjetische Souveränität über die strittigen Gebiete, wie sie sich z. B. in Staatsangehörigkeitsfragen manifestiert, in der Praxis vollinhaltlich anzuerkennen.[30] Offenkundig wird die eigenartige Zurückhaltung der Westmächte in der Behandlung der Umsiedlungsfrage auf der Potsdamer Konferenz, wenn man den Bericht eines britischen Diplomaten analysiert, den de Zayas nach Auffassung von Brügel viel zu „defensiv" interpretiert. Zum Zusammenhang: zwei Monate nach der Konferenz hat der amerikanische Außenminister Byrnes dem tschechoslowakischen Botschafter der USA mitgeteilt, daß die USA nicht beabsichtige, zu Aussiedlungen anzuregen, oder in Fällen, wo andere Regelungen praktikabel wären, Verpflichtungen einzugehen. Wohl aber hätten sie eingesehen, daß „gewisse Aussiedlungen" notwendig seien, wenn auch angestrebt sei, „unterschiedslose und ungeregelte Vertreibungen zu umgehen".[31] Nach Auffassung Brügels ist diese Interpreta-

---

29) Das Potsdamer Protokoll (Abkommen) ist vielfach abgedruckt, vollständig in: Dokument zur Deutschlandfrage, hrsg. v. H. v. Siegler. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Aktion Berlin-Sperre 1961, S. 34 – 46.

30) Brügel, S. 262.

31) Ebd., S. 261; de Zayas, S. 107.

tion der amerikanischen Politik 2 Monate nach der Konferenz von Potsdam durch die Arbeit im Unterausschuß widerlegt, in dem die Formulierungen abgeklärt werden sollten, die sich auf Artikel XIII, den Umsiedlungsartikel, beziehen. Zitiert wird der Bericht des britischen Unterhändlers, Geoffrey Harrison: „Sobolew (der sowjetische Unterhändler) vertrat die Ansicht, daß der polnische und tschechoslowakische Wunsch, die deutsche Bevölkerung auszuweisen, einer historischen Mission entspreche, welche die sowjetische Regierung keineswegs zu verhindern suche. Die sowjetische Regierung halte es für die Aufgabe des Alliierten Kontrollrats (also der Chefs der 4 Besatzungszonen) in Deutschland, die Aufnahme der ausgesiedelten Bevölkerung möglichst rasch zu erleichtern. Cannon (der amerikanische Unterhändler) und ich erklärten, ... daß wir für den Gedanken an Massenausweisungen ohnehin nichts übrig hätten. Da wir sie aber nicht verhindern könnten, möchten wir dafür sorgen, daß sie in einer möglichst geordneten und humanen Weise durchgeführt würden, aber auch auf eine Art, die den Besatzungsmächten in Deutschland keine untragbare Belastung auferlegt."[32]
Während de Zayas dieses Zitat dahingehend kommentiert, daß die Hoffnungen der westlichen Alliierten, die Übersiedlungen lenken und die Zahl der Betroffenen verringern zu können, weitgehend enttäuscht worden seien, möchte ich ausdrücklich dem Kritiker Brügel zustimmen.[33] Hier wurde das Prinzip der Austreibung gar nicht mehr besprochen; die Westmächte konzentrierten sich vielmehr auf ein Rückzugsgefecht, um Zeit zu gewinnen. Mehr war offenkundig nicht zu erreichen, selbst wenn Zugeständnisse auf dem Papier fixiert worden wären. In der Praxis hätte sich ohnehin nichts geändert. Die Amerikaner handelten zwar nicht ohne Berücksichtigung humanitärer Maßstäbe, aber doch in aller erster Linie nach Maßgabe ihrer aktuellen Interessen: diese bezogen sich – ich sagte es bereits – auf die baldige Beendigung des Krieges mit Japan, auf eine mögliche Stärkung der nicht-kommunistischen Teile der Regierungen in der

32) Zitat bei de Zayas, S. 107 f.
33) Brügel, S. 261.

Tschechoslowakei und in Polen angesichts der Hoffnungen auf baldige freie Wahlen in den betreffenden Ländern (die ja bekanntlich im erwünschten Sinne nie zustande gekommen sind) und insgesamt auf Zeitgewinn angesichts des gewaltigen Übergewichts der Sowjetunion in Ostmitteleuropa. De Zayas bringt in diese geschäftsmäßig durchgeführte Interessenpolitik, in der humanitäre Gesichtspunkte wohl eine Rolle spielten, zu viel moralische und abstrakt-völkerrechtliche, von der Wirklichkeit abgehobene Gesichtspunkte (so sehr auch das dahinterstehende politische Ethos des Autors für ihn spricht). De facto waren die Westmächte wohl bereit, für längere Perioden hinzunehmen, daß die Maßstäbe der Atlantik-Charta von 1941 nicht auf Deutsche angewendet werden sollten, zumal mit der Zustimmung der westlichen öffentlichen Meinung gegenüber einer Bestrafung der Deutschen gerechnet werden konnte. Tatsächlich sind von den Maßnahmen gegen Deutsche ehemalige Nazis, Mitläufer, KZ-Wächter, aber auch KZ-Insassen deutscher Abstammung in gleicher Weise betroffen worden.[34] Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, Christen, bürgerliche Politiker sind in manchen Gegenden Deutschlands, nicht nur Polens, der ČSSR und Jugoslawiens, um keinen Deut besser behandelt worden als Schergen des NS-Regimes. Die Hypertrophie des nationalen Gedankens unter der Herrschaft des Nationalsozialismus hat in der Feindschaft gegen alle Deutschen zumindest 1945 eine gewisse Entsprechung gefunden. Es ist ja vor allem dies, was de Zayas und andere zeitgenössische Historiker ihren Zeitgenossen nahebringen wollen: daß der anglo-amerikanische Tiefflieger, der Flüchtlingstrecks auf den Landstraßen angriff, dem sowjetischen, polnischen, tschechischen und jugoslawischen Rächer des Jahres 1945 nicht immer moralisch überlegen war. Zwar hat de Zayas auch recht, wenn er wiederum angesichts der kolossalen Verluste im Osten Deutschlands und auch im Südosten Europas zwischen aktiven Trägern der Vernichtungsaktionen und ohnmächtig-abwartenden Duldern der Ereignisse unterscheiden will; doch muß heutzutage, 36 Jahre nach den Ereignissen, vor prozentualen Schuld-

[34] Darauf weist mit Recht H. Lemberg hin, vgl. S. 137 seiner Darstellung.

zuweisungen gewarnt werden. Weder reicht es aus, wie es manche westdeutsche Publikationen neueren Datums tun, das Hauptmaß der Schuld den einrückenden sowjetischen Verbänden sowie Polen, Tschechen und Jugoslawen zuzuschreiben; noch ist der historischen Aufklärung hinreichend gedient, wenn festgestellt wird, daß die deutschen Opfer der Vernichtungsaktionen von 1945 sich wegen der Naziherrschaft ihr Schicksal selber zuzuschreiben hätten. Das Buch von de Zayas weist in eine neue Richtung, wenn er sich der Mühe unterzieht, im einzelnen zu klären, warum die nicht eben häufigen Versuche eines publizistischen Protestes in Großbritannien und den Vereinigten Staaten auf kein durchschlagendes Echo gestoßen sind.[35]

Kann heute, 36 Jahre nach den furchtbaren Ereignissen, in Westdeutschland der Versuch gemacht werden, Flucht und Vertreibung adäquat zu beschreiben? In drei neueren deutschen Publikationen wird dies mit Bilddokumentationen versucht.[36] 1980 erschien „Flucht und Vertreibung" von Frank Grube und Gerhard Richter. 1981 haben Eva Berthold und Jost von Morr einen eindrucksvollen Band unter dem Titel „Geflohen und vertrieben" herausgebracht. Günter Böddeker, der stellvertretende Chefredakteur der „Welt am Sonntag", geht in seiner breit angelegten Dokumentation zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten von Einzelschicksalen aus und baut seinen Bericht auf den Materialien auf, die in der sogenannten „Ostdokumentensammlung" im Bundesarchiv Koblenz unter der Leitung von Theodor Schieder gesammelt und geordnet wurden. Dieses von anderen gesichtete und nach den Methoden der Geschichtswissenschaft geordnete Material macht Böddeker sich zunutze, indem er eine Auswahl der dort zusammengestellten Berichte zur Grundlage der Dokumentation in seiner Zeitung wählte. Das große Leserecho hat wiederum eine Fülle zusätzlicher Details hervorge-

---

35) Vgl. de Zayas, S. 98 ff.

36) Frank Grube/Gerhard Richter, Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947, Hamburg 1980; Günter Böddeker, Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen im Osten, München, Berlin 1980; Rudolf Mühlfenzl, Hrsg., Geflohen und vertrieben. Augenzeugen berichten, Königstein/Ts. 1981.

bracht, die seiner eigenen Auffassung nach der Darstellung zugute gekommen sind.
Niemand wird dieses Sachbuch unter dem Titel „Flüchtlinge" ohne Bewegung lesen können, doch, wie ich glaube, auch nicht ohne Unbehagen über die gewählte Methode der Darstellung. Allein durch manche Kapitelüberschriften, die wenig Fingerspitzengefühl verraten, wird ein reißerischer Nebeneffekt erzielt: Ostpreußen 1945 – Menschenjagd; das Frische Haff – Tod im Eis; Königsberg: Menschenfleisch; Pommern: Verbrannte Erde; Prag: Scheiterhaufen; Östlich von Oder und Neiße I: Der Marsch der Elenden; Östlich von Oder und Neiße II: Qualen ohne Maß; Östlich von Oder und Neiße III: Die große Plünderung; Teheran, Jalta, Potsdam: Der Streit um die Beute. Dem Verfasser geht es nach seinen Worten vor allem darum, nichts zu beschönigen, was geschehen ist, und er nimmt für sich laut Klappentext in Anspruch, „dieses Kapitel deutschen Leidens und deutscher Not" so zu beschreiben, wie es noch nie beschrieben worden sei. „Deutsches Leiden und deutsche Not" – das klingt im Sinne Mitscherlichs mehr nach Selbstverteidigung und Selbstmitleid als nach Realitätsbewußtsein. Dazu zwei kurze Textausschnitte: der erste Satz des Buches lautet: „Der Untergang des deutschen Ostens begann am Donnerstag, dem 22. Juni 1944: Er begann in einem Gebiet, das viele hundert Kilometer von den Grenzen des Reiches entfernt war. Dieser Donnerstag war der dritte Jahrestag des Kriegsbeginns im Osten. Und an diesem Jubiläum entfesselte das sowjetische Oberkommando die größte Offensive des Krieges im Osten"[37]... Eine solche Eröffnung nenne ich reißerisch; ihre Aussage ist im übrigen schlicht falsch. Nach übereinstimmender Auffassung der Forschung war der Krieg im Osten, wenn nicht schon bei seinem Beginn, spätestens im Winter 1941/42 verloren. Der „Untergang des deutschen Ostens" ist nicht in erster Linie auf einen strategischen Entschluß vom Sommer 1944 zurückzuführen, wenn man den Anspruch erhebt, den Realitäten ins Auge sehen zu wollen. Ein zweites Beispiel: die Einleitung des Berichts über die Situation in Pommern lautet wie folgt:

[37] Böddeker, S. 11.

„Ende Januar 1945 brach der Jammer in die friedvolle Welt des Superintendenten Otto Gehrke, Pastor an der St. Petrikirche der Stadt Stolp in Pommern, ein. Im Erdgeschoß des Pfarrhauses drängten sich immer häufiger abgehärmte Frauen und Kinder mit bleichen Gesichtern“[38]... Flucht und Vertreibung können nicht adäquat erfaßt werden, wenn das simple Sprachmittel des Kontrastes verwandt wird, um Pseudorealität zu erzeugen. Wo war denn die Welt eines Superintendenten in Pommern vor dem Januar 1945 friedvoll? Waren die deutschen Frauen aus Ostpreußen, die ihre Männer im Kriege wußten oder bereits verloren hatten, erst seit den Trecks entlang der Ostseeküste „abgehärmt“? Ein Blick in das „Ostpreußische Tagebuch“ des Grafen Lehndorff oder in Marion Gräfin Dönhoffs ergreifendes Ostpreußenbuch mit dem Titel „Namen, die keiner mehr nennt“ genügt, um zu erkennen, daß die von Mitscherlich geforderte „Trauerarbeit“ vor allem Distanz zum eigenen Erleben und ein realitätsbezogenes Identitätsbewußtsein verlangt.

In eine Dokumentation mit einem so großen Bildteil, wie sie von Böddeker vorgelegt worden ist, gehören gewiß die erschütternden Photographien von Nemmersdorf, wo die NS-Propaganda die nach der Rückeroberung gefundenen entstellten Leichen von ostpreußischen Frauen und Kinden filmen und photographieren ließ, um den Widerstandswillen der deutschen Zivilbevölkerung zu stärken; ebenso beeindrucken die Bilder von den endlosen Flüchtlingstrecks über die Eisdecke des Frischen Haffs zur Kurischen Nehrung; die Aufnahmen von den Rettungsaktionen in Gdingen, von den Flottenverbänden, die Millionen von Flüchtlingen über die Ostsee retteten, von der mit deutschen Flüchtlingen voll besetzten „Wilhelm Gustloff“, die nicht im Zielhafen ankam und 2.000 Menschen mit sich in die Tiefe zog, von Alten und Kindern, die einzeln weinend und ohne Schutz um Brot baten, von Massenlagern und Massenaktionen gegen Deutsche, vor allem in Prag und in Jugoslawien. Wer so viel Szenen von brennenden deutschen Städten, schießenden Rotarmisten, geplünderten Trecks, verängstigten Flüchtlingen, verzweifelten Bombenop-

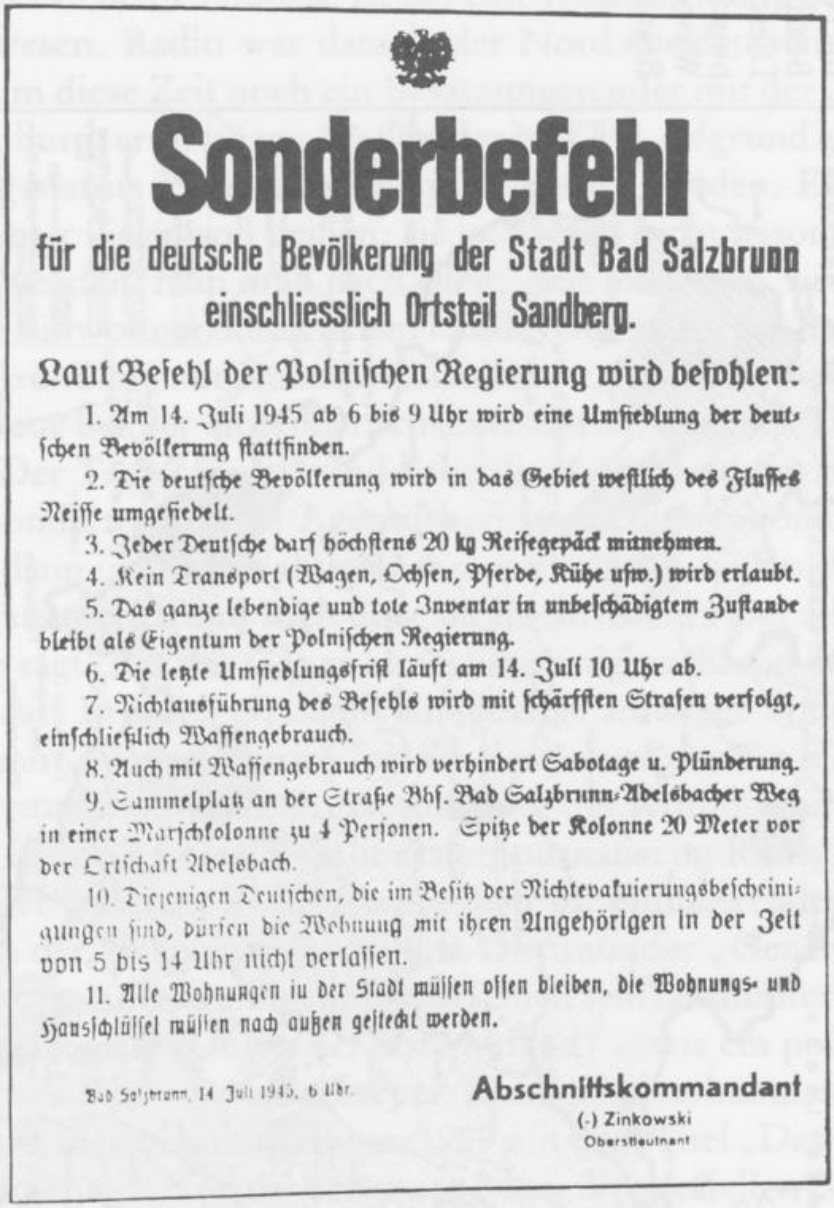
[38] Ebd., S. 91.

fern, vor allem in Dresden, zeigt, sollte es nicht versäumen, wenigstens ein Bild zu zeigen, das die beklemmende deutsche Not des Jahres 1945 in einen größeren Zusammenhang stellt. Dies geschieht in der überzeugenderen Dokumentation von Eva Bertold und Jost von Morr (aufbauend auf der Fernsehdokumentation des Chronos-Film-Verlages Berlin): die Bilddokumentation wird eröffnet mit 2 Bildern, die polnische Frauen und Männer auf der Flucht zeigen. Darunter steht: „September 1939: Polen fliehen vor den einmarschierenden deutschen Truppen. Es sind die ersten Flüchtlinge des 2. Weltkrieges." Bildunterschriften und historische Beiträge analysieren das Geschehen präzise.[39] Demgegenüber fällt die historische Einleitung des Fernsehjournalisten Rudolf Mühlfenzl allerdings ab. Es kann nicht nur die Aufgabe einer einleitenden Darstellung sein, „eine Schleuse zu öffnen für einen Stau von bisher weitgehend tabuisierten Erinnerungen und Empfindungen". Wohl aber zitiert Mühlfenzl einen Leserbrief zur Fernsehsendung über Flucht und Vertreibung im Januar 1981, der es Wert ist, festgehalten zu werden: „Ich bin selbst eines jener zahllosen Kinder, die in der Zeit vom 21. Januar 1945 bis 27. Januar 1945 auf der Flucht aus der Stadt Breslau alleine und auf sich selbst gestellt waren.

... Danken Sie jenen fremden Frauen und den Soldaten, die uns aus dem Feuer, aus meterhohem Schnee rissen, die uns zwischen Erfrorenen herausholten, ihren letzten Bissen Brot mit uns fremden Kindern teilten und uns trösteten, die wir gelähmt von Entsetzen waren, ohne Tränen und auch Worte. ... Ich habe nie die Kraft gehabt, zu danken oder nach dem Namen zu fragen, unsere letzte Kraft wurde ja verzehrt, aber bei solch einer Sendung sollte doch die Möglichkeit zu einem Dank bestehen"...[40] Wenn es richtig ist, daß Erziehung zum Frieden Erziehung zur Wahrheit voraussetzt, dann kann diese Wahrheit zweifellos nicht nur in dem Versuch liegen, die Bedingungen des vergangenen Geschehens möglichst vollständig aufzuklären, so wichtig dies auch ist. Viel wichtiger wäre es, daß wir Deutschen eine politische Identi-

[39] Mühlfenzl, S. 20 f. Entsprechende Fotos auch bei Grube/Richter.
[40] Ebd., Einleitung S. 8 – 12. Zitate S. 10 u. 12.

tät entwickeln, die es auch uns im offenen Gespräch mit unseren Nachbarn in Ost und West ermöglicht, in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft Versöhnungs- und Trauerarbeit zu leisten, wie sie die Opfer von Flucht und Vertreibung verdienen.



# Sonderbefehl

## für die deutsche Bevölkerung der Stadt Bad Salzbrunn einschliesslich Ortsteil Sandberg.

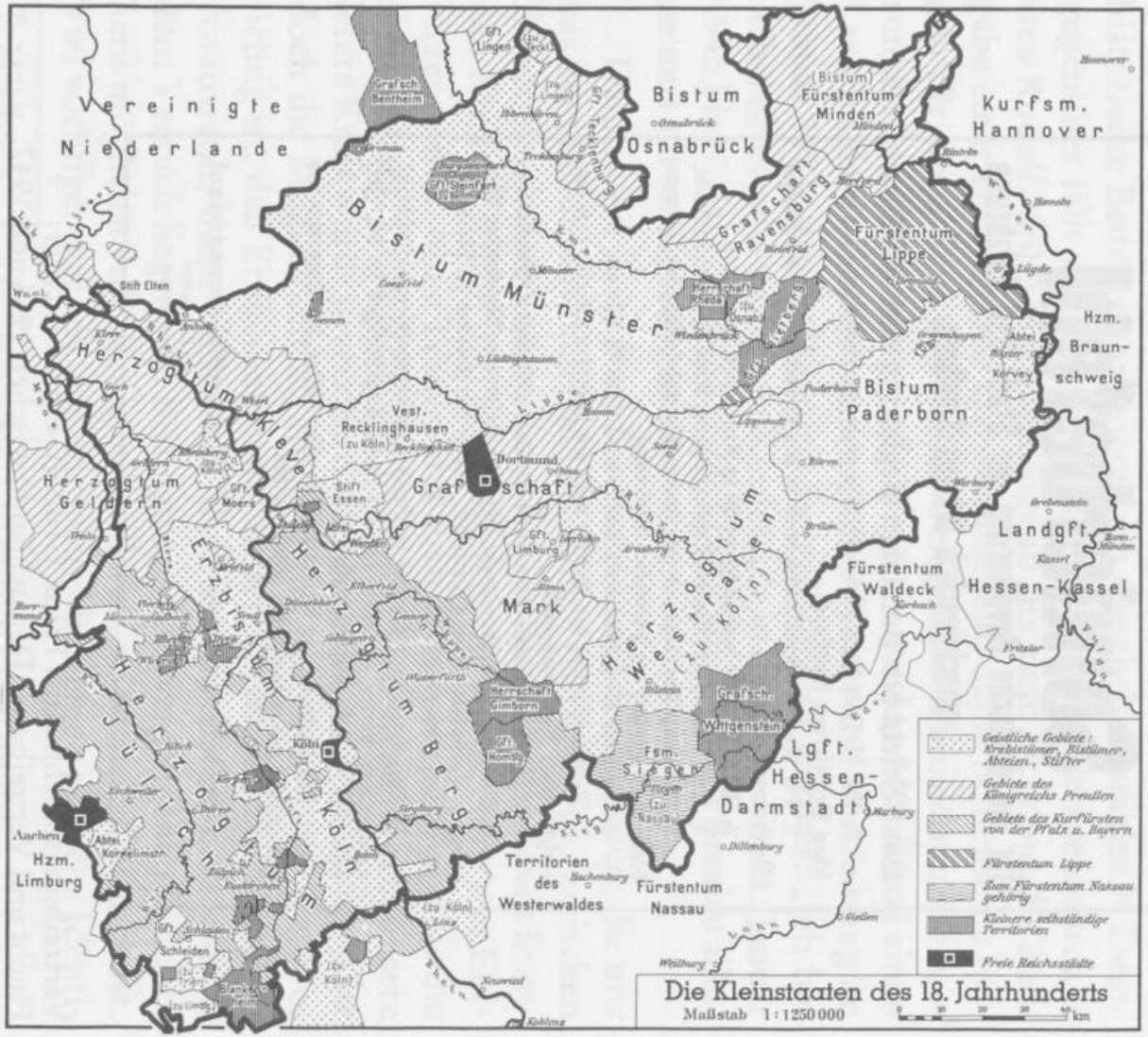
**Laut Befehl der Polnischen Regierung wird befohlen:**

1. Am 14. Juli 1945 ab 6 bis 9 Uhr wird eine Umsiedlung der deutschen Bevölkerung stattfinden.
2. Die deutsche Bevölkerung wird in das Gebiet westlich des Flusses Neisse umgesiedelt.
3. Jeder Deutsche darf höchstens 20 kg Reisegepäck mitnehmen.
4. Kein Transport (Wagen, Ochsen, Pferde, Kühe usw.) wird erlaubt.
5. Das ganze lebendige und tote Inventar in unbeschädigtem Zustande bleibt als Eigentum der Polnischen Regierung.
6. Die letzte Umsiedlungsfrist läuft am 14. Juli 10 Uhr ab.
7. Nichtausführung des Befehls wird mit schärfsten Strafen verfolgt, einschließlich Waffengebrauch.
8. Auch mit Waffengebrauch wird verhindert Sabotage u. Plünderung.
9. Sammelplatz an der Straße Bhf. Bad Salzbrunn-Adelsbacher Weg in einer Marschkolonne zu 4 Personen. Spitze der Kolonne 20 Meter vor der Ortschaft Adelsbach.
10. Diejenigen Deutschen, die im Besitz der Nichtevakuierungsbescheinigungen sind, dürfen die Wohnung mit ihren Angehörigen in der Zeit von 5 bis 14 Uhr nicht verlassen.
11. Alle Wohnungen in der Stadt müssen offen bleiben, die Wohnungs- und Hausschlüssel müssen nach außen gesteckt werden.

Bad Salzbrunn, 14 Juli 1945, 6 Uhr.

**Abschnittskommandant**
(-) Zinkowski
Oberstleutnant

Vertreibungsbefehl. Aus: Frank Grube/Gerhard Richter: Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980, S. 1977.




Nordrhein-Westfalen.
Aus: Westermann-Atlas. Heimat und Welt. Ausgabe für Nordrhein-Westfalen. Bearbeitet nach C. und P. Diercke von der Karthographischen Anstalt Georg Westermann, Braunschweig. Braunschweig 1965, S. 13.

Walter Först

# Zwischen Besatzungspolitik und Landesgeschichte
## Zur Geschichte Nordrhein-Westfalens

Als das Radio in der britischen Besatzungszone am 18. Juli 1946 meldete, die Briten hätten sich entschlossen, das Land Nordrhein-Westfalen zu bilden, ist das eine Radiomeldung unter vielen gewesen. Radio war damals der Nordwestdeutsche Rundfunk, um diese Zeit noch ein Besatzungssender mit der Zentrale in Hamburg; erst Anfang 1948 ist der NWDR aufgrund eines Besatzungsstatuts in deutsche Hände gegeben worden. Eine Meldung unter vielen soll heißen: sie ist damals nicht besonders beachtet worden; man muß nach allem, was man weiß, vermuten, daß die Einwohner dieses neuen Landes andere Sorgen hatten, als seine Gründung zur Kenntnis zu nehmen. Ich selbst war damals Redakteur bei der amerikanisch-lizenzierten Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel" und habe die Radiomeldung nicht gehört, sondern in einem Agenturbericht nachlesen können. Wir haben dann in der Redaktion sehr wohl über diese Landesgründung gesprochen und auch über sie geschrieben. Aber als jungen Leuten sagte uns das Ganze zunächst wenig, während der Chefredakteur, Erik Reger, damit eine Menge anfangen konnte. Reger stammte vom Rhein und war in den Jahren der Weimarer Republik zunächst in der Presseabteilung des Krupp-Konzerns in Essen, dann als freier, linksliberaler Journalist im Ruhrgebiet tätig, unter anderem als Korrespondent für ein führendes Regionalblatt der zwanziger Jahre, den Dortmunder „Generalanzeiger". Anfang der dreißiger Jahre erschien sein berühmter Krupp-Schlüsselroman „Union der festen Hand" sowie ein polemisch-satirischer Roman über Essener Kommunalverhältnisse in der Zeit der Eingemeindungen von 1929 mit dem Titel „Das wachsame Hähnchen". Von daher kannte Reger die speziellen Probleme des Ruhrgebiets, Fragen der rheinisch-westfälischen Zusammenarbeit und die eher passive Rolle, die das Revier seit der Kaiserzeit in der Reichspolitik gespielt hatte. Außerdem war er Fö-

deralist, der die Gefahren des Zentralismus gerade in der jüngeren deutschen Geschichte sehr wohl einzuschätzen wußte, und mit der Bildung der neuen Nachkriegsländer wurde der Föderalismus wieder aktuell.

Ein Datum wie der 18. Juli 1946 mit der Rundfunkmeldung, die ganz knapp mitteilte, daß die britische Militärregierung in Berlin am Tag davor die Landesgründung bekanntgegeben habe, ist gewiß ein historisches Datum, wenn es auch, wie gesagt, fast unbemerkt blieb. Vor allem hat damals kaum jemand gewußt und wissen können, was die Engländer veranlaßte, dieses neue Land zu gründen. Erst neuerdings sind Teile der britischen Akten von damals der deutschen Forschung zugängig, die vieles über Motivation und Zusammenhänge aussagen. Die Entstehungsgeschichte des Landes bekommt damit eine breitere Basis, obwohl die Aufschlüsse, die die britischen Akten geben, nicht zu wesentlich anderen Ergebnissen führen. Daß die Landesgründung nicht gerade populär war, weil die Menschen andere Sorgen hatten, gilt im übrigen nicht nur für den Hochsommer 1946. Man kann die ersten Landtagswahlen vom 20. April 1947 als die eigentliche demokratische Legitimation des neuen Landes ansehen. Sie waren freilich staatsrechtlich ohne Relevanz, denn die Basis des neuen Landes blieb das Besatzungsrecht, das 1949 von den Militärgouverneuren der drei Zonen auf die Hohen Kommissare überging, bis der Deutschland-Vertrag der Bundesrepublik die Souveränität zurückgab. Anders als die Wähler des 20. April 1947, die mit dem Landtag die Existenz des neuen Landes akzeptierten, haben die meisten Politiker das nur sehr zögernd getan. Das erste Bekenntnis zu Nordrhein-Westfalen legte eigentlich erst Fritz Steinhoff ab, der im Februar 1956 durch das konstruktive Mißtrauensvotum gegen den langjährigen Ministerpräsidenten Karl Arnold Regierungschef der ersten sozialliberalen Koalition wurde. Es gibt aus den ersten Jahren mancherlei Zitate, die diese Unsicherheit, den Unwillen, das neue Land zu akzeptieren, belegen. Theodor Heuß, der erste Bundespräsident, sprach bei seinem Staatsbesuch in Düsseldorf 1950 davon, daß manche der Nachkriegsländer eher auf originelle als auf originäre Weise zu-

stande gekommen seien. Und Konrad Adenauer, inzwischen Bundeskanzler, wandte sich auf einem Festakt gegen den Namen „Nordrhein", den er sobald wie möglich durch „Rheinland" ersetzt wissen wollte, und er ignorierte dabei, daß es „Rheinland" im Bindestrich-Namen eines anderen Landes längst gab. Sonst hat sich Adenauer wenig Gedanken über die Teilung der ehemaligen Rheinprovinz gemacht, die 1945 durch die Grenze zwischen der britischen und der französischen Zone quer über den Rhein bei Remagen eingetreten war. Ein Indiz für die zögernde Gewöhnung ist auch die Tatsache, daß sich die Landeshauptstadt Düsseldorf an die neue Rolle nur schwer gewöhnen konnte, die ihr sozusagen über Nacht zugefallen war. Düsseldorf zur Landeshauptstadt zu machen, war ebenfalls allein eine Entscheidung der Besatzungsmacht. Landtagspräsident Gockeln, zugleich Düsseldorfer Oberbürgermeister, ging erst Anfang der fünfziger Jahre dazu über, das Plenum des Rates der Stadt, das mangels geeigneter Räume im Rathaus im Landtags-Plenarsaal tagte, mit dem Satz einzuleiten: Ich eröffne die Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf. Und der Vorschlag des Düsseldorfer Stadtplaners Professor Friedrich Tamms von 1948, an der noch im Planungsstadium stehenden Berliner Allee ein Regierungsviertel zu bauen, das das Land dringend gebraucht hätte, weil die Ministerien zur Miete in zahlreichen Gebäuden verstreut saßen, fand weder bei der Stadt noch bei der Landesregierung Gegenliebe. Karl Arnold und seinem Finanzminister seit 1950, Heinrich Weitz, war das viel zu teuer und aufwendig, und Gockeln selbst scheute sich, in seiner Doppeleigenschaft als Landtagspräsident und Oberbürgermeister für diese Stadt mehr zu tun als für die zahlreichen anderen Großstädte des Landes. Irgendwann Anfang der fünfziger Jahre hat Gockeln einmal gesagt: Wenn die Wiedervereinigung kommt, also das Provisorium Bonn damit beendet ist und Berlin wieder deutsche Hauptstadt wird, dann gehen wir nach Bonn, und da sind wir dann auch den südlichen Teilen der ehemaligen Rheinprovinz näher, die 1946 bei der Bildung des Landes Rheinland-Pfalz in der französischen Besatzungszone in diesem anderen neuen Land aufgegangen waren.

Solche Bemerkungen sind deutliche Anzeichen dafür, daß Anfang der fünfziger Jahre die Wiedervereinigung, die als Auftrag im Grundgesetz von 1949 steht, nicht nur die Innenpolitik allgemein, sondern auch die Landespolitik bestimmte oder doch beeinflußte. Man konnte sich die Dauerhaftigkeit des Provisoriums Weststaat Bundesrepublik verständlicherweise nicht recht vorstellen. Erst die mehrjährige Diskussion über eine Länderreform, die durch die Bereisungen der Luther-Kommission ausgelöst wurde, hat von dieser Seite her nach und nach eine veränderte Betrachtungsweise um sich greifen lassen, wenn auch aus den Vorschlägen der Neugliederungskommission unter dem Vorsitz des früheren Reichskanzlers Hans Luther dann doch nichts geworden ist.

Die Gründung Nordrhein-Westfalens, von manchen auch „Bildung" oder „Entstehung" genannt, wobei dann manchmal ein bißchen Verlegenheit mitschwingt, daß es sich doch um eine Besatzungsgründung handele, ist noch auf lange Zeit hinaus mit dem lapidaren Satz charakterisiert worden, man habe sie lediglich am Grünen Tisch der Besatzungsmacht vollzogen. Abgesehen davon, daß es historisch nicht erwiesen ist und deshalb erst noch erforscht werden müßte, ob die Offiziere und Generale in der Militärregierung im Stahlhof in Düsseldorf wirklich an einem Grünen Tisch gearbeitet haben, reicht eine solche Bemerkung kaum über die Floskel hinaus. Gerade in der deutschen Geschichte sind nicht eben selten Staaten nach verlorenen Kriegen durch die Besatzung aus der Taufe gehoben oder zumindest verändert und umgegliedert worden. Man denke nur an den König von Bayern und andere regierende Häupter der Rheinbundstaaten, die alle von Napoleons Gnaden waren, auch das also, wenn man so will, Besatzungsgründungen. Die Entstehung Nordrhein-Westfalens geht unmittelbar auf die britische Entscheidung zurück, aber sie hat durchaus historische Wurzeln, wenn man auch darin keinerlei Zwangsläufigkeit zu sehen hätte. Dafür gab es Vorentwicklungen, die auf die Landesgründung zuliefen. Auf der deutschen Seite dieses Kapitels liegt es nahe, an die preußische Zeit zu erinnern. Preußen wurden auf dem Wiener Kon-

greß die Territorien im Westen zugesprochen, obwohl es 1814/15 lieber Sachsen bekommen hätte. Aber der Kongreß der Mächte entschied anders, und so wurden aus dem Flickerlteppich von einzelnen Territorien wie Kleve, Mark und Ravensberg die preußischen Westprovinzen, also Westfalen und die Rheinprovinz. Allerdings gab es am Rhein zuerst zwei preußische Provinzen, nämlich Jülich-Cleve-Berg und das Großherzogtum Niederrhein, die erst 1822 zur Rheinprovinz zusammengelegt wurden. Sitz der Bezirksregierungen wurden in Westfalen Münster, Minden und Arnsberg, im Rheinland Düsseldorf, Köln, Aachen, Koblenz und Trier und Koblenz und Münster darüber hinaus Sitz der Oberpräsidenten der beiden Provinzen. Die Industrialisierung, durch die das Ruhrgebiet entstand, konnte auf die Einteilung der Bezirke keine Rücksicht nehmen. Das hat zur Folge, daß bis heute das Ruhrgebiet auf der Ebene der staatlichen Mittelinstanz in die drei Teile zerfällt, die zu den Regierungsbezirken Münster, Arnsberg und Düsseldorf gehören. Die Industrialisierung mitsamt der Verstädterung, die durch sie ausgelöst wurde, der Masseneinwanderung von Arbeitskräften erst aus den ländlichen Gebieten der beiden Provinzen, dann aus anderen Teilen Deutschlands und schließlich, gegen Ende des Jahrhunderts, in immer stärkerem Maße aus den deutschen Ostprovinzen und aus östlichen Anrainerstaaten hat mit dem Ruhrgebiet die stärkste Verbindung zwischen den beiden preußischen Provinzen geschaffen. Es entstand rittlings auf der nordsüdlich verlaufenden Grenze zwischen Rheinland und Westfalen und dehnte sich beiderseits nach Westen und nach Osten aus. Der Bergbau kannte keine Provinzgrenzen, die Schwerindustrie ebensowenig, und die Unternehmer, die zum Teil aus den schon früher industrialisierten Teilen Belgiens oder aus der Eifel ins Ruhrgebiet wanderten, um dort ihre Betriebe auszubauen und zu arrondieren, fragten wenig danach, ob sie sich im rheinischen oder im westfälischen Teil des Reviers niederließen. Das Rheinisch-Westfälische weniger als eine landsmannschaftliche und kulturgeschichtliche Gemeinsamkeit, sondern als ein Prinzip des Zusammenlebens und des gemeinsamen Wirtschaftens ist von der

Wissenschaft, so von Bruno Kuske und Wilhelm Brepohl, als eine Lebensform analysiert worden, aus der sich eine territoriale oder eine staatliche Gemeinschaftsbildung durchaus nicht folgerichtig entwickeln mußte. Aber es gab schon früh rheinisch-westfälische Unternehmens- und Wirtschaftsverbände, später die bezirkliche Zusammenarbeit der Gewerkschaften, es gab in Essen die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", in Aachen die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule, gegründet in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, von anderen Beispielen wie der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG nicht zu sprechen. Zur Entstehungs- und Ausbreitungsgeschichte des Ruhrgebiets gehört es, daß schon in den Anfangsjahren, nämlich um 1850, Kölner Bankiers sich an zahlreichen Gründungen im Ruhrgebiet beteiligt haben, und eine nicht unbedeutende Klammer war es, daß bereits um die Jahrhundertwende Düsseldorf tatsächlich „Schreibtisch des Ruhrgebiets" war, weil viele Konzerne und Verbände von hier aus geleitet oder verwaltet wurden. Schließlich gehört auch der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk dazu, gegründet 1920 durch Gesetz des preußischen Landtags, um in die mehr oder weniger zufällig entstandenen Siedlungsstrukturen des Reviers die längst überfällige Ordnung zu bringen und in dieser verstädterten Großlandschaft genügend Grünflächen freizuhalten. Auch der Ruhrsiedlungsverband – er heißt seit ein paar Jahren mit verminderten Zuständigkeiten „Kommunalverband Ruhrgebiet" – war und ist eine rheinisch-westfälische Institution und war lange international ein Vorbild dafür, wie man eine Sonderregion, deren Grenzen nicht mit staatlichen Verwaltungsgrenzen übereinstimmen, in den Griff bekommen kann.

Das alles heißt freilich nicht, es habe eine historische Notwendigkeit gegeben, das Land Nordrhein-Westfalen zu gründen. Es gab hier keine Zwangsläufigkeiten, keine Entwicklungslinien, die unweigerlich auf die Bildung dieses Landes zulaufen mußten. Denn daß dieses Land entstanden ist, war eine Entscheidung der Besatzungsmacht ohne konkretes deutsches Zutun, und es war zudem eine Entscheidung, deren Motive mit historischen

Zwangsläufigkeiten so gut wie nichts, dafür aber sehr viel mit der internationalen besatzungs- und machtpolitischen Situation der Siegermächte zu tun hatte. Was zunächst dieses deutsche Zutun betrifft, so enthalten die britischen Akten für die Jahre 1945 und 1946, die neuerdings teilweise zur Verfügung stehen, nur geringe Spuren davon. Aber die meisten deutschen Ratschläge und Empfehlungen liefen präzise auf das hinaus, was die Briten dann getan haben, nämlich auf die Zusammenfassung der Provinzen Nordrhein und Westfalen zu diesem neuen Land. Damit erhalten die deutschen Ratschläge und Empfehlungen ihre nachträgliche Rechtfertigung und einen anderen historischen Charakter, weil sie sich mit der britischen Entscheidung vergleichen lassen. Diese deutschen Empfehlungen waren teils der Besatzungsmacht angediente Papiere, teils sind sie mündlich in Gesprächen formuliert worden, um die Besatzungsoffiziere deutsche Fachleute gebeten haben, so der Militärbefehlshaber der britischen Zone, Luftmarschall Sir Sholto Douglas, der den nordrheinischen Oberpräsidenten Robert Lehr zu sich bat und sich vortragen ließ, was dieser denn meine. Ein anderes Papier, von dem nachweisbar ist, daß es den Engländern zur Kenntnis gelangte, ist der Plan des münsterischen Oberstadtdirektors Karl Zuhorn vom 14. Mai 1946, betitelt „Entwurf eines Rahmengesetzes über die Bildung des Landes ‚Rheinland-Westfalen' innerhalb Deutschlands". Diesen Plan, der am weitesten ging, entwarf Zuhorn, als er durch ausländische Pressemeldungen von den französischen Forderungen in bezug auf eine Internationalisierung des Ruhrgebiets erfuhr. Andere Deutsche, die sich damals geäußert haben, waren der Kölner Oberbürgermeister Hermann Pünder, später Oberdirektor der Bizonenverwaltung in Frankfurt, und der spätere Düsseldorfer Ministerialdirektor Hermann Wandersleb, der dann die Vorbereitungsmaßnahmen für die Etablierung der vorläufigen Bundeshauptstadt Bonn leitete. Alle deutschen Fachleute, ob Beamte oder Politiker, fußten bei ihren Vorschlägen auf Erfahrungen, die sie schon früher gemacht hatten. Lehr war vor 1933 Oberbürgermeister von Düsseldorf gewesen, Pünder Staatssekretär der Reichskanzlei, zuletzt Regierungspräsident in

Münster, Wandersleb in Aachen bei der Bezirksregierung, und Karl Zuhorn gehörte vor 1933 zu den wichtigsten Landesräten des Westfälischen Provinzialverbandes. Diese älteren Erfahrungen besagten, auf einen Nenner gebracht, daß nach allem, was man nach 1919 mit der Rheinlandbesetzung, ihrer Ausdehnung auf fast das gesamte Ruhrgebiet 1923, der „Los-von-Preußen"-Bewegung beim Rheinischen Zentrum und den separatistischen Umtrieben der frühen zwanziger Jahre erlebt hatte, eine enge Verbindung des Rheinlands mit Westfalen nötig erschien, damit die territorialen Ansprüche Frankreichs an der deutschen Westgrenze abgewehrt werden konnten. Dabei war die Lage nach 1945 noch sehr viel schwieriger als nach 1918. Denn Frankreich hatte nun nicht, wie nach dem Ersten Weltkrieg, nur einzelne Teile der westlichen Territorien unter seiner Herrschaft, sondern war Besatzungsmacht in der gesamten südlichen Rheinprovinz, in der Pfalz und in Südwestdeutschland, in einer Zone, die sich de Gaulle im letzten Kriegswinter bei den Alliierten erkämpft hatte. Ursprünglich sollte es im deutschen Westen nur zwei Besatzungszonen geben, die britische in Nordwest- und die amerikanische in Südwestdeutschland. Als de Gaulle seine Forderungen stellte, schoben Briten und Amerikaner die französische zwischen ihre beiden Zonen ein, mit der Folge, daß damit das Rheinland in zwei Teile geteilt wurde. Das erschwerte die Länderbildung zwar nicht für die Engländer, wohl aber für die Deutschen, die sich in der Folgezeit freilich mit der rheinischen Teilung abfinden mußten und abgefunden haben. Weil die rheinisch-westfälische Zusammenfassung für sie wichtiger war, traten demgegenüber andere Motive und Argumente in den deutschen Empfehlungen zurück. Wenn der Kölner Wirtschaftshistoriker Bruno Kuske forderte, den natürlichen, räumlichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen, die darin lagen, daß das Ruhrgebiet landwirtschaftliches Hinterland brauchte, um existieren zu können, so war das nichts Neues. Dieser Austausch zwischen Industriegebiet und landwirtschaftlichen Regionen ringsum war schon mit der Entstehung des Ruhrgebiets spätestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts praktiziert worden, ein, wenn man so will, weite-

res Indiz für die erwähnte rheinisch-westfälische Gemeinsamkeit, die sehr viel älter war und ist als das Land Nordrhein-Westfalen.

Sehr viel komplizierter sind die Zusammenhänge der Landesgründung auf der britischen Seite, weil es dabei nicht allein um die britische Seite, sondern um die Position Großbritanniens im Kreis der Alliierten, also im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und der Sowjetunion, ging. England war zwar allein Herr in seiner Besatzungszone, aber es mußte im Alliierten Kontrollrat in Berlin mit den anderen Mächten zusammenarbeiten. Eine gemeinsame, aufeinander abgestimmte und von allen Mächten getragene Besatzungspolitik hat es nie gegeben. Die Potsdamer Konferenz vom Hochsommer 1945 hatte zwar den Grundsatz formuliert, das besetzte Deutschland wirtschaftlich gemeinsam zu verwalten. Aber daraus ist in der Praxis nie etwas geworden. Die Briten konnten die Bevölkerung in ihrer von Remagen bis Flensburg und Helmstedt reichenden Zone nie aus der eigenen Tasche ernähren, sondern waren in zunehmendem Maße auf amerikanische Dollarzuschüsse angewiesen. Agrarprodukte, wie sie das Rhein-Ruhr-Gebiet früher beispielsweise aus der Magdeburger Börde bezogen hatte, blieben aus, aber auch Länder mit höherer landwirtschaftlicher Produktion wie Bayern und Niedersachsen lieferten nur wenig ins Rhein-Ruhr-Gebiet. In der Reparationspolitik, also beim Abbau von Industrieanlagen, die übernommen und abtransportiert wurden, handelte die Sowjetunion höchst eigenmächtig und gegen die Intentionen der westlichen Alliierten. Alle Mächte aber hatten ein Auge auf das Ruhrgebiet gerichtet, das größte deutsche Industriegebiet. Es gab auf britischer Seite so etwas wie Konkurrenzdemontagen, also den Abbau von Industriebetrieben, um die deutsche Wirtschaft zugunsten der eigenen kleinzuhalten. Frankreich war, wie schon nach 1918, vor allem an der Ruhrkohle, die Sowjetunion an Industrieanlagen interessiert, und allen Mächten gemeinsam war das Motiv, die Ruhrindustrie für alle Zukunft nicht wieder frei schalten und walten zu lassen, weil

doch das Revier Rüstung produziert und Ruhrindustrielle schon vor 1933 Hitler finanziert hatten.

Das erste Stichwort schon Ende 1945 hieß Internationalisierung des Ruhrgebiets, also Herausnahme aus einem wie immer gearteten neuen deutschen Territorialgebilde. Mit einer solchen Internationalisierung sollten eine strenge Kontrolle der Industrie und eine weitgehende Ausschöpfung der Kohleförderung zugunsten der ehemals von deutschen Truppen besetzten Länder einhergehen. Das Ruhrgebiet aber gehörte eindeutig zur britischen Besatzungszone, und internationale Regelungen konnten nur in Übereinstimmung mit den Engländern getroffen werden. Die Engländer ihrerseits stimmten, was die Motive für die Internationalisierung betraf, zwar ideologisch weitgehend mit Franzosen und Sowjetrussen überein. Aber sie hatten ihr eigenes Konzept, das im Sinne der Labour-Regierung und vor allem ihres Außenministers Ernest Bevin auf Sozialisierung der Schlüsselindustrien hinauslief. Dementsprechend beschlagnahmten sie schon bald die Konzerne mitsamt allen Werksanlagen, unterstellten sie zunächst militärischer Aufsicht und suchten dann nach Wegen, wie die geplante Sozialisierung zu bewerkstelligen wäre. Dabei arbeiteten sie zeitweilig mit den sozialisierungsfreudigen deutschen Parteien SPD, KPD und dem linken Flügel der CDU zusammen. Aber es ist am Ende nichts daraus geworden, weil die Amerikaner kein Interesse an einer Sozialisierung gleich welchen Grades hatten, die Briten aber immer mehr von amerikanischen Finanzhilfen zur Bestreitung der hohen Kosten abhingen, die sie für ihre Zone aufbringen mußten.

Parallel dazu lief spätestens seit Anfang 1946 im Kabinett in London, in der britischen Gruppe der Kontrollkommission in Berlin und beim Militärgouverneur der Zone die Diskussion über eine bessere territoriale Gliederung der Zone. Wie alle anderen Besatzungsmächte hatten auch die Briten unmittelbar nach Kriegsende die deutsche Verwaltung auf örtlicher und regionaler Basis wiederhergestellt. In Städten und Gemeinden gab es schon sehr bald wieder örtliche Behörden, die zwar von dem jeweiligen Kommandanten abhingen, der seinerseits aber die deutschen Verwal-

tungsstellen brauchte, um eine erste vorläufige Ordnung zu schaffen. Dabei konnten die leitenden deutschen Kommunalbeamten, von der Besatzung ernannt, häufig schon sehr bald ziemlich frei schalten und walten. Zwischen dem Bürgermeister und dem Stadtkommandanten war ein ständiger Austausch unerläßlich, und die Briten haben selbst ehemalige Mitglieder der NSDAP wieder ins Amt gebracht, wenn sie keine anderen Kandidaten fanden. Bestätigt wurden in Funktion und räumlicher Zuständigkeit auch die Landkreise und die Regierungspräsidien. Selbst der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk in Essen konnte weiterarbeiten. Generell ist es in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß sich die Briten an die überkommenen Verwaltungsstrukturen hielten, die Tradition hatten und nicht zufällig waren. Ursprüngliche Pläne, die gesamte Besatzungszone in Kleinterritorien nach dem Vorbild der englischen Grafschaften einzuteilen, sind bald fallengelassen worden. Statt dessen lief die Entwicklung auf die Bildung neuer Länder zu, die in anderen Zonen, so in der amerikanischen, schon Ende 1945 eingeleitet worden war. Die Amerikaner hatten es freilich leichter als die Briten. Hier gab es mehr Traditionen, vor allem in Bayern und Hessen, während im Südwesten die Trennungslinie zwischen dem amerikanischen und dem französischen Besatzungsgebiet längs der Autobahn Karlsruhe-Stuttgart-Ulm die Länderbildung erschwerte. Bekanntlich sind erst Anfang der fünfziger Jahre mit der Bildung des Südweststaates Baden-Württemberg hier endgültige Verhältnisse geschaffen worden. In der britischen Zone gab es zwar auch eine Tradition. Aber mit der ließ sich nichts anfangen, denn daß Preußen aufgelöst werden sollte, stand von Anfang an fest. Die Möglichkeit, sich an territoriale Traditionen zu halten, die älter waren als die der preußischen Gebiete, war kein Ersatz. Zwar entstand das Land Niedersachsen, also das ehemalige Hannover vor der Annexion durch Preußen, mitsamt Oldenburg und dem Emsland. Und in Schleswig-Holstein wurde die ehemalige preußische Provinz in ein Land umfunktioniert. Aber das Problemgebiet für die Engländer war, was die neue territoriale Gliederung betraf, das Rhein-Ruhr-Gebiet, genauer ge-

sagt: die Provinzen Nordrhein und Westfalen. Gerade auch den anderen Besatzungsmächten und ihren Ambitionen gegenüber mußte Großbritannien beweisen, daß es der Aufgabe gewachsen war, das Problem der Zukunft des Ruhrgebiets im Einklang mit seinen Interessen als Besatzungsherr in diesem Raum zu lösen. Das ist freilich mit der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen durchaus noch nicht gelungen. Aus der ursprünglich geplanten Internationalisierung wurde schließlich die internationale Kontrolle durch die Ruhrbehörde, die allerdings erst 1949 errichtet wurde, also zu einer Zeit, zu der bereits der Weststaat Bundesrepublik entstand und eine Sonderkontrolle des Reviers ebenso anachronistisch erscheinen mußte wie die Fortsetzung der Demontagen, die schließlich mit dem Petersberger Abkommen vom November 1949 weitgehend eingestellt wurden.

Daß die Zukunft des Ruhrgebiets und seine besondere Situation bei der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen durch die britische Besatzungsverordnung Nr. 46 vom 23. August 1946 den Ausschlag gegeben hat, ist oft gesagt worden. Dabei muß man freilich zugleich sagen, daß die Ruhrfrage auch für die Überlegungen deutscher Experten eine entscheidende Rolle gespielt hat. Das gilt am meisten für Karl Zuhorn, der selbst später beschrieben hat, wie das Bekanntwerden der französischen Forderungen nach Internationalisierung des Ruhrgebiets der eigentliche Anlaß für ihn war, eben diesen Plan zu formulieren. Sein Gedankengang lief darauf hinaus, daß eine Herausnahme des Ruhrgebiets aus dem größeren Umland für Westfalen tödlich sein müßte, denn es würde dann nur noch ein im wesentlichen agrarisches Rumpf- und Rest-Westfalen übrigbleiben. Das war die eigentliche Motivation für Zuhorn, deshalb die Zusammenfassung von Nordrhein und Westfalen vorzuschlagen, die als Provinzen beide mit einem Bein im Ruhrgebiet standen und als Klammer über die Grenzen des Reviers hinaus allein Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit des rheinisch-westfälischen Gebietes sichern konnten. Auf englischer Seite hat man so allerdings nicht gedacht. Es gab im April und Mai 1946 bei den Briten drei territoriale Konzepte unterschiedlicher Größe, nämlich ein Land in der

Ausdehnung des Ruhrgebiets, das Ruhrgebiet mitsamt dem linken Niederrhein oder eben Nordrhein und Westfalen. In London neigte man eher dem ersten oder dem zweiten Modell zu, und man befürwortete eine Zeitlang das zweite, weil man das Ruhrgebiet allein als Land für fragwürdig hielt. Dieses Revier, natürlich militärisch besetzt und kontrolliert, konnte, so die Überlegungen im britischen Kabinett, leicht zu einem Problemgebiet werden. Unruhen unter der Bevölkerung, die bei der schlechten Ernährungslage, vor allem aber auch bei den drohenden Auseinandersetzungen über das Sozialisierungskonzept nicht unwahrscheinlich waren, hätten die Besatzungsmacht in Schwierigkeiten bringen können, wenn ihr eigener Spitzenstab und die Landesregierung mitten im Revier angesiedelt gewesen wären. Deshalb befürwortete man die zweite Lösung, also Ruhrgebiet plus linker Niederrhein, zu dem auch Düsseldorf geschlagen wurde, das schon früh bei den Briten als Hauptstadt in Erwägung gezogen wurde, eben weil es nicht mitten im Revier lag. Die britischen Diskussionen im Kabinett in London und in besonderen Ausschüssen, aber auch zwischen London und der Kontrollkommission in Deutschland gingen einige Zeit hin und her. Den Ausschlag gab schließlich Sir Brian Robertson, der stellvertretende Militärgouverneur der Zone, der auf die Empfehlungen und Vorschläge deutscher Experten baute und sehr viel weniger ideologisch fixiert war als die Labour-Regierung in London. Bei den internen britischen Diskussionen haben auch außenpolitische Argumente eine große Rolle gespielt. Man wog sehr gründlich die machtpolitische Situation Englands im Kreis der Siegermächte ab, und man war vor allem schon sehr früh strikt darauf aus, alles zu tun, um die Sowjets von der Beteiligung an einer internationalen Kontrolle des Ruhrgebiets fernzuhalten. Die Londoner Regierung hat jedenfalls sehr viel früher als die Amerikaner die Gefahr erkannt, die man heraufbeschwören mußte, wenn man der Sowjetunion Gelegenheit gab, mit Stäben, Beratern, ja vielleicht mit Truppenteilen diesseits der Elbe mitmischen zu können. Nicht wenige britische Experten argumentierten schon im Frühsommer 1946 dahingehend, daß dann eine kommunisti-

sche Infiltration Westdeutschlands nicht mehr aufzuhalten sein würde.

Mitte Juli 1946 war es endgültig soweit. Zum 15. Juli bestellte die Kontrollkommission in Berlin einige Parteivorsitzende zu sich, und zwar Konrad Adenauer, damals Zonenvorsitzender der CDU, Jakob Kaiser, den Berliner CDU-Vorsitzenden, der zu dieser Zeit noch zusammen mit Ernst Lemmer glaubte, eine Brücke von den drei westlichen zur sowjetischen Besatzungszone bilden zu können, und den SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher. Adenauer stimmte der vorgesehenen Bildung des neuen Landes Nordrhein-Westfalen ohne Zögern zu. Für ihn lag darin, wie er später in seinen Erinnerungen angedeutet hat, so etwas wie der Vollzug des Konzeptes, das er 1919 als Kölner Oberbürgermeister in einer Art Kanalisierung der Los-von-Preußen-Bewegung des Rheinischen Zentrums verfolgt hatte, nämlich die Bildung eines rheinisch-westfälischen Weststaates im Verband des Deutschen Reiches, aber nicht als eine preußische Doppelprovinz. Ganz anders Kurt Schumacher. Ihn störte vor allem die Größe des vorgesehenen Landes, das er deshalb für eine Art Neu-Preußen hielt, dominierend gegenüber den anderen neuen Ländern in der britischen Besatzungszone. Nach den bedenklichen Erfahrungen mit der Übergröße Preußens in der Weimarer Republik sollte, so Schumacher, ein solches erneutes Übergewicht vermieden werden. Aber die britische Kontrollkommission wollte von den Parteiführern nur hören, was sie denn meinten. Die Entscheidung war längst gefallen und wurde, wie gesagt, zwei Tage später in einer Pressekonferenz in Berlin bekanntgegeben, jener Pressekonferenz, über die dann, einen weiteren Tag später, am 18. Juli der Rundfunk, also der NWDR in der britischen Zone, die erste Meldung verbreitete.

Der Aufbau der Institutionen des neuen Landes ging dann relativ rasch vor sich. Die nordrheinische Militärregierung in Düsseldorf, die nun in eine Landesbehörde mit dem Land Commissioner an der Spitze umfunktioniert wurde, bestellte Rudolf Amelunxen zum Ministerpräsidenten, noch bevor die Verordnung Nr. 46 vom 23. August erlassen war, machte ihm Vorschläge für

eine Ministerliste, veranlaßte Besprechungen des ernannten Regierungschefs mit den Parteiführern, und Ende August war die Regierung etabliert, während es noch bis zum 2. Oktober dauerte, bis sich in Düsseldorf der erste Landtag konstituieren konnte, der ebenfalls aus ernannten Mitgliedern bestand. Diese sogenannte Regierungsbildung markiert deutlich, wieweit die Möglichkeiten deutscher Politik unter der Besatzungsherrschaft reichten. Die Engländer wollten eine Große Koalition unter Beteiligung aller Parteien, die dann doch nicht zustande kam, und ihre Entscheidung, Amelunxen nach Düsseldorf zu holen, war nicht unumstritten. Amelunxen, der im Hochsommer 1945 zum Oberpräsidenten von Westfalen bestimmt worden war, hatte sein Amt in Münster politisch ausgelegt. Er glaubte an die einmalige historische Chance, aus Westfalen, und zwar möglichst aus einem größeren Westfalen als der preußischen Provinz, ein selbständiges staatliches Gebilde zu schaffen. Dabei stand er im Gegensatz zum westfälischen Provinzialverband, den die Engländer 1945 als einzigen ehemaligen preußischen Provinzialverband wieder eingesetzt hatten. Der Chef dieses Provinzialverbandes, Landeshauptmann Bernhard Salzmann, war nur an der Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Provinzialselbstverwaltung interessiert und hat ja dann in der Folgezeit auch wesentlichen Einfluß darauf ausgeübt, daß 1953 durch Landesgesetz die beiden Landschaftsverbände errichtet wurden, die man als Nachfolgeorganisationen der Provinzialselbstverwaltung ansehen kann. So sehr Amelunxen nun auf die Eigenständigkeit Westfalens aus war, solange er in Münster als Oberpräsident fungierte, so schnell hat er sich entschieden, das Angebot, Ministerpräsident des neuen Landes zu werden, anzunehmen, was auf eine Preisgabe der westfälischen Ambitionen hinauslief. Die Briten glaubten, mit der Bestellung von Amelunxen Westfalen das neue Land, dessen Hauptstadt im rheinischen Teil lag, schmackhaft machen zu können. Das bedeutete zugleich, daß sie sich damit gegen den anderen, den nordrheinischen Oberpräsidenten Robert Lehr entschieden, der stark gehofft hatte, der erste Regierungschef des neuen Landes zu werden, dessen Bildung von ihm

den Engländern gegenüber so nachdrücklich empfohlen worden war. In den Empfehlungen des Land Commissioners an Amelunxen wurde Lehr dann auch als Ministerkandidat genannt. Er selbst schrieb später, die Engländer hätten ihm, da er nicht Ministerpräsident werden konnte, das Kultusministerium angeboten, und zwar mit dem Zusatz, Kultusminister zu sein, sei doch etwas sehr Vornehmes. Aber nach dem Grundsatz, so Lehr später wörtlich, „aut caesar aut nihil habe ich höflich gedankt". Eine andere Empfehlung der Engländer war Karl Arnold, einer der Repräsentanten des linken Flügels der CDU, die er in Düsseldorf mitbegründet hatte, und seit Anfang 1946 Oberbürgermeister dieser Stadt. Aber das scheiterte an Adenauer – übrigens nicht, weil Adenauer Arnold nicht wollte; damals kannten sich beide Männer erst wenig. Adenauer, der parteitaktisch dachte, war überzeugt, daß die CDU bei den ersten Wahlen sehr viel mehr Stimmen bekommen würde, als die Engländer glaubten, die sich ihr Bild von der Anhängerschaft der einzelnen Parteien nach den letzten Wahlergebnissen von 1932 zurechtgezimmert hatten. Das war freilich eine schiefe Rechnung, denn damals gab es die CDU nicht, und es mußte Spekulation bleiben, zu vermuten, woher die Wählerstimmen der CDU kommen würden. Adenauer also versagte sich bei der Regierungsbildung, so daß Amelunxen eine Regierung ohne die CDU bilden mußte. Die ersten Wahlen, nämlich die Wahlen zu Städten, Gemeinden und Kreisen im September und Oktober, zeigten, daß Adenauer richtig vermutet hatte. Die CDU bekam sehr viel mehr Stimmen, als die Engländer glaubten, und im November wurde das Kabinett Amelunxen durch Hereinnahme der CDU umgebildet. Auf diese Weise kamen Karl Arnold und Josef Gockeln, der spätere langjährige Landtagspräsident, in die ernannte Regierung.

Die Frage nach Möglichkeiten und Grenzen deutscher Politik unter der Herrschaft der Besatzung läßt sich freilich auch auf andere Gebiete anwenden. Zu den ersten konkreten Zielen der britischen Besatzungspolitik gehörte es, die Kommunalverwaltungen in ihrer Zone nach heimischem Vorbild gründlich umzugestalten. Nicht so sehr Parteien, sondern Repräsentanten der Bür-

gerschaft sollten diese im Rat vertreten, und zwischen der politischen Vertretung und der Verwaltung war ein klarer Trennungsstrich zu ziehen. Die Einführung der sogenannten geteilten Spitze, also der Teilung in den Rat mit seinem Vorsitzenden, dem Landrat oder Oberbürgermeister, und die Verwaltung mit dem Oberkreis- oder Oberstadtdirektor an der Spitze, wurde in einzelnen Städten und Gemeinden schon im ersten Nachkriegswinter vorgenommen. Die Räte hießen, solange kommunal noch nicht gewählt worden war, Vertrauensausschuß oder Zehnerausschuß, zusammengesetzt aus Persönlichkeiten, die der Chef der deutschen Verwaltung dem jeweiligen Kommandanten vorschlug. Zum 1. April 1946 wurde dann zoneneinheitlich die Revidierte Deutsche Gemeindeordnung erlassen, die die Aufteilung in Gemeindevertretung und -Verwaltung überall einführte. Aber in der Folge geschah genau das, was die Engländer nicht gewollt hatten: die meisten der von den Engländern eingesetzten Stadtoberhäupter entschieden sich nicht etwa dafür, nun Vorsitzende des Rates zu werden, sondern wählten das Amt des Oberstadtdirektors, weil es ihnen mehr Macht und mehr Einfluß zu haben schien. Hier hat eine besatzungspolitische Reformmaßnahme zu ganz anderen Ergebnissen geführt, als sich die Reformer dachten. Aus dem System der geteilten Spitze wurde ein System des Wettbewerbs zwischen dem Ratsvorsitzenden und dem Mann an der Spitze der Verwaltung.

Eindeutig negativ wäre unter dem Stichwort Möglichkeiten und Grenzen deutscher Politik die Sozialisierungsfrage zu beantworten. Wie schon angedeutet, scheiterte die Sozialisierung der Grundstoffindustrien oder ihre Überführung in Gemeinwirtschaft, für die es bei der Verabschiedung des Sozialisierungsgesetzes des Landtags 1948 parlamentarisch eine Mehrheit gegeben hatte, an den internationalen Verflechtungen der Besatzungspolitik. Die Briten, lange fest entschlossen, die Sozialisierung durchzusetzen, mußten ihr Ziel aufgeben, weil sonst sogar die für Großbritannien lebenswichtige Bildung der Bizonenverwaltung möglicherweise gescheitert wäre. In der Frage der Landesgründung sind die Grenzen deutscher Politik sehr viel deutlicher

als die Möglichkeiten. Praktisch gab es keinerlei wirklichen deutschen Einfluß auf die britische Entscheidung vom Juli 1946, wenn auch die Vorschläge und Empfehlungen deutscher Experten deshalb nicht gering eingeschätzt werden sollten. Dagegen zeigt die Entwicklung, die zur Angliederung Lippes an Nordrhein-Westfalen führte, daß eine entschlossene Haltung britische Entscheidungen beeinflussen, ja stimulieren konnte. Diese Entwicklung reicht von den Angeboten, die Landespräsident Drake schon im Herbst 1945 von niedersächsischer Seite gemacht wurden, und den Tendenzen in Lippe selbst, sich nach Hannover zu orientieren, über die Punktationen, auf die sich Drake und Amelunxen nach Gesprächen im Oktober und November 1946 endgültig am 17. Januar 1947 einigten, bis zur britischen Verordnung Nr. 77 vom 21. Januar 1947, mit der fünf Monate nach der Bildung Nordrhein-Westfalens Lippe an dieses angeschlossen wurde. Nimmt man die dramatische Verlegung der Bezirksregierung von Minden nach Detmold und das Landesgesetz vom 5. November 1948 hinzu, durch das die Vereinigung besiegelt und die Schaffung des Landesverbandes Lippe beschlossen wurde, so dominiert da immer Heinrich Drake, der den entscheidenden Part gespielt hat, für sich und für Lippe, was in einem größeren Zeitraum gesehen bedeutet, daß Drake die Chance gesehen und genutzt hat, die sich bot. Schließlich war die Zukunft Lippes durch Aufgehen in einem größeren Verband schon Mitte der zwanziger Jahre eine Existenzfrage gewesen. In zweiter Linie wäre in diesem Zusammenhang aber auch Rudolf Amelunxen zu nennen, der Drake weit entgegenkam und dabei wahrscheinlich auch an die Situation Westfalens gedacht hat; die Arrondierung Westfalens durch Lippe machte Westfalen in dem neuen Land stärker. Beide, Drake und Amelunxen, haben die deutschen politischen Möglichkeiten, die es in der Frühzeit der Besatzung gab, extensiv genutzt und sozusagen vollendete Tatsachen geschaffen, an denen auch die Besatzung nicht vorbei konnte. Die Verordnung Nr. 77, mit der die Militärregierung den Anschluß Lippes an Nordrhein-Westfalen sanktionierte, erging nur vier Tage nach der Unterzeichnung der Punktationen. Es hat in der ganzen briti-

schen Besatzungszone keinen zweiten Fall einer so prompten und so eindeutigen Reaktion gegeben.

Auf der anderen Seite, und das ist auch geographisch gemeint, steht eine andere territoriale, die Rheinlandfrage oder, anders gesagt, die rheinische Teilung als das Ergebnis der Grenzziehung zwischen der britischen und der französischen Besatzungszone. Noch auf Jahre hinaus haben rheinische Politiker nach 1946 die Wiederherstellung der rheinischen Einheit gefordert, vergeblich, wie gleich hinzuzufügen wäre. Sie taten das ohnehin eher im Stil rhetorischer Pflichtübungen, weil niemand ernsthaft daran glaubte, territoriale Änderungen über die Grenze zwischen zwei Besatzungszonen hinweg durchsetzen zu können. Und als Anfang der fünfziger Jahre die Länderreform-Diskussion auflebte, weil die Bundesregierung durch die Luther-Kommission untersuchen ließ, wie es denn mit dem Neugliederungsgebot des Artikels 29 Grundgesetz im einzelnen stehe, da löste die bloße Erwähnung einer Angliederung von Südrhein an Nordrhein einen Sturm der Entrüstung aus. Andere Bundesländer waren gegen eine Vergrößerung dieses nach der Einwohnerzahl ohnehin weitaus größten Bundeslandes, und in Westfalen tauchte sofort das drohende Argument auf, in diesem Fall werde man sich wohl wieder voneinander trennen müssen. Die Frage, warum von deutscher Seite ernsthaft nie der Versuch gemacht worden ist, die rheinische Teilung zu überwinden, ist mit dem Hinweis darauf, daß die beiden beteiligten Besatzungsmächte sich dazu nie bereit gefunden hätten, nicht beantwortet. Denn gerade das hat es anderswo tatsächlich gegeben, nämlich bei der Bildung des Südweststaates Baden-Württemberg aus den Ländern Württemberg-Baden in der amerikanischen sowie Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden in der französischen Besatzungszone. Zwar wurde dafür mit Billigung der beteiligten Besatzungsmächte ein Sonderparagraph ins Grundgesetz eingefügt, und die Vereinigung war schwierig und langwierig genug. Aber es muß auffallen, daß im Südwesten eine solche territoriale Neuregelung möglich wurde, im Rheinland dagegen nicht. Das lag gewiß an dem persönlichen Einsatz entscheidender Männer wie Reinhold

Maier und Gebhard Müller, aber auch daran, daß die Südweststaatfrage mit sehr viel mehr Tradition und Geschichte angegangen worden ist, als man in Düsseldorf für die Rheinlandfrage aufzuwenden bereit und in der Lage war. Karl Arnold, obwohl seit zwanzig Jahren in der Stadt ansässig, stammte aus Oberschwaben. Für ihn war die Rheinlandfrage ebensowenig eine Existenzfrage wie für die in der Landesspitze mitbestimmenden Westfalen, die man aus Düsseldorfer Sicht um diese Zeit ohnehin noch immer bei der Stange zu halten bestrebt sein mußte. Und was das andere Land mit dem Rheinland im Namen jenseits der Zonengrenze bei Remagen betraf, so mußte dieses ohne die südrheinischen Regierungsbezirke Koblenz und Trier seine Existenz gefährdet sehen. Für Landtag und Landesregierung in Mainz war die Rheinlandfrage undiskutabel, zumal noch in späteren Jahren Volksabstimmungen zeigten, daß man in diesen beiden Bezirken mit Mehrheit nach Nordrhein-Westfalen tendierte.

Das Rheinland-Thema wirft ganz vom Rande her ein Licht auf die Problematik, auf die der stößt, wer sich in Nordrhein-Westfalen mit Landesgeschichte, genauer gesagt mit der Landes-Zeitgeschichte, beschäftigt. Gewiß sind territoriale Fragen wie die rheinische Teilung, die Zugehörigkeit von Osnabrück zum Land Niedersachsen und die Angliederung Lippes längst keine aktuellen politischen Fragen mehr. Aber sie erinnern doch daran, welche Spannungen in diesem rheinisch-westfälischen Raum bestanden, die zumindest unterschwellig mitspielten, als das Land gegründet wurde und für eine Anzahl von Jahren vor die lange nur unzulänglich erfüllte Aufgabe gestellt wurde, sein Selbstverständnis zu finden. Inzwischen gehört der, wer im Jahr der Landesgründung geboren wurde, auch nicht mehr zur allerjüngsten Generation. Daß die Entstehungsgeschichte Nordrhein-Westfalens lange vernachlässigt worden ist, hing sicherlich auch mit der verbreiteten Neigung zusammen, dieser Besatzungsgründung jegliche territorialgeschichtliche Relevanz abzusprechen. Als vor rund zwanzig Jahren in Schloß Brühl bei Bonn mit einer großen Jubiläumsausstellung an den Kölner Erzbischof-Kurfürsten Clemens August erinnert wurde, sagte man dem damaligen Mini-

sterpräsidenten Franz Meyers nach, sich mit der Protektion dieser Ausstellung als eine Art Nachfolger des monsieur des cinques églises zu gerieren; Clemens August wurde der Herr der fünf Kirchen genannt, weil er über Köln, Münster, Paderborn, Osnabrück und Hildesheim regierte, eine Landmasse also, in die ganz Nordrhein-Westfalen hineinpaßte. Im Rückblick war also die Art, in der sich anderthalb Jahrzehnte später in Stuttgart Hans Karl Filbinger mit der Staufer-Ausstellung zu schmücken suchte, durchaus nichts Neues. Aber gerade die Landesgeschichte, wenn man darunter nicht zuletzt die Geschichte der Nachkriegsländer versteht, braucht, weil sie in die Zeitgeschichte hineinreicht, neue Perspektiven. Auch das wissenschaftliche Fach Landesgeschichte, hierzulande vor allem in Bonn und Münster gelehrt, tat sich lange schwer, über die Geschichte der Territorien und Herrschaften im Mittelalter hinauszugreifen. Das hat sich inzwischen nicht zuletzt durch die Einschaltung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte geändert. Auch die Wiederbelebung des Regionalen im Gegenzug zur Enthumanisierung der verwalteten Welt trägt dazu bei, das Interesse an der Landeszeitgeschichte zu verstärken. Sie wird freilich noch längst nicht durchgehend im Schulunterricht behandelt, und wer an einer unserer Universitäten Nordrhein-Westfalen-Geschichte hören will, muß unter Umständen lange suchen. Jüngsten Datums ist das Projekt einer Landesausstellung, die demnächst, aber man weiß einstweilen noch nicht genau wann, auf einem ehemaligen Zechengelände an der Stadtgrenze von Essen und Gelsenkirchen aufgebaut werden soll. Sie wird sich hauptsächlich mit dem 19. und 20. Jahrhundert beschäftigen, dem Zeitraum also, der der Landesgründung vorangegangen ist, nicht so sehr mit Territorien und Herrschaften. Nordrhein-Westfalen hat nun einmal keine Staufer gehabt, Wittelsbacher nur als Erzbischöfe, und von Preußen waren die anderthalb ehemaligen Provinzen, aus denen es besteht, nur ein Teil. Das Gespräch über die Tradition, die diesem Lande fehle, ist so alt wie das Land selbst. Aber dabei wird verkannt, daß dies ein Land nicht mit einer geschlossenen Tradition, aber sehr wohl mit mehreren unterschiedlichen Traditionen ist. Und was Tradi-

tionen betrifft, so halte ich mich an den Satz, daß man sie nicht aus Prinzip und über Gebühr pflegen und hüten, sondern daß man neue Traditionen bilden sollte.

* * *

## Die Referenten

Dr. phil. Dermot Bradley

Geb. 1944 in Dublin/Irland. Studium an der Universität Dublin mit abschließendem Staatsexamen. 1967 Eintritt in den deutschen Schuldienst. Unterrichtsfächer: Englisch und Geschichte/Politik. Studium an der Universität Münster. 1976 Promotion zum Dr. phil., z. Zt. an der Fachoberschule für Technik in Münster tätig.
Reserveoffizier des irischen Heeres. Sektionsleiter der Gesellschaft für Wehrkunde in Münster.
Veröffentlichungen: Militärgeschichte, Militärwissenschaft und Konfliktforschung. Eine Festschrift f. Werner Hahlweg, Prof. f. Militärgeschichte u. Wehrwissenschaft an d. Westfälischen Wilhelms-Universität Münster z. Vollendung seines 65. Lebensjahres am 29. 4. 1977. Hrsg. gemeinsam mit Ulrich Marwedel. Osnabrück 1977. – Generaloberst Heinz Guderian und die Entstehungsgeschichte des modernen Blitzkrieges. Osnabrück 1978. – Gemeinsam mit Erich Hampe: Die Unbekannte Armee. Die Technischen Truppen im Zweiten Weltkrieg. Osnabrück 1979. – Walther Wenck – General der Panzertruppen. Osnabrück 1981.
Military Rank System. – In: An Cosantóir (Dublin/Irland). Jg. 1965. – The Age of the Iron Chancellor. Bismarck. – In: Irish Independent v. 1. 4. 1965. – Moltke and Königgrätz. – In: An Cosantóir (Dublin/Irland). Jg. 1967. – General von Seeckt and the Reichswehr in Germany. – In: An Cosantóir (Dublin/Irland). Jg. 1967. – Great Generals and Masters of the Art of War (16 Aufsätze). – In: An Cosantóir (Dublin/Irland). Jg. 1968 – 1970. – Die Streitkräfte der Republik Irland. – In: Wehrkunde. Februar 1970 – Stalingrad. – In: An Cosantóir (Dublin/Irland). Jg. 1974. – Guerillakrieg und Terrorismus in Nordirland. Historische Hintergründe. – In: Politik durch Gewalt. Hrsg. v. Rolf Tophoven. Bonn 1976. – Ranglisten. – In: Wehrkunde. Februar 1976. – Generalleutnant Walther Wever. – In: Europäische Wehrkunde. Januar 1979.
Herausgeber der Schriftenreihe „Soldatenschicksale des 20. Jahrhunderts als Geschichtsquelle". Osnabrück 1979.

Dr. phil. Hermann Kurt Schueler

Geb. 1926 in Leipzig. Seit 1955 journalistische Tätigkeit bei verschiedenen Tageszeitungen, seit 1966 Redakteur des „Vorwärts". Seit dem Wintersemester 1971/72 Studium der Politischen Wissenschaft, Soziologie, Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte als Gasthörer an der Universität Bonn. 1975 Ablegung der Prüfung für die Zulassung zum Hochschulstudium ohne Reifezeugnis. 1980 Abschluß des Studiums mit einer Arbeit über „Felix Fechenbach 1894 – 1933 – Die Entwicklung eines republikanischen Journalisten."
Veröffentlichungen: Als Geldsammeln Hochverrat war. (Über die Prozesse gegen die Hamburger Schufo-Gruppe 11 von 1937) – In: Vorwärts. Nr. 8 v. 23. 2. 1978, S. 29. Die Räterepublik begann mit Glockengeläut. (Zum 60. Jahrestag der Münchener Räterepublik) – In: Vorwärts. Nr. 14 v. 29. 3. 1979, S. 28. Als Hitler auf die Dörfer ging. (Die Wahl in Lippe vom 15. 1. 1933) – In: Vorwärts. Nr. 3 v. 10. 1. 1980, S. 28. Der letzte lebende Neinsager zum Ermächtigungsgesetz. (Zum 80. Geburtstag von Josef Felder, MdB) – In: Vorwärts. Nr. 35 v. 21. 8. 1980, S. 2. Auf der Flucht erschossen – Felix Fechenbach 1894 – 1933. Eine Biographie. Köln 1981.

Dr. phil. Bodo Scheurig

Geboren 1928 in Berlin. Studium der Neueren Geschichte und Philosophie an der Freien Universität Berlin und Columbia University New York.
Veröffentlichungen: Freies Deutschland. Das Nationalkomitee und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943 – 1945. 2. Aufl. München 1961 (Amerikanische Ausgabe 1969). – Das sowjetische Deutschlandbild. Darst., Auseinandersetzung, Kritik. Hamburg 1963. – Claus Graf Schenck von Stauffenberg. 3. Aufl. 1964. – Der 20. Juli. Damals und heute. Hamburg 1965. – Verrat hinter Stacheldraht? Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943 – 1945. München 1965. – Ewald von Kleist-Schmenzin. Ein Konservativer gegen Hitler. Oldenburg 1968. – Um Ost und West. Zeitgeschichtl. Betrachtungen. Hamburg 1969. – Einführung in die Zeitgeschichte. 2. Aufl. Berlin 1970. – Henning von Tresckow. Eine Biographie. 4. Aufl. Oldenburg 1975. – Spiegelbilder der Zeitgeschichte. Oldenburg 1978. – Erinnerung und Geschichte. Berlin 1981.
Das heutige Ungarn mit seiner Sonderstellung im Ostblock. – In: Ungarn in Geschichte und Gegenwart. Leer (Ostfriesland) 1964. – Friedrich der Große. – In: Preußische Portraits. Hamburg 1969. – Das preußisch-deutsche Mißverständnis. – In: Der Monat Nr. 268/1971. – Deutscher Konservatismus zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. – In: Die Herausforderung der Konservativen. München 1974. – Desertion und Deserteure. – In: Neue Deutsche Hefte Nr. 165/1980.

Pastor i. R. Heinrich Bödeker

Geboren 1911 in Alverdissen. Besuch der Aufbauschule (Deutsche Oberschule) in Detmold. Abitur 1932. Studium in Bethel, Erlangen und Basel (bei Karl Barth und Eduard Thruneysen). Vikar in verschiedenen lippischen Gemeinden. Ein Jahr in Bethel (u. a. im Bodelschwingh-Archiv). Pfarramtsprüfung 1939, Pastor in Blomberg. Von 1941 bis 1945 im Krieg und in amerikanischer Gefangenschaft. Von 1947 (Nachfolger von Hermann van Senden) bis 1952 1. Pfarrer an der Christuskirche in Detmold, 1952 bis 1958 Vorsteher des Diakonissenhauses in Detmold, anschließend Pfarrer der Gemeinde Detmold-West (3. Pfarrstelle). Von 1971 bis 1976 Schulreferent der Lippischen Landeskirche im Landeskirchenamt. Rundfunkreferent der Lippischen Landeskirche.
Veröffentlichungen: Das Leben ist erschienen. Detmold 1949. – Was haben wir als evangelische Christen zu dem neuen Mariendogma der römischen Kirche zu sagen? Detmold 1950. – Gottes gute Gabe. Ein Wort zum Heiligen Abendmahl. 2. Aufl. Bielefeld 1952. – Ich will dich täglich loben. Andachten. (Herausgeber) Witten 1961. – Calvin, Johannes: Alle Tage tut Gott sein Werk. [Werke, Ausz.] Wuppertal 1963. – Das glühende Herz. Johannes Calvins Leben f. Gott u. Menschen. Gladbeck 1964. – Das Kreuz, die Mitte der Welt. Neukirchen-Vluyn 1973. – Trost und Freude Paul Gerhardts. Leben u. Lieder. (Zum 300. Todesjahr Paul Gerhardts. Zus. mit Walter Stock. Mit e. Nachw. v. Fritz Viering). Detmold 1976.
Vor 25 Jahren brannten die Synagogen. Zu d. „Tagung d. Besinnung" vom 10. bis 26. November in Lippe. – In: Freie Presse. 18. 1963. Nr. 254 v. 2. November. – Schmerzliches Gedenken. (9./10. Nov. 1938.) Mit 13 Abb. – In: Heimatland Lippe. Detmold 71. 1978, Nr. 6, S. 269 – 280. – Am Heiligtum der Ahnen? Die Mißdeutung d. Externsteine. – In: Unsere Kirche. Bielefeld. 29. 1979, Nr. 22 v. 2. Juni, S. 10 – 11. – Ein aufrechter Mann: Hermann van Senden zum Gedächtnis. – In: Lipp. Rundschau. Detmold 35. 1980, Nr. 139 v. 19. Juni, S. 14. – Von Höhen und Tiefen. Die Lipp. Landeskirche nach dem Ersten Weltkrieg. – In: Heimatland Lippe. Detmold 73. 1980, Nr. 11, S. 342 – 348. – 50 Jahre Verfassung der Lippischen Landeskirche. Mit 2 Abb. 1 – 3. – In: Heimatland Lippe. Detmold 74. 1981, Nr. 2, S. 53 – 57. Nr. 4, S. 104 – 110. Nr. 5, S. 136 – 140.
Verfasser von zahlreichen Wochenbetrachtungen in der regionalen Tagespresse. Mitarbeiter an den beiden Predigtreihen „Frohe Botschaft" und „Wort für die Woche" und an einigen Kalendern.

Dr. phil. Gert von Pistohlkors

Geb. 1935 in Narva/Estland. Studium der Geschichte, Anglistik, Germanistik in München und Göttingen. 1963/65 beide Staatsexamina in München. Bis 1967 Studienrat für Geschichte, Englisch und Deutsch in Rosenheim. Ab. WS. 1967/68 wiss. Assistent am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Universität Göttingen (Prof. Wittram). 1974 Promotion. Zur Zeit Oberstudienrat im Hochschuldienst am Historischen Seminar der Universität Göttingen. Seit 1969 Mitglied, seit 1979 Vorsitzender der Baltischen Historischen Kommission. Seit 1980 Ordentliches Mitglied des. J. G. Herder-Forschungsrates, Marburg/Lahn.
Veröffentlichungen: Führende Schicht oder nationale Minderheit? Die Revolution von 1905/06 und die Kennzeichnung der politischen Situation der deutschen Balten zwischen 1840 und 1906 in der zeitgenössischen deutsch-baltischen Geschichtsschreibung. – In: Zeitschrift für Ostforschung 21, 1972, S. 601 – 618. Das Urteil Alexander Wäbers über das Scheitern der lettischen nationalen Bewegung und die Ursachen der lettischen Revolution von 1905/06. – In: Das Vergangene und die Geschichte. Festschrift für Reinhard Wittram zum 70. Geburtstag, hrsg. v. R. v. Thadden, G. v. Pistohlkors u. H. Weiss, Göttingen 1973, S. 232 – 271. „Russifizierung" und die Grundlagen der deutschbaltischen Russophobie. – In: Zeitschrift für Ostforschung 25, 1976, S. 618 – 631. Ritterschaftliche Reformpolitik zwischen Russifizierung und Revolution. Historische Studien zum Problem der politischen Selbsteinschätzung der deutschen Oberschicht in den Ostseeprovinzen Rußlands im Krisenjahr 1905. Göttingen 1978 (273 S.) „Hamlet in Reval"; Bürgerbewußtsein und Meinungsfreiheit in den Ostseeprovinzen Rußlands. Nach Papieren und Korrespondenzen Leopold von Pezolds 1855 – 1871. – In: Reval und die baltischen Länder. Festschrift für Hellmuth Weiss zum 80. Geburtstag, hrsg. v. J. v. Hehn u. C. J. Kénez, Marburg/Lahn 1980, S. 27 – 46.
Herausgeber der Reihe der Baltischen Historischen Kommission: „Quellen und Studien zur baltischen Geschichte".

Walter Först

Geboren 1920 in Düsseldorf. Leiter der Landesredaktion des Westdeutschen Rundfunks in Köln. Vorstandsmitglied des Studienkreises Rundfunk und Geschichte e. V. – Mitbegründer des Brauweiler Kreises.
Veröffentlichungen: Robert Lehr als Oberbürgermeister. – Düsseldorf 1962. – Fachwerk und Hochhaus. Münster 1963. – Geschichte Nordrhein-Westfalens. Bd. 1. Köln 1970. – Vom britischen Zonenrundfunk zur Landesanstalt. Hamburg 1970. – Heinrich Drake. Köln 1972. – Köln, so wie es war. Kleine Stadtgeschichte im 20. Jahrhundert. Düsseldorf 1981.
Rheinländische Wirtschaft. – In: Der Rhein. Freiburg 1973. – Rheinische Städte und ihre Oberbürgermeister während der Weimarer Zeit. – In: Konrad Adenauer – Oberbürgermeister von Köln. Köln 1976.
Rheinisch-westfälisches Lesebuch. Köln 1962. – Menschen, Landschaft und Geschichte. Köln 1965. – Das Rheinland in preußischer Zeit. Köln 1965. – Rheinisch-westfälische Lesebücher. Köln 1965 ff. – Aus Rheinland und Westfalen. Köln 1967. – Städte, Geist und Zeit. Köln 1967. – Rheinisch-westfälische Rückblende. Köln 1967. – Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens. Köln 1967 ff. – Leben, Land und Leute. Köln 1968. – Politik und Landschaft. Köln 1969. – Mensch und Staat in Nordrhein-Westfalen – 25 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen. Köln 1971. – Alltag, Tradition und Zukunft. Köln 1972. – Annalen des Westdeutschen Rundfunks. Köln 1973 ff. – Aus 30 Jahren – rheinisch-westfälische Politiker-Portraits. Köln 1979. – Entscheidungen im Westen. Köln 1979.



47 99 806

In einem **Schreiben** der **Reichsregierung** an sämtliche Bundesregierungen wird ersucht, darüber zu wachen, daß die Zuständigkeit des Reichs auf dem Gebiete der **Gesetzgebung** unter keinen Umständen angetastet werde. Der Lippische Volks- und Soldatenrat stellt fest, daß in seinem Bezirk bisher keine Uebergriffe dieser Art vorgekommen sind.

Es wird sodann in Anwesenheit der Herren Geh. Oberregierungsrat **Ernst** und Steuerrat **Rothe** über die Anregung des Mitgliedes **Drake** verhandelt, in nächster Zeit schon Maßnahmen zu treffen, die eine gesetzmäßige und gerechte Erfassung des Einkommens zur Steuer gewährleisten. In der Aussprache wird festgestellt, daß alle grundsätzlichen Entscheidungen der künftigen Volksvertretung vorbehalten bleiben sollen, daß aber schon jetzt alles getan werden muß, die Erfassung namentlich der Kriegsgewinne zu sichern. Der Regierungsvertreter erklärt sich bereit, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Vorschriften zu erlassen. Dabei werde es sich handeln 1. um eine direkte Einwirkung auf die Veranlagungskommissionen, 2. darum, die Veranlagungskommissionen anders zusammenzusetzen, den überwiegenden Einfluß der Landwirte einzudämmen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden **Becker** wird in Aussicht genommen, das Material der kriegswirtschaftlichen Organisationen, soweit es für die Beurteilung der steuerlichen Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen brauchbar ist, sammeln zu lassen und zur Verwendung bei der Steuereinschätzung zurückzulegen.

Zugunsten der heimkehrenden **Kriegsteilnehmer** wird beschlossen: Alle Kriegsteilnehmer, die bisher aufgrund des § 3 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes nicht zur Steuer herangezogen sind, werden steuerpflichtig erst zu Beginn des auf ihre Rückkehr folgenden übernächsten Monats, aber nur aufgrund einer neuen Veranlagung.

In der Frage der **Heuablieferung** zugunsten der kleinen Viehhalter übernimmt es Vorsitzender **Becker**, mit dem Regierungsvertreter das Erforderliche zu besprechen. Der Volks- und Soldatenrat sieht sich außerstande, die zu beschreitenden Wege im einzelnen zu bestimmen, er stellt aber fest, daß den kleinen Viehhaltern unbedingt Futtermittel zugeführt werden müssen.

Zu einer berufsgenossenschaftlichen **Beschwerdesache**, die von dem Mitgliede **Biesemeier** vorgetragen wird, beschließt der Volks- und Soldatenrat, darüber erst in der nächsten Sitzung zu entscheiden.

Schluß der Sitzung.

Nächste Sitzung am 12. Dezember, vormittags 9 Uhr.

**Drake.**